Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Inhaltsverzeichnis	**Seite von**
Stadt als Arbeitgeberin	2
Umwelt, Klima & Energie	35
Wohnen	68
Mobilität und Verkehr	77
Jugend & Bildung	103
Kultur	143
Gesundheit & Kliniken	155
Kommunale Finanzen	162
Sicherheit & Ordnung	167
Vielfalt & Geflüchtete	179
Sport	214
Stadtentwicklung	231
Transparenz	254
Vielfalt & Geflüchtete	268

Stadt als Arbeitgeberin
Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (I): Schaffung aller Stellen, die von den Amtsleitungen beantragt wurden
Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (II): Ballungsraumzulage und kostenloses Jobticket: Ein wirklich attraktiver Arbeitgeber muss deutlich mehr bieten als andere
Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (III): (Arbeits-)Platz schaffen für städtische Mitarbeiter statt öffentlichen Grund privatisieren!
Betreiberhaftung für Städtische Liegenschaften sicherstellen - 26,5 Stellen im Liegenschaftsamt schaffen
Sicherheit im Betrieb - 10 Stellen für die Gewerbeaufsicht
Schulverwaltungsamt stärken – Stellenschaffung für Sanierung, Digitalisierung, Immobilienverwaltung u.a.
Stellenanträge für das Garten-, Friedhofs- und Forstamt
Unbefristete Stellen für den Klimaschutz – alle Stellen aus GRDrs 975/2019 in den Stellenplan übernehmen
Personalbedarf für Relaunch der Stuttgarter Website
Stellenschaffungen Bezirksamt Vaihingen
Stellenantrag Bezirksamt Möhringen
Prüfauftrag und Antrag für Personalwohnungen für die Stuttgarter Feuerwehr
13,5 Stellen für die Außenkantinen
Faktorisierung von Kinderzahlen bei der Eingruppierung von Kita-Leitungen
Stellen für Personalgewinnung und –erhaltung und Leitungskräfte in Teilzeit stärken
Stellenschaffungen bei der Branddirektion
Stellenantrag Bezirksamt Degerloch
Erhöhung Sachkostenzuschuss und Sozialprüfungsstelle im Rechnungsprüfungsamt
Summe: 18 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (I): Schaffung aller Stellen, die von den Amtsleitungen beantragt wurden

Wir beantragen:

1. Die Schaffung aller Stellen (ohne kw-Vermerke), welche im Zuge des Doppelhaushalts 2020/2021 von den Amtsleitungen beantragt wurden.
2. Ebenso beantragen wir den Wegfall aller von den Amtsleitungen beantragten kw-Vermerke.

Begründung:

Seit vielen Jahren wird die Kluft zwischen wachsenden Aufgaben und den vorhandenen Personalressourcen immer größer. Dies ist Folge von Personalabbau (in sog. „Haushalts-konsolidierungen“) und einem seit Jahren ausgebremsten Personal-Wiederaufbau, der mit den enorm wachsenden Aufgaben nie Schritt gehalten hat. Das Ergebnis ist eine in vielen Bereichen nur noch eingeschränkt handlungsfähige Verwaltung.

Die stunden- und tageweisen Schließzeiten von Bezirksämtern, der Kfz-Zulassungsstelle und Warteschlangen von Bürger*innen vor der Führerscheinstelle und der Ausländerbehörde sind nur die Spitze des Eisbergs der großen Personalengpässe bei der Stadt Stuttgart.

Diese Situation droht sich dramatisch weiter zu verschärfen, weil in den nächsten 10 Jahren die Hälfte des städtischen Personals aufgrund des Eintritts in den Ruhestand und durch Fluktuation ausscheiden wird. Das bedeutet, dass die Stadt ca. 7000 bis 8000 neue Mitarbeiter*innen zu gewinnen hat.

Auch für den Nachwuchs gibt es nicht genügend Platz und zu wenig Betreuung: Nicht nur, dass sich Auszubildende mit „Katzentischchen“ begnügen müssen, weil kein Platz für weitere Schreibtische vorhanden ist, schlimmer noch: sie können nicht ausreichend ausgebildet werden, da zu wenig Betreuungskapazitäten seitens erfahrener Mitarbeiter*innen bestehen.

Dramatisch ist, dass zu geringe Personalkapazitäten die Abwärtsspirale beschleunigen. Der Zeit- und Arbeitsdruck wird auf die verbliebenen Mitarbeiter*innen immer stärker, erhöhte psychische und physische Belastung führt zu steigenden Krankheits- und Fluktuationsquoten und der Ruf der Stadt Stuttgart als „attraktive Arbeitgeberin“ schwindet dahin.

Darüberhinaus können zunehmend - selbst bereits beschlossene - Stellen nicht besetzt werden, weil in Haupt- und Personalamt, in den Personalabteilungen der Ämter mit eigener Personalverantwortung (sog. DRV-Ämter) nicht einmal im Ansatz genügend Personal vorhanden ist, um Stellenausschreibungen, Bewerberauswahl und Einstellungsformalitäten überhaupt zeitnah abzuwickeln.

Die Arbeitsmarktsituation stellt die Stadt in scharfe Konkurrenz zu privaten Arbeitgebern, aber auch zu anderen öffentlichen Arbeitgebern. So wird heute schon häufig erfahrenes Personal aus Nachbarkommunen abgeworben, da hier z.T. höhere Eingruppierungen angeboten werden und die Arbeitnehmer*innen eventuell auch noch von kürzeren und damit kostengünstigeren Anfahrtswegen profitieren.

Unter diesem Druck muss die Stadt mit einem qualifizierten Personalentwicklungs-Programm reagieren, damit kann auch ein attraktives Angebot zum Erhalt des bestehenden Personals geschaffen werden.

Eine weitere Folge von Personalengpässen zeigt sich in wachsenden Sanierungsstaus. 800 Millionen Euro sind für Projekte aus Überschüssen bewilligt, können aber nicht abgearbeitet werden, besonders eindrücklich zeigt sich dies an Schulgebäuden. Obwohl die Gelder dafür bewilligt sind, gibt es nicht genügend Personal, die Sanierungen auszuschreiben und zu überwachen.

Jahrzehntelang wurde der Abverkauf städtischen Bodens und städtischer Immobilien praktiziert und ebenso wurde versäumt Eigentum in Rathausnähe zu erwerben (Beispiel Europahaus, das derzeit zu einem Hotel umgebaut wird). Nun ist die Raumnot so groß, dass die Stadt sehr hohe Summen zum Kauf neuer Immobilien aufbringen muss, um ihre Beschäftigten unterzubringen. Die neu gekaufte Torstraße könnte schon jetzt wieder mehrfach belegt werden, obwohl sie noch nicht einmal bezugsfertig ist.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (II): Ballungsraumzulage und kostenloses Jobticket: Ein wirklich attraktiver Arbeitgeber muss deutlich mehr bieten als andere

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart nimmt Verhandlungen auf mit der Gewerkschaft ver.di mit dem Ziel, die Arbeitgeberin Stadt durch deutlich verbesserte, wirkungsvolle tarifierte Angebote für städtische Mitarbeiter attraktiver zu machen;
2. In Anlehnung an die in München bereits erreichten Angebote wird dabei für alle städtischen Beschäftigten eine Ballungsraumzulage in Höhe von mindestens 200 Euro sowie ein kostenloses Jobticket angestrebt;
3. Für den Doppelhaushalt sind dafür 35 Mio. Euro p.a. vorzuhalten.

Begründung:

Seit vielen Jahren wird die Kluft zwischen wachsenden Aufgaben und den vorhandenen Personalressourcen immer größer. Dies ist Folge von Personalabbau (in sog. „Haushaltskonsolidierungen“) und einem seit Jahren ausgebremsten Personal-Wiederaufbau, der mit den enorm wachsenden Aufgaben nie Schritt gehalten hat. Das Ergebnis ist eine in vielen Bereichen nur noch eingeschränkt handlungsfähige Verwaltung.

Diese Situation droht sich dramatisch weiter zu verschärfen, weil in den nächsten 10 Jahren die Hälfte des städtischen Personals aufgrund des Eintritts in den Ruhestand und durch Fluktuation ausscheiden wird. Was bedeutet, dass die Stadt ca. 7000 bis 8000 neue Mitarbeiter*innen zu gewinnen hat.

Dramatisch ist, dass zu geringe Personalkapazitäten die Abwärtsspirale beschleunigen. Der Zeit- und Arbeitsdruck wird auf die verbliebenen Mitarbeiter*innen immer stärker, erhöhte psychische und physische Belastung führt zu steigenden Krankheits- und Fluktuationsquoten mit negativer Außenwirkung und wird zum Hindernis für die Gewinnung für neue Mitarbeiter*innen.

Die Arbeitsmarktsituation stellt die Stadt in scharfe Konkurrenz zu privaten Arbeitgebern. Aber auch zu anderen öffentlichen Arbeitgebern. So wird heute schon häufig erfahrenes Personal aus Nachbarkommunen abgeworben, da hier z.T. höhere Eingruppierungen angeboten werden und

die Arbeitnehmer*in eventuell auch noch von kürzeren und damit kostengünstigeren Anfahrtswegen profitiert.

Unter diesem Druck muss die Stadt mit einem qualifizierten Personalentwicklungs-Programm und der Schaffung von guten Arbeitsbedingungen reagieren. Sie muss zwingend überdurchschnittlich attraktive Konditionen anbieten, um Mitarbeiter*innen halten und neue gewinnen zu können.

Städtische Mitarbeiter*innen müssen es sich leisten können, in dieser überdurchschnittlich teuren Landeshauptstadt zu leben und zu wohnen!

Stadt und Stadtrat in München tragen dieser Herausforderung Rechnung und präsentieren sich als attraktiver Arbeitgeber mit einer Ballungsraumzulage und einem kostenlosen Jobticket für städtische Mitarbeiter*innen.

Die tatsächlich letztlich zu veranschlagenden Kosten ergeben sich aus den mit ver.di vereinbarten Attraktivierungsmaßnahmen, eine vorausschauende Einplanung in den DHH ist erforderlich, um die Maßnahmen ohne Zeit-Verzug wirksam werden zu lassen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Handlungsfähigkeit von Stadt und Eigenbetrieben zurückgewinnen (III): (Arbeits-)Platz schaffen für städtische Mitarbeiter statt öffentlichen Grund privatisieren!

Wir beantragen:

3. Die Verwaltung ermittelt und benennt vor der 1. Lesung den jeweils erforderlichen Raum- und Flächenbedarf für die im Stellenplan zu beschließenden Stellen. Basis hierfür ist die von den verschiedenen Fraktionen jeweils zur Schaffung beantragte Stellenzahl.
4. Die Verwaltung ermittelt und benennt vor der 1. Lesung den bereits heute erforderlichen Raum- und Flächenbedarf, der erforderlich wäre, um Abhilfe für die bereits heute mangelhaften Flächen-, Raum- und Arbeitsplatzsituationen zu schaffen.
5. Die Parameter für diese Berechnung und die Berechnungsformel für Raum- und Flächenbedarfe werden benannt.
6. Die Verwaltung stoppt den Verkauf von städtischen Flächen im Areal Neckarpark. Städtische Flächen werden reserviert für die Beplanung
   - für die dringend notwendige Schaffung von Flächen, Raum und Arbeitsplätzen für städtische Mitarbeiter*innen
   - für den Bau von preisgünstigen Personal-Mietwohnungen und Wohnraum für Auszubildende.
7. Dem Gemeinderat sind sämtliche Grundstücks-Verkaufsfälle, bei denen ein städtisches Vorkaufsrecht geltend gemacht werden kann, zur Entscheidung vorzulegen.
8. Die Deckelung des Quadratmeter-Preises für Anmietungen von Liegenschaften für Büroräume städtischer Mitarbeiter*innen wird aufgehoben.

Begründung:

Die seit vielen Jahren immer größer werdende Kluft zwischen wachsenden städtischen Aufgaben und den vorhandenen Personalressourcen führt die Mitarbeiter*innen in eine krankmachende Dauerüberlastung. Und sie führt die Stadt in eine Situation der Handlungsunfähigkeit gegenüber

den Bürger*innen, aber auch bei der Abarbeitung der eigenen, längst finanzierten Projekte wie z.B. der Schulhaussanierung.

Auch Beschlüsse des Stadtrats, die mit Personalkapazitäten der Stadt verwirklicht werden müssen, werden damit auf die lange Bank geschoben. Die demografische Entwicklung verschärft diese Situation noch weiter: Ca. 50% der Mitarbeiter werden in den kommenden 10 Jahren ausscheiden.

Die Schaffung von Stellen in der von den Amtsleitungen beantragten Größenordnung ist deshalb eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung, um die fatale Entwicklung in die Handlungsunfähigkeit zu korrigieren. Dafür müssen vielmehr weitere große Schritte schnell umgesetzt werden:

- **Die Stadt muss die indiskutabel beengte Situation für heute Beschäftigte verbessern und Flächen und Raum zur Verfügung stellen**. Die Flächen im neu gekauften Gebäude Torstraße könnten schon jetzt – bevor überhaupt Arbeitskräfte eingezogen sind - wieder dreifach belegt werden. Selbst für den Nachwuchs gibt es keinen Platz: Auszubildende müssen sich häufig mit „Katzentischchen“ begnügen, weil kein Platz für weitere Schreibtische vorhanden ist und in manchen Bereichen können gar keine Azubis mehr ausgebildet werden, da hier noch nicht einmal mehr Platz für ein Ecktischchen ist.

- **Die Stadt muss für die dringend neu zu schaffenden Stellen Gebäude, Flächen und Raum schaffen bzw. zur Verfügung stellen.**

- **Die Stadt muss als Arbeitgeber signifikant attraktiver werden** als private und andere öffentliche Arbeitgeber. **Dafür braucht es u.a. ein Wohnungsangebot mit leistbaren Mieten für Auszubildende und städtisches Personal**, das der sog. „freie Wohnungsmarkt“ nicht bereithält.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Betreiberhaftung für Städtische Liegenschaften sicherstellen - 26,5 Stellen im Liegenschaftsamt schaffen

Wir beantragen:

1. Für das **Liegenschaftsamt (Amt 23)** werden – zusätzlich zu den von der Verwaltung vorgesehenen Stellen – **26,5 Stellen geschaffen**, um allen im Zusammenhang mit der Betreiberhaftung anfallenden Aufgaben nachkommen zu können. Diese setzen sich zusammen aus:

   1.1 **12 Stellen für technische Hausverwalter*innen** (EG 9) (Sachgebiet 23-3) die gemäß der Forderung des Sicherheitsbeauftragten zur Einhaltung des Sicherheitskonzepts dringend geschaffen werden müssen sowie;

   1.2 **3 Stellen für den Technischen Mobilen Dienst** (EG 7) (Sachgebiet 23-3.3)

   1.3 **weiteren 6,5 erforderlichen Stellen** für

   1.3.1 eine VZ-Stelle Sachbearbeiter*in für Akquise (EG 11), Sachgebiet 23-2.1
   1.3.2 eine VZ-Sachbearbeiter-Stelle Vorkaufsrechte (EG 13) Sachgebiet 23-2.1
   1.3.3 zwei VZ-Stellen für Sachbearbeitung Wartungsverträge (EG 8), Sachgebiet 23-2.2
   1.3.4 0,5-Stelle Sachbearbeitung für administrative Aufgaben (A7) Sachgebiet 23-3.1 wegen erheblicher Arbeitsvermehrung
   1.3.5 sowie weitere Stellenanteile für diverse Aufgaben wie Sachbearbeitung Betriebskosten, Sachbearbeitung TRP, Schreibdienst etc. von insgesamt 2,0 Stellen (siehe Übersicht Stellenplananträge DHH 2020/21 Teilhaushalt 230)

2. **Wegfall kw-Vermerken bei den folgenden 6 Stellen**

   2.1. drei Stellen Sachbearbeitung Kita-Projekte (EG11) (Sachgebiet 23-3.1)
   2.2. einer Stelle Sachbearbeitung strategisches Flächenmanagement (EG 12) (Sachgebiet 23-3.1)
   2.3. eine Stelle Sachbearbeitung Wartungsverträge (EG 8) (Sachgebiet 23-3.1)

Begründung:

Alle oben angeführten Stellen wurden entweder auf Referatsebene oder in Budgetgesprächen nicht zur Schaffung vorgeschlagen, sind aber zwingend erforderlich für die Sicherheit der in städtischen Gebäuden arbeitenden und lebenden Menschen, zur Reduzierung der Haftungsrisiken der Stadt und für einen sorgsamen und nachhaltigen Umgang mit dem städtischen Gebäudebestand.

Aufgrund jahrelanger Sparmaßnahmen ist die Funktionalität des Amts 23 unzureichend, was sich auf andere Ämter, wie z.B. die Bezirksrathäuser in den Außenbezirken ohne Hausmeister*innen-Stellen unmittelbar auswirkt. So müssen Beschäftigten in den Vorzimmern Hausmeister-Aufgaben übernehmen, ohne dass sie über die erforderlichen Kompetenzen verfügen oder es zu ihrem Aufgabenbereich gehören würde.

Ein Sicherheitsbericht des Sicherheitsbeauftragten für die Liegenschaften der Stadt Stuttgart ist nach unseren Informationen alarmierend und zeugt davon, dass sich viele Immobilien in einem Zustand mit hohem Risiko für die Nutzer*innen befinden, gesetzliche Vorschriften und Vorgaben zum großen Teil nicht erfüllt sind und bei vielen Immobilien noch nicht einmal der bauliche und sicherheitstechnische Zustand bekannt ist. Dies zeugt von einem Versagen der Verwaltungsspitze beim Immobilienmanagement.

Wenn viele dieser Stellen nicht geschaffen werden, ist die Betreiberhaftung unmittelbar davon berührt. Auch zum Schutz der unmittelbar betroffenen Beschäftigten darf es keinen weiteren Aufschub der Stellenschaffungen geben.
Ferner sind Themen der Energieeffizienz und die neue Energierichtlinie der Stadt für städtische Gebäude umzusetzen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sicherheit im Betrieb - 10 Stellen für die Gewerbeaufsicht

Wir beantragen:

3. 10 Stellen für die Gewerbeaufsicht im Amt für Umweltschutz zu schaffen

Begründung:

Hier besteht unabweisbarer Handlungsbedarf! Obwohl die gesetzlichen Richtlinien sogar einen Stellenbedarf von 20 bis 24 Stellen für die Gewerbeaufsicht vorsehen würden, wurde von der Verwaltung lediglich eine Stelle zur Schaffung vorgeschlagen. Diese Diskrepanz zeigt die außerordentliche Schieflage in der Stellenausstattung.

Um Sicherheitsmängel aufzudecken, die lebensrettend sein können, sind mindestens 10 Stellenschaffungen erforderlich. Außerdem dürfen Unternehmen, die von sich aus Sicherheitsvorschriften einhalten nicht gegenüber den ‚schwarzen Schafen' benachteiligt werden. Letztere sparen sich Kosten, indem sie Sicherheitsregeln missachten und haben dadurch Wettbewerbsvorteile. Solches Agieren muss unterbunden werden, indem verstärkte Kontrollen durch mehr Personal ermöglicht werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Schulverwaltungsamt stärken – Stellenschaffung für Sanierung, Digitalisierung, Immobilienverwaltung u.a.

Wir beantragen die folgenden Stellenschaffungen:

1. 1,0 Stelle Personalsachbearbeiter/-in A 11 (lfd. 2455; zurückgestellt bis Personalbedarfsmessung)
2. 2,0 Stellen Sachbearbeitung A 13G Schulentwicklungsplanung Arbeitsvermehrung durch neue gesetzliche Vorschriften und der vom Gemeinderat beschlossenen Investitionsplanung (lfd. 2530, GRDrs 717/2017)

In den drei folgenden Positionen werden dringend erforderliche Stellen zur Umsetzung der „Digitalisierung der Schulen“ - IT Competence Center Schulen - beantragt.

3. 2,0 Stellen Ingenieur/in EG 11 Beschaffung von Lehr- und Lernmittel durch die Digitalisierung der Stuttgarter Schulen und Investitions- und Sanierungsprogramm wegen Arbeitsvermehrung (lfd. 2555, GRDrs 738/2018)
4. 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 12 für IT-Management und Projektleitung aufgrund von Arbeitsvermehrung durch Ausbau der Digitalisierung der Schulen (lfd. 2545, GRDrs 738/2018)
5. 2,0 Stellen Sachbearbeitung EG 10 Arbeitsvermehrung durch Digitalisierung und insb. durch den Einsatz zusätzlicher mobiler Geräte (lfd. 2580, GRDrs 738/2018)

Die folgenden drei Stellen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Umsetzung des Schulsanierungsprogramms bzw. der Überbrückung der Zeit bis umfassendere Großsanierungen erfolgen können. Eine Einzelbetrachtung ist daher nicht zielführend, die Bereitstellung und der Unterhalt von Schulraum ist kommunale Pflichtaufgabe!

6. 1,0 Stelle Techniker/in EG 9b für technisches Gebäudemanagement (Sanitär- und Schwimmbadtechnik) (lfd. 2535)
7. 2,0 Stellen Sachbearbeitung EG 9a zur Rechnungsbearbeitung von Hausmeister-Kleinaufträgen (lfd. 2560)
8. 3,0 Stellen Sachbearbeitung A 12 Bauliches Gebäudemanagement (lfd. 2520)
9. 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 10 zum Ausbau, Pflege und Koordination Wissensdatenbank für Gebäudemanagement für Schul- und Sportanlagen für die

Schulhausmeister zur Erhöhung der Betreibersicherheit (lfd. 2550; GRDrs 853/2013 und 937/2015)

10. 1,0 Stelle für Sachbearbeitung EG 9c zur Weiterentwicklung und Stammdatenpflege des CAFM-Systems für die Immobilienverwaltung (lfd. 2565)
11. 0,5 Stelle für Sachbearbeitung Datenschutz A 12 wegen Arbeitsvermehrung durch die DSGVO (lfd. 2570,
12. 0,5 Stelle Sachbearbeitung A 11 zur Qualifizierung von Betreuungskräften für die Schulkindbetreuung (lfd 2575, GRDrs 327/2017)
13. 0,5 Stelle Sachbearbeitung A 12 Personalreferent/in für Schulhausmeister zum Führen von Mitarbeiterjahresgesprächen (lfd.2590)
14. 0,8 Stelle Sachbearbeitung A 12 Personalreferent/in für Betreuungskräfte zum Führen von Mitarbeiterjahresgesprächen (lfd. 2595)
15. 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 12 Personalreferent/in für Schulsekretär-/innen und pflegerische Kräfte zum Führen von Mitarbeiterjahresgesprächen (lfd. 2600)
16. Für 1,4 Stellen von Schulsekretär-/innen EG 6 werden kw-Vermerke ausgesetzt (lfd.2605)

Begründung:

Ad 1.
Eine Ablehnung der Schaffung dieser Stelle hat zur Folge, dass Stellen nicht zeitnah wiederbesetzt werden können. Unbesetzte Stellen wirken sich negativ auf die Aufgabenerledigung und auf die Leistungsfähigkeit der anderen Sachgebiete im Amt aus. Das Sachgebiet Personal und Organisation hat hier eine Schlüsselfunktion im Amt. Die derzeitige Arbeitssituation führt dazu, dass Höchstarbeitszeitgrenzen und Pausenzeiten nicht eingehalten werden können und bereits Überstunden im hohen dreistelligen Bereich entstanden sind.

Ad 2 und 3)
Arbeitsvermehrung wegen Investitionsprogramm Schulsanierung und z.T. Digitalisierung.

Ad 3, 4 und 5)

Ohne Schaffung der genannten Stellen kann das vom Gemeinderat beschlossene und bereits im aktuellen Doppelhaushalt 2018/2019 mit finanziellen Mitteln versehene Investitionsprogramm zur Digitalisierung der Stuttgarter Schulen mit allen negativen Auswirkungen für die Schulen sowie die Landeshauptstadt Stuttgart nicht im erforderlichen Umfang vorangebracht werden. Da die Bildungspläne des Landes Medienbildung in Schulen als Bestandteil aller Schulfächer vorsehen, kann folglich nicht an allen Stuttgarter Schulen bildungsplangemäßer Unterricht stattfinden

Ad 6)
Ohne Schaffung der genannten Stelle ist der sichere Betrieb der technischen Gebäudeausrüstung der Schulgebäude und Schulsportanlagen nicht gewährleistet. Dies bedeutet, dass Gefährdungen für Schüler/-innen und Lehrer/-innen, Schäden am Gebäude sowie längerer Ausfall oder Sperrungen von Liegenschaften oder Fachräumen, u.a. auch Lehrschwimmbecken, mangels personeller Ressourcen künftig nicht mehr ausgeschlossen werden können.

Ad 7)
Alleine im Zeitraum vom 1.6.18 bis 31 .12.18 wurden ca. 2.700 Kleinaufträge bearbeitet. Auf ein Jahr hochgerechnet ergeben sich damit rund 4.600 Kleinaufträge. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit für einen Kleinauftrag beträgt 30 Minuten. Im Jahr kommt man damit auf ca.

2.300 Stunden für die Auftragsbearbeitung. Ausgehend von 1.571 Jahresarbeitsstunden für Beschäftigte ergibt sich ein notwendiger Stellenanteil' von rd. 1,5 Stellen.

Es ist absehbar, dass die Anzahl der Kleinaufträge noch deutlich weiter ansteigt. Zum einen gibt es einen Gebäudezuwachs durch Neu- und Erweiterungsbauten, zum anderen steigt aufgrund von Verzögerungen bei der Umsetzung des Schulbauinvestitionsprogrammes die Notwendigkeit, mit Kleinmaßnahmen den Schulbetrieb weiter aufrecht zu erhalten.

Wegen der starken Zunahme des Arbeitsumfanges bei der Rechnungsbearbeitung der Kleinaufträge ist eine Stellenschaffung unumgänglich. Nur so sind die ordnungsgemäße Abwicklung und Kontrolle des Zahlungsverkehrs sowie eine rasche Überweisung an Dienstleister und Lieferanten sichergestellt.

Ohne Schaffung der genannten Stellen können Kleinaufträge künftig mangels Kapazitäten zur Rechnungsbearbeitung nicht mehr in bisherigem Umfang durchgeführt werden. Die Instandhaltung der Schulgebäude — gerade im Hinblick auf besonders dringliche zur Aufrechterhaltung der Nutzbarkeit von Räumen erforderliche Maßnahmen — kann nicht mehr vollumfänglich gewährleistet werden.

Ad 8)
Die Fallzahlen für die Schaffung von 3,0 Stellen für das **bauliche Gebäudemanagement** wurden mittels rechnerischen Nachweises und unter Verwendung realer Zahlen hinreichend belegt. Es ist daraus ersichtlich, dass ein deutlich gestiegenes Arbeitsvolumen mit einem seit 2010 unveränderten Personalbestand abgearbeitet werden muss. So wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Schulgebäude neu gebaut oder erweitert, ohne dass für die Betreuung dieser Gebäude im Bauunterhalt ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen geschaffen wurden.

Aufgrund des Sanierungsstaus der Stuttgarter Schulen (Streckung des Schulsanierungsprogramms bis 2026) und zur Überbrückung der Zeit bis zum Beginn der Maßnahmen im Rahmen des Schulsanierungsprogramms müssen zur Sicherung des Schulbetriebs verstärkt Kleinmaßnahmen vom Schulverwaltungsamt beauftragt werden.

Ohne Schaffung von personellen Ressourcen ist künftig eine Betreuung und Unterhaltung aller Schulgebäude, insbesondere der in den vergangenen Jahren neu gebauten Gebäuden nicht sichergestellt. Kleinmaßnahmen können nicht ausreichend umgesetzt werden.

Ad 9)
Ohne die Schaffung der gesamten Stelle zur **Pflege der „Wissensdatenbank Gebäudemanagement für Schul- und Sportanlagen“** sind sowohl zwingend erforderliche sicherheitstechnische Aufgaben als auch Teilelemente des Projektes Digital MoveS nicht umsetzbar. Der zwingend notwendige Transfer von fachlichen und organisatorischen Informationen zwischen 40-3 und den 250 Schulhausmeister/-innen, u. a. zu sicherheitsrelevanten Problemstellungen, Unterweisungsinhalten, Zuständigkeiten (z. B. zu den Themen Verkehrssicherheit, Brandschutz, Verhalten bei Gewaltvorfällen, Umsetzung der Trinkwasserverordnung) kann nicht ausreichend sichergestellt werden. Dies würde bedeuten, dass die Schulhausmeister/innen zwar mit der notwendigen Technik (Laptops) ausgestattet wären, eine geordnete und dauerhafte Sicherstellung der notwendigen und stets aktuellen Informationen aus der Innenverwaltung jedoch nicht gewährleistet wäre.

Ad10
Das Schulverwaltungsamt hat Aufgaben zur **Verwaltung der Immobilien** und bearbeitet das umfassende und komplexe Thema derzeit mit 1,5 Stellen. Der aktuelle Geschäftsbericht der **CAFM-AG** belegt, dass in den Feldern „Gebäudeplanbestand" und „Architektur: Aufbau der Gebäude" nahezu 100% sowie bei „Flächendaten nach DIN 277" beinahe 80% erreicht worden sind. Da in Folge dessen hierfür rund eine Stelle mit der Pflege der umfangreichen Stammdaten gebunden ist, sind eine Weiterentwicklung des Systems und die Zielerreichung in anderen

Feldern nicht mehr möglich. Eine Erhöhung des Personalbestands um 1 Stellen ist zwingend erforderlich, um die Pflege der Stammdaten und die Weiterentwicklung des Systems zu gewährleisten. Auch in der o.g. Vorlage zu Digital MoveS wird in der Anlage 2, Seite 17, Nr. 1, CAFM als wichtiger grundlegender Bestandteil der Umsetzung aufgeführt. Eine Ablehnung der Stellenschaffung steht meines Erachtens im Widerspruch zu dieser Strategie und verzögert einen zügigen Ausbau dieser Anwendung weiter.

Ad 11)
Datenschutzangelegenheiten konnten beim Schulverwaltungsamt bisher nur in sehr geringem Umfang bearbeitet werden, da hierfür in der Vergangenheit keine eigenen Stellenanteile zur Verfügung stehen. Aufgrund der besonderen Konstellation bzgl. Trennung zwischen inneren und äußeren Schulangelegenheiten unterschiedlicher Zuständigkeiten von Land und Schulträger, gestaltet sich die datenschutzrechtliche Bearbeitung äußerst komplex. Die Umsetzung der Vorgaben der DSGVO sowie weiterer neuer gesetzlichen Vorschriften einer teilweise geteilten Dienst- und Fachaufsicht beim städtischen Personal sowie einer Vielzahl an Akteuren im schulischen Betrieb sind die Fallkonstellationen im Bereich Datenschutz äußerst vielfältig. Dies hat eine Arbeitsvermehrung zur Folge, die nicht mehr ohne zusätzliche Personalkapazitäten bewältigt werden kann, ohne Schaffung der beantragten Stelle kann aufgrund der schwierigen komplexen Situation eine vollständige Umsetzung der Vorgaben der DSGVO im Schulbereich nicht sichergestellt werden. Gerade bei sensiblen Daten ist dies äußerst bedenklich.

Ad12)
Wenn diese Stelle abgelehnt wird kann das Fortbildungsprogramm im derzeitigen Umfang nicht weiter angeboten werden. Die Möglichkeit der Gewinnung von Fachkräften für die Schulkindbetreuung mittels Nachqualifizierung entfällt somit zukünftig. Die ohnehin angespannte Bewerberlage im Bereich der pädagogischen Kräfte wird sich hierdurch weiter verschärfen.

Ad 13, 14,15)
Ohne diese Stellen können die zwischen Verwaltung und GPR in der DV geforderten Mitarbeiterjahresgespräche nicht durchgeführt werden. Abgesehen davon, dass diese Negierung der Mitarbeiterjahresgespräche eine Benachteiligung und Diskriminierung ganzer Berufsgruppen ist, zeigen sich mittlerweile gravierende nachteilige Auswirkungen. So gab es Mitteilungen aus dem Bereich der Schulsekretariats-Mitarbeiterinnen, die aus der besonderen Vorortsituation im Zusammenspiel zwischen städtischem Personal und den Landesbediensteten (vor allem den Schulleitern), dringend um ein MJG bitten. Nach dem jetzigen Stand muss das Schulverwaltungsamt die Gesprächsanfragen der Hausmeister, Pflege-, Schulsekretariats- und Betreuungskräfte mangels fehlender Ressourcen weiterhin ablehnen.

Ad 16)
Da der Masterplan abzuwarten ist, muss davon ausgegangen werden, dass die KW-Vermerke so lange verlängert werden, bis der Masterplan erstellt ist. Es ist davon auszugehen, dass der Masterplan aufgrund Personalengpässen im SG „Schulentwicklungsplanung" nicht bis 31.12.2019 erstellt werden kann. Eine Verlängerung der KW-Vermerke über diesen Zeitraum hinaus ist deshalb notwendig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stellenanträge für das Garten-, Friedhofs- und Forstamt

Wir beantragen die folgenden Stellenschaffungen:

1. Insgesamt 5,0 Stellen für Projektingenieure/innen EG12 zur Umsetzung des Investitionsprogramms für Schulbauten mit Außenanlagen ohne kw-Vermerk (lfd. 4380; GRDrs 634/2019) (*Im Verwaltungsvorschlag sind nur 2 Stellen vorgesehen*)
2. Insgesamt 8,0 Stellen für Landschaftsgärtner/innen EG 7 (lfd. 4401; GRDrs 477/2019 (*Im Verwaltungsvorschlag sind nur 4,0 Stellen aufgenommen*)
3. 1,0 Stelle Verfahrensingenieur/in EG 12 für die Betriebsleitung Krematorium (lfd. 4420)
4. 1,0 Stelle Bestattungsordner/in EG 8 im städtischen Bestattungsdienst (lfd. 4425; GRDrs 490/2019)
5. 5,0 Stellen Totengräber/innen EG 3 für die Friedhofsbetriebe (lfd. 4450)
6. 1,0 Stelle Maschinenführer/in EG 6 für die Stadtgärtnerei und den Kompostbetrieb (lfd. 4445)
7. 0,6 Stelle Sachbearbeitung A 11 im Bereich Liegenschaften und Recht für die Bearbeitung von Rechtsfällen (lfd. 4500)

Begründung:

Ad 1)
Das Schulverwaltungsamt hat eine Vielzahl von Bauvorhaben zu bearbeiten, die sowohl Neu- als auch Erweiterungsbauten umfassen. Mit der im Hochbauamt zum Doppelhaushalt 2018/2019 erfolgten Personalaufstockung zur Bearbeitung von Schulbauvorhaben, die in der Regel auch eine Anpassung oder komplette Neugestaltung der Außenanlagen mit sich ziehen, wird nachweislich bereits heute als auch zukünftig eine erhöhte Zuarbeit von Amt 67 erforderlich sein. Dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt ist es bei gleichbleibendem bzw. zu Anfang 2020 verringertem Personalbestand, wenn vorhandene KW-Vermerke umgesetzt werden, nicht möglich, die erforderliche Zuarbeit zur Realisierung der Gesamtmaßnahme vollumfänglich zu leisten. Aufgrund mehrjähriger Bearbeitungszeiten bei einer Baumaßnahme, können derzeit ausgelastete Mitarbeiter/innen keine neuen Bauvorhaben bearbeiten. Je nach Art des Projektes liegen die Bearbeitungszeiten bei ca. 3 bis 9 Jahren in Abhängigkeit von Bauabschnitten und umzusetzenden Bauvolumina. Diese Stellen werden daher dringend benötigt, um das Investitionsprogramm des Schulverwaltungsamts inklusive der Außenanlagen umzusetzen.

Ad 2)
Die acht Stellen für Landschaftsgärtner/innen sind erforderlich, da es erklärtes Ziel ist, dass der Eigenanteil bei baulichen und landschaftsgärtnerischen Tätigkeiten steigen soll. Zudem sind diese Stellen erforderlich, wenn der Anspruch besteht, mehr urbanes Grün in der Stadt zu schaffen, mehr Bäume zu pflanzen und diese in der Folge auch zu pflegen. Es darf nicht nur bei großen Schlagzeilen zur Klimawende bleiben, es braucht Personal vor Ort, um die großen Klimaziele umzusetzen.

Ad 3)
Die Betriebsleitung wird bisher in Personalunion durch den Oberaufseher des Pragfriedhofs wahrgenommen. Die Aufgabe wird umfangreicher und komplexer durch eine Vielzahl von gesetzlichen Vorschriften (Trinkwasserverordnung, Brandschutzrichtlinien, Betriebssicherheitsverordnung, Betreiberpflichten).

Ad 4)
Der städtische Bestattungsdienst beschäftigt derzeit vier Mitarbeiter*innen, welche sowohl hoheitliche Bestattungsaufgaben (ordnungsbehördliche Bestattungen) bearbeiten als auch gewerbliche Aufgaben (Vermittlung von Bestattungsleistungen inklusive dem Abschluss von Vorsorgeverträgen). In den letzten 2 ½ Jahren haben sich die Bestattungsfälle incl. Anordnungen und Vorsorgen deutlich erhöht (2016 ca. 340 angeordnete Bestattungsfälle; 2018 ca. 420 angeordnete Bestattungsfälle). Trotz personeller Umschichtungen und organisatorischer Anpassungen konnte in diesem Bereich keine Entschärfung der Arbeitssituation erreicht werden. Viele Beratungsgespräche konnten aufgrund von hohen Krankheitsausfällen nicht angenommen und durchgeführt werden. Alleine im Jahr 2018 wurden ca. 70- 80 Beratungsgespräche aufgrund der vorhandenen Überlastung nicht durchgeführt und die betroffenen Bürger mussten abgewiesen werden.

Ad 5)
Eine Aufstockung der Totengräber-Stellen ist erforderlich, da es sich bei dieser Arbeit um eine körperlich sehr belastende Tätigkeit handelt und das Durchschnittsalter der derzeit Beschäftigten mit ca. 55 Jahren vergleichsweise hoch ist. Um die dadurch vermehrt alters- und krankheitsbedingten Ausfälle aufzufangen, werden diese Stellen dringend benötigt.

Ad 6)
Die Öffnungszeiten der Hackschnitzelanlage inklusive an zwei Samstagen im Monat können nicht abgedeckt werden, wenn die Stelle nicht geschaffen wird.

Ad 7)
Viele Aktivitäten des Gartenbau-, Friedhof- und Forstamts unterliegen – wie in vielen andere Bereichen heutzutage üblich – einer überaus kritischen und streitbaren Beobachtung und Betrachtung durch Bürger/innen und sonstige Betroffene. Im Bereich Liegenschaften und Recht macht sich dies in einer erheblichen Arbeitsvermehrung durch Geltendmachung von Schadensersatzansprüche bemerkbar. Zugleich kommen neue Aufgaben wie Landnahmen, Jagdgenossenschaften und anderes hinzu.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Unbefristete Stellen für den Klimaschutz – alle Stellen aus GRDrs 975/2019 in den Stellenplan übernehmen

Wir beantragen:

1. Alle Stellen aus dem Aktionsplan Klimaschutz – Verwendung des Klimaschutzfonds (GRDrs 975/2019) werden im Stellenplan OHNE kw-Vermerk als unbefristete Stellen übernommen.

Begründung:

Klimaschutz ist eine Zukunftsaufgabe, die länger als die nächsten vier Jahre läuft. Befristete Stellen zu besetzen, stellt für viele Bewerber*innen ein Einstellungshindernis dar – angesichts der aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt muss die Stadt – wenn sie die Stellen vor allem im technischen Bereich besetzen will – mindestens unbefristet ausschreiben.

Der Mittelbedarf aus GRDrs 975/2019 für die Stellen wird auf 13,311 Mio. Euro (ohne Tariffortschreibung) beziffert.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Personalbedarf für Relaunch der Stuttgarter Website**

Wir beantragen:

1. Eine VZ-Stelle für die Online-Redaktion bei L/OB-K in EG13 zur dauerhaften Bereitstellung und Weiterentwicklung der Website im Zusammenhang mit dem Relaunch.

Begründung:

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Stellenschaffungen Bezirksamt Vaihingen

Wir beantragen:

1. Eine unbefristete halbe Stelle in EG 7 Sachbearbeiter/-in Bürgerinfo ab 2020
2. Eine unbefristete ganze Stelle in A10 Sachbearbeiter/-in Allgemeine Verwaltung ab 2020

Begründung:

Der Stadtbezirk Vaihingen wächst konstant. Grund für den anhaltenden Bevölkerungszuwachs sind die zahlreichen Neubau- und Entwicklungsprojekte im Stadtbezirk. Große Veränderungen erlebt Vaihingen auch durch die Universität und die Hochschule der Medien im Feld des studentischen Wohnens. Die steigende Einwohneranzahl, die Begleitung der umfangreichen Neubau- und Entwicklungsprojekte, sowie zusätzliche Aufgaben des Bezirksvorstehers ist mit der aktuellen Stellensituation nicht mehr zu bewerkstelligen.

Die Statistiken der vergangenen Jahre zeigen, dass der Stadtbezirk Vaihingen konstant wächst. Zwar hat die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2000 nahezu stagniert, diese nimmt aber seit 2005 regelmäßig zu. Waren es im Jahr 1993 noch 42.000 Einwohner in Vaihingen, so wurde 2018 die 46.000 Einwohner-Marke überschritten. Wir verzeichnen einen monatlichen Zuwachs. Diese steigende Einwohnerzahl wirkt sich auf die Aufgaben der Allgemeinen Verwaltung aus. Allein die rund jährlich 130 Altersjubiläen im Stadtbezirk benötigen addiert drei Wochen Arbeitszeit des Bezirksvorstehers und seiner Stellvertreter.

- Besonders die **Bauprojekte** bringen viele zusätzliche Aufgaben mit sich. Als Beispiele seien die Ansiedelung der beiden Unternehmen Allianz (seit 2017) und Daimler (vermutlich bis 2020), die Entwicklung des Eiermann-Areals als mögliches IBA-Projekt (bis 2027, Planung bereits ab 2018), Entwicklung des Gebiets südöstlich des Bahnhofs Vaihingen als mögliches IBA-Projekt (bis 2027, Planung bereits ab 2018, sowie die beiden Sanierungsgebiete Vaihingen 3 (Dürrlewang) und Vaihingen 4 (Vaihingen Mitte, voraussichtlich bis 2023) oder die Entwicklung des Schulcampus genannt. Im Zusammenhang mit den Vorhaben finden Bürgerbeteiligungen und Informationsabende des Amts für Stadtplanung und Stadterneuerung, aber auch Informations- und Ausspracheabende des Bezirksbeirats und seiner Ausschüsse statt.
- Die Neubau- und Entwicklungsprojekte bringen regelmäßig lange Tagesordnungen des Bezirksbeirates mit sich, da das Gremium zu allen den Stadtbezirk betreffenden Themen zu

hören ist und die Bezirksbeiräte aufgrund der auch in der Öffentlichkeit teilweise kontrovers diskutierten Themen einen hohen Informationsbedarf haben. Deshalb bringt der Bezirksbeirat seinerseits eine große Anzahl von Anträgen an die Verwaltung ein. So wurden in den Jahren 2016 bis 2018 141 Anträge aus den Reihen des Bezirksbeirats verhandelt und durch die Verwaltung bearbeitet.

- Wie sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, ist die Anzahl der Themen nicht mehr im monatlichen Rhythmus abzuarbeiten, weshalb ein Bedarf an zusätzlichen Sitzungsterminen notwendig ist. Grundsätzlich sind elf Sitzungstermine im Jahr vorgesehen (Sommerpause im August). Die Statistiken seit 2011 zeigen, dass diese Anzahl nicht ausreicht: Im Schnitt werden seither jährlich 14 Bezirksbeiratssitzungen durchgeführt, im Jahr 2017 waren es sogar 18 Sitzungen. Allein im Januar 2019 ist der Vaihinger Bezirksbeirat bereits zu vier Sitzungen eingeladen. Die Vor- und Nachbereitung dieser Sitzungsanzahl ist momentan personell nur schwer möglich.
- Auch die Einführung des Bezirksbudgets brachte für das Bezirksamt einen deutlichen Mehraufwand. In diesem Zusammenhang lässt sich erkennen, dass je größer der Stadtbezirk ist, umso mehr Projekte, Anträge und Bewilligungsbescheide, sowie zahlungsrelevanten Vorgänge kommen auf die Mitarbeiterinnen des Bezirksamts zu. Weiterhein werden Projektideen des Bezirksbeirats in der Ausführung durch das Bezirksamt begleitet und teilweise sogar umgesetzt.
- Pilotprojekte der Stadtverwaltung, wie „Trotz-Alter“ oder die „Nette Toilette“, werden in Vaihingen erprobt. Alle zwei Jahre wird der Bürgerhaushalt begleitet, es findet ab 2019 zusätzlich zur Informationsveranstaltung eine Diskussionsveranstaltung statt. Der Stadtbezirk wurde erneut mit dem Siegel „Fairtrade Stadt“ ausgezeichnet. Allein diese Aufgabe ist mit jährlich 100 Stunden (6 Treffen der Steuerungsgruppe, 5 Treffen der regionalen Arbeitsgruppe, sowie eine größere Veranstaltung im Jahr) einzuplanen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stellenantrag Bezirksamt Möhringen

Wir beantragen:

1. Eine unbefristete ganze Stelle Sachbearbeiter/-in Allgemeine Verwaltung in A9 gD ab 1.1.2020

Begründung:

Zu nennen ist, dass im Bereich der Sozialhilfe die Qualitätssicherung seit 2011 an Tiefe und Umfang zugenommen hat. Auch die Fallzahl in diesem Bereich sowie der rechtlich abzuklärende Umfang (z.B. Vermögen, Vermögen im Ausland) hat sich kontinuierlich gesteigert. Im Bereich der Allgemeinen Verwaltung sind dazu Aufgabenfelder ohne Stellenausgleich hinzugekommen, z.B.:

2018: Bezirksbudget (geeignete Projekte ausloten, vorab Klärung mit Fraktionssprechern, Absichtsbeschluss, Ämter/Umsetzung, Umsetzungsbeschluss (Überwachung)

2018: Nette Toilette (Umsetzung vor Ort, Ansprechpartner)

2017: Durchführung der Mitarbeiterjahresgespräche

2017: Einstellen der Anträge und Anfragen des Bezirksbeirates ins KSD sowie der Stellungnahmen durch die Fachämter. Hier ist anzumerken, dass die Stellungnahmen in der Regel nicht per Worddatei zugeleitet werden (wie vorgesehen), sondern ausschließlich in Papierform. Somit ist das Einpflegen ins Programm KSD umständlich und zeitaufwendig.

2017: Flüchtlingsunterkunft Ehrlichweg – Aufbau eines Helferkreises

2015: Bürgertreff Fasanenhof (wird von der Mitarbeiterin aus dem Bürgerhaus mitbetreut); allerdings für die BV ebenfalls ein Mehraufwand, da im anderen Stadtteil gelegen

2015: Kinderfreundliches Stuttgart -> Kinder- und Jugendstadtplan: Erstellen und regelmäßig aktualisieren, Kinderbeteiligung im Bezirk ausbauen

2014: Bürgerhaushalt; Abwicklung erfolgt über die Allg. Verwaltung vor Ort, dazu muss eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden, ab 2018 zusätzlich eine weitere Diskussionsveranstaltung (insgesamt 2)

2014: Flüchtlingsunterkünfte in Möhringen, Aufbau eines Freundeskreises

2012: Fairtrade: Leitung der Steuerungsgruppe, Verantwortlich für die Zertifizierung, Re-Zertifizierungen, Flyer aktualisieren, damit zusammenhängend auch den Inhalt des Internets/Solid

2008: Jugendrat (Kandidatensuche, Wahldurchführung (von der Datenpflege bis zum Plakatentwurf und dessen Verteilung, Jugendratsbetreuung oder Projektgruppenbegleitung, Sitzungen, zusätzliche Termine, rechtliche Abklärung von Aktionen/Veranstaltungen)

2008: Bürgerhaus Möhringen (Stelle vor Ort, allerdings für die BV ein Mehraufwand, da sich der Einzelarbeitsplatz der Mitarbeiterin nicht beim Bezirksamt befindet, Transport von Material und Post, Unterschriften…)

Dazu ist dem Bezirksbeirat und der Verwaltung das Thema Barrierefreiheit im Bezirk sehr wichtig. Dazu haben in Möhringen bereits zwei Begehungen stattgefunden. Bei der Begehung in 2017 wurden im abgegangenen Bereich Mängel/Verbesserungsmöglichkeiten festgestellt. Dass deren Behebung erfolgt oder eine mögliche Behebung geprüft wird, wird durch das Bezirksamt bei den Fachämtern nachgehalten.

Thomas Adler	Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender	Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Prüfauftrag und Antrag für Personalwohnungen für die Stuttgarter Feuerwehr

Wir beantragen:

1. Eine Kostenschätzung der Verwaltung für die Errichtung/Verfügbarmachung von 200-300 Personalwohnungen für Angehörige der Stuttgarter Feuerwehr und
2. die Einstellung der nötigen Mittel in den DHH 2020/2021 und die folgenden Jahre

Begründung:

Der Stadtfeuerwehrverband Stuttgart e.V. sieht die Lage des Wohnens für Feuerwehrangehörige, insbesondere der freiwilligen Feuerwehr, die mehr als die der Berufsfeuerwehr in der Nähe ihrer Feuerwache wohnen sollten, sehr kritisch und empfiehlt die Bereitstellung von 200 bis 300 Personalwohnungen in Stuttgart für diesen Personenkreis.

Bisher wurde nicht einmal die Dringlichkeit dieser Frage von der Verwaltung anerkannt, dabei gehen regelmäßig Angehörige der freiwilligen Feuerwehr durch Umzug ins oft günstigere Umland verloren und schwächen so unnötig den Personalbestand der freiwilligen Feuerwehr in Stuttgart, die die Fläche der Landeshauptstadt betreut (22 freiwilligen Feuerwehrhäusern stehen nur 5 Berufsfeuerwachen gegenüber) und insgesamt die Stadt dadurch finanziell entlastet.

Ob dies über die SWSG abgewickelt wird oder die Stadt einfach Optionen wie im ehemaligen Kälte-Fischer-Areal in Untertürkheim selbst wahrnimmt, um solche Wohnungen zur Verfügung zu stellen, kann im Einzelfall entschieden werden.

Diese Maßnahme ist natürlich nicht als singulär anzusehen, da die generelle Wohnungslage in Stuttgart äußerst angespannt und damit für viele Mitarbeiter der LHS schwierig ist und dieser bisher nur beim Klinikum Stuttgart mit Personalwohnungen in einem gewissen Umfang begegnet wurde.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

13,5 Stellen für die Außenkantinen

Wir beantragen:

4. Für die Außenkantinen werden 13,5 Stellen geschaffen

Begründung:

Es kam in der Vergangenheit zu knapp 300 Schließtagen und es mussten an 361 Tagen in den 12 Außenkantinen Leiharbeitskräfte eingesetzt werden. Zudem wurden Beschäftigte gehäuft aus anderen Kantinen abgezogen, um Engpässe zu überbrücken. Diese Zahlen veranschaulichen dringenden Handlungsbedarf.

Angesichts dieser erheblichen personellen Lücken ist ein qualitativ besseres Essensangebot undenkbar, was aber gerade für Beschäftigte, die körperlich anstrengende Tätigkeiten ausüben, besonders wichtig wäre.

Wir unterstützen mit diesem Antrag den Initiativantrag des Gesamtpersonalrats zur Schaffung von 13,5 Stellen in den Außenkantinen vom 16.5.2019. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen 5,5 Stellen reichen überhaupt nicht aus, um ohne Leiharbeit und Fremdeinsatz des Personals den Kantinenbetrieb aufrecht zu erhalten, geschweige denn für ein besseres Essensangebot für die überwiegend gewerblich-technischen Mitarbeiter*innen zu sorgen, deren Arbeit dadurch auch höhere Wertschätzung erhalten würde.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Faktorisierung von Kinderzahlen bei der Eingruppierung von Kita-Leitungen

Wir beantragen:

1. Die Faktorisierung der Kinderzahlen bei der Eingruppierung von Kita-Leitungen im Kleinkindbereich mit dem Faktor 2, damit die vermehrten Aufgaben von Leitungen besser berücksichtigt werden.

Begründung:

Die Eingruppierung von Kita-Leitungen richtet sich bislang ausschließlich nach der Anzahl der aufgenommenen Kinder in einer Einrichtung. Hierfür gelten Schwellenwerte für die nächsthöhere Eingruppierung, die bei 40, 70, 100, 130 und 180 Kindern liegen. Berücksichtigt werden weder Anzahl der Mitarbeiter*innen noch die Fülle der Aufgaben. Dies führt zu ganz erheblichen Verwerfungen und Ungerechtigkeiten, die dem originären Aufwand der Leitungen je nach Altersstruktur und Öffnungszeiten nicht mehr gerecht werden. In den letzten Jahren werden diese Ungleichheiten besonders prekär durch die Veränderungen im Schulkinderbereich, durch den Ausbau der Ganztagesbetreuung und durch den Ausbau der Kleinkindbetreuung. Aufgrund der kleineren Gruppengröße im Kleinkindbereich sinken die Kinderzahlen, während die Anzahl der Mitarbeiter*innen ebenso steigt wie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten bei den Leitungen.

Der örtliche Personalrat des Jugendamts schlägt zur Lösung des Problems eine Faktorisierung der Kinderzahlen vor, die im Kleinkindbereich mit dem Faktor 2 die vermehrten Aufgaben von Leitungen besser berücksichtigt. Dies ist eine wichtige Maßnahme der Personalgewinnung und Personalerhaltung in dem umkämpften Markt von Erzieher_innen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stellen für Personalgewinnung und –erhaltung und Leitungskräfte in Teilzeit stärken

Wir beantragen:

3. Es werden folgende Stellen zur Personalgewinnung und –erhaltung (s.a. GRDrs 187/2019) geschaffen. Neben den von der Verwaltung bereits vorgeschlagen acht Stellen – werden zusätzlich geschaffen:
   - 1.1. 0,5 Stelle EG 11/A 12 Sachbearbeitung zur Ausbildungskoordination beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt (Amt 67) (lfd. Nr. 4340 in Querliste)
   - 1.2. 0,5 Stelle EG 10/A11 Koordination und Redaktion Mitarbeiterportal beim Haupt- und Personalamt (Amt 10) (lfd. Nr. 515)
   - 1.3. 2 Stellen in A 13 als Stellenanteile für die Umsetzung überlappender Stellenbesetzung bei geteilter Leitung und zur Umsetzung ständiger Leitungsvertretungen wie von der paritätischen AG Chancengleichheit einvernehmlich vorgeschlagen wurde (nicht in Querliste, daher keine lfd. Nr.)
   - 1.4. 0,3 Stellenanteil Sachbearbeiter*in EG 8 (Amt 10-5.2) im Personalservice zum Ausbau der betrieblichen Kinderbetreuung geschaffen, da die Arbeitsvermehrung von 18 Prozent nur sehr knapp unter dem Stellenplankriterium 3 liegt.
2. Es werden 2 Schriftführerstellen (A10) bei Amts 10 für die Protokollierung gemeinderätlicher Gremien und weiterer Ausschüsse beantragt; (Stellenplannr. 935)

Begründung:

Zu 1.1.

Aus GRDrs 187/2019: „Im Garten-, Friedhofs- und Forstamt (Amt 67) werden derzeit in 4 verschiedenen Ausbildungen (Forstwirt, Gärtner im Garten- und Landschaftsbau, Land- und Baumaschinenmechatroniker, Gärtner im Zierpflanzenbau) über 30 Azubis gleichzeitig ausgebildet. Um die Ausbildungsbereiche besser zu vernetzen und die einheitliche Ausbildungsqualität sicherzustellen, sollte eine Ausbildungskoordinatorin/ein Ausbildungskoordinator installiert werden. Dieser stellt die Verbindung zur gesamtstädtischen Ausbildungsstruktur her und ist für übergreifende Themen wie Marketing, Auswahlverfahren, Qualifizierung und Grundsatzfragen zuständig. Darüber

hinaus übernimmt sie/er die Koordination der Themenfelder Weiterqualifizierung und Fortbildung für alle MA des Amts und stellt die Verbindung von Ausbildung und interner Personalentwicklung her.

Zu 1.2.
Im Haupt- und Personalamt (Amt 10) wird eine Vollzeitstelle für die Redaktion des Mitarbeiterportals SOLID benötigt.

SOLID ist das Intranet der LHS und damit ein sog. Mitarbeiterportal. Es ist ein wichtiges Medium, um die Arbeitgebermarke und alle Programme, Angebote und Konzepte für die Beschäftigten zu transportieren. Die Informationen müssen dort strukturiert und jederzeit auffindbar zur Verfügung gestellt werden, ebenso wichtig ist eine direkte Verlinkung zu internen Formularen.

Die von der Verwaltung vorgeschlagene 0,5 Stelle reicht bei Weitem nicht aus, das städtische Intranet als Mitarbeiterportal so aufzubereiten, dass alle Informationen strukturiert und jederzeit auffindbar sind und direkte Verlinkungen zu allen internen Formularen geschaffen werden können. Eine halbe Stelle kann diesen Anspruch nicht erfüllen und damit erst recht nicht eine inhaltliche und funktionale Erweiterung des Portals.

Für die Redaktion und Betreuung ist deshalb eine feste Vollzeit-Stelle notwendig. Diese sollte auch das Wissensmanagement (z.B. content) sowie den geplanten Chat des Servicecenters koordinieren, um so eine einheitliche und effiziente Umsetzung des Themas zu gewährleisten.

Zu 1.3.

Mit diesen Stellenanteilen sollen insbesondere Frauen, aber auch alle Teilzeit-Beschäftigten in Leitungsfunktionen gestärkt werden. Leitende Beschäftigte, die entweder aufgrund von Kindererziehung oder durch zu pflegenden Angehörigen ihren Beruf in Teilzeit ausüben, sollen damit unterstützt werden. Die Institutionalisierung von „Ständigen Vertretungen“ im Gegensatz zur praktizierten fallweisen Verhinderungs-Stellvertretung – sind für Leitungskräfte in Teilzeit sehr wichtig. So gilt bei der Stadt München das Konzept der Tandem-Leitung: für ursprüngliche eine Vollzeit-Leitungsstelle wird eine 120%-Stelle zur überlappenden Stellenbesetzung mit Übergabezeiten angesetzt. Der Einstieg zu so einem Konzept soll erprobt werden.

Zu 2.

Dass zu wenig Personal zur Protokollerstellung vorhanden ist, zeigt sich regelmäßig daran, dass Stadträt*innen Protokolle aufgrund der Arbeitsüberlastung häufig erst spät zugänglich gemacht werden können. Es liegt im Eigeninteresse der Stadträt*innen, dass hier Abhilfe geschaffen wird

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Stellenschaffungen bei der Branddirektion

Wir beantragen:

Die Schaffung der in der Tabelle aufgeführten Stellen für die Branddirektion:

Prio-rität	Stellenplananträge	Personalkosten	
		pro Jahr	Einmalig Dauerhaft
1	**Umwandlung** des ursprünglichen Stellenschaffungsantrags **in 2 Stellenhebungen** für den Bereich **Rechtsaufsicht über den Rettungsdienst** **1,0 Stelle A 15 ➔ A 16 (Verwaltungsleitung)** **1,0 Stelle A 11 ➔ A 12 (SGL Kostenersätze und Recht)** - ursprünglich gefordert zum kleinen Stellenplan 2018 als Stellenschaffung: 1,0 Stelle in A 12 - Sachbearbeitung Recht und Organisation - Begründung: Neue Aufgabe, haftungsrelevante Vorgaben - Synergieeffekt: Durch die Stellenhebungen ergibt sich für die LHS im Vergleich mit der ursprünglich beantragten Stellenschaffung eine Personalkosteneinsparung von rd. 75.000 € pro Jahr (wirtschaftliche Lösung!)	16.600 11.300	D D
2	**1,0 Stelle A 12 SB Personal, Beurteilungswesen, Gesundheitsförderung** - gefordert zum kleinen Stellenplan 2018 - Begründung: Arbeitsmehrung, haftungsrelevante Vorgaben	105.600	D
3	**1,0 Stelle EG 8 Sachbearbeiter Personalservice / -statistik** - gefordert zum Stellenplan 2018/2019 - Begründung:Bewerbermanagement, Statistikaufgaben	52.400	D

Prio.	Stellenplananträge	Personalkosten	
		pro Jahr	Einmalig Dauerhaft
5	**1,0 Stelle A 13 hD Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** - gefordert zum Stellenplan 2016/2017 und 2018/2019 - Begründung:Aufgabenvermehrung; insb. Soziale Medien Aufgabe wird derzeit komplett ohne Stellenanteile zusätzlich zu einer 100%-Stelle wahrgenommen - **Stuttgart ist die einzige der zehn größten Städte in Deutschland, deren Feuerwehr in den Sozialen Medien nicht präsent ist!** - Antrag wird durch L/OB-K befürwortet	114.800	D
8	**1,0 Stelle EG 8 MA ZW Funk – Digitalfunk** - Begründung:Neue Aufgabe – Einführung Digitalfunk	61.700	D
9/10	**2,0 Stellen 9+Z Ausbilder Ausbildung BF + FF** - Begründung:Arbeitsmehrung	91.300 je Stelle	D
12	**1,0 Stelle A 11 SB Fahrzeugbeschaffungen** - Begründung:Arbeitsmehrung	101.300	D
13	**1,0 Stelle A 11 SB Dienstplanung** - Begründung:Arbeitsmehrung	101.300	D
14/18	**2,0 Stellen A 12 SB für komplexe bis hochkomplexe Sonderbauten** - Begründung:Erhebliche Arbeitsvermehrung - hohe Fristüberschreitungen bei Sonderbauten	115.200 je Stelle	D
15/16	**2,0 Stellen EG 8 MA Mobile Prüfgruppe (Elektr. Einsatzgeräte)** - gefordert zum Stellenplan 2018/2019 - Begründung:Entlastung Ehrenamt	61.700 je Stelle	D
17	**1,0 Stelle A 12 Sachbearbeiter Einsatzplanung** - gefordert zum Stellenplan 2018/2019 - Begründung:Arbeitsmehrung, insb. durch komplexere Bedrohungs-lagen wie z. B. Amok- oder Terrorlagen, Massenanfall von Verletzten, Transport von hochkontagiösen Erkrankten	115.200	D
19	**0,3 Stelle A 12 KLR, Gebührenkalkulation** - Begründung:Neue Aufgabe, Arbeitsmehrung - refinanziert durch Mehreinnahmen	31.680	D
20	**0,5 Stelle EG 8 Bürokraft für PR-Büro** - gefordert zum Stellenplan 2016/2017 - Begründung:Anspruch aus LPVG	26.200	D

Sortierung der Stellenplananträge aufsteigend nach den vom Amt bei Antragstellung vergebenen Priorisierungen

Begründung:

Von **18,6 beantragten Stellenschaffungen** beinhaltet der **Verwaltungsvorschlag** entsprechend der Antragsliste zum Stellenplan 2020/2021 einschließlich der darin unter lfd. Nr. 2210 als „schaffungsgleicher Vorgang“ abgebildeten Verlängerung des KW-Vermerks der zum StPl. 2018 befristet geschaffenen A 11-Stelle für die Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen insgesamt nur **4,8 Stellenschaffungen**.

Ferner sind im Verwaltungsvorschlag **2 weitere Stellen** enthalten, deren **Schaffung zurückgestellt** ist bis zum **Abschluss der gesamtstädtischen Personalbedarfsbemessung**.

Nach der finalen Abstimmung zwischen den Referaten AKR und WFB und der Schlussabstimmung mit dem OB über das Gesamtkonzept Digital MoveS sind es somit noch **13,8 (bzw. 11,8) Stellenschaffungsanträge** der Branddirektion, die im **Vorschlag der Verwaltung** zum Stellenplan 2020/2021 **nicht bzw. noch nicht konkret berücksichtigt** wurden.

Die **Personalsorgen** der Branddirektion insbesondere im Bereich der feuerwehrtechnischen und allgemeinen Verwaltung des Amtes, **sind vor diesem Hintergrund weiterhin nicht gelöst!** Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten schon seit langer Zeit hart an der Belastungsgrenze. **Viele gesetzliche Aufgaben können nur oberflächlich oder gar nicht wahrgenommen werden.**

Aus diesem Grunde sind bei den obenstehend aufgelisteten offenen Stellenplananträgen **im Jahr 2020 Stellenschaffungen / -hebungen dringendst erforderlich!**

Die Öffentlichkeitsarbeit via sozialen Medien ist heute in allen größeren Städten außer Stuttgart Standard und erfüllt wichtige Kommunikationszwecke wie Faktenklärung, niederschwelliger Kontakt v.a. für jüngere, an der Feuerwehr potenziell interessierte Menschen usw.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Stellenantrag Bezirksamt Degerloch**

Wir beantragen:

4. Eine **unbefristete halbe Stelle** Sachbearbeiter/-in **Allgemeine Verwaltung und Bürgerinformation** in A9 gD ab 2020

Begründung:

Im Bereich der Allgemeinen Verwaltung **sind Aufgabenfelder** ohne Stellenausgleich **hinzugekommen**, z.B.:

- 2018: **Bezirksbudget** (geeignete Projekte ausloten, vorab Klärung mit Fraktionssprecher*innen, Absichtsbeschluss, Ämter/Umsetzung, Umsetzungsbeschluss (Überwachung)
- 2017: Durchführung der **Mitarbeiterjahresgespräche**
- 2017: **Einstellen der Anträge und Anfragen des Bezirksbeirates ins KSD** sowie der Stellungnahmen durch die Fachämter.
- 2014: **Bürgerhaushalt**; **Abwicklung** erfolgt über die Allg. Verwaltung vor Ort, dazu muss eine **Informationsveranstaltung** durchgeführt werden, ab 2018 zusätzlich eine **weitere Diskussionsveranstaltung** (insgesamt 2)
  Es stehen diverse **Bau- und Entwicklungsvorhaben** bevor wie Nachnutzung des Geländes der bisherigen Feuerwache 5 für AWS usw. sowie **Erweiterungen** bei den **Sporteinrichtungen auf der Waldau**.

Im Vergleich z.B. zu Untertürkheim, einem Bezirk vergleichbarer Einwohnerzahl, ist die Personalausstattung in Degerloch deutlich geringer.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Erhöhung Sachkostenzuschuss und Sozialprüfungsstelle im Rechnungsprüfungsamt

Wir beantragen:

1. Erhöhung des Sachkostenzuschusses um 10.000 EUR ab 2020ff
2. Eine Vollzeit-Prüfstelle Tarif A12 in 14-2, Kostenstelle 14207200 ab 2020ff ohne KW-Vermerk
3. 0,50 A13 gD Stelle Prüfung EU-Fördermittel ab 2020ff ohne KW-Vermerk

Begründung:

Der Sachkostenzuschuss wurde schon sehr lange nicht mehr erhöht, die angegebene Summe gliedert sich i.W. in 5000 EUR für Personalwerbung angesichts der schwierigen Situation am Arbeitsmarkt und der besonderen Anforderungen im RPA. 2.000 EUR für zusätzliche Telearbeitsplätze (u.a. Verkehrsentlastung) und 2.200 Euro für allgemeine Kostensteigerungen. Ergibt in Summe 9.200 Euro, gerundet 10.000 EUR

Der Aufwand für die Sozialprüfung steigt schon bisher und künftig beträchtlich, angesichts der Komplexität der Regelungen und der nötigen Spezialkenntnisse wird hierfür die beantragte Stelle zusätzlich und dauerhaft benötigt – die Regelungen werden erfahrungsgemäß keinesfalls einfacher, sondern eher noch komplexer als sie es schon jetzt sind und der Umfang der nötigen Prüfungen größer.

Die halbe Prüfstelle für EU-Fördermittel wurde zusammen mit L/OB-Int beantragt, weil EU-Förderverfahren sich durch besondere Komplexität und teils auch Widersprüchlichkeit auszeichnen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Umwelt, Klima & Energie
Städtische Liegenschaften bis 2030 klimaneutral machen
Aufsuchende Grünberatung – 6 Stellen für mehr Begrünung in der Stadt
CO_2-Bilanzierung: Mehr Stellen, um den Klimavorbehalt umsetzen zu können
Baumschutzsatzung auf gesamtes Stadtgebiet ausweiten
Trinkbrunnennetz in allen Stadtbezirken
Schon mal üben: Flugzeugfreier Tag
Externes Gutachten zur klimaneutralen Fernwärme
Machbarkeitsstudie zur Kreislaufwirtschaft: Müllverbrennung beenden
Erneuerung bzw. Verbesserung des Taubenturms Seilerwasen in Bad Cannstatt
Schaffung von sechs Fütterungsstellen für Tauben
Krankenstation für Tauben
0,5 Stelle zur Betreuung der Taubenfütterungsstellen und Taubenschläge
Rückstellung finanzieller Mittel für Max-Eyth-See
Weitere Taubenschläge schaffen
Berufung eines Tier- und Artenschutzbeauftragten
Steuerung der Mobilfunkversorgung
Kommerzielles Werbeverbot im öffentlichen Raum und an städtisch beherrschten Einrichtungen
Fit für die Zukunft: Die SWSG wird bis 2030 klimaneutral
Ausbau der Digitalisierung an Stuttgarter Schulen mit VLC / LiFi Ausstattung
Stadtwald - Pflegerische Waldstrategie
Baumschule im Garten-, Friedhofs- und Forstamt prüfen
Bewässerungssystem zur Verbesserung der Baumgesundheit erproben
Zeitarbeitsarbeiten im Bereich der Baum- und Friedhofspflege ins Amt zurückholen
Die nachhaltige Stadt bekämpft Lebensmittelverschwendung
Einführung eines veganen Gerichts in städtischen Kantinen
Summe: 25 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Städtische Liegenschaften bis 2030 klimaneutral machen

Wir beantragen:

5. Die notwendigen Mittel für das stadtinterne Contracting werden angepasst, um zu erreichen, dass im Jahr 2030 alle städtischen Liegenschaften klimaneutral sind. Die hierfür notwendigen Mittel und Stellen legt die Verwaltung im Laufe der Haushaltsberatungen vor.

Begründung:

Die größte Herausforderung der urbanen Energiewende ist die Sanierung des Liegenschafts-Bestands. Um die Pariser Klimaschutzziele (Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten) zu erreichen, muss der Bestand an Liegenschaften zwei Voraussetzungen erfüllen:
a) der Energieverbrauch muss deutlich gesenkt werden und
b) die Energie muss klimaneutral erzeugt werden.

Ein solches Vorhaben ist hochkomplex, zumal jede Liegenschaft unterschiedliche Voraussetzung für eine energetische Sanierung hat. Denkmalschutz, Bauart und Lage städtischer Gebäude unterscheiden sich teilweise erheblich. Deshalb ist es unerlässlich, dass alle Liegenschaften untersucht werden, in welchem Maße sie sich für eine energetische Sanierung eignen, ob sie an ein Nah- oder Fernwärmenetz angeschlossen werden können, ob Wärmepumpen installiert werden können und ob die Voraussetzungen für die Installation von PV-Analgen vorliegen oder geschaffen werden können.

Will Stuttgart spätestens im Jahr 2035 klimaneutral sein, so muss die Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und bereits 2030 alle Liegenschaften energetisch saniert entsprechend klimaneutral gestaltet haben. Hierfür soll die Verwaltung einen Zeitplan erarbeiten und ein entsprechendes Budget kalkulieren.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Aufsuchende Grünberatung – 6 Stellen für mehr Begrünung in der Stadt

Wir beantragen:

1. Die Schaffung von 6 Personalstellen für aufsuchende Grünberatung in den Bezirken Mitte, Ost, West, Nord, Süd und Bad Cannstatt
2. Ein Budget für die Grünberater*innen in Höhe von 600 000. Euro pro Jahr

Begründung:

Zwar existiert ein Programm zur Begrünung von Höfen, Dächern und Fassaden (Richtlinie für das kommunale Grünprogramm der Landeshauptstadt Stuttgart zur Förderung der Hof-, Dach-, und Fassadenbegrünung; GRDrs 608/2014), die Stadt bietet hierfür auch eine kostenfreie Beratung an. Die Begrünung von Dächern und Fassaden hat bauphysikalisch, lufthygienisch und stadtökologisch eine umfassend positive Wirkung. Weitere positive Eigenschaften sind die Senkung der Kosten für Klimatisierung von Gebäuden sowie ein verbesserter Lärmschutz. Die Begrünung von Hinterhöfen hat ebenfalls positive Effekte auf das lokale Klima (vor allem im Sommer) und reduziert die Schadstoffbelastung in der Luft. Trotzdem wird das Programm mit seinen Förderbedingungen (maximal die Hälfte der Kosten werden übernommen, die Obergrenze liegt bei 10 000 Euro pro Projekt) nicht in dem Maße nachgefragt, wie man sich das erhofft hat.

Viele Bürger*innen haben keine Kenntnis von der Existenz eines solchen Programms, hier kann eine aufsuchende Beratung Abhilfe schaffen. Das Ziel sollte sein, dass zunächst in den inneren Stadtbezirken und in Bad Cannstatt je eine Stelle geschaffen wird, da diese besonders von der Klimaerwärmung und den Folgen betroffen sind. Die Grünberater*innen werden die Aufgabe haben, aufsuchend die Bürger*innen über die Fördermöglichkeiten zu informieren und sie dabei zu unterstützen, für mehr Begrünung in ihrem Umfeld zu sorgen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

CO_2-Bilanzierung: Mehr Stellen, um den Klimavorbehalt umsetzen zu können

Wir beantragen:

1. Für die CO_2-Bewertung und Bilanzierung werden nicht nur eine Stelle, sondern 10,0 Stellen (EG13) und ein Finanzbedarf von 700 000 Euro anstelle von 70 000 Euro in den Haushalt eingestellt (Siehe Aktionsprogramm Klimaschutz GRDrs 975/2019, Abschnitt D).

Begründung:

Ähnlich wie bei der Abteilung Haushalt der Kämmerei braucht Stuttgart eine Abteilung mit zehn Mitarbeiter*innen, um möglichst schnell eine effektive CO_2-Bewertung und Bilanzierung vornehmen zu können. Ziel muss es sein, dass alle Beschlüsse des Gemeinderats vor der Einbringung mit dem Hinweis verbunden sind, welche Klimafolgen der jeweilige Beschluss haben wird. Auf dieser Grundlage kann der Gemeinderat dann auch Alternativen entwickeln und ggf. auch Beschlüsse verhindern mit Verweis auf den Klimavorbehalt. Ein solches Instrument der CO_2-Bilanzierung und Bewertung schafft eine Transparenz für das gesamte Verwaltungshandeln und gibt auch den Bürger*innen die Chance, das Handeln von Gemeinderat und Verwaltung unter Klimaaspekten zu beurteilen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Baumschutzsatzung auf gesamtes Stadtgebiet ausweiten

Wir beantragen:

1. Die Baumschutzsatzung wird auf die bebauten Bereiche der Gesamtstadt ausgeweitet. Hierfür sind im Haushalt und Stellenplan unbefristet: 1 Stelle EG13 und 2 Stellen EG 12 sowie 50.000 € Gutachterkosten p.a. einzustellen.

Begründung:

Die Ausweitung der Baumschutzsatzung ist ausdrückliche Empfehlung im städtischen Programm KLIMAKS. Auch die Verwaltungsspitze befürwortet die Ausweitung der Baumschutzsatzung ausdrücklich.

Bäume tragen in vielfacher Hinsicht zur Verbesserung des Bioklimas bei und bedürfen nicht nur in der Innenstadt eines besonderen Schutzes - über die generellen Schutzregelungen des Naturschutzgesetzes hinaus. Die Wohlfahrtswirkungen von Bäumen in klimatischer Hinsicht sind vielfältig. Ohne die grünen Lungen in den Straßenzügen und Grünanlagen drohen verstärkte Hitzeinseleffekte.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Trinkbrunnennetz in allen Stadtbezirken**

Antrag:

1. Zum Betrieb zusätzlicher Trinkbrunnen und Wasserspender im Stadtgebiet wird für das Haushaltsjahr 2020 und 2021 eine Summe von zusätzlich 80.000 Euro eingestellt. Ab dem Haushaltshaltsjahr 2022ff wird das jährliche Budget auf 200.000 Euro erhöht.
2. Neue Trinkbrunnen und Wasserspender können künftig in allen Stadtbezirken, nicht nur der Innenstadt, aus der zweckgebundenen Rücklage Klimaschutz finanziert werden.

Begründung:

Über die zweckgebundene Rücklage Klimaschutz kann künftig die Installation zusätzlicher Trinkbrunnen und Wasserspender im Stadtgebiet finanziert werden. Nicht jedoch die Betriebskosten. Mit der Summe von zusätzlich 80.000 Euro pro Jahr können 20 zusätzliche Trinkstellen im Betrieb finanziert werden. Ab 2022 sind 200.000 Euro pro Jahr erforderlich, um die avisierten 50 neuen Trinkbrunnen betreiben zu können. Gegenwärtig betreibt das Tiefbauamt 96 Trinkbrunnenanlagen im Stadtgebiet. Bei der Umgestaltung von Plätzen und Aufenthaltsräumen soll künftig aus Gründen der Gesundheitsprävention und zur Klimaanpassung im Regelfall ein Trinkwasserspender installiert werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Schon mal üben: Flugzeugfreier Tag**

Wir beantragen:

1. Für einen flugzeugfreien Tag in Stuttgart stellt die Verwaltung dem Flughafen Stuttgart die notwendigen finanziellen Mittel bereit, um die Ausfälle für einen Tag zu kompensieren. Die Stadt Stuttgart setzt sich dafür ein, an dem flugzeugfreien Tag einen Tag der offenen Türe auf dem gesamten Flughafengelände zu veranstalten und den Bürger*innen eine andere Perspektive auf den Flughafen bzw. das Rollfeld zu geben.

Begründung:

Im Jahr 2005 haben wir bereits einen autofreien Sonntag als Teil einer sozialen und ökologischen Verkehrswende beantragt (Nr.118/2005). Exakt 5277 Tage später, am 22. September 2019 war es dann so weit: 0,069 Prozent des Stuttgarter Straßennetzes wurden für 19 Stunden dem motorisierten Individualverkehr entzogen. Die Bürger*innen durften ganze sieben Stunden das Rauschen der Brunnen anstelle des dauernden Verkehrslärms genießen. Angesichts dieser Schlagzahl scheint es angebracht, dass Pilotprojekte frühzeitig beantragt werden müssen, damit deren Umsetzung nicht in den Verdacht geraten, länger als 15 Jahre zu benötigen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Externes Gutachten zur klimaneutralen Fernwärme**

Wir beantragen:

1. Die notwendigen Mittel für ein technisch-wirtschaftliches Gutachten zur Untersuchung, wie die Stuttgarter Fernwärme bis zum Jahr 2030 komplett klimaneutral erzeugt werden kann.

Begründung:

Ein wichtiger Baustein der urbanen Energiewende ist die Frage, wie die in den Haushalten benötigte Wärme klimaneutral erzeugt werden kann. Die bisherige Anbieterin Energie Baden-Württemberg (EnBW) hat bislang wenig erkennbares Interesse gezeigt, wie sie die Fernwärme klimaneutral erzeugen will. Hier soll die Stadt ein Signal setzen und ein Gutachten in Auftrag geben, welches aufzeigt, welche Schritte gemacht werden müssen, damit die Fernwärme im Jahr 2030 klimaneutral erzeugt wird.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Machbarkeitsstudie zur Kreislaufwirtschaft: Müllverbrennung beenden

Wir beantragen:

1. eine technisch-wirtschaftliche Machbarkeitsstudie Kreislaufwirtschaft. Ziel der Untersuchung soll sein, wie die Restmüllmengen im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in Zukunft nicht länger einer thermischen Verwertung zugeführt werden müssen, sondern in maximalem Maß recycelt werden können.

Begründung:

Spätestens im Jahr 2022 muss die Stadt über die Fortsetzung oder Beendigung der Verträge zur Restmüllverbrennung mit dem Energiekonzern Energie Baden-Württemberg (EnBW) verhandeln. Das EnBW-Müllheizkraftwerk in Münster ist derzeit der Hauptabnehmer des Stuttgarter Restmülls. Bis zum Ende der Vertragslaufzeit soll die Stadt alle technischen Möglichkeiten untersucht haben, inklusive der Standortsuche, wie die Menge des zu verbrennenden Restmülls auf ein Minimum reduziert wird. In der Machbarkeitsstudie sollen auch Gewerbemüllanlagen und geeignete Standorte untersucht werden und Wege aufgezeigt werden, wie die Müllverbrennung vermieden werden kann.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Erneuerung bzw. Verbesserung des Taubenturms Seilerwasen in Bad Cannstatt

Wir beantragen:

1. Die Treppe innerhalb des Taubenturms zur 1. Etage am Seilerwasen in Bad Cannstatt soll erneuert bzw. verbessert werden.

Begründung:

Die Stufen der Treppe zur ersten Etage des Taubenturms am Seilerwasen in Bad Cannstatt haben eine viel zu geringe Breite der Trittstufen. Zunächst waren die Trittstufen deutlich unter 19 Zentimeter breit – ein handelsüblicher Schuh der Größe 41 bzw. 42 liegt bereits bei 30 Zentimeter. Derart schmale Treppen stellen ein hohes Sicherheitsrisiko (Stolpergefahr) für die ehrenamtlichen Helfer*innen dar. Auf dieses Risiko machten die Betreuer*innen des Taubenhauses die Verwaltung in der Vergangenheit bereits aufmerksam. Nachdem Maßnahmen ergriffen wurden, verbreiterte sich die Breite der Trittstufen auf 19 Zentimeter, wodurch die Stolpergefahr aber durch die ungleichmäßige Breite der Trittstufen nicht wesentlich verringerte. So hat etwa die letzte oberste Treppenstufe nur eine 14 Zentimeter schmale Auftrittsfläche.

Die Vorschrift für Gebäudetreppen (DIN 18065) sieht vor, dass eine Mindestbreite von 26 Zentimeter für Gebäude mit üblichem Personenverkehr und für Fluchttreppen gelten muss – dies muss bei Taubentürmen zwar nicht zur Anwendung kommen, aber es sollte eine Orientierung sein, um die Unfallgefahr zu reduzieren. Zusätzlich muss auch noch der Faktor beachtet werden, die ehrenamtlichen Helfer*innen oftmals Kisten oder Säcke auf die Etagen tragen müssen, was das Risiko der Sturzgefahr nochmals deutlich erhöht.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Schaffung von sechs Fütterungsstellen für Tauben

Wir beantragen:

1. Die Einrichtung sechs Futterstellen für Tauben, am besten an Orten wo in Zukunft ein Taubenschlag entsteht.

Begründung:

Ein Vorbild, um die Taubenpopulation in den Griff zu bekommen ist das sogenannte Augsburger Modell. In der Vergangenheit wurde in der Debatte im Stuttgarter Gemeinderat von mehreren Fraktionen auf dieses Modell verwiesen. Außer Acht wurde dabei gelassen, dass beim Augsburger Modell nicht nur Taubenschläge, sondern auch Fütterungsstellen eine wichtige Rolle spielen. Die Fütterungsstellen sollen dafür sorgen, dass Tauben die Möglichkeit haben artgerechtes Futter zu bekommen. Derzeit herrscht in Stuttgart ein Mangel an artgerechtem Futter für Tauben.

Im optimalen Fall befinden sich diese Fütterungsstellen an Orten, wo künftig ein Taubenschlag entsteht bzw. entstehen kann. So kann die Fütterungsstelle nach Erbauung des jeweiligen Taubenschlages durch diesen ersetzt werden. Zudem wird der gebaute Taubenschlag dadurch dann besser angenommen, da die Tauben sich an den jeweiligen Platz durch die Fütterungsstellen gewöhnt haben.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion DieFrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Krankenstation für Tauben**

Wir beantragen:

1. Die Schaffung bzw. Bereitstellung eine Krankenstation für Tauben.
2. Die Schaffung von X Personalstellen (Veterinär*in)

Begründung:

Verletzte Tauben sind keine Seltenheit, sondern die Regel im Alltag. Die ehrenamtlichen Helfer haben selbst nicht die Kapazitäten, verletzte oder angeschlagene Tauben unterzubringen. Die Krankenstation soll auch die Trennung von gesunden Tauben gewährleisten, so dass keine Ansteckungsgefahr für diese besteht. Nach der Gesundung können die Tauben wieder in einem Taubenschlag integriert werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **0,5 Stelle zur Betreuung der Taubenfütterungsstellen und Taubenschläge**

Wir beantragen:

1. Die Schaffung einer unbefristeten 50-Prozent-Stelle zur Betreuung der Fütterungsstellen und der Taubenschläge.

Begründung:

Zur Versorgung und Betreuung der jeweiligen Futterstellen und der Taubenschläge muss Personal bereitgestellt werden. Das überwiegend ehrenamtliche Team des Stadttaubenprojekts Stuttgart muss dafür professionelle und fachlich qualifizierte Unterstützung bekommen. In Hinsicht darauf, dass die ehrenamtlichen Helfer schon jetzt an der Belastungsgrenze angekommen sind, bedarf es weiterer städtischer Stellenanteile.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

DieFrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Rückstellung finanzieller Mittel für Max-Eyth-See

Wir beantragen:

1. Für die Sanierung des Max-Eyth-See bzw. die Stabilisation der ökologischen Situation werden zwei Millionen Euro zurückgestellt. Ziel muss es sein, dass der Max-Eyth-See nachhaltig und dauerhaft stabil bleibt hinsichtlich der (Über-) lebensbedingungen für Tiere und Pflanzen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren ist der Max-Eyth-See wiederholt in dem Sinne gekippt, dass der Sauerstoffgehalt so gesunken ist, dass eine akute Gefährdung der dort lebenden Fische vorlag. Im Sommer 2019 schließlich sank der Sauerstoffgehalt so tief, dass schätzungsweise 50 000 Fische starben. Um eine solche Umweltkatastrophe künftig zu verhindern, reicht es bei weitem nicht aus, lediglich 85 000 Euro in den nächsten zwei Jahren in die Einzäunung des Max-Eyth-Sees und für Planungsmittel zur Verfügung zu stellen – eine dauerhafte Lösung muss jetzt endlich angegangen werden.

Das Ziel muss es sein, die Ökologie soweit wie möglich wiederherzustellen und zukünftig für eine stabile Situation am Max-Eyth-See zu sorgen. Dafür sind die zwei Millionen Euro ein erster Schritt, wenn eine Sanierung bzw. grundlegende Instandsetzung des Max-Eyth-Sees gelingen soll.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Weitere Taubenschläge schaffen

Wir beantragen:

1. Für die Schaffung weiterer Taubenschläge zum tierschutzgerechten Populationsmanagement sind 120.000 Euro pro Jahr für den Doppelhaushalt einzustellen.

Begründung:

Das Stuttgarter Taubenprojekt, eine Initiative des Tierschutzvereins Stuttgart und der Landeshauptstadt, wurde im Jahr 2008 gegründet. Bislang wurden zehn Taubenschläge in Betrieb genommen. Allerdings wurden auch einige Taubenschläge bereits wieder abgerissen. Auch der Taubenschlag an der Kriegsbergstraße soll aus bautechnischen Gründen entfernt werden. Für all diese bedarf es Ersatz und noch zusätzliche Taubenschläge.

Allein im Jahre 2018 wurden in den Taubentürmen über 6.000 Eier ausgetauscht - Tendenz steigend - und damit Taubennachwuchs erfolgreich vermindert. Eine große Notwendigkeit besteht dabei an Brennpunkten wie beispielsweise am Stuttgarter Hauptbahnhof, sowie am Marienplatz. Betreute Taubenhäuser sind die einzig mögliche, tierschutzgerechte Maßnahme, die Taubenpopulation nachhaltig zu verringern.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Berufung eines Tier- und Artenschutzbeauftragten

Wir beantragen:

1. Für die Sicherstellung und die Beobachtung der Tiere und Arten in Stuttgart wollen wir einen Arten- und Tierschutzbeauftragten berufen. Aufgabe des Arten- und Tierschutzbeauftragten wäre, dass dieser sich über die Situation der Tiere und die Arten in Stuttgart einen Überblick verschafft und diese beobachtet. Auch die Kommunikation und Zusammenarbeit mit dem Tierschutzverein bzw. anderen Vereinen und Ehrenamtlichen, welche wichtige Aufgaben in diesem Bereich übernehmen, sollen dabei die Regel sein. Die Beauftragte hat regelmäßig im Ausschuss für Klima und Umwelt Bericht zu erstatten.

Begründung:

Viele Aufgaben im Bereich Tier- und Artenschutz werden im Moment vernachlässigt bzw. an Vereine und Ehrenamtliche abgegeben, ohne dass diese große Unterstützung erfahren. So ist es beispielsweise beim Max-Eyth-See der Fall, dass der Württembergische Anglerverein sich um diesen kümmert. Ein weiteres Beispiel sind viele Haustauben ohne Behausung, um die sich überwiegend Ehrenamtliche kümmern. Selbst wenn die Aufgaben überwiegend ehrenamtlich gestützt werden, hat so hat die Stadt die Pflicht sich um den Arten- und Tierschutz zu kümmern (Art 20a, Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz: Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere (…). Ein Artenschutzbeauftragter / eine Artenschutzbeauftragte sollte präventiv tätig sein, Schieflagen frühzeitig erkennen können und dadurch beispielsweise Vorkommnisse wie die Ökokatastrophe am Max-Eyth-See zu verhindern.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Steuerung der Mobilfunkversorgung

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart steuert den Ausbau der Mobilfunkversorgung sowohl von Makrozellen, Kleinzellen und Hotspots, um einen Antennenwildwuchs und die Mehrfachbelastung der Bevölkerung zu vermeiden. Dabei initiiert sie Pilotprojekte, bei denen Strahlenminimierungs- und Energieminimierungskonzepte erprobt werden. Dafür werden zwei Vollzeit-Stellen geschaffen.

Begründung:

Die Breitband- und die mobile Kommunikation gehören heute zur Daseinsvorsorge. Die Diskussion um die Gesundheitsrisiken der mobilen Kommunikation hält an. Das wachsende Datenaufkommen führt zu immer mehr Sendestationen. Alle Mobilfunkbertreiber wollen ihre Netze ausbauen, so dass neue Makrosender, aber auch hunderte Kleinzellen und Hotspots in der LTE- und 5G-Technik geplant werden. Die Mobilfunkbetreiber planen ausschließlich nach technischen Gesichtspunkten. Wie bei allen Techniken, bei denen Strahlung angewandt wird, muss auch hier das Alara-Prinzip (***A**s **L**ow **A**s **R**easonably **A**chievable)* gelten, für dessen Verwirklichung die Stadt regulierend eingreifen muss.

Die Bundesregierung schreibt in ihrer "5 G Strategie für Deutschland": "Mit dem Ausbau von Kleinzellennetzen in Innenstädten, der steigenden Zahl privater Mobilfunkendgeräte sowie der Entwicklung von „Smart Cities“ / „Smart Villages“ und dem Internet der Dinge steigt die Anzahl der Geräte, die in der Nähe von Menschen elektromagnetische Felder aussenden. Deshalb werden die erforderlichen Genehmigungsverfahren an Komplexität zunehmen. Wir untersuchen deshalb den Optimierungsbedarf bei den derzeitigen Genehmigungs- und Entscheidungsprozessen auf kommunaler Ebene und bei der Bundesnetzagentur. Wir prüfen insbesondere, ob Anpassungsbedarf hinsichtlich geltender Abstandsregelungen für Antennenstandorte im sog. Standortbescheinigungsverfahren besteht. Für den Ausbau kleinzelliger Mobilfunknetze (sog. Small Cells) schaffen wir frühzeitig verlässliche Rahmenbedingungen. Dabei bleibt gewährleistet, dass die Akzeptanz der Bevölkerung und die bestehenden hohen Sicherheitsstandards beim vorbeugenden Gesundheitsschutz in allen Entwicklungsphasen erhalten bleiben. Parallel wird der Bund die Einführung von 5G gegenüber der Öffentlichkeit mit transparenten Informationen begleiten."

Die Städte können in Eigenverantwortung Planungsvorgaben machen, mit denen die Versorgung unter der Maßgabe "Mehr Daten mit weniger Strahlung" verwirklicht wird. Die neu gegründete Stelle "Mobilfunkplanung" erarbeitet dazu Vorschläge, auch auf der Basis der bereits in vergangenen Haushaltsberatungen verabschiedeten Anträge.

Zur Energieminimierung: Hunderte neue Sendeanlagen, die v.a. für das autonome Fahren und das Internet der Dinge geplant sind, verbrauchen enorme Mengen an Energie. Deshalb muss geprüft werden, ob nicht mit Roaming die Zahl der Sendeanlagen massiv verringert werden kann. Auch sollte geprüft werden, und welche energiesparenden Lösungen auf dem Markt sind und ob optische Alternativen (VLC/LiFi) für die Outdoor-Anwendungen bereits angeboten werden. Dazu sollte ein Bericht erstellt werden. Die Stadt Stuttgart legt einen Bericht zum ökologischen Fußabdruck des Energieverbrauchs der bisherigen Sendeanlagen als auch der Batteriepuffer und der Steigerung durch die zusätzlich geplanten Anlagen vor. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung. Globale Umweltveränderungen (WBGU) weist in seinem Gutachten ausdrücklich auf diese Problematik hin:

"Digitalisierung kann ohne klare Rahmenbedingungen als Brandbeschleuniger des steigenden Energie- und Ressourcenbedarfs sowie der Treibhausgasemissionen wirken. Wenn Milliarden neue Geräte in den kommenden Jahren vernetzt werden, wird die Energienachfrage von Datenzentren und Übertragungsdiensten steigen. Grundvoraussetzung, um die Potenziale der Digitalisierung für die Transformation der Energiesysteme und den Klimaschutz zu nutzen, sind daher effektive Klima- und energiepolitische Rahmenbedingungen, wie sie der WBGU in früheren Gutachten bereits ausgeführt hat (Zusammenfassung Handlungsempfehlungen, S.15)."

"Denn der WBGU dehnt den Analyseraum über seinen Kernkompetenzbereich hinaus aus, weil das künftige Schicksal der planetarischen Umwelt massiv vom Fortgang der digitalen Revolution abhängen wird. Er mischt sich in einen gesellschaftlichen Diskurs ein, der immer hektischer geführt wird, weil es um die globale Innovationsführerschaft im 21. Jahrhundert geht. Und er versucht, Antworten auf Kernfragen zu finden – Fragen nach der mittelfristigen Zukunft, **ja sogar nach dem schieren Fortbestand des Anthropos auf der Erde.** Nur wenn es gelingt, die digitalen Umbrüche in Richtung Nachhaltigkeit auszurichten, kann die Nachhaltigkeitstransformation gelingen. Digitalisierung droht ansonsten als Brandbeschleuniger von Wachstumsmustern zu wirken, die die planetarischen Leitplanken durchbrechen (Zusammenfassung, S. 1)."

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Kommerzielles Werbeverbot im öffentlichen Raum und an städtisch beherrschten Einrichtungen

Wir beantragen:

1. Ein Verbot der Verteilung kommerzieller Flyer (außer für Kultur und Sport) im öffentlichen Raum in der LHS.
2. Ein Verbot der Werbung für kommerzielle Produkte (außer für Kultur und Sport) im öffentlichen Raum der LHS, insbesondere auch kommerzieller Ausstellungen im öffentlichen Raum.
3. Den Abbau bzw. die Nichtgenehmigung im Rahmen der Möglichkeiten der LHS für rein kommerzielle Werbeträger im öffentlichen Raum.
4. Haltestellen und öffentliche Fahrzeuge wie z.B. die der SSB tragen künftig keine Firmenamen oder kommerziellen Produktnamen mehr.
5. Einrichtungen wie die Landesmesse Stuttgart sind davon ausdrücklich ausgenommen (soweit vorhanden findet die eigentliche Werbung innerhalb der Messe statt, die Bewerbung von Messen bleibt weiterhin statthaft).
6. Soweit möglich werden Leuchtreklamen außerhalb der Geschäftszeiten der Betreiber verboten (Energiesparen und Eindämmen der Lichtverschmutzung).
7. Die Mindereinnahmen durch diese Regelungen werden im DHH und in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.

Begründung:

Dieser Antrag ist primär durch Klima- und Umweltschutz motiviert: Werbung ist eine besondere Form der Ressourcen- und Energieverschwendung sowie Umweltbelastung und in dieser Hinsicht eine besonders leicht einzusparende Form derselben.

Zudem trägt kommerzielle Werbung maßgeblich zur Wachstumsideologie bei, die gemäß dem Club of Rome unseren Planeten bereits an den Rand zum Kollaps gebracht hat, indem sie den Konsum anheizt, was eine ihrer wichtigsten und somit extrem schädlichen Aufgaben ist.

Schließlich sind die Einwohner und Besucher Stuttgarts von solcher Werbung in der Regel nur genervt und würden nur zu gerne auf diese unerwünschte Behelligung durch Reklame im

öffentlichen Raum verzichten, d.h. die Lebensqualität in der LHS steigt dadurch an. Verschiedene Städte wie Stockholm haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Fit für die Zukunft: Die SWSG wird bis 2030 klimaneutral**

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung kalkuliert ein Budget und stellt einen Zeitplan auf, mit dem Ziel, dass alle Liegenschaften der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SWSG energetisch saniert und bis zum Jahr 2030 klimaneutral sind.
2. Energetische Sanierungen werden grundsätzlich warmmietenneutral vorgenommen. Die Verwaltung kalkuliert hierfür ein Budget, welches die SWSG benötigt um die unter Antragspunkt 1 formulierten Anforderungen umsetzen zu können.

Begründung:

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft steht vor der Herausforderung, alle Liegenschaften bis zum Jahr 2030 energetisch zu sanieren und klimaneutral zu machen. Um die Pariser Klimaschutzziele (Erderwärmung deutlich unter zwei Grad zu halten) zu erreichen, muss der Bestand an Liegenschaften zwei Voraussetzungen erfüllen:
a) der Energieverbrauch muss deutlich gesenkt werden und
b) die Energie muss klimaneutral erzeugt werden.

Für die Mieter*innen der SWSG muss der Grundsatz gelten: Alle Maßnahmen müssen warmmietenneutral sein. Die Kosten der energetischen Sanierung dürfen nur in dem Maße auf die Kaltmiete umgelegt werden, wie die Betriebskosten für Heizung und Strom sinken. Kein Mieter soll nach der Sanierung fürs Wohnen mehr Geld ausgeben müssen wie vor der Sanierung.

Ein solches Vorhaben ist hochkomplex, zumal jede Liegenschaft unterschiedliche Voraussetzungen für eine energetische Sanierung hat. Denkmalschutz, Bauart und Lage der SWSG Gebäude unterscheiden sich teilweise erheblich. Deshalb ist es unerlässlich, dass alle Liegenschaften untersucht werden, in welchem Maße sie sich für eine energetische Sanierung eignen, ob sie an ein Nah- oder Fernwärmenetz angeschlossen werden können, ob Wärmepumpen installiert werden können und ob die Voraussetzungen für die Installation von PV-Analgen vorliegen oder geschaffen werden können. Ziel muss es sein, dass im Jahr 2030 alle Liegenschaften energetisch saniert und klimaneutral sind. Hierfür soll die Verwaltung einen Zeitplan erarbeiten und ein entsprechendes Budget kalkulieren.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Ausbau der Digitalisierung an Stuttgarter Schulen mit VLC / LiFi Ausstattung

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart empfiehlt und fördert die Verkabelung aller Schulen mit Glasfaser und für die mobile Kommunikation mit Visible Light Communication (VLC) bzw. LiFi.

Begründung

Für die komfortable Nutzung digitaler Medien ist die Anbindung an ein schnelles Glasfasernetz aller Schulen Voraussetzung. Die Stadt Stuttgart fördert diesen Ausbau. Ab Herbst 2019 können die Schulen Gelder aus dem Digitalpakt der Bundesregierung für die Installation einer internen digitalen Infrastruktur beantragen. Dabei wird zur Voraussetzung gemacht, dass die Schulen mit WLAN ausgestattet sind. WLAN ist eine umstrittene Technik, einerseits weil WLAN problemlos abgehört werden kann, andererseits wegen der Strahlenbelastung, sowohl durch die Accesspoints als auch die Endgeräte. Am Hegel-Gymnasium läuft deshalb das von der Stadt Stuttgart geförderte Pilotprojekt des Heinrich-Hertz-Instituts zu VLC. Damit hat die Stadt zur Erprobung einer Innovation beigetragen. Inzwischen ist diese Technik serienreif und wird von der Firma Signify/Philips am Markt angeboten. Die LiFi-Technologie bietet eine schnelle und stabile Alternative zu WLAN. So ist z.B. der Pressekonferenzraum des Hamburger Volksparkstadions mit 84 Philips PowerBalance gen2-LED-Einbauleuchten ausgestattet, die dazuhin äußerst energieeffizient sind. Über diesen stellen sie eine verschlüsselte Internetverbindung von bis zu 150 Megabit pro Sekunde (Mbps) bereit. Die Nutzer erhalten einen USB Access Key, den sie an ihren Laptop anschließen können, um so über die Beleuchtung einen stabilen Internetzugang mit hohen Übertragungsgeschwindigkeiten zu bekommen. Die Lichtverbindung bietet dazuhin einen guten Datenschutz, da sie durch IMSI-Catcher von außen nicht abgehört werden kann.

Angesichts der Studienlage zu WLAN orientiert sich die Stadt am Vorsorgeprinzip und beachtete die offiziellen Empfehlungen.

- In der Gebrauchsanweisung der neuen Telekom-Router steht diese Warnung: *"Funksignale: Die integrierten Antennen Ihres Speedport senden und empfangen Funksignale bspw. für die Bereitstellung Ihres WLAN. Vermeiden Sie das Aufstellen Ihres Speedport in unmittelbarer*

Nähe zu Schlaf-, Kinder- und Aufenthaltsräumen, um die Belastung durch elektromagnetische Felder so gering wie möglich zu halten"(TELEKOM 2017). [1]

- Das Umweltbundesamt empfiehlt: *"WLAN-Access-Points, WLAN-Router und Basisstationen von Schnurlostelefonen kommen am besten in den Flur oder einen anderen Raum, in dem man sich nicht dauernd aufhält. Schlaf- und Kinderzimmer sind dagegen nicht geeignet. WLAN-Router lassen sich abschalten, wenn man sie nicht benutzt. Besonders nachts ist das empfehlenswert" (UMWELTBUNDESAMT 2013).*
- Das Bundesamt für Strahlenschutz empfiehlt: *„Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) empfiehlt generell, die persönliche Strahlenbelastung zu minimieren, um mögliche, aber bisher nicht erkannte gesundheitliche Risiken gering zu halten. Einfache Maßnahmen sind hierfür:*
    - *Bevorzugen Sie Kabelverbindungen, wenn auf Drahtlostechnik verzichtet werden kann.*
    - *Vermeiden Sie die Aufstellung von zentralen WLAN-Zugangspunkten in unmittelbarer Nähe der Orte, an denen sich Personen ständig aufhalten, zum Beispiel am Arbeitsplatz.*
    - *Falls vorhanden, stellen Sie die Reichenweitenbegrenzung ein, um die maximale Strahlungsleistung zu reduzieren“ (Bundesamt für Strahlenschutz 2012).*

Hintergrund dieser Empfehlungen: In der wissenschaftlichen Literatur wird auf hoher wissenschaftlicher Ebene im Springer Reference-Book "Systems Biology of Free Radicals and Antioxidants" (NAZIROGLU 2014) in einer Metastudie zu Ergebnissen der Forschung zur WLAN-Frequenz darauf hingewiesen, dass gerade auch schwache WLAN-Strahlung gesundheitsschädlich ist.[2] Die bisher größte 2,45 GHz - Überblicksstudie (Review) *„Biologische und pathologische Wirkungen der Strahlung von 2,45 GHz auf Zellen, Kognition und Verhalten“* (Wilke 2018) dokumentiert mehr als 100 Studien und kommt zu dem Schluss: *„Die geltenden Grenz- und SAR-Werte schützen nicht vor den gesundheitlichen Risiken der WLAN-Strahlung. Die negativen Auswirkungen auf Lernen, Aufmerksamkeit und Verhalten begründen für Erziehungsinstitutionen aller Altersstufen einen Verzicht auf WLAN-Anwendungen ... WLAN sollte nicht in Schlafzimmern, an Arbeitsplätzen, in Aufenthaltsräumen, Krankenzimmern, Hörsälen, Klassenzimmern und in öffentlichen Verkehrsmitteln genutzt werden.“*

Angesichts solcher Ergebnisse ist es naheliegend, bei vorhandenen Alternativen diese zu nutzen und auf WLAN an Schulen zu verzichten.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

[1] Bedienungsanleitung Speedport Smart, Telekom, 2017, S. 21

[2] NAZIROGLU M, AKMAN H (2014): Effects of Cellular Phone - and Wi-Fi - Induced Electromagnetic Radiation on Oxidative Stress and Molecular Pathways in Brain, in: I. Laher (ed): Systems Biology of Free Radicals and Antioxidants, Springer Berlin Heidelberg, 106, S. 2431-2449

Übersicht der 206 HH-Anträge von

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Stadtwald - Pflegerische Waldstrategie**

Wir beantragen:

1. Die in der GRDrs 593/2019 „Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Stadtwald“ dargestellten Maßnahmen werden vollständig in den Haushaltsplan übernommen.
2. Das Amt legt 2020 ein Personalkonzept vor, wie es in der FSC-Zertifizierung ausdrücklich gefordert wurde.
3. Im Stellenplan werden ab 2020 1,0 Funktionsstellen „Waldökologie“, 2,0 Stellen Forstwirte und 1,0 Meisterstelle für den Ausbildungsbetrieb unbefristet geschaffen.

Begründung:

Der Wald ist ein unverzichtbares Ökosystem für die Stadt. Er ist entscheidend für die Lebensqualität der Bevölkerung, reguliert das lokale Klima, hat das Potential in Biomasse und humösen Schichten als CO_2-Senke zu wirken, fungiert als Frischluftspender, als Habitat, sowie als Erholungsraum und Stätte zur Schärfung des Umweltbewusstseins. Wir wollen ihn im Sinne einer pflegerischen Strategie zu einer stabilen Waldgesellschaft weiterentwickeln, Eingriffe minimieren und naturnah pflegen.

Sowohl der Wald als auch das Personal, das beim Garten-, Friedhofs- und Forstamt mit der umfassenden Betreuung betraut ist, steht vor aktuell vor enormen Belastungen und Herausforderungen, insb. durch die Auswirkungen des Klimawandels und der organisatorischen Trennung vom Staatswald. In der Mitteilungsvorlage GRDrs 593/2019 sind erste wichtige Schritte dargelegt, das Amt organisatorisch, personell und fachlich fit zu machen, um den Herausforderungen zu begegnen. Es gilt insbesondere die notwendigen Liegenschaften zu als Betriebsstätten zu revitalisieren, die Ausbildungsfähigkeit des Betriebs zu erhalten und angesichts der hohen Zahl unbesetzter Stellen ein Personalkonzept vorzulegen. Daher werben wir dafür, alle in der Drucksache und im Antrag aufgeführten Maßnahmen im Doppelhaushalt und Stellenplan zu verankern.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Baumschule im Garten-, Friedhofs- und Forstamt prüfen

Wir beantragen:

1. Ergänzend zur GRDrs 573/2019 „Weiterentwicklung des Betriebsstandorts Fasanenhof“ wird die Realisierung einer kommunalen Baumschule auf dem Betriebsgelände und in dessen Umfeld untersucht. Die für das Jahr 2020 vorgesehene Planung für die Ermittlung von Baukosten soll um diesen Untersuchungsauftrag erweitert werden. Mit Aufstellung des Doppelhaushalts 2022/2023 soll so eine entscheidungsreife Grundlage für den Gemeinderat vorliegen. Die ggf. zusätzlich anfallenden Kosten für eine Machbarkeitsstudie bzw. für erhöhte Planungskosten sind von der Verwaltung im Zuge der Haushaltsberatungen darzustellen.

Begründung:

Stadtbäume sind aufgrund der Umweltbedingungen und begrenzter Wurzelräume Dauerpatienten. CO_2, Feinstaub, Strahlungshitze, Bauarbeiten, Streusalzeintrag und Wassermangel, das bedeutet Stress für die Bäume: Tausalz, Autoreifen und Bodenarbeiten schädigen das Wurzelwerk, Staub und Luftschadstoffe setzen den Blättern zu, Trockenheit und asphaltbedingte Strahlungshitze sind seit jeher Stadtprobleme, ebenso wie höhere Temperaturen als im Umland. Großstadtgehölze müssen andererseits kräftige Starkregen ertragen, heftigen Stürmen in Häuserschluchten widerstehen und sich eingeschleppter Schädlinge erwehren. Einige Arten wie Kastanien oder Eschen sind dazu kaum noch in der Lage. Über kurz oder lang werden sie wohl aus dem Stadtbild verschwinden und durch stressresistente Baumarten zu ersetzen sein.

Der Fall der Blutbuche am Stadtpalais ist ein Beispiel für den regelmäßig auftretenden Verlust selbst großkroniger Stadtbäume. Insbesondere aufgrund des sich rasant verändernden Lokalklimas und des Auftretens von Kalamitäten ist der Baumbestand in bebauter Umgebung intensiv zu pflegen und die Kompetenzen zur Gesunderhaltung dieser grünen Lungen in der Verwaltung zu schaffen.

Angesichts der großen Zahl der jährlich zu ersetzenden und neu zu pflanzenden Straßenbäume (ca. 500 pro Jahr), und der begrenzten Kapazitäten bei externen Zulieferern, stellt sich die Frage nach der Möglichkeit, klimatolerante bzw. –resistente Jungbäume im Amt zu ziehen. Hierüber soll eine Machbarkeitsstudie Auskunft geben.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Bewässerungssystem zur Verbesserung der Baumgesundheit erproben

Wir beantragen:

1. Das Garten-, Friedhofs- und Forstamt erprobt pilothafte Lösungen der Verbesserung der Stadtbaumgesundheit durch unterirdische und bodennahe Bewässerungssysteme. Hierfür sind ab dem Haushaltsjahr 2020ff 30.000 Euro in den Haushalt einzustellen.

Begründung:

Vertrocknetes Blattwerk ist allgegenwärtiges Anzeichen für die Schädigung der Straßenbäume durch Hitzestress. Experten weisen darauf hin, dass ein Straßenbaum früher im Schnitt 80 Jahre stand, und diese Lebensdauer heute teilweise nur noch 20 Jahre beträgt. Damit sinkt auch die stadtökologische Wertigkeit des Baumbestands. Durch den fortschreitenden Klimawandel wird sich dieses Problem weiter verschärfen.

Angesichts des Umstands, dass Stuttgart ein Grundwassermangelgebiet ist, und ein sparsamer Umgang mit Wasser geboten ist, müssen sparsame Bewässerungssysteme erprobt werden, um die Baumgesundheit in langanhaltenden Hitzeperioden sicherzustellen und den Baumbestand widerstandsfähig ggü. Extrembelastungen zu machen. Heilbronn hat diesbezüglich lange Erfahrungen zur Versorgung von Stadtbäumen an Extremstandorten. Auch die Stadt Wiesbaden erprobt lokale Systeme, u.a. den „Bewässerungssack“. Deren Expertise kann im Zuge der Erprobung herangezogen werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Zeitarbeitsarbeiten im Bereich der Baum- und Friedhofspflege ins Amt zurückholen

Wir beantragen:

1. Baumpflege: Ausgehend von der GRDrs 518/2019 wird das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in die Lage versetzt, die Aufträge für den 2. Pflegezeitraum ab dem 01.10.2020 hälftig durch eigene unbefristete Mitarbeiter*innen auszuführen. Dazu ist die Hälfte der Summe (ca. 675.000 Euro) aus der jährlichen Vergabe für den Aufbau des notwendigen Personals und zur Deckung der Sachkosten umgeschichtet. Die Verwaltung stellt dies im Zuge der Haushaltsplanberatungen dar.

2. Friedhöfe: Ausgehend von der GRDrs 522/2019 wird das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in die Lage versetzt, die Aufträge ab dem 01.10.2020 hälftig durch eigene unbefristete Mitarbeiter*innen auszuführen. Dazu ist die Hälfte der Summe (ca. 206.000 Euro) aus der jährlichen Vergabe für den Aufbau des notwendigen Personals und zur Deckung der Sachkosten umgeschichtet. Die Verwaltung stellt dies im Zuge der Haushaltsplanberatungen dar.

Begründung:

Die Erfahrungen zeigen, dass diese wiederkehrenden Pflegeaufgaben qualitätsvoller und kostengünstiger erfolgen, wenn sie mit eigenen Mitarbeiter*innen beim zuständigen Amt ausgeführt werden. Zudem steigt die Reaktionsfähigkeit des Amtes, was u.a. im Sinne der Verkehrssicherungspflicht vorteilhaft ist.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Die nachhaltige Stadt bekämpft Lebensmittelverschwendung

Wir beantragen:

1. Zur nachhaltigen Bekämpfung von Lebensmittelverschwendung erstellt die Stadt Stuttgart eine Kostenschätzung und erarbeitet Vorschläge, wie dieses Ziel effizient über städtische Koordination und Bereitstellung von Haushaltsmitteln erreicht werden kann. Dazu wird der personelle Bedarf abgeschätzt und Vorschläge für die Ansiedlung der Koordinationsfunktion (z.B. beim Umweltamt) erarbeitet. Die Lebensmittelverschwendung soll sowohl in den Bereichen Lebensmittel- Erzeugung, -verarbeitung und –handel wie auch beim Endverbraucher*innen minimiert bzw. verhindert werden. Die Kostenschätzung sollte folgende Punkte beinhalten:
    a. Es werden Informationsmaterialien entwickelt, um sowohl die Bevölkerung als auch (in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung - CSR) die beteiligten Unternehmen (Erzeuger, Verarbeiter, In-Verkehr-Bringer und Großverbraucher wie Kantinen) aufzuklären und zu einem ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln zu bewegen. Dazu gehören auch Themen wie Vermeidung von Lebensmittel-Abfall, Bedeutung des MHD und Möglichkeiten des Lebensmittelteilens. Synergieeffekte bei Bestrebungen um Erhöhung des Bioanteils beim Lebensmittel-Einkauf, Bevorzugung regionaler und saisonaler Produkte, weniger Fleisch und Plastikvermeidung, auch mit Blick auf städtische Einrichtungen, können entstehen, wenn die gesamte Thematik gebündelt wird.
    b. Im Ausschuss für Klima und Umwelt findet das Thema Lebensmittel-Verschwendung Eingang. Vertreter der entsprechenden Lebensmittelrettungsinitiativen werden eingeladen, ihre Expertise einzubringen. Wenigstens 1x jährlich wird dort über die Fortschritte bei der Verringerung der Lebensmittel-Verschwendung berichtet.
    c. Der Umweltpreis 2020 wird unter das Thema „Kampf gegen Lebensmittel-Verschwendung“ gestellt und entsprechend beworben.
    d. Die Stadt bietet den am Lebensmittelvertrieb beteiligten Unternehmen Beratung zur Abfallvermeidung an, z.B. durch bessere Warendisposition, Ermöglichung von Nachernte, billigeren Abverkauf von Vortagsware und prüft, welche verpflichtenden Vorgaben möglich sind wie Spende an Tafeln und andere soziale Einrichtungen oder die Abgabe an Foodsharing-Initiativen.

e. Um die „Verschenk-Lebensmittel“ möglichst ohne lange Anfahrtswege zu den Verbraucher*innen zu bringen, werden sogenannte „Fairteiler“ benötigt. Mittelfristig soll in jedem der 156 Stuttgarter Stadtteile eine solche Einrichtung entstehen, in der nicht benötigte Lebensmittel sowohl von Privatleuten als auch von den ehrenamtlichen Lebensmittelretter*innen aus der Abholung bei Betrieben deponiert werden können. Diese Fairteiler sind öffentlich für jedermann/frau zugänglich. Die Stadt Stuttgart stellt hierzu Räume in ihren stadteigenen Gebäuden, z.B. Rathäusern, Bürgerzentren u.ä. zur Verfügung, die sie mit der notwendigen Einrichtung und Infrastruktur ausstattet. (Regale, Kühlschränke, Strom- und Wasseranschluss). Beispielhaft geht hier Tübingen voran, wo in Kooperation von Stadtverwaltung und Stadtwerken Tübingen (SWT) mit Foodsharing im Rathaus ein sogenannter Fairteiler eröffnet wurde. Das Rathaus trägt die Kosten für Strom, Wasser, etc. und auch ein Teil der Pflege wird vom Rathaus-Personal übernommen. Wo solche Räume in städtischer Hand nicht zur Verfügung stehen, unterstützt die Stadt die Foodsharing-Gruppen bei der Suche nach passenden Standorten und übernimmt die Kosten für die Fairteiler.

Begründung:

Der WWF hat in einer Studie 2015 festgestellt, dass alleine in Deutschland jährlich 18 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll landen. 10 Millionen Tonnen davon wären vermeidbar. Für Stuttgart mit über 600 000 Einwohnern bedeutet dies rund 75.000 Tonnen genießbare Lebensmittel, die statt in menschlichen Mägen, im Müll, bestenfalls im Kompost oder als Tierfutter enden.

Laut WWF entstehen 61% der Verluste auf dem Weg von der Produktion über Verarbeitung, Handel bis zum Großverbraucher, für 39% sind die Endverbraucher*innen verantwortlich.

Abgesehen von der ethischen Problematik angesichts Millionen Hungernder weltweit bedeutet dies eine gigantische Verschwendung von Ressourcen wie Ackerfläche, Wasser, Energie, Arbeitskraft, Rohstoffe für die Düngemittel- und Pestizidproduktion usw. Die 10 Mio. Tonnen deutschlandweit erzeugen 48 Mio. Tonnen Treibhausgase, Rückstände von Nitrat und Pestiziden belasten das Grundwasser. 10 Mio. Tonnen Lebensmittel werden aufwändig be- und verarbeitet und weite Wege transportiert, nur um in der Mülltonne entsorgt zu werden. Dies schadet dem Klima und der Umwelt massiv.

Zwar werden durch die Tafeln in Stuttgart täglich rund 40 Tonnen Lebensmittel (im Jahr ca. 10.000 t) eingesammelt und in den 4 Tafelläden an Bedürftige günstig abgegeben; angesichts der 75 Tsd. t vermeidbaren Lebensmittel-Mülls in Stuttgart müssen auch von Seiten der Stadt Anstrengungen unternommen zu werden, die Verschwendung zu verringern.

Lebensmittelüberschüsse müssen auf allen Stufen von der Produktion bis zum Verbrauch so weit wie möglich in Stuttgart vermieden werden. Für auch weiterhin unvermeidlich entstehende Lebensmittel- Überschüsse und nicht verkäufliche Reste unterstützt die Stadt ehrenamtlich tätige Organisationen wie Tafeln und Foodsharing in ihrem Bemühen, Lebensmittel- Überschüsse dem menschlichen Genuss zuzuführen, wozu eine flächendeckende Infrastruktur nötig ist.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.12.2019	**Nr.**

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Einführung eines veganen Gerichts in städtischen Kantinen

Wir beantragen:

1. Es soll zukünftig täglich ein veganes Essen auf der Tageskarte in städtischen Kantinen angeboten werden. Die erste Umsetzungsstufe erfolgt baldmöglichst in den Zentralkantinen, soweit möglich schrittweise, aber allerspätestens nach dem nächsten Doppelhaushalt auch in den Außenkantinen.

2. Es soll eine Stelle für eine/n Koch/Köchin (EG 6) geschaffen werden, um die Qualität des veganen/vegetarischen Essens durch frische Zubereitung zu verbessern.

3. Es sollen Haushaltsmittel für Informationskampagnen (z.B. über den Zusammenhang von Fleischkonsum und Klimafolgen, zu Tierwohl, Essen und Gesundheit) in Höhe von 30.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

4. Die Deklaration beim Essen soll verbessert werden, um z.B. über Inhaltsstoffe (z.B. keine tierischen Produkte enthalten) oder auch über die CO_2 -Bilanz informiert zu sein.

5. Rezepte sollen auf vegane Bestandteile umgestellt werden bzw. es sollen neue Rezepte umgesetzt werden.

6. Beim vegetarischen/veganen Essen sollen Convenience-Produkte reduziert werden.

7. Drei Aktionsessen pro Woche sollen zukünftig als vegetarische/vegane Gerichte angeboten werden. So wird automatisch der Fleischkonsum reduziert, Besucher*innen können bei guter Qualität für ein veganes/vegetarisches Essen gewonnen werden.

8. Durch den vermehrten Einsatz von Gewürzen und frischen Kräutern soll die Attraktivität weiter gesteigert werden.

9. Das bestehende Diktat des Sachbezugswerts soll gelockert werden, indem bei Überschreiten dieses Wertes fällige Steuern von der Stadt getragen werden.

10. Der Gesamtrahmen für den Essenspreis in Höhe von 3,60€ bleibt erhalten

11. Veganes/vegetarisches Essen muss zwingend preisgleich mit oder in der mittelfristigen Preisentwicklung günstiger als Fleischgerichten sein.

Begründung:

Der Zusammenhang mit Klima- und Umweltbelastungen durch die Tierhaltung (CO_2, Methan, Nitratbelastung in Boden und Grundwasser durch Gülleausbringung) ist längst wissenschaftlich bewiesen. So stammen beispielsweise 18 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen aus der Tierhaltung. Studien ergeben ganz klar, dass eine vegane Ernährung im Vergleich zu tierischen Erzeugnissen um einiges umwelt- und klimaverträglicher ist. Zudem hat die Essenswahl auch Einfluss über Stuttgart hinaus. So ist es nicht ungewöhnlich, dass für die Tiere in Deutschland Futtermittel bzw. Kraftfutter genutzt wird (beispielsweise Soja), welches seinen Ursprung aus Regenwaldgebieten hat. Damit trägt die Stadt Stuttgart sehr wohl eine Verantwortung über die Stadtgrenzen und sogar über unseren Kontinent hinaus.

Wenn die Stadt Stuttgart den Klimaschutz ernst nehmen möchte, muss auch eine tier- und klimafreundliche Essensauswahl möglich sein, welche durch die Einführung eines veganen Gerichts auf der Tageskarte sichergestellt werden soll. Diese Forderung nach einer ständig verfügbaren veganen Alternative in städtischen Kantinen, wurde auch bereits 2016 von dem Jugendrat (Drucksache 2/2016) eingebracht. Die beantragten Punkte sind zudem mit dem Gesamtpersonalrat(GPR) der Landeshauptstadt Stuttgart abgesprochen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Wohnen
Sozialen Gemeindewohnungsbau ausbauen
Taskforce Spekulationsbremse einrichten
Familien und Alleinerziehende mit Kindern aus Sozialhotels befreien
Wohnen ohne Umwege - Wohnungslosigkeit mit „Housing First“ beheben
Betriebswohnungen für die SSB am Ostendplatz schaffen
Summe: 5 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sozialen Gemeindewohnungsbau ausbauen

Wir beantragen:

1. Die Stadt gründet einen kommunalen Boden- und Wohnbaufonds, für den sukzessive Flächen- und Wohnungsportfolios erworben werden und städtische Gemeindewohnungen im Sozialwohnungsbau auf stadteigenen sowie ggf. neu zu erwerbenden Flächen gebaut werden. Dafür sind im DHH 2020/21 p.a. 150 Millionen € einzustellen. Etwaige Fördermöglichkeiten durch das Land Baden-Württemberg, z.B. über die neue Förderlinie „Wohnungsbau BW – kommunal“, sind von der Verwaltung zu prüfen und vollumfänglich abzuschöpfen.
2. 35 Millionen € p.a. im DHH 2020/21 für den Ankauf, Anmietung und Kauf von Belegungsrechten von Wohnungen für Personalwohnungen städtischer Angestellter und Azubis.
3. Die Zuschüsse für das Familienbauprogramm und Eigentumsförderung in Höhe von 4 Millionen Euro (TeilHH Nr. 610), die auf der Grünen Liste des DHH 2020/21 der Stadtverwaltung veranschlagt sind, werden umgeschichtet auf den zu bildenden kommunale Boden- und Wohnbaufond.
4. Die Zuschüsse für das Familienbauprogramm und Eigentumsförderung in Höhe von 4 Millionen Euro aus der davon-Position „Wohnraumoffensive Stuttgart“ (TeilHH Nr. 610), die auf der Grünen Liste des DHH der Stadtverwaltung veranschlagt sind, werden umgeschichtet auf den zu bildenden kommunale Boden- und Wohnbaufond.

Begründung:

Die Lage am Stuttgarter Wohnungsmarkt ist weiterhin dramatisch. Die Angebots- und Bestandsmieten explodieren und für Normal- und Geringverdiener ist es oft extrem schwierig leistbaren Wohnraum zu finden. Rund 43 Prozent der Mieterhaushalte in Stuttgart gaben 2018 mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete aus, 23 Prozent sogar mehr als 40 Prozent. Auch der Bestand an geförderten Wohnungen ist rückläufig, so ist der Bestand im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr auf 16 456 gesunken.

Die Zahl der geförderten Sozialmietwohnungen in Stuttgart ist in den letzten zehn Jahren um etwa 3000 Einheiten zurückgegangen. Gab es 1992 noch 21 900 Sozialwohnungen, waren es

2018 nur noch 14 380. Gleichzeitig steigt die Zahl der Haushalte in der Wohnungsvormerkdatei. 4 688 Haushalte waren im Dezember 2018 für eine Sozialmietwohnung vorgemerkt, davon 3018 Dringlichkeitsfälle.

Der Wohnungsmarkt wird beherrscht von institutionellen Anlegern und Immobilienunternehmen, die der Renditesteigerung und nicht sozialer Wohnungsversorgung verpflichtet sind. Daran scheitert der bisherige Weg der Stuttgarter Wohnungspolitik. Der Anteil von Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbestand liegt in Stuttgart bei nur 5,3 Prozent. Vom Einkommen her Anspruch auf einen Wohnberechtigtenschein – und damit auf eine Sozialwohnung – haben jedoch rund 100 000 Mieterhaushalte.

Um soziale Wohnungsversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicherzustellen, ist weiterhin ein radikaler Kurswechsel erforderlich. Des Weiteren hat die Stadt seit Jahren ein Personalmangel. Angesichts der angespannten Situation auf dem Wohnungsmarkt ist die Wohnungsfrage für die Berufsentscheidung ein nicht unbedeutendes Kriterium. Deshalb muss die Stadt das Wohnungsportfolio an eigenen Personalwohnungen deutlich ausweiten

Die notwendigen Finanzmittel sind aus Rücklagen, Anlagevermögen und/oder Kreditermächtigung darstellbar.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Familien und Alleinerziehende mit Kindern aus Sozialhotels befreien

Wir beantragen:

1. Die sofortige Bereitstellung von 500 Wohnungen für Alleinerziehende und Familien, die derzeit in Sozialhotels- und Pensionen untergebracht sind, durch neue städtische Belegungsrechte, Ankauf, oder Anmietung durch die Stadt. Die Verwaltung beziffert die dafür notwendigen Kosten.
2. Die Schaffung von 3 Stellen beim Sozialamt zur sozialpädagogischen Begleitung der bisher in Sozialhotels- und Pensionen untergebrachten Familien und Alleinerziehenden. Das entspricht den Kosten von 156 000 Euro p.A. im DHH 2020/2021. Der Begleitungs- und Betreuungsschwerpunkt liegt bei den bisher in Sozialhotels untergebrachten Minderjährigen.
3. Die Bereitstellung von 2 Mio. Euro p.A. im DHH 2020/21 für einen zu schaffenden Notfallfond zur präventiven Verhinderung von Wohnungslosigkeit von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden. Der Notfallfond ist bei der Fachstelle Wohnraumsicherung des Sozialamtes anzusiedeln. Von dem Fond werden Beratungs- und Unterstützungstätigkeiten finanziert wie z.B. Überbrückungskredite bei einer drohenden Kündigung der Wohnung.
4. Fünf Stellen für den zu gründenden Notfallfond zur präventiven Verhinderung von Wohnungslosigkeit von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden. Die Verwaltung beziffert die dafür notwendigen Kosten.

Begründung:

Zum Stichtag 28.02.2019 waren in Stuttgart 483 Personen (Familien und Alleinerziehende) in Sozialhotels- und Pensionen untergebracht. Die Unterkünfte bieten keine kindgerechte Umgebung, was bei Familien und Alleinerziehenden zu zusätzlichen Belastungen führt, bis hin zu untragbaren Zuständen. In diesen Sozialhotels treffen die Familien häufig auf Alleinstehende mit psychischen oder sozialen Problemen. Diese besonders prekäre Lage, insbesondere von Kindern, ist unhaltbar. Durch ein Maßnahmenpaket von Anmietung, Ankauf und die Einrichtung von Belegungsrechten können die besonders schutzbedürftige Personengruppe von Familien mit Kindern und Alleinerziehenden mit angemessenen Wohnraum versorgt werden.

Der zu schaffende Notfallfonds folgt dem Prinzip „Eingreifen, bevor es zu spät ist“. Dieser Fond ist eine präventive Maßnahme zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit von Familien und Alleinerziehenden. Der Notfallfond hat das Ziel, den Anteil der Familien und Alleinerziehenden, die in Stuttgart wohnungslos werden, möglichst auf null zu reduzieren und damit eine ordnungsrechtliche Unterbringung in einer Sozialpension bereits im Vorfeld zu verhindern. Durch diese Unterstützung sollen Familien und Alleinerziehende befähigt werden, ihre Wohnung selbständig und dauerhaft erhalten zu können, Mietzahlungen pünktlich zu leisten.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Taskforce Spekulationsbremse einrichten**

Wir beantragen:

1. Es werden 3 Fachkraft-Stellen für die Aufgaben der Taskforce im Amt für Stadtplanung und Stadtentwicklung geschaffen. Die Verwaltung beziffert die dafür notwendigen Kosten.

Begründung:

Seit Jahren strömt nach profitabler Verwertung suchendes Kapital in gigantischen Summen in die Städte. In Stuttgart kaufen Immobilienunternehmen und andere Kapitalanleger Jahr für Jahr Immobilien und Flächen und treiben mit „Aufwertungsprozessen“ und Spekulation die Bodenpreise in die Höhe.

Die ständig und beschleunigt steigenden Bodenpreise sind nachgewiesenermaßen einer der Haupttreiber der Mietenexplosion in der Stadt. Verdrängungsprozesse von Mieter_innen mit kleinen und mittleren Einkommen aus ihren Vierteln und Austausch durch solventere Mieter_innen sind die Folge. Das Deutsche Institut für Urbanistik (DIFU) hat in seiner Gentrifizierungsstudie in Stuttgart eine Beschleunigung dieses Prozesses nachgewiesen und den zuständigen Verwaltungsspitzen mangelndes Problembewusstsein attestiert. Die verfügbaren Instrumente zum Schutz der Bevölkerung würden kaum genutzt, konstatiert das DIFU und empfiehlt die intensive Nutzung dieser Instrumente wie Milieuschutz-Satzungen, Satzungen zu städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen etc.

Daher muss eine „Taskforce Spekulationsbremse“ eingerichtet werden, die die Aufgabe hat, sämtliche existierenden rechtlichen Instrumente und deren Kombination zu einem wirksamen Instrumentarium zusammenzuführen und dahingehend weiter zu entwickeln, dass bodenpreistreibende Spekulationsinteressen in der Stadt behindert werden.

Darüber hinaus soll die Organisationseinheit „Taskforce Spekulationsbremse“ die mit der Thematik tangierten Fachbereiche anleiten, die spekulationshemmenden Instrumentarien fachgerecht anzuwenden.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Wohnen ohne Umwege - Wohnungslosigkeit mit „Housing First“ beheben

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart schafft die finanziellen und personellen Ressourcen für ein zweijähriges Modellprojekt „Housing First“ nach Berliner Vorbild mit Wohnungen für 20 obdachlose Menschen, mit langjährigen komplexen Problemlagen, bei denen bestehende Hilfsangebote keinen Erfolg hatten. Die Verwaltung beziffert die dafür voraussichtlichen Kosten, insbesondere die Anmietung von Wohnungen und dem erforderlichem Personal.
2. Für die Umsetzung und die Betreuung der am Modellprojektes „Housing First“ Teilnehmenden durch ein multiprofessionelles Team wird eine Kooperation mit den sozialen Trägern- und Verbänden angestrebt.
3. Die Stadt bemüht sich um eine wissenschaftliche Begleitung des Modellprojektes zur Evaluierung, z.B. durch die Universität Stuttgart.

Begründung:

In Stuttgart gibt es nach Schätzungen der „Liga der Freien Wohlfahrtspflege“ 100 bis 150 obdachlose Menschen. Darunter sind die Menschen zu verstehen die „auf der Straße“ leben.

Wohnen ist Menschenrecht. In Stuttgart, einer der reichsten Städte Deutschlands, muss Obdachlosigkeit mit den bereits zur Verfügung stehenden- und neu zu schaffenden Instrumenten verhindert werden. Das Modellprojekt Housing First ("Zuerst ein Zuhause") kann zur Behebung von Obdachlosigkeit einen Beitrag leisten.

Seit Anfang der 90er Jahre wird der konzeptionelle Ansatz Housing First in zahlreichen Ländern und vor allem großen Städten erfolgreich zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit eingesetzt. Zu der Zielgruppe zählen obdachlose Menschen jeglicher Geschlechtsidentität sowie nationalen ethnischen, religiösen und kulturellen Herkunft mit multiplen Problemlagen. Die Menschen bekommen ohne Vorbedingungen einen unbefristeten Mietvertrag und sozialpädagogische Unterstützung.

Kerngedanke ist ein „Recht auf Wohnen“ ohne Vorbedingungen. Im Gegensatz zu herkömmlichen betreuten Wohnformen entkoppelt Housing First das Mietverhältnis vom Unterstützungsangebot und setzt für das Beziehen der eigenen Wohnung keine Bewährung in stufenweise vorangehenden Hilfemaßnahmen und keine Bereitschaft zu Abstinenz, Therapie, beruflicher Eingliederung oder anderen vereinbarten Hilfezielen voraus.

In zahlreichen Evaluationen sind mittlerweile die positiven Wirkungen des Ansatzes belegt. Nach einer von der EU-Kommission finanzierten Studie aus 2013 konnte in 80 bis über 90 % aller Fälle das Hauptziel des dauerhaften Wohnungserhalts erreicht werden (Projekte in Amsterdam, Glasgow, Kopenhagen und Lissabon); in den meisten Fällen zeigten sich positive Entwicklungen bei psychischen Erkrankungen sowie Drogenmissbrauch und traten insgesamt deutliche Verbesserungen der persönlichen Lebensqualität ein (s. Busch-Geertsema, 2013.) Der Housing First Guide Europe konstatierte 2016 ähnlich hohe Quoten der dauerhaften Beendigung von Wohnungslosigkeit z. B. für Projekte in Norwegen (93 %), Schweden (84 %) und Österreich (98,3 %) (s. Pleace, 2016).

Fast ein Jahr nach dem Projektstart von Housing First in Berlin sind 29 Berliner Obdachlose erfolgreich in eigene Wohnungen gezogen. 17 weitere Wohnungen sind nach Angaben der Projektpartner in Aussicht.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Betriebswohnungen für die SSB am Ostendplatz schaffen

Antrag:

1. Der SSB AG wird aus dem Doppelhaushalt 2020/2021 ein Darlehen i.H.v. 60 Mio Euro gewährt, damit am Standort des ehemaligen SSB-Depots Ostendplatz eine Quartiersentwicklung auf den dortigen Baufeldern erfolgen kann. Ziel der Entwicklung ist die Schaffung von mindestens 100 Betriebswohnungen und einer Pflegeeinrichtung, letztere möglichst unter Regie des Eigenbetriebs Leben und Wohnen. Die SSB wird verpflichtet, unter Beteiligung des Gemeinderats und der Stadtverwaltung einen Architektenwettbewerb für das Vorhaben auszuloben.

Begründung: Zur Personalgewinnung und –bindung an die SSB sind künftig Betriebswohnungen unerlässlich. Da die SSB neue Betriebswohnungen aus eigener Kraft nicht erstellen kann, ist hierzu das Modell eines Darlehens aus dem Stadthaushalt attraktiv. Es würde schrittweise getilgt, wobei die Tilgung in Gänze dem Ergebnishaushalt zufließen würde. Im Bezirk Ost wird bereits seit langem eine Lösung für die Baufelder am ehemaligen SSB-Depot gewünscht. Mit der kombinierten Realisierung von Betriebswohnungen und einer Pflegeeinrichtung könnte die Arbeitgeberin SSB ihre Attraktivität steigern und ein Teil des dringenden Bedarfs an Pflegeplätzen im Stadtgebiet gedeckt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Mobilität & Verkehr
Investitionszuschüsse an SSB
Werktäglichen SSB-Nachttakt einführen
365-Euro-Jahresticket — 1 Euro pro Tag für Schüler, Azubis, Studierende und Bezieher*innen von Transferleistungen!
365-Euro-Ticket für ALLE einführen
Städtebaulichen Wettbewerb auch für B27 und B27a: Verkehrsfläche für motorisierten Individualverkehr halbieren
Betriebskonzept für Panorama-Express-S-Bahn Zuffenhausen - S-Vaihingen
Kostenfreie Beförderung bis einschließlich 14 Jahre im Nahverkehr
Führerschein gegen VVS-Jahresticket
Mobility Inside – Eine Plattform für alle Tickets
Umsetzung Tempo 30 nachts
Fußgängerfreundliches Stuttgart
Abschleppmaßnahmen Falschparker intensivieren
Dienstfahrradleasing für alle städtischen Beschäftigten
Barcelona Superblock – Modellhafte Umsetzung
Förderprogramm Lastenräder für Familien mit Sozialkomponente verstetigen
Jeden Sonntag autofrei – und ÖPNV kostenlos
Durchgängiger Winterdienst auf Hauptradrouten
Reale Kosten des Verkehrs – Externe Ermittlung nach dem Konzept der Uni Kassel
Neubürger*innen-Fahrradgutschein
Summe: 19 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Investitionszuschüsse an SSB

Wir beantragen:

1. Damit die städtische SSB AG notwendige Investitionen in die Erneuerung der Schieneninfrastruktur der 1980er Jahre, Ersatzbeschaffungen für die 35 Jahre alten Stadtbahnwagen der 1. Generation stemmen, Stadtbahnen der 2. Generation aufarbeiten, Liegenschaften revitalisieren sowie zusätzliche Stadtbahnen und Busse zur Ausweitung des Nahverkehrsangebots finanzieren kann, wird ihr ab 2020ff (inklusive Mittelfristiger Finanzplanung) ein Investitionszuschuss i.H.v. 35 Mio. Euro gewährt.

Begründung:

Mit ca. 350 Mio. Euro für die Grundsanierung der 133 Kilometer umfassenden Schieneninfrastruktur, Ersatzbeschaffungen von Stadtbahnen (ca. 160 Mio. Euro) und der Aufarbeitung weiterer Stadtbahnen der 2. Generation (65 Mio. Euro) ist die SSB mit immensen Investitionssummen konfrontiert, die weitgehend ohne Zuschüsse von Bund und Land zu stemmen sind, um nur den status quo zu erhalten. Zusätzlich sind wichtige Investitionen in die Revitalisierung von Liegenschaften wie der SSB-Zentrale in Möhringen zu leisten, aber auch Ausbaumaßnahmen zu finanzieren, die zur Steigerung der Beförderungsleistung beitragen. Ohne erhebliche Unterstützung aus dem Stadthaushalt ist die SSB nicht in der Lage diese Lasten zu schultern.

Wir sind weiterhin der Auffassung, dass zur Umsetzung der Ziele aus der Aufsichtsratsklausur von Degerloch die zügige Beschaffung zusätzlicher Stadtbahnen notwendig ist. Für die Bestellung zusätzlicher 15 Stadtbahnen der Generation S-DT 8.14 für die Ausweitung des Leistungsangebots der SSB zur Umsetzung der kurz- und mittelfristigen Maßnahmen im Sinne der Klausur des Aufsichtsrats am 03.06.2016 sind Investitionen i.H.v. 54,8 Mio. Euro zu leisten. Auch über diese Bestellung kann mit dem Investitionskostenzuschuss im Aufsichtsrat entschieden werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Werktäglichen SSB-Nachttakt einführen

Antrag:

1. Die SSB wird beauftragt, einen werktäglichen Nachttakt zum Fahrplanwechsel 2021/2022ff anzubieten. Hierfür wird der SSB, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2021ff, jährlich ein Betrag von 5,0 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Eine detaillierte Beschlussvorlage über Betriebsvarianten mit Stadtbahn, Bus, On-Demand-Lösungen oder in kombinierten Varianten (insb. zur notwendigen Fahrweginstandsetzung) wird dem Gemeinderat 2020 zur Beratung vorgelegt.

Begründung:

Um allen Bedürfnissen nach Verkehrsleistungen gerecht zu werden, soll mit dem Fahrplanwechsel 2020/2021 ein werktäglicher Nachttakt bei der Stuttgarter Straßenbahn AG (SSB) eingeführt werden. Die in alle Fahrtrichtungen sprunghaft angestiegene Verkehrsnachfrage auf der Nacht-S-Bahn zeigt, dass eine solche Maßnahme notwendig ist. Stuttgart ist als Landeshauptstadt und Oberzentrum gefordert, die Lebensrealität ihrer Bürger*innen anzuerkennen. Da ein zusätzliches Verkehrsangebot in den Nachtstunden nicht mit zusätzlichen Fahrzeugen einhergeht ist die Ausgleichssumme für höhere Aufwendungen im Personalbereich des Fahrdiensts überschaubar.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

365-Euro-Jahresticket — 1 Euro pro Tag für Schüler, Azubis, Studierende und Bezieher*innen von Transferleistungen!

Wir beantragen:

1. Der Gemeinderat beauftragt den Oberbürgermeister die notwendigen Schritte zu ergreifen, um im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) zur Vereinfachung des bestehenden Tarifgefüges ein im gesamten VVS gültiges 365- Euro-Jahresticket mit monatlicher Zahlungsmöglichkeit für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und Menschen in staatlichen Hilfesystemen (Beziehung von Hartz-4, Grundsicherung, Wohngeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz) einzuführen.
2. Die Einbeziehung des Seniorentickets in das einheitliche 365-Euro-Jahresticket soll ebenfalls geprüft und optional dargestellt werden.
3. Zur Vermeidung ausufernder Kosten soll das 365-Euro-Jahresticket auf dem Prinzip der Abmangel-Finanzierung zur Kostenbegrenzung beruhen, d.h. es werden lediglich die Einnahmeverluste durch Ticketwechsler erfasst und dem VVS erstattet. Eventuelle Mehreinnahmen durch die Gewinnung neuer Kunden sind zu verrechnen.
4. Die Verwaltung stellt die voraussichtlich notwendigen Kosten für alle genannten Modelle ab dem Haushalt 2021 dar.

Begründung:

Im VVS bestehen gegenwärtig eine Vielzahl von aus sozialen Gründen vergünstigten Ticketarten für einzelne Personengruppen. Dieses komplizierte Tarifgefüge steht einer einfachen Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region entgegen. Mit der Verschmelzung mehrere Ticketarten wollen wir den Tarifdschungel im VVS lichten.

So gibt es momentan für Schüler*innen verschiedene Zeitticket- und Zuschussoptionen (School-Abo 1,41 Euro/Tag, in Stuttgart 1,31 Euro/Tag), darüber hinaus ein separates Ticket für Auszubildende und nicht zum School-Abo berechtigte Schüler (bisher 59,90 Euro/Monat bzw. 2 Euro/Tag), ein Studierenden-Ticket (bisher 1,38 Euro/Tag), das Senioren-Monatsticket (bisher 1,83 EUR/Tag), sowie vereinzelt vergünstigte Tickets für Menschen im Hilfesystem (z.B. Stuttgart mit 28,16 Euro/Monat bzw. 0,94 Euro/Tag).

Besonders im letzteren Fall besteht dringender Handlungsbedarf, da die ca. 11% armen Einwohner*innen der Regionin ihrer Mobilität aus finanziellen Gründen erheblich eingeschränkt sind. Ein regionsweit einheitliches vergünstigtes Jahresticket würde eine erhebliche Ungerechtigkeit des VVS-Tarifsystems aufheben und eine Lücke im Tarifangebot schließen. Mit einem Euro pro Tag und monatlicher Zahlungsoption bewegt sich das 365- Euro-Ticket beispielsweise auch im Rahmen des Hartz-4-Regelsatzes für Mobilität. Dazu kommt, dass sich aufgrund der VVS-Tarifzonenreform die Einführung eines Sozialtickets durch einen einzelnen Landkreis aufgrund der Vereinheitlichung auf Ringe automatisch auf den Fahrbereich aller Kreise außer Göppingen und Stuttgart erstrecken würde. Einzig sinnvoll ist daher nur die Finanzierung durch den gesamten VVS.

Zentrales Ziel ist jedoch die lang überfällige Vereinheitlichung des Tarifsystems und die Schaffung eines für Fahrgäste attraktiven und transparenten Tarifgefüges.

Innovative Ticketlösungen zur Förderung und Vereinfachung der ÖPNV-Nutzung sind angesichts der Klimakrise dringend notwendige Bausteine einer nachhaltigen Entwicklung, und werden in diversen Verkehrsverbünden bereits umgesetzt. So wurde beispielsweise in Berlin ab 01.08.2019 die kostenlose Nutzung von Bussen und Bahnen für Schüler*innen ermöglicht. Zugleich startete der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) für Auszubildende ein neues Jahresticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin und Brandenburg für 365 Euro im Jahr, also 1 Euro pro Tag. Ziel der beiden Bundesländer ist es, Familien und jungen Menschen bei ihren Mobilitätskosten zu entlasten, Individualverkehr zu verringern und umweltfreundliches Verhalten zu fördern. An diesen Zielen sollte sich auch die Region Stuttgart orientieren. Mit dem vorliegenden Antrag wollen wir einen Schritt in die richtige Richtung anregen.

Auch profitieren VVS und die Nahverkehrsunternehmen in der Region mittel- und langfristig von einem attraktiven 365-Euro-Ticket, da davon auszugehen ist, dass einmal für den ÖPNV gewonnene Kunden öffentliche Verkehrsmittel auch dann in erheblicher Zahl weiter nutzen, wenn sie nach Abschluss ihrer Ausbildungsphase oder nach einer Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse nicht mehr zum Bezug eines vergünstigten Tickets berechtigt sind. Die positive Auswirkung günstigerer Tickets auf die Fahrgastzahlen zeigt sich ja bereits gegenwärtig als Folge der VVS-Tarifreform.

Die Erfahrungen Stuttgarts mit der Rabattierung mehrerer Ticketarten um 50 Prozent auf Basis der „Bonuscard“ zeigen, dass ein eventueller Abmangel wirkungsvoll begrenzt werden kann. Ein attraktives preisliches Angebot kann selbst ohne kurzfristige Angebotserweiterung eine hohe Zahl an zusätzlichen Nutzern generieren.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

365-Euro-Ticket für ALLE einführen

Wir beantragen:

1. Die Stadt stellt die notwendigen Haushaltsmittel für ein 365-Euro-Jahresticket für die Stuttgarter Tarifzone 10 in den Haushalt. Jede_r soll berechtigt sein, ein solches 365-Euro-Jahresticket zu erwerben. Auszubildende, Schüler*innen sollen nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Jahresticket für 270 Euro erwerben können.

Begründung:

Stuttgart ist nach wie vor die Stadt mit der höchsten Luftschadstoffkonzentration und gleichzeitig einer immer noch wachsenden Zahl an Kraftfahrzeugen auf den Straßen. Eine grundlegende Verkehrswende hin zu einer multimodalen Mobilitätskultur durch Verlagerung des Verkehrsgeschehens auf umwelt-, klima- und ressourcenschonende Transportmittel ist jedoch alternativlos. Die Studie des Landes „Mobiles BW – Wege der Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität“ weist dabei den Weg: Bis 2050 muss der heutige Bestand an Kraftfahrzeugen um 85 Prozent abschmelzen, damit die vollständige Dekarbonisierung des Verkehrssektors in Verbindung mit den Nachhaltigkeitszielen des Landes gelingen kann. Für diese ökologische Verkehrswende ist ein leistungsfähiger, attraktiver und alle Bedürfnisse abdeckender ÖPNV das notwendige Rückgrat. Doch während ÖPNV-Nutzer_innen einen immer höheren Anteil an Kosten für Betrieb, Fuhrpark und Infrastruktur tragen, zieht sich die öffentliche Hand schrittweise weiter aus der Mitfinanzierung zurück. Hier muss konsequent umgesteuert werden. Wir wollen in einem ersten Schritt ein 365-Euro-Jahresticket für die Stuttgarter Zone einführen, damit für alle spürbar ist, was eine ökologische und soziale Verkehrswende bedeutet.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Städtebaulichen Wettbewerb auch für B27 und B27a: Verkehrsfläche für motorisierten Individualverkehr halbieren

Wir beantragen:

1. Die Stadt stellt notwendige Planungsmittel für einen städtebaulichen Wettbewerb in den Haushalt, der mit dem Ziel verbunden ist, auch die Verkehrsfläche für den motorisierten Individualverkehr der B27 und der B27a zwischen Pragsattel und dem Österreichischen Platz bzw. Charlottenplatz bis Degerloch zu halbieren.

Begründung:

Wenn das Pariser Klimaziel, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, erreicht werden soll, ist eine grundlegende Verkehrswende unabdingbar. Die Studie im Auftrag der Landesregierung „Mobiles BW – Wege der Transformation zu einer nachhaltigen Mobilität“ hat Szenarien entwickelt, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Wollen wir die Klimaziele erreichen muss der Bestand an Kraftfahrzeugen (Kfz) im Vergleich zum jetzigen Stand bis zum Jahr 2050 um 85 reduziert werden, die Zahl der zurückgelegten Kfz-Kilometer wird sich um 70 Prozent reduzieren müssen.

Einen ersten konkreten Schritt hat die Stadt Stuttgart bereits mit der Auslobung eines Wettbewerbs zur B14 zwischen Schwanenplatz und Marienplatz unternommen (GRDrs 604/2019). Eine Mehrheit des Gemeinderats sprach sich dafür aus, eine „Halbierung der Verkehrsfläche für den motorisierten Individualverkehr um 50 Prozent (…)“ anzustreben (Antrag Nr. 285/2019).

Somit liegt es nahe, auch die Verkehrsfläche für den motorisierten Individualverkehr auf der B27 und der B27a zwischen Pragsattel und dem Österreichischen Platz bzw. Charlottenplatz - Degerlochum die Hälfte zu reduzieren. Hierfür soll die Verwaltung die notwendigen Planungsmittel für einen Wettbewerb in den Haushalt stellen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Betriebskonzept für Panorama-Express-S-Bahn Zuffenhausen - S-Vaihingen

Wir beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt mit dem Verband Region Stuttgart ein Betriebskonzept für eine Express-S-Bahn-Tangentialverbindung auf der in städtischem Eigentum befindlichen Gäubahn-Panoramatrasse zwischen den Haltestellen Zuffenhausen und Stuttgart-Vaihingen zur Entlastung der S-Bahn-Stammstrecke auszuarbeiten.

In diesem Zusammenhang ist die Reaktivierung des Haltepunkts Westbahnhof und weiterer möglicher Haltepunkte zu untersuchen.Hierfür sind 100.000 Euroin den Haushalt 2020 einzustellen. Ziel ist die Einführung der S-Bahn-Verbindung zum Fahrplanwechsel 2021-2022.

Begründung:

Die S-Bahn-Stammstrecke zwischen Hauptbahnhof und Schwabstraße ist die meistbefahrene und damit störungsanfälligste Strecke innerhalb des regionalen S-Bahnnetzes. Im Januar diesen Jahres stimmte die Regionalversammlung einstimmig für die Einführung der neuen Signaltechnik ETCS auf der Stammstrecke, um durch kürzere Zugfolge einen Abbau von Verspätungen und eine verlässlichere 15-Minuten-Taktfolge zu ermöglichen. Eine weitere Verkehrsverdichtung jedoch ist nicht mehr möglich. Auch mit ETCS ist die Stammstrecke am Limit.

Hier bringt die von uns beantragte Expresstangentiale zwischen Zuffenhausen und Vaihingen über die Panoramabahnstrecke diverse Vorteile mit sich. Zum einen entlastet sie durch Schaffung einer Umgehungsverbindung die überbeanspruchte Stammstrecke. Zum anderen schafft sie eine schnelle Nord-Süd-Verbindung für Direktpendler, die durch den Verzicht auf Zwischenhalte eine sehr attraktive Fahrzeitreduzierung von ca. 8-9 Minuten zur Folge haben dürfte.

Am Regionalbahnhof Vaihingen ist aufgrund der zusätzlichen Ansiedlungspläne großer Unternehmen wie Allianz oder Daimler mit einem starken Zustrom von Berufspendlern zu rechnen, die zur Vermeidung von Verkehrschaos, Stau, Luftschadstoffen und Lärm im Einzugsgebiet Vaihingens auf die Nutzung der Schiene gelenkt werden müssen. Attraktive Direktverbindungen am Hauptbahnhof vorbei sind hier ideal.

Nicht zuletzt würde die Streckenverbindung eine sinnvolle und kostengünstige Nutzung der Gäubahntrasse erschließen, über deren künftige Funktion noch keine klaren Vorstellungen bestehen. Neben einigen Haltestellenanpassungen und kleineren Instandsetzungsarbeiten

könnte die neue Verbindung relativ zeitnah realisiert werden. Am Bahnhof Vaihingen besteht ausreichend Platz für Einfahrt der neuen S-Bahn, insbesondere da die Gäubahnstrecke ja bereits gegenwärtig bei Störungen als Ausweichlinie für S-Bahnen nach Vaihingen genutzt wird.

Auch eine mittelfristige Verlängerung der Strecke zum Flughafen und zur Messe wäre für Reisende und Pendler gleichermaßen attraktiv. Daneben würde sich, ebenfalls mittel- und langfristig, eine Reaktivierung und Nachrüstung des Westbahnhofs Stuttgart an der Gäubahnstrecke mit einem Betriebskonzept für die Verknüpfung mit der Stadtbahn anbieten, um den Schienenverkehr im Norden Stuttgarts weiter auszubauen und attraktiver zu gestalten.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Kostenfreie Beförderung bis einschließlich 14 Jahre im Nahverkehr

Wir beantragen:

1. Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung des Ziels der kostenfreien Beförderung von Kindern bis einschließlich 14 Jahre in der Zone 10 des VVS. Die hierfür entstehenden Kosten sind darzustellen.

Begründung:

Mit dem neuen Schülerticket Berlin für die Tarifzonen A und B ist für alleSchüler*innen mit „Schülerausweis I“ die kostenfreie Beförderung sichergestellt worden. Berlin ist hier bundesweit Vorreiterin. Bislang ist im VVS lediglich bis zum 6. Lebensjahr die kostenlose Beförderung gewährleistet, nicht jedoch für Schüler*innen. Als Maßnahme zur Familienfreundlichkeit sind wir der Auffassung, dass die Beförderung bis einschließlich dem 14. Lebensjahr kostenfrei sein sollte.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Führerschein gegen VVS-Jahresticket**

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung erarbeitet eine stadtweite Initiative, um Senior*innen ab 65 Jahren, bzw. Menschen im Rentenbezug ab 60 Jahren, zum freiwilligen Tausch ihres Führerscheins gegen ein Seniorenticket Netz für ein Jahr zu animieren. Bisher gemachte Erfahrungen aus dem Pilotprojekt des Landkreises Ludwigsburg sollen in die Gestaltung der Initiative einfließen.
2. Zusätzlich ist grundsätzlich allen Stuttgarter*innen die Möglichkeit zu eröffnen, den Führerschein gegen ein VVS-Jahresticket in der Zone 10 abzugeben.
3. Hierfür sind die in GRDrs 832/2019 dargestellten Ressourcen in den Haushalt einzustellen. Zusätzlich werden 50.000 Euro pro Haushaltsjahr für Antragspunkt 2 bereitgestellt.

Begründung:

Für viele Senior*innen ist die Frage nach der Abgabe des Führerscheins im höheren Alter ein sensibles Thema. Die Fahrerlaubnis symbolisiert für viele Menschen Unabhängigkeit, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und persönliche Mobilität.

Andererseits nehmen kognitive Fähigkeiten und Reaktionsgeschwindigkeit im Gefahrenfall mit zunehmendem Alter ab, Sehprobleme und Medikamenteneinfluss oft zu. Zwar verursachen Senior*innen trotz eines Bevölkerungsanteils von 20 Prozent lediglich 14 Prozent aller Unfälle. Sind über 64-Jährige jedoch als PKW-Fahrer an einem Unfall beteiligt, trugen sie im Jahr 2016 in 67 Prozent der Fälle die Hauptschuld, bei den über 74-Jährigen sogar zu 75 Prozent ([1]). Selbst in der Hochrisiko- Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen waren „nur“ 71 Prozent aller Unfälle selbst verschuldet ([2]).

Die individuelle Thematik entzieht sich pauschalen gesetzlichen Regelungen, fährt doch die eine mit 80 Jahren noch deutlich besser als der andere mit 60. Eine freiwillige Option aufFührerscheinverzicht, gekoppelt an ein alternatives Mobilitätsangebot, lädt Senior*innen daher nicht nur dazu ein, sich mit dem Thema Fahrfähigkeit und Alternativen auseinanderzusetzen, sondern bietet auch konkrete Vorteile. Mobilität und gesellschaftliche Teilhabe bleiben erhalten, die oft vorhandene Schwelle zum Übergang in die ÖPNV-Nutzung wird gesenkt. Und viele Senior*innen, denen die Führerscheinrückgabe mit einem Jahresticket versüßt wird, bleiben

wahrscheinlich auch in den Folgejahren beim ÖPNV, wenn sie das momentan mit monatlich 56,70 EUR doch recht günstige Seniorenticket selbst finanzieren müssen.

Darüber hinaus sind Führerschein-gegen-Seniorenticket-Projekte nicht fremd. Im Landkreis Ludwigsburg lief sehr erfolgreich ein zweijähriges Versuchsprojekt bis zum 31. Dezember 2017.

Eine Führerschein-gegen-Seniorenticket-Initiative sensibilisiert ältere Autofahrer*innen, hilft Unfälle zu vermeiden und wirbt ganz allgemein für die stärkere Nutzung des ÖPNV. Angesichts der Luftschadstoff- und Lärmbelastung, Stau und Fahrverboten ist jede*r Einzelne, der vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigt, jeder PKW, der nicht mehr weiter betrieben wird, ein Gewinn für Mensch und Umwelt. Ein Gewinn auch für das im ÖPNV-Pakt zwischen Land, Region, Landkreisen und Stadt Stuttgart festgeschriebene Ziel der Erhöhung der ÖPNV-Nutzung um 20 Prozent bis 2025.

Darüber hinaus geht die demographische Entwicklung auch an Stuttgart nicht vorbei.

Mehr ältere ÖPNV-Nutzer*innen bedeuten mehr Nachfrage, und die notwendigen Impulse zum Ausbau eines seniorengerechten öffentlichen Nahverkehrs, auch im ländlichen Raum und außerhalb des Schienennetzes von Stadt-, Regional- und S-Bahnen, müssen jetzt gesetzt werden. Nur so kann der ÖPNV eine echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr werden, der auch die Senior*innen von heute und morgen mitnimmt.

Grundsätzlich soll das Angebot eines Führerscheintauschs aber allen Bürger*innen zur Verfügung stehen, ungeachtet der Motivation oder der persönlichen Hintergründe.

[1] Deutsche Verkehrswacht, Zahlenmaterial von 2016.
[2] Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Mobility Inside – Eine Plattform für alle Tickets

Wir beantragen:

1. Der Vorstand wird beauftragt, die SSB AG als Gründungsgesellschafterin und Komplementärin an der Initiative „Mobility inside“ zu beteiligen. Hierzu wird ein einmaliger Investitionszuschuss i.H.v. 1,25 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt. Da die Maßnahme lediglich die Liquidität der der SSB AG tangiert ist eine Anpassung des Wirtschaftsplans nicht nötig.

Begründung:

Gegenwärtig plant die EU-Liberalisierung des Vertriebs im Bereich der Mobilitätsdienstleistungen. Deutschland hat jedoch die Möglichkeit einer eigenen Lösung. Mobility inside (MI) als Initiative der Verkehrsunternehmen und Verkehrsverbünde hat das Ziel, sämtliche Mobilitätsangebote intermodal und überregional buchbar zu machen. MI ist damit ein entscheidender Baustein einer multimodalen Mobilitätskultur. Umständliche Registrierungen auf unterschiedlichen Portalen entfallen. Die Plattform soll einen diskriminierungsfreien Zugang für alle Akteure auf dem Verkehrsmarkt ermöglichen. Mittelfristig können so die Vertriebskosten gesenkt werden.

Da mit Mobility inside künftig Provisionen verbunden sind ist nach der Anfangsinvestition ein gewinnbringendes Geschäftsfeld für die SSB verbunden und nachgewiesen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Umsetzung Tempo 30 nachts

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung beziffert die notwendigen Haushaltsmittel zur Umsetzung von Tempo 30 in den Nachtstunden zwischen 22.00 und 6.00 Uhr auf den von Lärm besonders belasteten 80 km Hauptverkehrsstraßen im Stadtgebiet und stellt die hierfür nötigen Ressourcen in den Haushalt ein.

Begründung:

Mit der GRDrs 595/2018 wurde ein Gutachten für ein Geschwindigkeitskonzept auf Hauptverkehrsstraßen als Kernbaustein für die Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt in Auftrag gegeben. Konkret wird nun, wie von Stadträt*innen unserer Fraktion bereits seit langem gefordert, Tempo 30 in den Nachtstunden untersucht. An 80 km Hauptverkehrsstraßen besteht ein Mittelungspegel nachts von über 60dB(A), wodurch die Gesundheitsgefährdung erheblich ansteigt. 15.500 Menschen sind durch diese sehr hohen Lärmimmissionen stark belastet und erheblich gesundheitsgefährdet. Die Lärmkartierung 2017 zeigte, dass die Lärmbelastung gegenüber 2012 für das Stadtgebiet als Ganzes unverändert blieb.

Eine Verringerung von 50 km/h auf 30 km/h würde den Mittelungspegel an diesen stark belasteten Straßen um 2,5 dB(A) senken und zusätzlich den Verkehrsfluss verstetigen, was zusätzliche stark lärmmindernde Effekte nach sich ziehen würde. Ergänzend sind positive Effekte hinsichtlich Verkehrssicherheit und Luftreinhaltung anzunehmen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Fußgängerfreundliches Stuttgart

Wirbeantragen:

1. Zur Umsetzung des Fußverkehrskonzepts sind ab dem Haushaltsjahr 2020 ff. je 2 Mio. Euro in den Haushalt einzustellen.
2. Zur Umsetzung der im Aktionsplan Nachhaltig mobil in Stuttgart formulierten Ziele zur Schaffung zusätzlicher Fußgängerzonen und verkehrsberuhigter Bereiche im gesamten Stadtgebiet wird pro Haushaltsjahr und in der mittelfristigen Finanzplanung ein zweckbestimmtes Budget für die äußeren Stadtbezirke beim Tiefbauamt i.H.v. 2 Mio. Euro eingestellt.
3. Das Budget zur Behebung von Schäden an Belägen in Fußgängerzonen und auf öffentlichen Plätzen wird um 1 Mio. Euro pro Haushaltsjahr erhöht.
4. Im Stellenplan sind entsprechend unbefristete Planer- und Ingenieursstellen nach der Formel eine Vollzeitstelle je eine Million Euro Investitionsmittel zu schaffen. Der Stellenplan wird dementsprechend angepasst.
5. Im Stellenplan wird zusätzlich die Stelle des/der Fußverkehrsbeauftragten geschaffen.

Begründung:

Attraktive und sichere Fußwegeverbindungen, Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Bereiche sind essentiell für das Leben in einer Stadt. Die urbane Qualität einer Stadt und die Zufriedenheit ihrer Bewohner*innen lässt sich treffsicher an der Zahl alter Menschen und Kindern im öffentlichen Raum ablesen, so der Stadtplaner Prof. Jan Gehl. Denn öffentlicher Raum ist mehr als Bewegungsfläche. Er fasst das öffentliche Leben, ist Ort für Kommunikation und Begegnung. Viele stark frequentierte Bereiche sind jedoch in einem schlechten Zustand: Zerstörte Bodenbeläge, rechtswidrig parkende Fahrzeuge, Vermüllung, Mängel bei Stadtgrün und Verweilmöglichkeiten, bauliche Barrieren und technische Installationen stören diese wichtige Funktion. Öffentliche Räume sollten aber einem hohen gestalterischen Anspruch unterliegen und einen einladenden, menschenfreundlichen Charakter besitzen.

Zudem ist das zu Fuß Gehen die urbanste, nachhaltigste und gesündeste Form der Fortbewegung, mit erheblich positiven Effekten bezüglich der Lärmminderung und

Luftreinhaltung. Das zu Fuß Gehen ist auch eine Maßnahme, um Funktionsverlusten vorzubeugen, denn es belebt Erdgeschosslagen und stärkt nachhaltig den Handel.

Viel zu lange schon wird das zu Fuß Gehen politisch vernachlässigt. Mit dem Fußverkehrskonzept liegt nun ein erstes Grundlagenwerk vor, das mit entsprechenden Haushaltsmitteln und Stellen unterlegt werden muss, um seine positiven Effekte zu entfalten. Auch der Aktionsplan nachhaltig mobil in Stuttgart formuliert als Maßnahme, die Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereiche in allen Stadtbezirken schrittweise auszudehnen – jedoch wurde hierfür kein spezifischer Haushaltstitel im Entwurf hinterlegt. Für eine Umgestaltung im Sinne des zu Fuß Gehens bieten sich insbesondere die im Zentrenkonzept definierten Versorgungsbereiche an.

Darüber hinaus ist zur Finanzierung des „Stuttgarter Rechtecks“ und dem Bremer Modell der Gehwegnasen zur Schaffung von Carsharing-Abstellflächen eine Aufstockung des Fußverkehrsetats notwendig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Abschleppmaßnahmen Falschparker intensivieren

Wir beantragen:

1. Die mobilen Beschwerdeteams der Verkehrsraumüberwachung (vgl. GRDrs 745/2017) werden in ihrem Umfang verdoppelt. Im Stellenplan sind dazu 10,8 Stellen in EG 6 zu schaffen. Jedoch werden für diese zusätzlichen Beschwerdeteams eBikes bereitgestellt und keine Kraftfahrzeuge, und hierfür der Sachmittelbedarf entsprechend angepasst.

   Die Bedarfe im Finanz- und Ergebnishaushalt, sowie die Erlöse sind anzupassen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Dienstfahrradleasing für alle städtischen Beschäftigten

Wir beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Gesamtpersonalrat für alle städtischen Beschäftigten ein Dienstleasingfahrrad-Angebot zu schaffen, sodass sie ein Dienstfahrrad/Pedelec erhalten können. Die hierfür ggf. notwendigen Haushaltsmittel und Stellenanteile sind darzustellen.

Begründung:

Der Gesetzgeber fördert steuerlich Dienstleasingfahrräder, um den Verkehr zu entlasten und die Umwelt zu schützen. Zum Jahreswechsel 2018/2019 wurde das steuerfreie, arbeitgeberfinanzierte Dienstrad möglich gemacht, im März folgt die 0,5-Prozent-Regel für das Fahrradleasing per Gehaltsumwandlung – für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird dank der staatlichen Förderung das umweltfreundliche Dienstrad noch attraktiver. Die betriebliche Überlassung vom Fahrrad oder E-Bike als Dienstrad basiert auf einem Erlass der Landesfinanzministerien aus dem Jahr 2012. Der Erlass weitete das so genannte Dienstwagenprivileg (1 %-Regel) auf Fahrräder, Pedelecs und S-Pedelecs aus. Unternehmen können auf der Grundlage des Erlasses ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Dienstrad mit Steuervorteilen zur Verfügung zu stellen. Der derzeit größte Anbieter JobRad hat bereits für 15 000 Unternehmen von Großkonzernen bis kleinen Handwerksbetrieben ein solches Angebot ausgearbeitet. Die Stadt Stuttgart würde ein solches Angebot beim Thema nachhaltige Mobilität ein Stück weiter nach vorne bringen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Barcelona Superblock – Modellhafte Umsetzung

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung beauftragt ein externes Planungsbüro mit der zeitlich befristeten Erprobung des Konzepts „Barcelona Superblock“ als Projekt der geordneten städtebaulichen Entwicklung in einem hierfür geeigneten Stadtbezirk. Hierzu werden Planungsmittel in Höhe von 200.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Mit dem Modell „Barcelona Superblock“ verbannt Barcelona Autos mit einem genialen Konzept aus der Innenstadt.Statt Autolärm sind auf den Straßen spielende Kinder und Jugendliche zu hören. Eltern sitzen auf Bänken und genießen die Sonne, reden miteinander. Ausgehend vom „Urban Mobility Plan of Barcelona“ mit seinem „Superblock“-Konzept wurden einige Stadtviertel radikal autofrei gemacht. Kreuzungen und Straßen sind nun eine Begegnungsstätte für Anwohner und Passanten.

Der Verkehr wird um den Superblock herumgeleitet. Im Inneren gilt Tempo 10, Fußgänger*innen und Radfahrende haben Vorrang. Anwohner und Lieferanten können mit Pkw oder Lieferfahrzeugen durch die Blöcke fahren, der übrige Verkehr bleibt draußen. Autofahrende können nicht durch den ganzen Block fahren, sondern immer nur um einzelne Teilblöcke. Und sie können immer nur links abbiegen. Die frei gewordenen Flächen, wie ehemalige Kreuzungen, sind nun Spielplätze oder Fußballfelder. Statt großer Straßen sollen bei den Superblöcken Fahrrad- und Fußwege ausgebaut werden. Dadurch fällt es Anwohnern leichter, auf ihr Auto zu verzichten. Experten sehen in diesem Konzept ausschließlich Vorteile und ziehen es als Referenzprojekt heran für innovative Quartiersentwicklung.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Förderprogramm Lastenräder für Familien mit Sozialkomponente verstetigen

Wir beantragen:

1. Ausgehend von der Mitteilungsvorlage „E-Lastenräder für Stuttgarter Familien“ beantragen wir die Festsetzung des hierfür veranschlagten Budgets ab 2020ff auf 500.000 Euro. Die Verwaltung legt hierzu zeitnah eine Weiterentwicklung der Förderrichtlinie unter sozialen Aspekten vor.

Begründung:

In den letzten Haushaltsberatungen haben wir beantragt, ein städtisches Förderprogramm für Lastenräder für Stuttgarter Familien (Antrag Nr. 584/2017 vom 12. Oktober 2017) aufzulegen. Erfreulicherweise formulierte die Verwaltung knapp ein Jahr später die Förderrichtlinie E-Lastenräder für Stuttgarter Familien (GRDrs 784/2018) am 17. September 2018, die schließlich vom Gemeinderat beschlossen wurde. 250.000 Euro wurden für die Förderung bereitgestellt. Innerhalb weniger Wochen gingen bei der Verwaltung 300 Anträge auf Förderung von Stuttgarter Familien ein. Der überraschende Erfolg führte dazu, dass das Finanzvolumen der Förderung vom Gemeinderat nochmals um 184.000 Euro erhöht wurde. Der Erfolg des Programms ist groß, daher sollteim nächsten Haushaltdie Lastenradförderung für Familien weitergeführt und unter sozialen Gesichtspunkten weiterentwickelt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Jeden Sonntag autofrei – und ÖPNV kostenlos

Wir beantragen:

1. Der autofreie Sonntag findet ab dem Jahr 2020 jede Woche statt. Hierfür werden dieBundesstraßen B14 zwischen den Bereichen Am Neckartor/Willy-Brandt-Straße/Konrad-Adenauer-Straße/Hauptstätter Straße gesperrt, sowie die B27 und B27a zwischen Theodor-Heuss-Straße/Heilbronner Straße und der Paulinenstraße/-Brücke, sowie die Schillerstraße vor dem Hauptbahnhof (der komplette Cityring) sowie alle innerhalb des Rings liegenden Straßen für den motorisierten Individualverkehr ganztags gesperrt.
2. Pro Haushaltsjahr werden 5 Mio. Euro zur Durchführung eines wöchentlich wiederkehrenden autofreien Sonntags bereitgestellt. Hiervon wird dem VVS ein Defizitausgleich zur Durchführung des kostenlosen Nahverkehrs an diesen Sonntagen gewährt. Die Zuschussgewährung wird davon abhängig gemacht, ob der VVS belegen kann, dass im Jahresverlauf 2020 ein tatsächlicher Rückgang bei den Ticketeinnahmen verzeichnet wird.

Begründung:

Seit dem ersten Antrag zu einem autofreien Sonntag im April 2005 sind bis zum 18. Oktober diesen Jahres5303 Tage vergangen, ehe die Verwaltungsspitze sich dazu durchringen konnte, einen autofreien Sonntag am 22. September 2019 zu veranstalten. Wir sehen aber sowohl bei der Umsetzungsdauer Beschleunigungspotenzial wie auch bei der Fläche Steigerungsmöglichkeiten, da nur0,069 Prozent des Stuttgarter Straßennetzes gesperrt wurde. Eine gewisse Regelmäßigkeit autofreier Sonntage bietet die Chance, dass sich die Menschen darauf einstellen können, eine Vorstellung bekommen, wie eine echte Verkehrswende zu schaffen ist und nicht zuletzt die Vorzüge des kostenfreien ÖPNV erleben können. Autofreie Sonntage gab es in Deutschland in den 1970-er Jahren, andere Städte praktizieren dies regelmäßig (Kiew) und umfassend (Rom, Bogotá).

Der kostenfreie ÖPNV für einen Tag in der Stuttgarter Tarifzone 1 wurde vom Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) für den Sonntag, 22. September 2019 mit 200.000 Euro beziffert (GRDrs 793/2019), wobei unklar blieb, wie sich diese Kosten zusammenstellten. Weder wurden die

Ticketeinnahmen des sogenannten Gelegenheitsverkehrs für einen vergleichbaren Sonntag transparent dargelegt, noch der Ausfall auf eine zufällig runde Summe von 200.000 Euro erklärt. Somit bleibt der VVS den Nachweis schuldig, dass ihm am 22. September 2019 tatsächlich 200.000 Euro Ticketeinnahmen für die Stuttgarter Tarifzone entgangen sind. Zudem ist davon auszugehen, dass durch kostenlosen Nahverkehr jeden Sonntag ein erheblicher Werbeeffekt für den ÖPNV kommt. Dies kann zu einer Zunahme der Fahrgäste an anderen Tagen und Mehreinnahmen im VVS führen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Durchgängiger Winterdienst auf Hauptradrouten

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung schafft die Voraussetzungen für einen dauerhaften Winterdienst auf allen Hauptradrouten. Hierzu sind beim Eigenbetrieb AWS die notwendigen zusätzlichen Stellen und ggf. Spezialfahrzeuge bereitzustellen. Die Verwaltung beziffert die hierfür anfallenden Kosten und Stellenanteile und stellt diese in die mittelfristige Finanzplanung an.

Begründung:

Die Nutzbarkeit der Radinfrastruktur in Stuttgart zu allen Jahreszeiten ist ein wesentlicher Baustein zur Stärkung des Radverkehrs. In Fahrradstädten wie den Niederlanden oder Dänemark ist diese Infrastruktur ganzjährig nutzbar und zeigt: Radfahren ist weitgehend witterungsunabhängig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Reale Kosten des Verkehrs – Externe Ermittlung nach dem Konzept der Uni Kassel

Wir beantragen:

Die Verwaltung stellt dar, welche Ressourcen notwendig sind, um die realen Kosten des Verkehrs zu erfassen, wie es unsere Fraktion im Antrag GRDrs 8/2019 beantragt hat.

Begründung:

Eine Studie der Universität Kassel (NRVP 2020 –Welche Kosten verursachen verschiedene Verkehrsmittel wirklich?) hat gezeigt, dass die realen Kosten für den Kfz-Verkehr ein Mehrfaches dessen verursacht wie der ÖPNV. In der Studie wurde deutlich, dass es je nach Stadt erhebliche Unterschiede gibt. Die Forscher*innen haben ein digitales Werkzeug entwickelt, welches es den Städten und Gemeinden erlaubt, die jeweiligen Kosten für Kfz-, ÖPNV-, Rad- und Fußverkehr zu ermitteln.

Wir wollen, dass beim Thema nachhaltige Mobilität mit transparenten, nachvollziehbaren und ehrlichen Zahlen gearbeitet wird, daher sollte die Stadt das oben genannte Werkzeug anwenden und die Ergebnisse veröffentlichen. Die Kostenrechnung kann jährlich aktualisiert werden und so jedem Bürger und jeder Bürgerin zeigen, wie viel Steuergeld die Stadt für welchen Verkehrsträger ausgibt. Ebenso sollte offengelegt werden, wie viele Personalstellen für den motorisierten Individualverkehr (MIV), den ÖPNV, den Radverkehr und den Fußverkehr zur Verfügung stehen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Neubürger*innen-Fahrradgutschein

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung schafft für Stuttgarter Neubürger*innen einen Anreiz, ein Fahrrad/Pedelec zu erwerben oder Services (Wartung, Reparatur) für ein Vorhandenes in Anspruch zu nehmen. Hierzu wird ein einmaliger und zeitlich befristeter Zuschuss i.H.v. 200,00 Euro pro Neubürger*in mittels eines Gutscheins gewährt. Hierzu legt die Verwaltung in 2020 dem Gemeinderat eine Beschlussvorlage vor, sodass in 2021 das Programm umgesetzt werden kann.Die hierfür benötigten Mittel ab 2020ff werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt sowie den Stellenplan eingestellt.

Begründung:

Zweiradmobilität ist umweltschonend, gesundheitsförderlich und urban. Radfahren ist zudem aktiver Klimaschutz. Mittels eines Gutscheinmodells kann ein Anreiz geschaffen werden, frühzeitig das Mobilitätsverhalten von Neubürger*innen in der Orientierungsphase zu beeinflussen. Der Gemeinderat hat mit dem Zielbeschluss zur Fahrradstadt das Bekenntnis abgegeben, den Anteil des Radverkehrs am Quell-, Ziel- und Binnenverkehr auf 25 Prozent zu erhöhen. Das Anreizmodell unterstreicht den Zielbeschluss des Gemeinderats und fördert gleichzeitig den Fahrradhandel in Stuttgart.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Jugend & Bildung
Gebührenfreie Kita (0-6 Jährige) für Inhaber*innen der FamilienCard
Gute Kita-Finanzierung
Erhöhung der Sachkostenpauschale der freigemeinnützigen Träger und des Klinikums Stuttgart ab 2020 auf 5.600 Euro pro geförderte Vollzeitstelle
Erzieher*innen fördern – Tarif+ auch ab 2022 ff. in vollem Umfang finanzieren
Betrieb der Jugendfarm Möhringen-Vaihingen e.V. sicherstellen und Jugendtreff in Kaltental errichten
Ohne Neubau keine Jugendfarm Zuffenhausen, daher jetzt Baukosten bereitstellen!
Personalgewinnung und -erhaltung pädagogischer Fachkräfte
Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes
Außenanlagen an Schulen sanieren
Freiwilliges soziales Schuljahr fördern
Rahmenbedingungen an Ganztagesgrundschulen verbessern
Integrierte gemeinsame Lerngruppe IgeL als Regelangebot weiterführen
Kinder und Jugendliche an Schulen fördern und begleiten
Ergänzende Betreuungsangebote an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) fördern
Schulangebot erweitern und ausbauen
Sozialarbeit an Stuttgarter Schulen ausbauen
Stuttgarter Jugendhäuser instandhalten, sanieren, planen und neu bauen
Jugendberufshilfemaßnahme 400+Zukunft weiterentwickeln
Mentoringprogramme der Jugendberufshilfe für Jugendliche fortführen und fördern
Stuttgarter Jugendhaus gGmbH bei Gebäudekosten unterstützen
Mobile Jugendarbeit sichern und ausbauen
Neugestaltung von Spielplätzen und Spielgeräten
Haus der Jugendverbandsarbeit - Planung und Standortsuche
Kinderschutz in der Jugendverbandsarbeit ausbauen
Gemeinschaftsschulen: Zukunft gestalten
Vom Jugendamt geförderte Beratungsangebote fördern
Begleitetes Berufsausbildungsprojekt „Cambio“ fördern
Stuttgarter Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) weiter ausbauen
Konzept „Frühe Hilfen“ in Stuttgart ausbauen
Fanprojekt Stuttgart fördern
Ein Jugendtreff in Zazenhausen für junge Menschen
Summe: 31 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Gebührenfreie Kita (0-6 Jährige) für Inhaber*innen der FamilienCard

Wir beantragen:

1. Die Gebühren für Kindertageseinrichtungen (0-6 Jährige) werden den Inhaber*innen der FamilienCard ab dem Jahr 2020 erlassen. Die Kosten sind von der Verwaltung zu beziffern.

Begründung:

Wir sind der Überzeugung, dass Bildung von der Kita bis zur Universität gebührenfrei sein muss. In Kindertageseinrichtungen leisten Erzieher*innen eine wichtige Bildungsarbeit für die Kinder. Studien belegen seit langem, dass Bildungschancen von Kindern, die eine Kita besucht haben weitaus besser sind als von Kindern, die keine Kita besucht haben. Durch neue Gesetzgebung auf Bundesebene entfallen für den städtischen Haushalt zukünftig die Kosten für die bisherige Gebührenfreiheit von BonusCard-Inhaber*innen. Diese freiwerdenden Mittel sollen Kindern von Inhaber*innen der FamilienCard zugute kommen, damit diese als klassische Schwellenhaushalte weiter entlastet werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Gute Kita-Finanzierung

Wir beantragen:

6. Die Förderquote für die Fachpersonalkosten an Kindertagesstätten in freier Trägerschaft wird bis zum Jahr 2022 schrittweise auf 100 Prozent erhöht. (2020 auf 95%, 2021 auf 97,5%, 2022 auf 100%) Damit verbunden ist, dass die Gebühren für Kitaplätze in freier Trägerschaft entsprechend auf maximal 100 Prozent des städtischen Gebührensatzes angepasst werden. (2020 auf max. 135%, 2021 auf max. 120%, 2022 auf max. 100%) Für Erzieher*innen ist mit der 100-Prozent-Förderung eine diskriminierungsfreie Einstellungspraxis (entsprechend der aktuellen Rechtsprechung) sowie eine analoge und tarifgerechte Bezahlung verbunden. Ein städtisches Zuweisungsrecht ist zu ermöglichen.

   (Kosten 2020: ca. 4 Mio. € / 2021: ca. 8 Mio. € / 2022: ca. 12 Mio. €)

7. Die Sachkostenpauschale für Ganztageseinrichtungen (Öffnungszeit: 8 Stunden und mehr) wird bis zum Jahr 2022 auf (GTE 30.316 € / VÖ 22.976 €) erhöht und mit einer Förderquote von 75 Prozent bezuschusst. Die Pauschale wird schon in den Jahren 2020/2021 als tatsächliche Pauschale ausgezahlt.

Begründung:

Der Bedarf an Kitaplätzen steigt jährlich an. Auf der einen Seite kommt die Stadt nicht nach, ausreichend städtische Kitaplätze zu schaffen und auf der anderen Seite haben Eltern immer größere Schwierigkeiten einen Kitaplatz für Ihre Kinder zu finden. Immer mehr Eltern müssen somit auf das Angebot freier Kitaträger zurückgreifen. Die Stadt Stuttgart fördert somit zu Recht die Schaffung und den Erhalt von Kitaplätzen in freier Trägerschaft seit Jahren mit einem hohen finanziellen Zuschuss.

Allerdings geht der Ausbau von Plätzen und die Suche nach Fachpersonal nicht schnell genug und wird durch berechtigte Tarifsteigerungen und Kostensteigerungen im Bau der finanzielle Aufwand immer höher. In einer Projektgruppe hat sich das Jugendamt mit den Kitas in freier Trägerschaft auf Anpassungen in der Förderung geeinigt. Diese Einigung unterstützen wir, allerdings verteilt bis zum Jahr 2022 und unter der Maßgabe, dass auch Eltern von dem höheren Zuschuss an die freien Kita Träger profitieren: sowohl bei der Gebührenhöhe als auch bei der Vergabe von Kitaplätzen. Bei der Einstellung von Fachpersonal erwarten wir eine diskriminierungsfreie Einstellungspraxis.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Erhöhung der Sachkostenpauschale der freigemeinnützigen Träger und des Klinikums Stuttgart ab 2020 auf 5.600 Euro pro geförderte Vollzeitstelle

Wir beantragen:

- die Stadt erhöht die Sachkostenpauschale der freigemeinnützigen Träger und des Klinikums Stuttgart ab 2020 auf 5.600 Euro pro geförderte Vollzeitstelle, was einem jährlichen Finanzbedarf von 195.000 Euro entspricht.

Begründung:

Die Sozialverwaltung hat diese Forderung aufgrund nachvollziehbarer Argumentation in die rote Liste übernommen.

Die derzeitige Sachkostenpauschale in Höhe von 4600 Euro pro geförderte Vollzeitstelle deckt die realen Sachkosten nicht mehr ab. Vor allem die EDV-Kosten, die aufgrund der immer höher werdenden Anforderungen an Dokumentation, Evaluation und Berichtswesen stetig steigen, machen eine Erhöhung dringend erforderlich.

Gemäß GRDrs 436/19 würde sich der Bedarf ab 2022 auf 143.700 EUR reduzieren, da im Rahmen des Pakts für Integration lediglich bis zum Jahr 2021 die städtische Förderung von Integrationsmanagern erforderlich sein wird oder ein Rückgriff auf frühere Fördermodalitäten erfolgt (vgl. GRDrs 341/2019„Fortsetzen von Maßnahmen aus dem Pakt für Integration des Landes Baden-Württemberg in den Jahren 2018/2019“).

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Erzieher*innen fördern – Tarif+ auch ab 2022 ff. in vollem Umfang finanzieren**

Wir beantragen:

1. Zur Personalgewinnung und -erhaltung wird der Tarif+ auch in den Jahren 2022 ff. in vollem Umfang finanziert. (GRDs 342/2019)

Begründung:

Die Personalgewinnung und -erhaltung von Erzieher*innen wird in den nächsten Jahren eine wichtige Aufgabe bleiben. Dazu ist es unerlässlich, dass die Weiterführung von Tarif+ über die Jahre 2020/2021 und über das Jahr 2022 ff. hinaus finanziert wird.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Betrieb der Jugendfarm Möhringen-Vaihingen e.V. sicherstellen und Jugentreff in Kaltental errichten

Wir beantragen:

1. Eine unbefristete 70%-Fachkraftstelle für die Jugendfarm in Möhringen-Vaihingen
2. die Erhöhung des Betriebskostenzuschusses um eine unbefristete 40%-Stelle (SuE 12) inklusive anteiligem Sachkostenzuschuss für den Betrieb des Jugendtreffs Kaltental

Begründung:

Zu 1)
Die Jugendfarm Vaihingen-Möhringen zeichnet sich durch ihren offenen Betrieb aus, der - vor dem Hintergrund der Einführung der Ganztagsschule – seine Angebote stark differenziert und erweitert hat, z.B. inklusive Angebote für behinderte Kinder und für Familien. In zahlreichen Mails von vielen Eltern und Alleinerziehenden an die Fraktionen wurde betont, dass ihre Kinder hier – nach der Schule – sehr gut betreut werden und den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich vereinfacht.

Unter Federführung des Jugendamts wurde ein neues Förderkonzept entwickelt. Es zielt auf eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Träger von Jugendfarmen und Aktivspielplätzen, was ausdrücklich begrüßt wird. Die Jugendfarm Vaihingen-Möhringen ist jedoch aber neben der Jugendfarm Elsental eine der beiden großen Einrichtungen und weist ein überdurchschnittliches Leistungsprofil sowie hohe Besucherzahlen auf. In den letzten 6-7 Jahren hat sie ihr Angebot quantitativ und qualitativ sehr stark weiterentwickelt, ohne dass die Zuschüsse der Stadt entsprechend erhöht worden wären. Die neue Förderpraxis würde für die Jugendfarm Möhringen-Vaihingen nur eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses um 3,56 Prozent bedeuten. Bliebe es bei dieser marginalen Verbesserung, müsste das Angebot erheblich gekürzt und sogar Personal abgebaut werden müsste, würde die 70-Prozent-Fachkraftstelle nicht genehmigt.

Zu 2)

Aus den Ergebnissen der Stadtteilanalyse für Stuttgart-Kaltental und des Masterplans Jugendräume leitete sich der Bedarf für den Jugendtreff ab. Für den Auf- und Ausbau wurden Fördermittel vom Projektmittelfonds Zukunft der Jugend bereitgestellt, die zum Ende des Jahres 2019 enden. Um das Projekt und dessen Betrieb in ein dauerhaftes Angebot für Jugendliche ab 2020 überführen zu können, bedarf es der 40-Prozent-Fachkraftstelle mitsamt Sachkostenzuschuss. Von Vorteil ist, dass der Jugendtreff Kaltental relativ günstig betrieben werden kann, da Synergieeffekte aufgrund der Ressourcen der Jugendfarm Möhringen-

Vaihingen e.V. bestehen. Strom, Wasser und WCs der Jugendfarm können genutzt werden, ebenso die gesamte Infrastruktur mit Werkstatt, größeren Räumlichkeiten, Tierbereich und Außengelände.

Wir bitten daher beiden Anträgen zuzustimmen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Ohne Neubau keine Jugendfarm Zuffenhausen, daher jetzt Baukosten bereitstellen!**

Wir beantragen:

1. Die Kinder- und Jugendfarm Zuffenhausen erhält für die beiden Haushaltsjahre 2020 und 2021 insgesamt 370.000 Euro zum Neubau der Jugendfarm Zuffenhausen.
2. Die Verwaltung erstellt im Vorfeld der Haushaltsberatungen eine Übersicht über den finanziellen Bedarf aller Jugendfarmen in Stuttgart differenziert nach Kosten für den laufenden Betrieb mit Personal- und Sachkostenzuschüssen sowie beantragten und bereits bewilligten Sanierungs- und Neubaumaßnahmen.

Begründung:

Im aktuellen Bürgerhaushalt gelangte das Vorhaben “Neubau der Jugendfarm Zuffenhausen” auf Platz 22 (Vorschlagsnummer 51269). Zudem hat der Bezirksbeirat Zuffenhausen den Punkt “Aufstockung des Zuschusses um 370.000 Euro für das Projekt Neubau Jugendfarm Zuffenhausen“ als Nr. 1 auf seine Wunschliste an den DHH 2020/21 gesetzt und obendrein mit einem einstimmig gefassten Beschlussantrag die Dringlichkeit der Neubaumaßnahme für den gesamten Stadtbezirk hervorgehoben.

Daher ist es nur konsequent, dass jetzt die Mittel für den Neubau in den Doppelhaushalt in Höhe von 370.000 Euro eingestellt werden.

Beim ersten Stuttgarter Bürgerhaushalt im Jahr 2011 schaffte es das Projekt „Neubau Jugendfarm Zuffenhausen“ auf Platz 2 der Prioritätenliste aller Stuttgarter Anträge, was eine Bereitstellung von 250.000 Euro durch den Gemeinderat zur Folge hatte.

Mit viel Energie und Aufwand hat der damalige Vorstand des verantwortlichen Trägervereins Kinder- und Jugendfarm Zuffenhausen e.V. das Projekt über die Jahre begleitet, das schließlich im Jahr 2017 aufgrund der fehlenden Voraussetzungen für eine Genehmigung des damaligen Bauplans scheitern sollte. Mit dem Rücktritt des Vorstands stand nicht nur das Projekt Neubau, sondern auch die gesamte Einrichtung vor dem Aus.

Nicht zuletzt durch die große Unterstützung von Seiten der Öffentlichkeit machte der Stuttgarter Gemeinderat mit seinem Aufstellungsbeschluss den Weg frei für einen neuen Anlauf zum Projekt „Neubau“, den der Ende 2017 neu gewählte Vorstand des Trägervereins seit knapp zwei Jahren mit großem Engagement begleitet hat. Schließlich konnte Im Frühjahr 2019 das Baugesuch eingereicht werden und in diesen Tagen wird auch die endgültige Planreife erreicht sein, so dass von Vereinsseite aus alle Erfordernisse für das Erteilen der Baugenehmigung erfüllt worden sein dürften.

Das größte Hindernis bleibt aber die Finanzierung der Baumaßnahme, denn ohne eine Aufstockung der vor acht Jahren zugesagten 250.000 Euro um weitere 370.000 Euro ist selbst mit dem inzwischen vorhandenen beträchtlichen Eigenanteil des Vereins kein Neubau möglich - allein schon aufgrund der heute fast verdoppelten Baupreise. Und ohne eine grundlegende Neubebauung der seit über 40 Jahre bestehenden, teilweise provisorischen Gebäude auf der Schlotwiese, können die immer weiter steigenden Ansprüche an eine heutige Jugendfarm, wie Kernzeitbetreuung, Inklusion und weiteres, nicht erfüllt werden.

Die Verwaltung hat in der Stellungnahme zum BHH-Antrag unterstrichen, dass der Verein als Eigenanteil insgesamt 93.000 € erwirtschaftet bzw. akquiriert hat. In der Stellungnahme heißt es weiter „Mit diesem geplanten Neubau erfüllt der Träger die Vorgaben hinsichtlich Hygiene (Küche) und der Barrierefreiheit.”

Aber nur mit der Bereitstellung von weiteren 370.000 € kann sich der Verein die Grundlage für einen Neubau schaffen, um sowohl das bestehende Angebot der Kinder- und Jugendfarm Zuffenhausen das sowie auch in Zukunft die weiter steigenden Erfordernisse an die Einrichtung zu erfüllen.

Fazit: Ohne die Aufstockung der bisher bereitgestellten Mittel um 370.000 Euro wäre das Aus für eine der beliebtesten Einrichtungen ihrer Art in Stuttgart kaum mehr abzuwenden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Personalgewinnung und -erhaltung pädagogischer Fachkräfte**

Wir beantragen:

1. Die Personalgewinnung und -erhaltung pädagogischer Fachkräfte für Tageseinrichtungen für Kinder im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern.

   (GRDs 342/2019) Darin enthalten sind folgende Elemente:

   a) die finanzielle Förderung von Fachschüler*innen in Erzieherausbildung mit zusätzlichen 2,15 Stellen im Ausbildungssachgebiet.
   b) ein trägerübergreifendes Monitoring.
   c) die Faktorisierung der Kleinkindplätze städtischer und freier Träger.

   (Kosten 2020: 3,121 Mio. € / 2021: 4,92 Mio. €)

Begründung:

Die Personalgewinnung und -erhaltung ist eine der größten Herausforderungen für den Ausbau von Tageseinrichtungen für Kinder. Wir müssen alles daran setzen, um Fachkräfte zu gewinnen. Jeder hier investierte Euro ist für viele Eltern das Vielfache davon Wert, wenn ihr Kind dadurch einen Platz in einer Tageseinrichtung erhält.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes**

Wir beantragen:

1. Die **Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes** in Stuttgart mit dem entsprechenden zusätzlichen Personalbedarf (15,8 Stellen) des Jugendamts und beteiligter freier Träger im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDs 215/2019)
   (Kosten 2020: 1,53 Mio. € / 2021: 1,53 Mio. € / ff.)

Begründung:

Für die Finanzierung zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes sollte eine Begründung nicht nötig sein. Der Schutz von Kindern muss für die reiche Stadt Stuttgart oberste Priorität haben und muss im Jugendamt mit entsprechenden Stellen bearbeitet werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Außenanlagen an Schulen sanieren**

Wir beantragen:

1. Die Sanierung der Außenanlagen an folgenden Schulen im im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern:
   a) Werner-Siemens-Schule, Nord
   b) Ameisenbergschule, Ost
   c) Wilhelm-Hauff-Schule, Süd
   d) Paracelsus Gymnasium, Plieningen
   e) Fuchsrainschule, Ost
   f) Anne-Frank-Gemeinschaftsschule, Möhringen
   g) Hohewartschule, Feuerbach
   h) Lehenschule, Süd
   i) Körschtalschule, Plieningen
   j) Wilhelms-Gymnasium, Degerloch

(Kosten 2020: 565.000 € / 2021: 1,66 Mio. €)

Begründung:

Die Außenanlagen an Schulen sind ein wichtiger Bestanteil im Schulalltag der Schüler*innen. Die Wertschätzung gegenüber der Leistung von Schüler*innen und dem Lehrpersonal drückt sich auch im Zustand von Schulgebäuden und den Außenanlagen aus. Diese sollten stets in einem guten Zustand sein. An der Sanierung darf nicht gespart werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Freiwilliges soziales Schuljahr fördern**

Wir beantragen:

1. das **„freiwillige soziale Schuljahr“** durch die Landeshauptstadt Stuttgart **weiter zu fördern** und im DHH 2020/2021 ff. jährlich 63.000 € einzustellen.

   (Kosten 2020: 63.000 € / 2021: 63.000 € / ff.)

Begründung:

Seit 2012 führt der Caritasverband für Stuttgart das „freiwillige soziale schuljahr (fssj)“ für Stuttgarter Schüler*innen durch. Insgesamt arbeiten die Jugendlichen ab Klasse 7 für 20 bzw. 40 Stunden im Halb- oder Schuljahr freiwillig in einer gemeinnützigen Einrichtung mit.

In den letzten sieben Schuljahren haben insgesamt 987 Schüler*innen das Angebot für sich genutzt, die Abbrecherquote ist sehr gering (unter 30 insgesamt). Im Schuljahr 2018/2019 engagierten sich 275 Schüler*innen in verschiedenen sozialen Einrichtungen. Das Angebot wird von allen Seiten als Erfolg gesehen.

Gerade Schüler*innen aus einem bildungsschwächeren Milieu können sich durch eine Teilnahme am fssj in neuen Rollen erleben und Erfahrungen sammeln, die eine Vorbereitung auf ihr späteres Berufsleben darstellen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Rahmenbedingungen an Ganztagesgrundschulen verbessern**

Wir beantragen:

1. Die **Verbesserung der Rahmenbedingungen in Ganztagesgrundschulen** im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern und mit 4,2 unbefristeten Stellen auszustatten. (GRDs 276/2019)

   (Kosten 2020: 6,47 Mio. € / 2021: 7,198 Mio. €)

2. Den **erhöhten Reinigungsbedarf an Ganztagesgrundschulen** im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDs 584/2019)

   (Kosten 2020: 252.000 € / 2021: 257.000 €)

Begründung:

Die Rahmenbedingungen an den bestehenden Ganztagesgrundschulen müssen für die Schüler*innen bestmöglich sein. Es sollte selbstverständlich sein, dass die jungen Schüler*innen in einem sauberen Schulgebäude unterrichtet werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Integrierte gemeinsame Lerngruppe IgeL als Regelangebot weiterführen

Wir beantragen:

1. die Integrierte gemeinsame **Lerngruppe IgeL** zukünftig als Regelangebot im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDs 55/2019)

   (Kosten 2020: 11.000 € / 2021: 11.000 €)

Begründung:

Seit dem Schuljahr 2014/2015 wird in Stuttgart Weilimdorf das Bildungsprojekt „Integrierte gemeinsame Lerngruppe“ (IgeL) durchgeführt. Mit IgeL wird die Schulpflicht für Grundschulkinder mit einem besonderen Bedarf erfüllt. Die Schüler*innen erhalten neben schulischer auch sozialpädagogische Unterstützung sowie weitere wichtige Förderungen. Das Programm ist ein Erfolg und sollte in ein Regelangebot überführt und finanziert werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Kinder und Jugendliche an Schulen fördern und begleiten

Wir beantragen:

1. Das Pilotprojekt: **Sprachtests, Sprachkurse und Lotseneinsatz“ für Neuzugewanderte** an beruflichen Schulen im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDs 600/2019)

   (Kosten 2020: 278.000 € / 2021: 445.000 €)

2. Die **Verbesserung der Bildungschancen neuzugewanderter Kinder und Jugendlicher** finanziell im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDs 615/2019)

   (Kosten 2020: 72.000 € / 2021: 72.000 €)

3. Die **Fortführung des Pilotprojekts FSJ an Schulen mit Vorbereitungsklassen und Schulsozialarbeit** im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDs 599/2019)

   (Kosten 2020: 55.000 € / 2021: 140.000 €)

Begründung:

Konzepte, Projekte und Pilotprojekte, ob für neuzugewanderte Kinder oder Kinder mit deutscher Herkunft sind zur Förderung für einen späteren Schulerfolg wichtig. Zudem sollten schon gestartete Projekte fortgeführt werden, damit auch die gewonnene Expertise von Seiten der Pädagog*innen nicht verloren geht.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Ergänzende Betreuungsangebote an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) fördern

Wir beantragen:

1. die **ergänzenden Betreuungsangebote an Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren** (SBBZ) im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDs 569/2019)

   (Kosten 2020: 481.000 € / 2021: 498.000 € / ff.)

Begründung:

Um eine qualitative Verschlechterung der Angebote an den SBBZ (Förderung geistige Entwicklung, körperliche und motorische Entwicklung sowie Hören und Sehen) zu verhindern und die wichtigen Angebote insgesamt zu erhalten, ist eine Aufstockung der Mittel entsprechend der GRDs 569/2019 notwendig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Schulangebot erweitern und ausbauen

Wir beantragen:

1. Die **Erweiterung und den Umbau der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule**, Möhringen im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern.

   (Kosten 2020: 0 € / 2021: 900.000 € / ff.: 11,1 Mio. €)

2. Den **Neubau des NWT-Bereichs für das Wilhelms-Gymnasium**, Degerloch im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern.

   (Kosten 2020: 500.000 € / 2021: 4 Mio. € / ff.: 8,8 Mio. €)

3. Eine **Pauschale zur 5. Ausbaustufe für Ganztagsschulen an bis zu 4 Standorten** im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern.

   (Kosten 2020: 0 € / 2021: 800.000 € / ff.: 13,2 Mio. €)

4. Die **Fertigstellung des Baus der Turnhalle für die Mühlbachhofschule**.

   (Kosten 2020: 365.000 € / 2021: 800.000 € / ff.: 165.000 €)

Begründung:

Der Neubau, Ausbau und Umbau von Schulen, gerade von Ganztagsschulen muss zügig voranschreiten. Auf der einen Seite ist der Ausbau entsprechend nur mit ausreichend Personal zu bewältigen, andererseits müssen ausreichend Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sozialarbeit an Stuttgarter Schulen ausbauen

Wir beantragen:

1. die Sozialarbeit an Stuttgarter Schulen (allgemeine Schulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren) wird ausgebaut und im DHH 2020/2021 ff. entsprechend finanziell ausgestattet. (GRDs 569/2019)

   (Kosten 2020: 894.000 € / 2021: 1,19 Mio. € / ff.)

Begründung:

Die Fachverwaltung hat mit der Vorlage GRDs 569/2019 den Weiterentwicklungsbedarf mit entsprechenden Stellen an beruflichen Schulen und an allgemeinbindenden Schulen für die Sozialarbeit objektivierbar dargelegt.

Ziel ist es, Schulsozialarbeit an allen Schulen besser auszustatten und auszubauen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir großen Nachholbedarf.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stuttgarter Jugendhäuser instandhalten, sanieren, planen und neu bauen

Wir beantragen:

1. Die Stuttgarter Jugendhäuser instandhalten, sanieren, planen und neu bauen wie von der Stuttgarter Jugendhausgesellschaft gGmbH im DHH 2020/2021 ff. als notwendig erachtet zu finanzieren.
   a) Spielhaus, Unterer Schlossgarten, Ost
   b) 6 Instandhaltungsmaßnahmen (KJH Nord, JT Siebenmorgen, KT Untertürkheim, KJH Vaihingen, JT Burgholzhof, KJH Hausen)
   c) Instandhaltung KIFU, Bad Cannstatt
   d) Sanierung Kinder- und Jugendhaus Birkach
   e) Kinder- und Jugendhaus Obertürkheim
   f.) Energetische Sanierung Jugendhaus Zuffenhausen

   (Kosten 2020: 2,7 Mio. € / 2021: 3,3 Mio €)

Begründung:

Für eine „Kinderfreundliche Kommune“ gehört es dazu, dass die bestehende Infrastruktur wie Spielhäuser, Kinder- und Jugendhäuser entsprechend instandgehalten und saniert werden. Die Wertschätzung gegenüber jungen Menschen drückt sich auch in der ihnen zur Verfügung gestellten Infrastruktur aus. Die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH muss bei dieser Aufgabe finanziell unterstützt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Jugendberufshilfemaßnahme 400+Zukunft weiterentwickeln**

Wir beantragen:

1. Die Weiterentwicklung der Jugendberufshilfemaßnahme 400+Zukunft im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDrs 493/2019)

   (Kosten 2020: 128.000 € / 2021: 134.000 € / ff.)

Begründung:

Die Jugendberufshilfemaßnahme 400+Zukunft ist mittlerweile ein fester Bestandteil der Jugendberufshilfe in Stuttgart. Das Angebot unterstützt chancenarme und beeinträchtigte Jugendliche beim Übergang von der Schule ins Berufsleben. Das Angebot wurde mittlerweile analysiert und inhaltlich weiterentwickelt. Daraus ergibt sich eine neue Fördersystematik mit entsprechenden finanziellen Auswirkungen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Mentoringprogramme der Jugendberufshilfe für Jugendliche fortführen und fördern

Wir beantragen:

1. Die Mentoringprogramme der Jugendberufshilfe für Jugendliche am Übergang Schule-Beruf im DHH 2020/2021 ff. finanziell weiter zu fördern. (GRDrs 511/2019) (Agabey-Abla / LISA)

   (Kosten 2020: 289.000 € / 2021: 418.000 € / ff.)

Begründung:

Die Jugendberufshilfe bildet neben den Angeboten der Agentur für Arbeit und des Jobcenters die dritte Säule im Gesamtfördersystem für unter 25-Jährige. Ziel aller zur Verfügung stehenden Angebote ist der erfolgreiche Übergang von jungen Menschen mit sozialer Benachteiligung oder individuellen Beeinträchtigungen in Ausbildung und Arbeit. Die Angebote der Jugendberufshilfe in Stuttgart decken eine große Bandbreite von Angeboten für verschiedene Zielgruppen ab. Diese Angebote gilt es auszubauen und weiter finanziell zu fördern.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH bei Gebäudekosten unterstützen

Wir beantragen:

1. Die Entwicklung der Gebäude, sowohl bei der Instandhaltung als auch bei der Planung und Umsetzung für die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDrs 654/2019)
2. Schaffung einer Fachkraftstelle (100%) zur Koordinierung

   (Kosten 2020: 471.000 € / 2021: 473.000 € / ff.)

Begründung:

Durch Auftrag und Förderung der Stadt Stuttgart kam es in den vergangenen Jahren zu vielen Neubauprojekten bei der Stuttgarter Jugendhaus gGmbH. Viele Bauprojekte müssen parallel durchgeführt werden. Für den Bereich der Neubauten bestehen bei der STJG keine Personalressourcen. Diese Zunahme an Neubauprojekten ist ohne weitere finanzielle Förderung und Schaffung von einer Stelle nicht zu stemmen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Mobile Jugendarbeit sichern und ausbauen

Wir beantragen:

1. Die **Mobile Jugendarbeit** wird in den nächsten Jahren gesichert und im DHH 2020/2021 ff. weiter ausgebaut. (GRDs 684/2019)

   (Kosten 2020: 551.000 € / 2021: 557.000 € / ff.)

2. Für die Stadtbibliothek für die Fortsetzung des Projekts eine 0,5 Stelle (EG 10) Diplom-Bibliothekar_in (lfd. Nr. 1330 in Querliste)

Begründung:

Die Mobile Jugendarbeit leistet eine unersetzliche Arbeit mit Jugendlichen an besonderen und problembelasteten Orten. Hervorzuheben ist das Projekt „Streetwork im Europaviertel“ oder die „Mobile Kindersozialarbeit“. Diese Arbeit gilt es zu sichern und auszubauen.

Die Stadtbibliothek leistet hierbei einen wichtigen Beitrag zum Gelingen und benötigt eine weitere halbe Stelle.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Neugestaltung von Spielplätzen und Spielgeräten

Wir beantragen:

1. Die Neugestaltung und Instandhaltung von Spielplätzen und Spielgeräten im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDs 504/2019)

   a.) Spielplatz Widmaierstraße, Möhringen

   (Kosten 2020: 200.000 €)

   b.) Spielgeräte Stadtweit, Erhöhung Pauschale

   (Kosten 2020: 575.000 € / 2021: 625.000 €)

   c.) Spielplatz Weißenburgpark, Süd

   (Kosten 2020: 50.000 € / 2021: 680.000 €)

   d.) Waldspielplätze, diverse

   (Kosten 2020: 200.000 € / 2021: 120.000 €)

   e.) Spielplatz Klüpferstraße, West

   (Kosten 2020: 46.000 €)

2. Die notwendigen Personalstellen, um die unter Antragspunkt 1 beantragten Maßnahmen umsetzen zu können.

Begründung:

Das Garten-, Friedhofs-, und Forstamt beabsichtig eine stadtweite Bestandsanalyse der Spielflächen vorzunehmen, die anhand neuer Kriterien wie Inklusion, Bewegungsabläufe und den aktuellen Zustand der Spielplätze bewertet. Schon heute ist klar, dass es viele Spielplätze in Stuttgart gibt, die sanierungsbedürftig sind oder neugestaltet werden müssen. Hierfür sind mehr Personal und finanzielle Mittel nötig als bisher eingeplant. Zu einer Kinderfreundlichen Kommune gehören auch kinderfreundliche und zeitgemäße Spielplätze.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Haus der Jugendverbandsarbeit - Planung und Standortsuche

Wir beantragen:

1. Die **Planung und Standortsuche für ein „Haus der Jugendverbandsarbeit“.**

   (Kosten 2020: 40.000 € / 2021: 40.000 €)

   Zu klärende Fragen:

   a. An welchen konkreten Standorten ist die Realisierung für ein Haus der Jugendverbandsarbeit möglich?
   b. Ist ein Jugendverbandshaus als Erweiterungsbau bei vorhandenen Liegenschaften mit einem anderen Träger der Jugendhilfelandschaft realisierbar (Jugendhausgesellschaft, andere freie Träger der Jugendhilfe…)
   c. Beispielsweise im Bereich Stöckach (EnBW-Areal), Neckarpark, „Neckarcity“, Neuentwicklung im Stuttgarter Süden (statistisches Landesamt?) soll geprüft werden, ob ein Jugendverbandshaus realisiert werden kann.

Begründung:

Jugendverbandsarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für die Kinder- und Jugendhilfe, vor allem im Bereich der außerschulischen Bildung. Jugendverbände regen zu aktiver Mitarbeit an und befähigen zur politischen und gesellschaftlichen Beteiligung.“ (Bundesjugendring 2012). Diese Feststellung gilt auch für die 60 Mitgliederorganisation mit 140.000 Mitgliedern des Stadtjugendrings Stuttgart e.V. (SJR), des Dachverbandes der Stuttgarter Jugendverbände. Die Bedeutung der Arbeit der Jugendverbände, Vereine und Jugendinitiativen für die Stadtgesellschaft lässt sich anhand der großen Zahl an regelmäßigen Angeboten verbandlicher Jugendarbeit ermessen, zu denen viele weitere Aktivitäten wie Ferienfreizeiten, das interkulturelle Kinderfest und zahlreiche kulturelle Veranstaltungen kommen.

Die Bedeutung von Räumen für die verbandliche Jugendarbeit steht in Stuttgart in einer großen Spannung zur Raumknappheit in der Stadt. Oft übersteigen die Mietkosten die Förderung durch die Stadt um ein Vielfaches, geeignete Lokalitäten sind nur schwer zu bekommen. Dies betrifft vor allem kleinere bis mittelgroße Organisationen. Aktuell suchen einige Mitgliedsverbände des Stadtjugendrings Räumlichkeiten, viele weitere Mitglieder sind auf die gelegentliche oder regelmäßige Nutzung zusätzlicher Räume angewiesen.

Besonders herausfordernd ist auch die Situation der Geschäftsstelle des SJR und dessen 17 Mitarbeiter*innen: Für diese besteht ein bis 31.12.2021 befristeter Mietvertrag. Eine Weiterführung des Mietverhältnisses ist aufgrund der sich abzeichnenden Entwicklung der Immobilie fraglich. Auch schränkt die derzeitige bauliche Substanz die Arbeit der Geschäftsstelle ein. Diese ist im dritten Obergeschoss nicht barrierefrei zu erreichen. Die verwinkelte Bauweise und nicht behindertengerechte Sanitäranlagen widersprechen dem Inklusionsgedanken.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Kinderschutz in der Jugendverbandsarbeit ausbauen**

Wir beantragen:

1. Die Schaffung einer 50% Bildungsreferent*innen-Stelle für den Bereich „Kinderschutz“, sowie zur organisatorischen Unterstützung eine 15% Stelle als Verwaltungskraft - angesiedelt beim Stadtjugendring e.V. - im DHH 2020/2021 ff.

   (Kosten 2020: 43.000 € / 2021: 43.000 € / ff.)

Begründung:

Der SJR als Dachverband der verbandlichen Jugendarbeit in Stuttgart leistet durch seine Referent*innen für die Verbände eine wichtige Unterstützung. Bisher wurde jährlich zusätzlich zu den verankerten Bausteinen in der Jugendleiterschulung ein Tagesseminar für den Kinderschutz angeboten. Dieses Angebot gilt es, auch aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen und der steigenden Nachfrage, zu erweitern. Kinderschutz muss auch in den Jugendverbänden gelebt werden.

Jugendverbandsarbeit möchte dazu beitragen, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anerkannt und im Bewusstsein von Menschen verankert wird. Ehrenamtlich geführte Jugendverbände können diesen Anspruch nicht alleine gerecht werden. Sie benötigen fachliche und personelle Unterstützung für Entwicklung und Umsetzung von Präventionsmaßnahmen gegen sexualisierte Gewalt, Schulungen von ehrenamtlichen Jugendgruppenleiter*innen, Entwicklung einer kinderschutzorientierten Haltung im Verband, Beschreibung von Schutzkonzepten.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei;

Betreff

Gemeinschaftsschulen: Zukunft gestalten

Wir beantragen:

1. Die Sanierung (einschließlich Digitalisierung und Anpassung der Fachräume) des Gebäudes Heusteigschule wird vor dem Hintergrund der voraussichtlich im September 2021 startenden gymnasialen Oberstufe im Sanierungsplan maximal weit nach vorne gezogen.
2. Die bisher über das Budget von S-BIP finanzierte Stelle im SVA zur Begleitung des Entwicklungsprozesses der Gemeinschaftsschulen wird ohne entsprechende Absenkung des Budgets von S-BIP in den regulären Stellenplan übernommen.
3. Die Verwaltung beziffert, in welcher Höhe zusätzliche Mittel für den Start der gymnasialen Oberstufe im Doppelhaushalt hinterlegt werden sollten.

Begründung:

Die acht Gemeinschaftsschulen in Stuttgart haben sich im System etabliert und bringen bereits erste Abschlussjahrgänge hervor. Nun gilt es, sich den Zukunftsfragen der GMS zu widmen.

Wie bereits in Anfrage Nr. 269/2019 formuliert, muss die Sanierung des Gebäudes Heusteigschule deutlich vorgezogen werden, damit die gymnasiale Oberstufe der Schickhardt-Gemeinschaftsschule unter Normalbedingungen starten kann und nicht in einem Gebäude aus der "Kreidezeit" starten muss. Sollte die Oberstufe im Hauptgebäude der Schickhardtschule starten, so muss die das Gebäude Heusteigschule für die Auslagerung von anderen Klassen auf den aktuellen Status des Hauptgebäudes gebracht werden. Um den gymnasialen Standard zu gewährleisten, müssen die Fachräume noch vor dem voraussichtlichen Start der Oberstufe im Schuljahr 2021/2022 entsprechend ausgerüstet werden (egal an welchem Standort). Im Rahmen der Sanierung sollte auch die Digitalisierung des Gebäudes erfolgen - da die Schickhardtschule

bereits vollständig digitalisiert ist, würde eine Rückkehr in die "Kreidezeit" - egal für welche Stufe – in der Außenstelle doch recht grotesk anmuten.

Um den Weiterentwicklungsprozess der Gemeinschaftsschulen durch die Stadt adäquat zu begleiten, sollte zudem die hierfür bereits vorhandene Stelle - die derzeit aus dem laufenden Budget von S-BIP finanziert wird - in den regulären Stellenplan übernommen werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Vom Jugendamt geförderte Beratungsangebote fördern

Wir beantragen:

1. Die vom Jugendamt geförderten Beratungsangebote in Stuttgart im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern: (GRDrs 352/2019) / (GRDrs 215/2019)

   Kinderschutz:

   a.) Patenprojekt Aufwind bei der eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.

   (Kosten 2020: 66.000 € / 2021: 67.000 € / ff.)

   b.) Gefährdungsbeurteilung bei der Stiftung Kinderschutzzentrum

   (Kosten 2020: 132.400 € / 2021: 134.500 € / ff.)

   Gewalt:

   c.) Gewaltprävention beim GesundheitsLaden e.V.

   (Kosten 2020: 61.500 € / 2021: 62.700 € / ff.)

   d.) Gewaltprävention bei männlichen Kindern und Jugendlichen bei der Sozialberatung Stuttgart e.V.

   (Kosten 2020: 73.800 € / 2021: 75.200 € / ff.)

   Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt:

   e.) Zielgruppenspezifische Beratung von LSBTTIQ-Menschen mit Migrations-/religiösem Hintergrund bei der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg

   (Kosten 2020: 76.900 € / 2021: 78.300 € / ff.)

Begründung:

Infolge unserer vielfältigen und pluralistischen Gesellschaft sind Beratungsangebote immer wichtiger. Darüber hinaus sind viele Themen wie sexualisierte Gewalt oder Transsexualität mittlerweile im gesellschaftlichen Diskurs angekommen. Mit diesen Entwicklungen sind auch Kinder, Jugendliche und Familien konfrontiert. Neben den Angeboten beim Jugendamt gibt es zahlreiche Angebote bei Freien Trägern, die vom Jugendamt gefördert werden. Diese Angebote gilt es auszubauen und weiterzuführen.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Begleitetes Berufsausbildungsprojekt „Cambio“ fördern**

Wir beantragen:

1. Die Regelförderung der Assistierten Berufsausbildung „Cambio“ (angesiedelt bei der Evangelischen Gesellschaft) zur Weiterführung des Angebots mit 30 Teilnehmer*innen im DHH 2020/2021 ff zu finanzieren.

   (Kosten 2020: 180.000 € / 2021: 180.000 €)

Begründung:

Die jungen Menschen, die mit „Cambio“ erreicht werden sollen, erhalten keine Unterstützung aus der Familie, haben schlechte Schulabschlüsse und persönliche Schwierigkeiten. Sie sind häufig durch die bestehenden Hilfenetze gefallen. Das Projekt „Cambio“ ermöglicht jungen Erwachsenen eine berufliche Perspektive, indem sie in eine schulische oder betriebliche Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stuttgarter Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) weiter ausbauen

Wir beantragen:

1. Die Stuttgarter Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu so ausgestattet, dass ein weiterer Ausbau möglich ist. (GRDs 186/2019)

   (Kosten 2020: 201.000 € / 2021: 207.000 € / ff.)

Begründung:

Die Weiterentwicklung von Stuttgarter Kindertageseinrichtungen zu Kinder- und Familienzentren (KiFaZ) ist ein Erfolgsmodell. Der Ausbau muss in den nächsten Jahren weiter fortgeführt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Konzept „Frühe Hilfen“ in Stuttgart ausbauen

Wir beantragen:

1. Die Angebote „Sonnenpaten“ und „Mirjam“ im Rahmen des Konzepts „Frühe Hilfen“ im DHH 2020/2021 ff. auszubauen und finanziell zu fördern. (GRDs 305/2019)

   (Kosten 2020: 47.000 € / 2021: 48.000 € / ff.)

Begründung:

Das Konzept „Frühe Hilfen“ setzt auf Prävention und hat das vorrangige Ziel, Eltern in ihrer Beziehungs- und Erziehungstätigkeit zu unterstützen. Dabei sollen frühzeitige Risiken für das Wohl der Kinder wahrgenommen und Familien unterstützt werden. Schwerpunkt der Altersgruppe liegt ab Beginn der Schwangerschaft und von 0-3 Jahren.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Fanprojekt Stuttgart fördern

Wir beantragen:

1. Die **Aufstockung der Regelförderung** für das **Fanprojekt Stuttgart e.V**. von bisher 56.000 € p.A. auf 80.000 € im DHH 2020/2021 ff.

   (Kosten 2020: 24.000 Mio. € / 2021: 24.000 € / ff.)

Begründung:

Seit Projektbeginn im Januar 2017 arbeitet das Fanprojekt als Vermittlungsinstanz zwischen der fußballbegeisterten Jugendszene der beiden Stuttgarter Bezugsvereine, VfB Stuttgart und Stuttgarter Kickers, den Vereinen, Ordnungs- und Kontrollbehörden, den Medien sowie der Öffentlichkeit. Dabei nehmen Einzelfallhilfe und Spieltagsbegleitung einen breiten Raum ein.

Um diese sensible Arbeit umsetzen zu können, bedarf es getrennter Schutzräume. Daher wurden separate Räumlichkeiten für die Arbeit mit beiden Fanszenen angemietet. Dazu werden von Seiten der Koordinierungsstelle Fanprojekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend darüber hinaus mindestens zwei Vollzeitstellen pro Bezugsverein als Grundstock für eine verantwortliche Fanprojektarbeit gefordert (vgl. Kriterien des Qualitätssiegels "Fanprojekt nach dem NKSS").

Diese beiden Faktoren (Raumkosten und Personalkosten) erweisen sich so als erfolgskritische Kostentreiber, welche mit der bisherigen Förderung (56.000 Euro p. A.) nicht zu bestreiten sind.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 30.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Ein Jugendtreff in Zazenhausen für junge Menschen

Wir beantragen:

1. Es werden Mittel in Höhe von 287 000 Euro für die Errichtung eines Jugendtreffs in Zazenhausen in den Doppelhaushalt eingestellt.

2. Es wird eine sozialpädagogische Fachkraftstelle eingeplant. Der Stellenumfang ist in Abhängigkeit von den zukünftigen Öffnungszeiten und voraussichtlichen Besucherzahlen für die Betreuung des Jugendtreffs erst noch festzulegen.

Begründung:

Jugendliche aus Zazenhausen wünschen sich seit vielen Jahren Räume, um sich darin in ihrer Freizeit zu treffen und aufhalten zu können. Unterstützt vom Bürgerverein Zazenhausen und der Mobilen Jugendarbeit hat sich eine Gruppe Jugendlicher erfolgreich für einen Treffpunkt im Freien eingesetzt. Ziel ist jedoch die Bereitstellung von Jugendräumen. Der Bezirksbeirat Zuffenhausen hatte die Räume auch schon auf seiner Wunschliste zum Haushaltsplan 2018/2019 aufgenommen. Die Suche nach Räumlichkeiten gestaltete sich langwierig und ist bis dato noch nicht endgültig abgeschlossen. Allerdings gibt es den Vorschlag für eine Interimslösung im Erdgeschoss des alten Schulhauses. Die Anforderungen an die Größe, den Brandschutz, der Barrierefreiheit und der Sozialverträglichkeit wären gegeben. Die Instandsetzungskosten für das Erdgeschoss liegen nach neuestem Stand jedoch bei ca. 287.000 Euro. Diese Kosten müssen 2020 in den Doppelhaushalt eingeplant werden, damit in Zazenhausen Jugendliche endlich Räumlichkeiten erhalten.
Hinzu kommt die Einstellung einer Betreuungskraft ab 2020/2021.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Kultur
Vielfältige städtische Kulturlandschaft erhalten und stärken
Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche
Initiative Hotel Silber – Aufstockung der Mittel im DHH 2020/21
Schaffung einer Koordinationsstelle für das Stuttgarter Nachtleben – „Nachtbürgermeister“ ist ein Gewinn für alle
Summe: 4 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Vielfältige städtische Kulturlandschaft erhalten und stärken**

Wir folgenmit der Reihenfolge unserer Kulturanträge der Auflistung der Kulturverwaltung nach Themenblöcken und nehmen im Wesentlichen die dort genannten Einrichtungen auf, gehen jedoch, was die Förderhöhe angeht, über den Vorschlag der Verwaltung hinaus. Die dort für eine Neuaufnahme bzw. Erhöhung der finanziellen Mittel vorgeschlagenen Einrichtungen ergänzen wir um weitere, die im Vorschlag der Verwaltung keine Berücksichtigung fanden.

Wir beantragen die Erhöhung der Förderung für:

8. Kulturförderung - Kulturelle Bildung

1.1 **LABYRINTH gUG** zusätzl. 30.000 EUR p.a.

Begründung: Finanzierung höherer Betriebs- und Neben-kosten,Personalbedarf, Einrichtung eines Kulturcafés

1.2 **Jugendkunstschule Kinderwerkstatt e.V.** zusätzl. 80.000 EUR p.a.

Begründung: Finanzierung einer neuen Leitungsstelle der JuKuS

1.3 **JES – Schöne Aussicht** (Kinder- und Jugendtheaterfestivalzusätzl. 17.300 EUR p.a.

Begründung: Steigende Produktions- und Personalkosten

1.4 **Stuttgarter Hymnuschorknaben** zusätzl. 25.000 EUR p.a.

Begründung: Finanzierung einer 0,5 Stelle pädagogische Fachkraft

1.5 **Theater Tredeschin** zusätzl. 11.000 EUR p.a.

Begründung: Gestiegene Produktionskosten, Honorarangleichun-gen bei Theaterpädagog*innen, Regisseur*innen und Theaterleitung

Zwischensumme Kulturelle Bildung: 326.600 € für 2020/21

9. Kulturförderung - Erhöhter Bedarf

2.1	**BBK/Bund Bildender Künstlerinnen Württembergs e.V.**	zusätzl.	6.100 EUR p.a.
2.2	**Festival „6 Tage frei“ am Theater Rampe**	zusätzl.	13.000 EUR p.a.
2.3	**Filmbüro Baden-Württemberg, Indisches Filmfestival**	zusätzl.	15.000 EUR p.a.
2.4	**Filmtage Tübingen/Französische**	zusätzl.	2.000 EUR p.a.
2.5	**Förderfonds Ateliermiete**	zusätzl.	21.600 EUR p.a.
2.6	**hora caecilia**	zusätzl.	1.000 EUR p.a.
2.7	**Galerie Kunstbezirk**	zusätzl.	3.500 EUR p.a.
2.8	**GEDOK**	zusätzl.	5.050 EUR p.a.
2.9	**Innovationsfonds Tanz- und Theater**	zusätzl.	200.000 EUR p.a.
2.10	**Internationale Hugo-Wolf-Akademie für Gesang** usw.	zusätzl.	10.000 EUR p.a.
2.11	**Kammerchor Baden-Württemberg** + zusätzl. 2.990 EUR p.a.		
2.12	**Kulturkabinett e.V.**	zusätzl.	38.200 EUR p.a.
2.13	**MUSE-O Museumsverein Stuttgart-Ost e.V.**	zusätzl.	13.000 EUR p.a.
2.14	**Musikalische Akademie**	zusätzl.	6.430 EURp.a.
2.15	**Musikinitiative Rock e.V.**	zusätzl.	66.071 EUR p.a.
2.16	**Renitenztheater** im Jahr 2020 zusätzl. 56.300 EUR	zusätzl.	73.800 EUR im Jahr 2021
2.17	**Schauspielbühnen**	im Jahr 2020 im Jahr 2021	zusätzl. 400.000 EUR zusätzl. 200.000 EUR
2.18	**Schriftstellerhaus**	zusätzl.	43.000 EUR p.a.
2.19	**Stiftsmusik**	zusätzl.	20.000 EUR p.a.
2.20	**Stuttgarter Oratorienchor**	zusätzl.	5.000 EUR p.a.
2.21	**Theater am Olgaeck**	zusätzl.	110.000EUR p.a.
2.22	**Theater der Altstadt**	zusätzl.	110.000 EUR p.a.
2.23	**Theater tri-bühne**	zusätzl.	17.714 EUR p.a.
2.24	**Theater Rampe**	zusätzl.	70.000 EUR p.a.
2.25	**Vereinigung Stuttgarter Mundarttheater e.V.**	zusätzl.	2.000 EUR p.a.
2.26	**Film- und MedienfestivalgGmbH (FMF)**	zusätzl.	45.600 EUR p.a.
2.27	**FITZ! Zentrum für Figurentheater**	zusätzl.	69.000 EUR p.a.
2.28	**Innovationsfonds Literatur Hegel-Hölderlin-Jubiläum** im Jahr 2020 einmalig	zusätzl.	50.000 EUR
2.29	**Kulturverein Merlin e.V.**	zusätzl.	40.000 EUR p.a.
2.30	**Produktionszentrum Tanz+Performance** im Jahr2020 im Jahr 2021	zusätzl. zusätzl.	26.400 EUR 31.400 EUR
2.31	**Stuttgarter Kammerorchester**	zusätzl.	100.000 EUR p.a.
2.32	**backsteinhaus produktion**	zusätzl.	200.000 EUR p.a.

2.33 **Theater La Lune e.V**. zusätzl. 50.000 EUR p.a.

Begründung:

Sämtliche hier aufgeführten Kultureinrichtungen sind strukturell unterfinanziert. Die beantragten zusätzlichen Fördermittel dienen zur angemessenen Bezahlung der Mitarbeiter*innen, zur Finanzierung von benötigtem zusätzlichem Personal, dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen, Miet- und Nebenkosten, Programmerhaltung und dessen Qualität, zur finanziellen Abfederungvon Tarifsteigerungen.

Kulturförderung - Erhöhter Bedarf für Einrichtungen, die im Vorschlag der Kulturverwaltung keine Berücksichtigung fanden, für welche wir jedoch die nachfolgenden Mittel beantragen:

2.34 **Junges Ensemble Stuttgart (JES)** zusätzl. 74.000 EUR p.a.

Begründung: Abfederung von Personalkostensteigerungen und hohen Produktionskosten

2.35 **S-K-A-M e.V.** zusätzl. 20.000 EUR p.a

Begründung: Einrichtung einer Geschäftsführerstelle

2.36 **Lokstoff** zusätzl. 100.000 EUR p.a.

Begründung: Gesicherte Teilfinanzierung von Schauspielproduktionen. Bezahlung von Aufwandsentschädigungen für bisher ehrenamtliche Arbeit der Künstlerischen Leitung, Fixkosten Theaterbetrieb

2.37 **Laboratorium** im Jahr 2020 zusätzl. 11.000 EUR
im Jahr 2021 zusätzl. 14.000 EUR

Begründung:
Gestiegene Personalkosten infolge Umbaus, gestiegene Nebenkosten

2.38 **Theater in der Badewanne** zusätzl. 58.000 EUR p.a.

Begründung: Finanzierung der Anstellungskosten für eine Nachfolge

2.39 **Dreigroschentheater** zusätzl. 8.000 EUR p.a.

Begründung: Gestiegene Personal-, Betriebs- und Produktionskosten

2.40 **Forum der Kulturen** zusätzl. 120.000 EUR p.a.

Begründung: Erneuerung von Hard- und Software-, sowie Büroausstattung, Tarif- und Gehaltsanpassungen an TVÖD, Deckung von Mehrbedarf für zwei Kulturprojekte

2.41 **Forum Theater** zusätzl. 40.000 EUR p.a.

Begründung: Zuschuss für künstlerische Produktionskosten

2.42 **Kriminächte** zusätzl. 37.000 EUR p.a.

Begründung: Finanzierung einer Geschäftsstelle

2.43 **Cannstatter Sonntag um Vier e.V.** zusätzl. 1.000 EUR p.a.

Begründung: Strukturelle Unterfinanzierung

2.44 **Studio Theater Stuttgart**	zusätzl.	25.000 EUR p.a.

Begründung: Neustrukturierung des Kinder-Theater-Angebots Kruschteltunnel, Organisation eines Begleitservices, Theater-pädagogische Begleitung, Finanzierung einer jährlichen Neuinszenierung

2.45 **Jazzclub „Kiste“**	zusätzl.	50.000 EUR p.a.

Begründung: Finanzierung Latin Jazz Festival, Stuttgarter Bigband-Festival, Konzertreihe „Free Jazz“ im Musikpavillon, Festival du Jazz Franco-Allemand

2.46 **ascolta**	zusätzl.	50.000 EUR p.a.

Begründung: Bezahlung angemessener Honorare, Raumieten, gestiegenes Budget für Projektmanagement

2.47 **Akademie für gesprochenes Wort**	zusätzl.	80.000 EUR p.a.

Begründung: Finanzierung einer Direktoren-Vollzeitstelle

2.48 **Tonkünstlerverband Baden Württemberg**	zusätzl.	2.500 EUR p.a.

Begründung: Sicherstellung der hohen Qualität des Jugendwettbewerbs

2.49 **Leseohren**	zusätzl.	10.000 EUR p.a.

Begründung: Finanzierung Leseheimat, Vorleseprojekt für geflüchtete Kinder

Zwischensumme Erhöhter Bedarf: 4.606.410 € für die Jahre 2020/21

10. Kulturförderung – Neuaufnahmen

3.1 **Arsnarrandie**.V.	50.000 EUR p.a.
3.2 **ecco la musica**	15.000 EUR p.a.
3.3 **Flamenco Festival Stuttgart**	25.000 EUR p.a.
3.4 **Galerie AK2**	8.000 EUR p.a.
3.5 **Kunstverein Gästezimmer e.V.**	7.000 EUR p.a.
3.6 **Umsonst und Draußen Kultur e.V**. – Festival Umsonst &Draußen	8.000 EUR p.a.
3.7 **Theater Atelier/Vereinigung der freien Theaterschaffenden e.V.**	16.000 EUR p.a.

Begründung:

Bei den genannten Einrichtungen/Initiativen handelt es sich um

- solche, die seit Jahren bestehen,
- wichtige Segmente der Kulturlandschaft bilden und
- bisher mit Projektmitteln gefördert wurden, jedoch strukturell unterfinanziert sind.

Kulturförderung – Neuaufnahmen, die im Vorschlag der Kulturverwaltung keine Berücksichtigung fanden, für welche wir jedoch die nachfolgenden Mittel beantragen:

3.8. **Geschichtswerkstatt Degerloch** im Jahr 2020 14.620 EUR
im Jahr 2021 8.400 EUR

Begründung: Finanzierung und laufende Förderung der Mietkosten für Räumlichkeiten im Alten Dekanatsgebäude Degerloch. Die von der Kulturverwaltung vorgeschlagene einmalige Förderung für Anschaffungen in Höhe von 10.000 € nützt nichts, wenn die Miete für die Räumlichkeiten nicht aufgebracht werden kann.

3.9. **Tanztheater Katja Erdmann-Rajski** 66.000 EUR p.a.

Begründung: Das Tanztheater arbeitet seit über 16 Jahren erfolgreich in Stuttgart. Es bildet einen notwendigen Kontrapunkt neben dem Stuttgarter Ballett und anderen Tanzensembles der Stadt. Überführung in die institutionelle Förderungund eine Kooperation mit dem Treffpunkt Rotebühlplatz ermöglicht Ausweitung und Kontinuität des Spielbetriebs.

3.10 **radioSCHAUen** 9.600 EUR p.a.

Begründung: Planungssicherheit für die Erstellung der Jahresplanung einer Veranstaltungsreihe mit acht Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen und mit unterschiedlichen Formaten (Konzerte, Performances, Lesungen, philosophische Cafés.)

3.11 **O-Team / Strohlinka e.V.** 80.000 EUR p.a.

Begründung: Die freie Theatergruppe O-Team möchte den Darstellern Mindestgagen auszahlen, die Anzahl der Vorstellungen pro Produktion steigern und die Vernetzung vorantreiben. O-Team möchte eine dauerhafte Infrastruktur auf- und ausbauen, die professionelles Arbeiten ermöglicht.

3.12 **Orchester der Kulturen** 175.000 EUR p.a.

Begründung: Das von Adrian Werum in den vergangenen 8 Jahren aufgebaute Orchester ist ein außergewöhnlicher Botschafter der Stadt Stuttgart und eine weltweit einmalige Institution. Herr Werum ist finanziell und kräftemäßig nicht mehr in der Lage, den Betrieb des Orchesters allein zu stemmen.

3.13. **LiedKunstKunstLied** 25.000 EUR p.a.

Begründung: Der Verein konzentriert sich auf Konzerte für Schulklassen und Familienkonzerte. Die Arbeit wird sehr gut angenommen. Da es aber die Schulen mit überwiegendem Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund sind, ist der Verein auf Förderung und Unterstützung angewiesen.

Zwischensumme Neuaufnahmen: 992.020 € für die Jahre 2020/21

<u>Gesamtsumme der beantragten Kulturförderung für die Jahre 2020/21:</u>

5.925.030 Euro

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Freier Eintritt für Kinder und Jugendliche

Wir beantragen:

1. dass Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre freien Eintritt zu städtischen Museen bekommen und für die Nutzung von Bibliotheken nichts bezahlen müssen.
2. Wir beantragen, dass die Verwaltung bis zur ersten Lesung Zahlen über die Kosten für freien Eintritt zu städtischen Museen bzw. kostenfreie Nutzung von Bibliotheken vorlegt.

   a) für Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre

   b) für Kinder und Jugendliche bis zum Ausbildungsende

Begründung:

Jede/r Stuttgarter Bürger/in soll am kulturellen Leben teilnehmen können. Deswegen müssen Kinder und Jugendliche grundsätzlich freien Eintritt zu Museen und Bibliotheken haben.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Initiative Hotel Silber – Aufstockung der Mittel im DHH 2020/21

Wir beantragen:

1. Eine zusätzliche unbefristete 50-Prozent-Stelle (Verwaltungskraft)
2. Zusätzlich 5000 Euro per anno Sachmittel, so dass insgesamt 10.000 Euro Sachmittel für Veranstaltungen, Honorare zur Verfügung stehen.

Begründung:

Der Lern- und Gedenkort Hotel Silber benötigt aufgrund der weiter steigenden Besucheranzahlen und einer steigenden Zahl von Anfragen eine zusätzliche 50-Prozent-Stelle. Der anhaltende Erfolg des Lern- und Gedenkorts ist den zahlreichen Bildungsveranstaltungen und dem Engagement der ehrenamtlichen Helfer*innen zu verdanken. Entsprechend steigen die Bedarfe auch für die die Suchtmittel, die mit 10 000 Euro pro Jahr zu erhöhen sind.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Schaffung einer Koordinationsstelle für das Stuttgarter Nachtleben – „Nachtbürgermeister“ ist ein Gewinn für alle**

Wir beantragen:

1. 2,0 Fachkraft-Stellen für die Einrichtung einer „Koordinationsstelle Nachtleben“ auf Basis des Konzepts von clubkollektiv Stuttgart für den DHH 2020/2021 angesiedelt am Referat ‚Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht‘

Begründung:

Um das Stuttgarter Nachtleben langfristig aufzuwerten bedarf es eine Bündelung der Kompetenzen und die Schaffung einer Koordinationsstelle für die Belange rund um Nachtkultur, Nachökonomie und Nachtsicherheit. Derzeit verkauft sich Stuttgarts Nachtleben klar unter Wert. Diese Meinung wird von den verschiedenen Interessengruppen des Stuttgarter Nachtlebens geteilt. Hohe Mietpreise, Sperrbezirksregelungen und Sperrzeiten bieten kaum Raum für Subkultur. Das Thema Clubsterben und Konflikte zwischen verschiedenen Interessengruppen - Nachtschwärmern, Anwohnern, wie auch Clubs, Gastronomie, Polizei, Clubszene werden leider immer deutlicher. Fatale Signale wie die erneute Einführung der Sperrstunde in der Eberhardstraße und Umgebung zeugen von der bürokratischen Distanz der Entscheider.

Konflikte u.a. zwischen Anwohner*innen und Nachtschwärmer*innen können nur durch Verhandlung und gegenseitige Rücksichtnahme gelöst werden.

Um das Miteinander von Nachtschwärmern, Anwohnern, Clubbetreibern, Kneipiers und der Stadtverwaltung zu verbessern und langfristig zur Aufwertung des Stuttgarter Nachtlebens beizutragen bedarf es einer Koordinationsstelle und hauptamtliche Ansprechpartner*innen als klares Bindeglied zwischen den Akteuren des Nachtlebens, Politik, Verwaltung sowie Anwohnerinnen und Anwohnern.

Daher beantragen wir die Schaffung einer „Koordinationsstelle Nachtleben“, einschließlich der Einrichtung einer Nachtbürgermeister-Stelle nach Mannheimer Vorbild, wie dies von SÖS LINKE PluS bereits im vergangenen Jahr (GRDrs 373/2018) angeregt wurde. Die Stelle könnte die Vielfalt an Themen, Problemen und Ideen bündeln und außerdem als Ansprechpartner, Moderator, Experte und Visionsentwickler für das Nachtleben fungieren.

Themen wie die Musikszene, Bars und Subkultur im Allgemeinen sollen ebenso in die Aufgaben einfließen, um gesamtheitliche Ideen, Konzepte und Lösungen zu schaffen.

Die Stuttgarter Subkultur wurde lange ein Stiefkind behandelt – es ist an der Zeit, dass sie als Bereicherung des urbanen Lebens in Stuttgart wahrgenommen wird. Ein Nachtbürgermeister als sozialer Vermittler wäre ein Gewinn für unsere Stadt.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 17.12.2019	**Nr.**

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Zur Dritten Lesung: Kulturbetrieb Rosenau Kultur e.V.**

Wir beantragen:
36.000 Euro p.a. zur Schaffung zur Finanzierung zusätzlicher Personalkosten, gestiegener Pacht- und Energiekosten sowie einer Tarifanpassung der Entgelte ab den TVöD 2020.

Begründung:

Die Steigerung der Veranstaltungen macht eine weitere 50%-Stelle erforderlich (=22.000 Euro). Eine Anpassung der Mitarbeitergehälter an den TVöD 2020 ergibt eine Erhöhung von 8,65% = 24.000 Euro. Des Weiteren müssen Erhöhungen der Pacht-, Miet- und Pachtnebenkosten sowie gestiegene Unterhalts- und Energiekosten abgefedert werden = 8.000 Euro.
Da der Rosenau Kultur e.V. über eine Anerkennung als Soziokulturelles Zentrum verfügt und Mitglied der LAKS ist, würde er gemäß der 2:1-Förderung durch das Land Baden-Württemberg konsekutiv ab 2021 ein Drittel der benötigten Geldsumme erhalten, wodurch sich der von der Stadt erbetene Förderbeitrag auf 36.000 Euro reduziert.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Gesundheit & Kliniken
Der Anachronismus EG1 muss weg: auch im Eigenbetrieb Leben und Wohnen!
Gesundheitsamt braucht Stellen für die Umsetzung der Trinkwasserverordnung und zur Koordination der Hebammenversorgung
Gesundheitsschutz durch Stärkung des Gesundheitsamts verbessern – niemand darf zu Schaden kommen!
Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für städtische Beschäftigte unterstützen
Summe: 4 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Der Anachronismus EG1 muss weg: auch im Eigenbetrieb Leben und Wohnen!

Wir beantragen:

1. Im Eigenbetrieb Leben und Wohnen werden keine Eingruppierungen in die Entgeltgruppe 1 mehr vorgenommen.
2. Die Mitarbeiter*innen, die heute noch in EG1 sind, werden in höhere Entgeltgruppen eingestuft.
3. Der Wirtschaftsplan des ELW wird sofern erforderlich dahingehend geändert.

Begründung:

Im Eigenbetrieb Leben und Wohnen werden rund 76 Mitarbeiter*innen der Hauswirtschaft und Küche nach EG1 bezahlt.

Die EG1 bildet im ELW die Anforderungen an die Mitarbeiter*innen so wenig ab wie dies bei ähnlich gelagerten Tätigkeiten im Klinikum der Fall war. Im Klinikum Stuttgart werden deshalb inzwischen keine Eingruppierungen in EG1 mehr vorgenommen, die ehem. Mitarbeiter*innen in EG1 höheren Entgeltstufen zugeordnet.

Angesichts des akuten Personalmangels und der Notwendigkeit, den Arbeitgeber Stadt Stuttgart als attraktiven Arbeitgeber zu präsentieren, ist dies dringend erforderlich.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Gesundheitsamt braucht Stellen für die Umsetzung der Trinkwasserverordnung und zur Koordination der Hebammenversorgung

Wir beantragen die folgenden Stellenschaffungen:

1. 3,0 Stellen insgesamt für Gesundheitsingenieur/-in EG 10 zur Umsetzung der Trinkwasserverordnung (lfd. 3385) ohne kw-Vermerke (*im Verwaltungsvorschlag wurden nur 2,0 Stellen aufgenommen*),
2. 2,5 Stellen insgesamt für die Sachbearbeitung EG 8 zur Umsetzung der Trinkwasserverordnung (lfd. 3390) ohne kw-Vermerk (*im Verwaltungsvorschlag wurde nur 1 Stelle aufgenommen*).
3. 1,0 Stelle Hebamme/Entbindungshelfer EG 9a Koordinierungsstelle Hebammenversorgung (lfd. 3485).

Begründung:

Ad 1 und 2)
Es ist eigentlich skandalös, dass es Aufgabe der Stadträt*innen ist Stellen für grundlegende gesetzliche Aufgaben beantragen zu müssen. Es ist Aufgabe des Gesundheitsamt, durch fachtechnische Überprüfungen von Wasserversorgungsanlagen die Gefahr einer Legionelleninfektion für die Stuttgarter Bevölkerung zu verhindern bzw. zu minimieren. Zur Bearbeitung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben ist qualifiziertes technisches Personal und Verwaltungspersonal unabdingbar. In den letzten Jahren kam es zu einer erheblichen Arbeitsvermehrung (2015 – 2018: Fallanstieg + 68 %) durch einen drastischen Aufgabenzuwachs (2. Änderungsverordnung der Trinkwasserverordnung 2001 sowie 42. Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsschutzgesetzes 2017). Es fällt regelmäßige Mehrarbeit an und Überlastungsanzeigen, sowie krankheitsbedingte Ausfälle können nicht kompensiert werden. Stellenanträge wurden schon in früheren Haushalten nicht in dem erforderlichen Umfang berücksichtigt.

Ad 3)
Die Hebammenversorgung muss angesichts steigender Geburtenzahlen und zugleich abnehmender freiberuflich tätiger Hebammen dringend verbessert werden. Wie in zahlreichen anderen Kommunen hat sich die Versorgungssituation in der Geburtshilfe auch in Stuttgart zugespitzt. Auch für die Zeit nach der Geburt finden viele Familien keine Hebamme. Laut Hebammenverband Baden-Württemberg lehnen freiberuflich tätige Hebammen wöchentlich im

Mittel ca. 5-7 Anfragen ab. Die Koordinierungsstelle für die Hebammenversorgung in Stuttgart am Gesundheitsamt hat als wesentliche Aufgaben: den Aufbau eines Netzwerkes freiberuflich tätiger Hebammen sowie das Einrichten und Betreiben einer zentralen Anlaufstelle für Schwangere und Mütter, insbesondere zur Vermittlung an Hebammen, wenn auf Eigeninitiative der Eltern keine Hebamme gefunden werden konnte. Des Weiteren soll mit dieser Stelle ein niedrigschwelliges Beratungsangebot für Schwangere, Mütter und Eltern geschaffen werden, welche keine Hebamme finden konnten.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Gesundheitsschutz durch Stärkung des Gesundheitsamts verbessern – niemand darf zu Schaden kommen!

Wir beantragen:

1. 0,8 Stelle für Facharzt/Fachärztin für Begehungen von Krankenhäusern und ambulant operierenden Arztpraxen sowie bauhygienischen Stellungnahmen

Begründung:

Gesetzlich sind bauhygienische und planerische Stellungnahmen bzgl. Bauanträgen medizinischer Einrichtungen (inkl. Arztpraxen) vorgesehen. Hier ist ein erheblicher Anstieg der Fallzahlen (2016-2018: + 25 %) bei Anstieg der mittleren Bearbeitungszeiten um 74 % zu verzeichnen. Dies erfordert einen zusätzlichen 0,2-Stellenanteil Fachärztin/-arzt.

Weiterhin sind infektionshygienische Überwachung medizinischer Einrichtungen erforderlich, welche wegen unzureichender Stellenausstattung bislang aus fachlicher Sicht nur inadäquat umgesetzt werden können (0,6 Stellenanteil Fachärztin/-arzt)

Zwar werden akut anlassbedingte Begehungen zeitnah abgearbeitet, der aktuelle Routine-Turnus von mehr als fünf Jahren je Objekt und die Beschränkung auf besonders kritische Bereiche (wie Intensivstationen/ICU) ist – insbesondere im Kontext steigender Raten multiresistenter Erreger und der Notwendigkeit kontinuierlicher Anpassungen des Hygienemanagements – völlig unzureichend und aus fachlicher Sicht bedenklich.

Die beantragten Stellenanteile sind erforderlich, um zum einen den routinemäßigen Turnus zu verkürzen, und zum anderen, um die Untersuchungen auf ebenfalls hygienisch äußerst relevante Bereiche auszuweiten zu können. Kann der gesetzliche Auftrag nicht in der aus fachlicher Sicht erforderlichen Bearbeitungsqualität erfüllt werden, so besteht die Gefahr, dass Menschen in der Folge zu Schaden kommen. *(Siehe Artikel: Den Erregern schutzlos ausgeliefert_StZ_11.10.2019)*

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für städtische Beschäftigte unterstützen**

Wir beantragen:

11. Die Stellenschaffung von 2 Vollzeitstellen für die Beratung zu Freistellungsmöglichkeiten von Beschäftigten, die Angehörige pflegen. (GRDrs 737/2019)

    a) 1,0 Stelle A 11 (91.800 Euro 2020/21 ff.) für eine Service-, Informations- und Beratungsstelle für Mitarbeiter*innen zur Vereinbarkeit von Beruf und Pflege beim Personalservice des Haupt- und Personalamts (10-5) Grundsatzaufgaben;

    b) 1,0 Stelle EG 12 (83.000 Euro 2020/21 ff.) zur Verstärkung der psycho-sozialen Beratung für Mitarbeiter*innen in Pflegeverantwortung bei AKR-AGS2.

Begründung:

Diese Stellen, die einvernehmlich von der paritätischen AG Chancengleichheit vorgeschlagen wurden, sind ein Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit für Mitarbeiter*innen der Stadt, denn Pflegetätigkeit wird überwiegend von Frauen übernommen. Es sind Maßnahme aus dem Maßnahmenplan der DV Chancengleichheit.

Zu 1)
Mitarbeiter*innen werden darüber beraten, welche Freistellungsmöglichkeiten und gesetzliche Möglichkeiten für sie im Falle von Pflegefällen für Angehörige bestehen. Dies wurde im Maßnahmenplan der DV Chancengleichheit vorgeschlagen. Im Bedarfsfall – der meist sehr kurzfristig eintritt – sollen Beschäftigte schnell und unbürokratisch Freistellungsmöglichkeiten zur Bewältigung von Pflegeaufgaben in Anspruch nehmen können. Der Bedarf ist erheblich und steigt aufgrund der soziodemografischen Entwicklung.

Zu 2)
Beratungsstelle für be- und überlastete Mitarbeiter*innen in Pflegeverantwortung.
Die Praxis der letzten vier Jahre bzw. die Einführung der Pflegezeitgesetze hat allerdings gezeigt, dass aufgrund der Vielfalt von Regelungen, jeweils unterschiedlicher Anspruchsvoraussetzungen und Antragsverfahren, weder die Personalstellen, noch Vorgesetzte und Mitarbeitende in der Lage sind, rasch zuzuordnen, welche gesetzlichen, tariflichen bzw. städtischen Grundlagen im konkreten Einzelfall greifen.

Das ist hoch problematisch für die Betroffenen, denn Pflegesituationen treten oft unerwartet auf. Mitarbeiter*innen in akuter Pflegeverantwortung sind bereits durch die zu bewältigenden Pflegeaufgaben bis aufs Äußerste belastet. Noch schwieriger wird es, wenn Pflegesituationen im Ausland entstehen bzw. anders verlaufen als zunächst erwartet und komplexe Tatbestände geprüft, bewertet und attestiert werden müssen. Dies hat schon dazu geführt, dass in einzelnen Ämtern und Eigenbetrieben vielfach unterschiedlich, zum Teil falsch, beraten und entschieden wurde oder sich aufgrund von internen Differenzen Entscheidungen verzögert haben. Um diese Pflegeleistungen sowie organisatorische Belange zu meistern, brauchen Mitarbeiter*innen zur Klärung der notwendigen Feststellung der Bedarfe dringend unbürokratische und schnelle Unterstützung.

Die Stellen sind zudem ein wichtiger Beitrag zur Personalgewinnung und zum Personalerhalt. Aus eigenem Interesse muss die Stadt alle Möglichkeiten nutzen, erfahrenes Personal zu halten, indem Beruf und Pflege von Angehörigen besser miteinander vereinbart werden kann. Als großer Arbeitgeber in dieser wirtschaftsstarken Region steht die Stadt im harten Wettbewerb um qualifizierte Kräfte. Dieses Service-Angebot für das Personal ist ein Beitrag zu Arbeit zu attraktiveren.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Kommunale Finanzen
Deckungsvorschläge für den Doppelhaushalt 2020/2021
Kulturförderabgabe einführen
Summe: 2 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Deckungsvorschläge für den Doppelhaushalt 2020/2021

Wir beantragen die <u>Streichung</u> folgender Haushaltsposten aus der „Grünen Liste“:

1. Feinstaub-Straßenreinigung: Streichung der 968 000 Euro für die Jahre 2020 und 2021
2. Glanzlichter: Sonderzuschuss an Stuttgart Marketing von 500 000 Euro pro Jahr ab 2021 ff. (vg. GRDrs 555/2019)
3. Zuschuss an Stadion Neckarpark GmbH, Weiterentwicklung der Mercedes Benz Arena in Höhe von 20 Mio. Euro
4. Unterfahrung von Gebhard-Müller-Platz, B14, Folgemaßnahme von Stuttgart 21: Streichung aller Gelder für die Verlängerung der Unterfahrung in Höhe von 26 Mio. Euro.
5. Nord-Süd-Straße Möhringen: Streichung der 1,59 Mio. Euro
6. Planungsmaßnahmen und die Verkehrsuntersuchung für das Gebiet Schafhaus aus den GRDrs 675/2019 und 682/2019
7. City Initiative: Erhöhung des jährlichen Zuschusses um 20 000 Euro (vgl. GRDrs 651/2019)
8. Weiterentwicklung der Integrierten Verkehrsleitzentrale (IVLZ): Streichung der Pakete zum Ausbau, Erweiterung und Weiterentwicklung (GRDrs 283/2019) in Höhe von ca. 9,5 Mio. Euro
9. Digital Move-S: Anstelle der beantragten 98 Stellen werden lediglich 30 geschaffen und die Ermächtigung für die Schaffung weiterer 15 Stellen (vgl. GRDrs 388/2019) Einsparung: mindestens 3 Mio. Euro pro Jahr
10. Barzuschuss zu Katholikentag 2022, 1,5 Mio. Euro

Ferner beantragen wir:

11. Die ersatzlose Streichung der sogenannten intelligenten Grundsteuer (GRDrs 611/2018)

Begründung:

Der Doppelhaushalt 2020 / 2021 soll sich auf die wichtigsten Herausforderungen konzentrieren: Klimaschutz, Wohnen, Verkehr und eine personell handlungsfähige Stadtverwaltung. Entsprechend dieser Prioritäten gibt es Vorschläge der Verwaltungsspitze, die verzichtbar, unnötig oder widersprüchlich zu den genannten Zielen sind. Deshalb beantragen wir die Streichung dieser Projekte.

Zu 1.: Die Wirkung der Nassreinigung rund um das Neckartor ist weder bewiesen, noch trägt sie dazu bei, die Luft in der Gesamtstadt besser zu machen. Es ist der verzweifelte Versuch, die Werte an einer Messstation in den legalen Bereich zu drücken – ein nachhaltiges Programm zur Luftreinhaltung ist das jedenfalls nicht.

Zu 2.: Eine Weihnachtsbeleuchtung für eine halbe Million Euro gehört nicht zu den städtischen Kernaufgaben und ist kein Beitrag zu einer sozialökologischen Transformation, sondern schlicht eine Verschwendung von Energie und Steuergeldern.

Zu 3.: Für die Durchführung der UEFA Fußball-EM 2024 ist eine Weiterentwicklung der Bereiche für Sponsoren und VIPs nicht notwendig. Wir setzen uns dafür ein, dass Fußball ein Erlebnis für Alle ist und vor allem auch wieder mehr Familien, Kinder und Jugendliche ins Stadion gehen.

Die Preise für Tickets sind heute schon sehr hoch und für viele Fußball-Fans nicht zu bezahlen. Zwangsläufig würde eine Weiterentwicklung wie geplant, zu höheren Ticketpreisen führen.

Die Sanierung beispielsweise der Schiedsrichterkabinen kann über die Mittel finanziert werden, die im Zuschuss an die in.Stuttgart für die EM 2024 vorgesehen sind.

Zu 4.: Der Wettbewerb für die B14 wurde mit der Prämisse versehen, den Verkehrsraum auf der B14 um die Hälfte zu reduzieren. Es ist ein Widerspruch, jetzt Gelder in den Haushalt einzustellen, um die Verlängerung der Unterfahrung des Gebhard-Müller-Platzes (welcher eine Kreuzung für den Autoverkehr ist und nichts von einem urbanen Platz hat) zu realisieren.

Zu 5.: Straßenausbau oder Straßenneubau stehen im Widerspruch zu effektivem Klimaschutz. Will Stuttgart die Pariser Klimaziele erreichen, so muss Straßenraum umgewidmet werden für ökologische Fortbewegungsmittel und nicht neu gebaut oder erweitert werden.

Zu 6.: Bauen auf der grünen Wiese ist mit den Pariser Klimaschutzzielen nicht vereinbar. Es müssen Flächen renaturiert werden und nicht versiegelt werden. Deshalb sind die Planungsgelder und die Verkehrsuntersuchung für das Gebiet Schafhaus zu streichen.

Zu 7.: Eine Erhöhung der Zuschüsse zur Cityinitiative gehört nicht zu den Prioritäten eines sozialökologischen Haushalts.

Zu 8.: Die Weiterentwicklung der Integrierten Verkehrsleitzentrale ist ein verzichtbares Projekt. Viel wichtiger ist die Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr hin zu kollektivem öffentlichem Nahverkehr, Radverkehr und Fußverkehr.

Zu 9.: Die Schaffung von 98 Stellen im Bereich Digitalisierung ist nur schrittweise umsetzbar. Deshalb ist es ausreichend, mit 30 Stellen zu beginnen, Ermächtigungen für weitere 15 Stellen in den Haushalt zu implementieren und zunächst die gesetzlich vorgeschriebenen Stellen im Bereich Datenschutz zu schaffen.

Zu 10.: Die Zuschüsse für die Ausrichtung des Katholikentages sind keine städtische Kernaufgabe und sind deshalb verzichtbar.

Zu 11.: Eine Senkung der Grundsteuer kommt überwiegend Großunternehmen zugute und nur einem Bruchteil der Bevölkerung – Mieter*innen und Menschen mit geringen Einkommen profitieren von diesem Instrument nicht.

Die Summe Einsparungen ist ein dreistelliger Millionenbetrag – verteilt auf den Zeitraum des Doppelhaushalts und die mittelfristige Finanzplanung.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Kulturförderabgabe einführen

Wir beantragen:

12. Die Einführung einer Kulturförderabgabe nach dem Muster aus Antrag Nr. 337/2015 und GRDrs 1009/2015. Die Verwaltung beziffert die hierdurch entstehenden Einnahmen und Aufwendungen (Personal).

Begründung:

Die Stadt Freiburg im Breisgau erhebt bereits seit Jahren 5 Prozent des Übernachtungspreises für private Übernachtungen in Hotels und Pensionen als Steuer. Damit nimmt die Stadt im Südbadischen rund 1,4 Millionen Euro ein. Von der Abgabe sind Geschäftsreisende ausgenommen.

In Stuttgart ist eine solche Abgabe ebenfalls denkbar, zumal der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg (VGH) in einem Urteil vom Juni 2015 zur Streitsache Bettensteuer in Freiburg letzte Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser örtlichen Aufwandssteuer verworfen hat. Sie stelle keinen Eingriff in die Steuerhoheit des Bundes dar, so der Zweite Senat des VGH in seinem Urteil, und sei ebenso wenig mit einem unverhältnismäßigen Bürokratieaufwand verbunden. Auch die allgemeine Befürchtung von Seiten der Hotelbetreiber bzgl. des möglichen Rückgangs der Übernachtungszahlen blieben bis zuletzt unbegründet.

Mit der StuttCard werden den Gästen attraktive Konditionen geboten, u.a. kostenloser Zugang zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen mit oder ohne VVS-Ticket. Auch weitere Leistungen zur Förderung des Tourismus sind Gegenstand der Aktivitäten von Stuttgart Marketing, bzw. Regio Stuttgart Marketing und Tourismus. Der Tourismus ist also kein Nullsummenspiel für die Stadt, sondern mit Kosten und Aufwendungen verbunden. Wir sind der Auffassung, dass die Stadt zu diesem Zweck und zur Finanzierung weiterer Maßnahmen zur Tourismusförderung sowie zur allgemeinen Aufwertung des öffentlichen Raums und der Verbesserung des Kultur- und Nahverkehrsangebots eine örtliche Aufwandssteuer erheben sollte. Dies ist auch gerechtfertigt, denn allein aufgrund der im Jahr 2010 erfolgten Reduzierung der Umsatzsteuer auf 7 Prozent für Beherbergungsleistungen (die sogenannte Mövenpick-Steuer) wurden Übernachtungskosten erheblich vermindert und die Einnahmesituation der Beherbergungsbetriebe verbessert.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Sicherheit & Ordnung
Sanierung und Neubau von Feuerwehrhäusern der freiwilligen Feuerwehr sowie Langzeitmittelplanung für den Neubau von Feuerwehrhäusern allgemein
Behebung von Defiziten in der Feuerwehraus- und -fortbildung
Erhöhung der Pauschale für die Freiwillige Feuerwehr/Ehrenamt gemäß Programm FREIWILLIG stark!
Feuerwehr: Budgetkürzungen verhindern
Das Amt für öffentliche Ordnung handlungsfähig machen – Stellen schaffen!
Summe: 5 Antäge

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sanierung und Neubau von Feuerwehrhäusern der freiwilligen Feuerwehr sowie Langzeitmittelplanung für den Neubau von Feuerwehrhäusern allgemein

Wir beantragen:

13. Planungsmittel für die Sanierung bzw. den Neubau der meisten Feuerwehrhäuser der freiwilligen Feuerwehr: **je 275.000 Euro in den Jahren 2020 und 2021**
14. Für den unabweisbar nötigen Neubau von weiteren drei Berufsfeuerwehrwachen sowie für den hohen Nachholbedarf beim Neubau von Feuerwehrhäusern der freiwilligen Feuerwehr werden **ab 2022** in der mittelfristigen Finanzplanung für perspektivisch 20 Jahre **25 Mio. Euro pro Jahr** als Vorbelastung angemeldet

Begründung:

➔ Mit Mitteilungsvorlage **GRDrs 476/2019** zum Haushaltsplan 2020/2021 wurde der Gemeinderat über das Ergebnis der im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/19 von der Verwaltung zugesagten flächendeckenden Erhebung zum erforderlichen Sanierungsbedarf der Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehr informiert.

Demnach besteht nur bei 5 Feuerwehrhäusern kein Handlungsbedarf, weil diese den aktuellen Vorschriften entsprechen. Über die Hälfte der Häuser sind 35 Jahre alt und entsprechen in Bezug auf die technische Ausstattung und räumlichen Standards nicht mehr den heute gültigen Normen und Vorschriften. Bei sechs Häusern sollen noch in 2019 konkrete Verbesserungsmaßnahmen wie Abgasabsauganlage oder Verbesserungen der Umkleidebereiche sukzessive umgesetzt werden.

➔ **5 Feuerwehrhäuser** müssen allerdings für eine Bestandssanierung bzw. für eine Erweiterungsmöglichkeit **vertiefend untersucht** werden und bei **8 Feuerwehrhäusern** sind **Neubauplanungen** am bestehenden oder an einem alternativen Standort **unumgänglich**.

Ferner werden für die mittelfristige Finanzplanung Mittel in der beantragten Höhe nötig, weil unter den drei neu zu errichtenden Berufsfeuerwachen z.B. alleine der Neubau der Hauptwache 3 Bad Cannstatt mit Katastrophenschutzzentrum und optionalem Übungsgelände in der Nähe der ILS/IVLZ mit ca. 100 Mio. Euro zu veranschlagen ist, die Feuerwachen 1 (Mitte/Süd) und 4 (Nord/Feuerbach) ebenfalls Neubauten benötigen sowie ein jährlicher Bedarf von ca. zwei Neubauten von Feuerwehrhäusern für die Freiwillige Feuerwehr gegeben ist. In schwierig

räumlich zu versorgenden Teilen der LHS wie z.B. im geplanten Rosensteinviertel könnten mit Portalwachen ebenfalls abgedeckt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Behebung von Defiziten in der Feuerwehraus- und -fortbildung**

Wir beantragen:

15. **dauerhafte Budgeterhöhung** um 150.000 € / Jahr für
    1a) **Heißausbildung** für alle Einsatzkräfte der BF und FF
    1b) **Fahrsicherheitstraining** für alle Einsatzkräfte der BF und FF
    1c) **30-Stunden-Fortbildung** für das Personal im Rettungsdienst und in der Leitstelle

Begründung:

Im Bereich der Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr sowie des Personals im Rettungsdienst und in der Leitstelle werden im Doppelhaushalt 2020/2021 zusätzliche finanzielle Mittel benötigt, um vorhandene Defizite zu beheben:

- bei der für die Einsatzkräfte der BF und FF **unerlässlichen Realbrandausbildung** fällt die bisherige Übungsmöglichkeit weg,
- da **kein eigenes Aus- und Fortbildungsgelände** zur Verfügung steht, ist die Nutzung von externen Übungsanlagen erforderlich,
- im Bereich des **Tauchwesens** besteht aufgrund von Stellen-/Dienstherrnwechsel ein **Ausbildungsbedarf von 10 neuen Feuerwehrtauchern**,
- ein spezielles **Fahrsicherheitstraining** soll das Unfallrisiko beim Fahren von Einsatzfahrzeugen unter Einsatzbedingungen minimieren,
- bei der **Qualifizierung von Leitstellendisponenten** sind die Ausbildungsmodule an der Landesschule für den Rettungsdienst neuerdings kostenpflichtig,
- die nach Rettungsdienstgesetz vorgeschriebenen **30-Stunden-Fortbildung** des im **Rettungsdienst** bzw. in der **Leitstelle** eingesetzten **Personals** konnte in der Vergangenheit nicht oder nur teilweise geleistet werden.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Erhöhung der Pauschale für die Freiwillige Feuerwehr/Ehrenamt gemäß Programm FREIWILLIG stark!

Wir beantragen:

16. Eine Erhöhung der aktuellen, auch in der grünen Liste enthaltenen, **Pauschale** von 132.500 Euro pro Jahr 2020ff um 157.500 Euro auf **290.000 Euro pro Jahr 2020ff**
17. Eine weitere Erhöhung der Pauschale um 290.000 Euro pro Jahr auf 580.000 Euro pro Jahr 2020ff

Begründung:

Aus praktischen Gründen wurde der Antrag in zwei Stufen gestaffelt, um zumindest für eine erste Erhöhung besser eine Mehrheit finden zu können.

Wegen der Klimakrise steigt die Zahl der Einsätze der Feuerwehr i.a. und damit auch der für den Haushalt insgesamt günstigeren Freiwilligen Feuerwehr systematisch an, insbesondere Waldbrände und Starkregenereignisse und damit verbundene Überschwemmungen werden wahrscheinlicher und gravierender.

Die erste Stufe des Programms im DHH 18/19 wurde v.a. für die dringend nötige und vom Landesfeuerwehrverband empfohlene Erhöhung der Einsatzentschädigung verwendet.

➔ Für die komplette Umsetzung der 2. Stufe des Forderungskatalogs des Stadtfeuerwehrverbandes Stuttgart werden dauerhaft weitere ergänzende Finanzmittel i. H. v. **447.000 € pro Jahr** benötigt. Neben weiteren Verbesserungen bei der Entschädigung des ehrenamtlichen Engagements in der Freiwilligen Feuerwehr umfasst dieses **Maßnahmenpaket 2** zusätzliche Maßnahmen zur Anerkennung von ehrenamtlicher Tätigkeit, zur Personalerhaltung/-fürsorge sowie zur Anerkennung von Führungsfunktionen.

Insbesondere sollen

- die **Aufwandsentschädigung der Funktionsträger und Übungsleiter** gemäß den Empfehlungen der kommunalen Landesverbände erhöht werden,
- die **zusätzliche Entschädigung als Auslagenersatz für den Übungsdienst** erhöht werden,

- das **Titisee-Freiplatz-Kontingent für die langjährige ehrenamtliche Tätigkeit in der FF** erhöht werden,
- die **Zuwendungen an die Kameradschaftskasse für die Jugendfeuerwehr und Altersabteilung** erhöht werden,
- zur Förderung von **Gesundheitspräventionsmaßnahmen** die Kosten für Sporthallen und Sportveranstaltungen sowie für Sportübungsleiter zur Durchführung eines angeleiteten Dienstsports der FF übernommen werden,
- die Abteilungskommandanten und die stellvertretenden Abteilungskommandanten sowie der Leiter der Jugendfeuerwehr mit **modernen Kommunikationsmitteln** ausgestattet werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Feuerwehr: Budgetkürzungen verhindern

Wir beantragen:

18. 220.000 EUR ab 2020ff Zusatzkosten für Leitungsanlagen über 10-4 TK
19. 30.000 EUR ab 2020ff für die Sicherheitsüberprüfung von Notstromaggregaten
20. 35.000 EUR ab 2020ff für die Vollumsetzung des betrieblichen Sportkonzepts

Begründung:

Es gibt immer noch große offene Aufgaben bei der Stuttgarter Feuerwehr, die weit über die hier beantragten Mittel hinausgehen. Mit unseren Anträgen fordern wir lediglich das absolut Betriebsnotwendige für die Feuerwehr. Wenn eine dauerhafte Zukunftssicherung gewährleistet werden soll, werden erhebliche weitere Mittel in Personal und Material fließen müssen – weit über den laufenden Doppelhaushalt hinaus.

1. Die Zusatzkosten für Leitungsanlagen belasten das reguläre Budget der Feuerwehr, weil die Verwaltung sie der Branddirektion in Rechnung stellt. Die Branddirektion hat keinen Einfluss auf diese Kosten – sie werden von der Verwaltung auch nicht als Sondereinflüsse anerkannt. Damit sind diese jährlich anfallenden 220 000 Euro eine Budgetkürzung, die nicht zu rechtfertigen ist.
2. Die Überprüfung von Notstromaggregaten ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe. Um diese zu gewährleisten, muss die Verwaltung der Branddirektion jährlich 30 000 Euro zur Verfügung stellen. Es gab bereits einen Unfall wegen nicht ausgeführter Wartung an einem Notstromaggregat. Es ist nicht hinnehmbar, dass an der Sicherheit gespart wird.
3. Das vom Gemeinderat beschlossene Sportkonzept ist trotz der großen Bedeutung körperlicher Fitness der Feuerwehrleute z.Zt. nicht voll finanziert und kann daher nur zu 70% des Jahres durchgeführt werden. Das Budget war zum Start des Programms für eine ganzjährige Nutzung zu niedrig angesetzt. Im Gegensatz zu anderen Bereichen in der Stadtverwaltung gibt es bei der Feuerwehr keine Urlaubs- und Ferienzeiten, in denen das Programm pausieren könnte.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Das Amt für öffentliche Ordnung handlungsfähig machen – Stellen schaffen!**

Wir beantragen:

1. Im Amt für öffentliche Ordnung werden zusätzlich zu den von der Verwaltung bereits unterstützten Stellenanträgen die folgenden dringend benötigten Stellen geschaffen:

   1.1. Für die **Ausländerbehörde** werden geschaffen
   - 1.1.1 8,3 Stellen Sachbearbeitung A 9 mD für die Ausländerbehörde als Ansprechpartner/in für Hochqualifizierte (lfd. 1845)
   - 1.1.2 1,0 Stelle für Sachbearbeitung A 11 für die Ausländerbehörde als Ansprechpartner/in für Firmen (lfd. 1845)
   - 1.1.3 4,0 Stellen Sachbearbeitung EG 6 zur Ausgabe des elektronischen Aufenthaltstitels - eAT

   1.2. Für den **Bereich 32-1 Organisation** werden geschaffen
   - 1.2.1 1 Stellen Sachbearbeitung A 11 Organisation (lfd. 1860)
   - 1.2.2 0,5 Stelle Sachbearbeitung A 8 Organisation (lfd. 1865)
   - 1.2.3 1,0 Stelle Sachbearbeitung EG 9a für Gebäude- und Mitarbeitersicherheit (lfd. 1870).

   1.3. Für die **Gewerbe- und Gaststättenbehörde** werden folgende Stellen geschaffen:
   - 1.3.1 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 11 Gewerberecht (u.a. zur Kontrolle von Schwarzarbeit) (lfd. 1890)
   - 1.3.2 1,0 Stelle Sachbearbeitung A8 Gewerberecht (u.a. zur Prüfung der gewerberechtlichen Zuverlässigkeit von Security-Unternehmen) (lfd. 1910)
   - 1.3.3 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 11 für Gaststättenrecht aufgrund erheblicher Arbeitsvermehrung durch gestiegene Sicherheits-anforderungen bei der Festsetzung von Messen und Märkten (lfd. 1880)
   - 1.3.4 1,0 Stelle Sachbearbeitung A 9 mD zur Beratung und Kontrolle im Außenbereich (keine lfd. Nummer)

   1.4. Für die Führerscheinstelle werden 3 Stellen für Sachbearbeitung A 7 und eine Stelle für die Kasse A 7 geschaffen. (lfd. 1875)

Begründung:

Das Amt für öffentliche Ordnung in Stuttgart erfüllt Pflichtaufgaben und ist die meist besuchte Anlaufstelle der Stadtverwaltung mit rund 800 000 Bürgerkontakten. Häufig müssen ad hoc in Gegenwart des Antragstellers Verwaltungsvorgänge erledigt werden. Zeitdruck, stark gestiegene Anspruchshaltung von Bürger*innen bis hin zu latenter Aggressivität gegenüber dem Personal führt zu belastenden Arbeitsbedingungen. Regelmäßig wird in Zeitungen über sehr lange Wartezeiten, vorübergehende Schließungen und weitere Missstände berichtet (z.B. der Kfz-Zulassungsstelle, Bürgerbüros, Ausländerbehörde etc.). Dies setzt die Mitarbeiter*innen massiv unter Druck. Das AföO hat große Personalrekrutierungsprobleme. Der Teufelskreis schließt sich, da bei stark belastenden Arbeitsbedingungen die Fluktuation und die Krankheitsquote steigt, die Überstundenzahl für die verbleibenden Beschäftigten noch größer wird und der Arbeitsdruck noch weiter steigt. Dieser Abwärtsspirale muss dringend Einhalt geboten werden. Zugleich wird von massiven Abwerbungen durch Kommunen im Umland sowie Ministerien und anderen Unternehmen und Institutionen berichtet.

Begründung Ad 1.1.1 und 1.1.2)
Mit dem Beginn des Jahres 2020, respektive dem 1. März 2020 tritt das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz in Kraft. Damit soll es nicht mehr nur hochqualifizierten Fachkräften möglich sein, in Deutschland eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, sondern es werden zukünftig auch mehr Fachkräfte für Tätigkeiten mit mittleren Abschlüssen – insbesondere für Branchen mit Mangelberufen – kommen. Bereits jetzt hat sich bei den Nachfragen nach Hochqualifizierten eine Verdopplung der Beratungsanfragen gezeigt. Bei den Interessenten mit mittleren Berufsabschlüssen ist auch im Vorfeld des Gesetzes bereits ein starker Zuwachs an Anfragen und Beratungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Migrationspakets festzustellen. Es liegt im Interesse öffentlicher wie auch privater Arbeitgeber, dass Fachkräfte nach Stuttgart kommen. Sowohl die Fachkräfte wie auch die Arbeitgeber sind qualifiziert zu beraten und müssen betreut werden.

Ad 1.1.3)
Die bereits vor Jahren geschaffenen Stellen zum elektronischen Aufenthaltstitel reichen bei weitem nicht aus. Bisher erfolgte die Erteilung des Aufenthaltstitels noch über Klebeetiketten in den Pass, doch das wird jetzt grundsätzlich durch das komplexe Ausgabeverfahren des elektronischen Aufenthaltstitels abgelöst. Es wäre für die Arbeitsabläufe sehr viel effizienter, vier Mitarbeiter*innen an einem speziellen Schalter für diesen eAT einzusetzen, damit die Ausgabe routiniert erfolgen kann.

Ad 1.2.1 bis 1.2.3)
Aufgrund der gestiegenen Mitarbeiterzahlen bei gleichzeitigem immer größer werdendem Raummangel für Arbeitsplätze sowie hoher Fluktuation ist der Organisationsaufwand erheblich gestiegen. Es wird mehr Personalkapazität für Raumplanung, Planung von Umzügen, Koordination Sicherheitsdient, Alarmschaltungen an Telefonen etc. benötigt. Ein Mitarbeiter kümmert sich um über 30 Gebäude, auf die das AföO verteilt ist. Er ist für Fragen des Brandschutzes, Ersthelfer*innen, Arbeitssicherheit und Gefährdungsbeurteilung verantwortlich und muss sich gleichzeitig um Ersatzräume und deren Sicherheitsausstattung sowie die Kontrolle der parallel stattfindenden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in der Eberhardstraße 39 kümmern. Dies ist eine völlige Überlastung, daher ist eine weitere Stelle nötig!

Ad 1.3.1)
Illegales Wirtschaften ohne Konzession und Gewerbezulassung benachteiligt Betriebe, die sich an Regeln und Vorschriften halten. Die daraus resultierende Wettbewerbsverzerrung und die damit häufig einhergehenden prekären und illegalen Arbeitsverhältnisse sind zu unterbinden. Zudem ist in 41 Gewerken die Meisterpflicht als Voraussetzung zur Betriebsgründung wieder eingeführt worden, was auch kontrolliert werden muss.

Ad 1.3.2
Im Bereich von Security-Firmen werden häufiger „Strohmänner“ mit „weißer Weste“ also Menschen ohne Einträge ins polizeiliche Führungszeugnis als Verantwortliche für die Bewachung genannt, obwohl faktisch Security-Leute eingesetzt werden, die keine Zulassung erhalten hätten, da sie vorbelastet/vorbestraft sind. Hier müssen intensive Überprüfungen stattfinden.

Ad 1.3.3
Das Thema „Sicherheit bei Veranstaltungen“ ist stark gestiegen; die Beratung und Kontrolle der entsprechenden Vorschriften und Maßnahmen erfordert deutlich erhöhte Personalkapazität.

Ad 1.3.4
Die Beratung von Gewerbetreibenden vor Ort und z.B. die Vermittlung zwischen Anwohner*innen, Gewerbe, Gastronomie etc. benötigt Zeit. Z.B. am Josef-Hirn-Platz konnte erfolgreich vermittelt werden zwischen dem Bedürfnis nach Nachtleben auf der einen Seite und dem Ruhebedürfnis auf der anderen Seite. Solche „runden Tische“ bedeuten mehr Zeit und Personalaufwand. Viele Probleme können über Beratung schon im Vorfeld geklärt werden. Hier ist eindeutige Arbeitsvermehrung durch längere Prozesse feststellbar, hinzu kommen steigende Fallzahlen. Zudem wird der Wunsch nach einer/m Nachtbürgermeister/in, welche/r jedoch auch einen Ansprechpartner im Amt haben muss.

Ad 1.4
Die Personalsituation ist in der Führerscheinstelle bereits extrem angespannt. Dazu kommt, dass die gesetzliche Umtauschpflicht der Führerscheine beschlossen ist, wonach neue Führerscheine nur noch 15 Jahre gültig sind. Da der Gesetzgeber eine zeitliche Umtauschpflicht festgelegt hat, müssen in den kommenden Jahren die Fahrerlaubnisinhaber gestaffelt nach Geburtsjahrgang ihre Führerscheine umtauschen. Die Jahrgänge 1953 bis 1958 müssen bis zum 19.1.22 umgetauscht haben, daher wird mit bis zu 20 000 Umtauschfälle im Jahr gerechnet. Der Deutsche Städtetag geht von einer Vollzeitkraft je 200 000 Einwohner*innen aus. Bezogen auf Stuttgart werden 3 Vollzeitkräfte zusätzlich benötigt.

Eine weitere Stelle für die Kasse ist für einen schnelleren und verbesserten Publikumsverkehr nötig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Soziales & Inklusion
Stuttgart für Alle - Stuttgarter Stadtbürgerschaft einführen
Wohnungsnotfallhilfe stärken und weitere wichtige Stellen im Sozialamt schaffen
Welthaus barrierefrei machen
Schwerbehindertenquote in der Berufsausbildung einführen
Budget für Fokus-Aktionsplan Inklusion
Demenzfreundliches „Bad Cannstatt“
Fortführung des Präventionsprojekts zu sexualisierter Gewalt „Antihelden“
Quartiersmonitoring zur sozialen Stadtentwicklung
Fahrgutscheinwert für schwerstbehinderte Menschen für Taxifahrten und Mietwagen erhöhen
Verbesserung der Geburtshilfe in Stuttgart
Waschen in Würde - Hygienebus für Obdachlose
Sicherung und Ausbau der Zentralen Schuldnerberatung
Maßnahmen zur Barrierefreiheit städtischer Einrichtungen und des ÖPNV
Förderung von Release e.V. – Psychosoziale Betreuung von Substituierten und 25-Prozent-Stelle für die Verwaltung für „Release Direkt“ in der Kriegsbergstraße
Vier Vollzeit-Stellen für den Ausbau der Gerontopsychiatrischen Dienste
Prävention im Bereich Essstörungen für ABAS e.V. (Anlauf- und Fachstelle bei Essstörungen, GesundheitsLaden e.V.) und 60%-Verwaltungskraft für GesundheitsLaden
Ausbau der Versorgungsstruktur chronisch mehrfach beeinträchtigter Abhängigkeitskranker (CMBA) über das gesamte Stadtgebiet
Genesungsbegleiter*innen in Gemeindepsychiatrischen Zentren auf Minijob-Basis einstellen
Förderung einer Kontaktstelle zur beruflichen Beratung und Erprobung für psychisch erkrankte Menschen im Rehabilitationszentrum Rudolf-Sophien-Stift (RRSS)
Zuschusserhöhung für StadtSeniorenRat Stuttgart e. V.
Vollzeitstelle zur Prüfung und Gestaltung von Software auf Barrierearmut
Mietkosten für die Beratungsstelle Stuttgart der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V. übernehmen
Summe: 22 Anträge

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Stuttgart für Alle - Stuttgarter Stadtbürgerschaft einführen**

Wir beantragen:

21. Die Planungen zur Einführung einer Stuttgarter Stadtbürgerschaft für alle Stuttgarter Einwohner*innen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus als sogenannte „Stuttgart City Card“ nach dem Modell des weltweiten Netzwerks von Solidarity Cities.
22. Die bisherige FamilienCard wird mit der möglichen Einführung einer „Stuttgart City Card“ zur „Stuttgart City Card Plus“ und die BonusCard wird zur „Stuttgart City Card Bonus“.

    (Kosten 2020: 20.000 € / 2021: 20.000 €)

Wir fragen an:

1. Die Fachverwaltung stellt dar, welcher finanzielle Mehrbedarf entsteht durch eine Erweiterung der bisher Anspruchsberechtigten für eine FamilienCard um den Personenkreis der Inhaber eines Wohnberechtigungsscheins.

Begründung:

Oberbürgermeister Manfred Rommel hat den Spruch geprägt, dass alle Einwohner*innen der Stadt Stuttgart - unabhängig von Ihrer Herkunft oder ihrem sozialen Status - auch Stuttgarter*innen sind. „Wir sind alle Stuttgarter*innen“ ist bisher leider nur ein schöner Spruch geblieben, den es gilt, in die Tat umzusetzen. Fast ein Drittel der Stuttgarter*innen darf sich beispielsweise nicht an demokratischen Wahlen beteiligen oder lebt hier mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus und der Angst abgeschoben zu werden.

Im Netzwerk der Solidarity Cities heißt es: „In einer Stadt der Solidarität sollen alle Menschen das Recht haben, zu leben, zu wohnen und zu arbeiten. Allen Menschen soll der Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung gewährt werden. Alle Menschen sollen teilhaben und das Stadtleben mitgestalten können – unabhängig von Aufenthaltsstatus, finanziellen Möglichkeiten, Hautfarbe, Geschlecht, Sexualität, Religion. Eine Stadt, aus der kein Mensch abgeschoben wird, in der sich alle frei und ohne Angst bewegen können, in der kein Mensch nach einer Aufenthaltserlaubnis gefragt wird, in der kein Mensch illegal ist. Das sind die grundlegenden Vorstellungen von einer Solidarity City. (…) In vielen Städten in Deutschland, Europa und der ganzen Welt ist der Prozess, eine Solidarity City zu werden auf den Weg gebracht. Ziel ist es ein ein faktisches Bleiberecht in der Stadt entstehen zu lassen. Das ist auch Basis der Forderung

nach einer Solidarity City und Voraussetzung dafür, solidarische Orte und Strukturen einer „Stadt für Alle“ zu entwickeln – für ein Miteinander, bei dem Menschen unabhängig von Status und finanziellen Kapazitäten wohnen, arbeiten und leben können.“

Die Möglichkeit zur Einführung einer Stuttgarter Stadtbürgerschaft in Form einer „Stuttgart City Card“ soll in den nächsten beiden Jahren geprüft, geplant und mit der Stuttgarter Zivilgesellschaft entwickelt werden. Dabei sollen die bisher bestehenden sozialen Unterstützungssysteme wie die FamilienCard (Stuttgart City Card Plus) und die BonusCard (Stuttgart City Card Bonus) integriert und ausgebaut werden. Ziel ist es eine diskriminierungsfreie Karte zu entwickeln, die allen Stuttgarter*innen in Form der Stuttgarter Stadtbürgerschaft, zu Gute kommt.

Die „Stuttgart City Card“ wird allen Stuttgarter*innen auf Antrag ausgestellt. Damit soll die Möglichkeit verbunden sein, sich in der Stadt ausweisen zu können. Die Stuttgart City Card soll die Möglichkeit geben, auch denjenigen ohne Anrecht auf FamilienCard oder BonusCard beispielsweise Rabatte beim Eintritt in städtische Einrichtungen wie Museen zu gewähren.

Die bisherige FamilienCard wird zur „Stuttgart City Card Plus“ und wird erweitert um den Personenkreis mit Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Neben Familien besteht damit die Möglichkeit auch Alleinstehende, Studierende und andere Personen aus Schwellenhaushalten finanziell zu fördern, die ebenfalls von ständig steigenden Mieten betroffen sind.

Die bisherige BonusCard wird zur „Stuttgart City Card Bonus“ und wie bisher erteilt. Die Zusätze „Plus“ und „Bonus“ können auf der Karte klein abgedruckt werden oder wenn möglich ganz entfallen, um eine diskriminierungsfreie Karte in Stuttgart einzuführen, die keinen Unterschied macht zwischen den verschiedenen Gruppen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Wohnungsnotfallhilfe stärken und weitere wichtige Stellen im Sozialamt schaffen

Wir beantragen:

5. Für das Amt 50 werden **zusätzlich zu dem Verwaltungsvorschlag** in der Querliste folgende dringend benötigte Stellen geschaffen und schlagen darüber hinaus vor, die Stellenanteile aufzurunden:

   5.1. 4,4 Stellen für Sozialarbeiter/in S 12 für Bürgerservice Leben im Alter (lfd. 3215) (*insgesamt 7,6 Stellen*)

   5.2. 0,92 Stellen für Sozialarbeiter/in EG 10 zur Vermittlung in der Wohnungsnotfallhilfe und die Eingruppierung der (*insgesamt 2,82*) Stellen in EG 10 (entgegen dem Verwaltungsvorschlag der 1,9 Stellen mit Eingruppierung in EG 9a) (lfd. 3230).

   5.3. 4 Stellen Sachbearbeitung A 11 (lfd. 3235) (*insgesamt 6,3 Stellen*) in der Betreuungsbehörde wegen nachgewiesener Fallzahlensteigerung

   5.4. 0,25 Stellenanteil Sachbearbeitung A 12 Vergütungsverhandlungen in der Wohnungsnotfallhilfe (Fachbereich Recht und Qualitätssicherung) (lfd. 32-85)

   5.5. 1,0 Stelle Sozialplaner/in für Geflüchtete EG 13 im Pakt für Integration (lfd. 3290)

   5.6. 0,5 Stelle Sachbearbeitung in EG 8 zur Assistenz und Verwaltungskraft für die Verwaltung und Abrechnung der anfallenden Tätigkeiten in der Sozialplanung für Geflüchtete. (lfd. 3295, s.a. GRDrs 341/2019)

   5.7. 1,42 Sachbearbeiter/in EG 10 für präventives Fallmanagement in der Wohnungsnotfallhilfe (lfd. 3300)

   5.8. 1,0 Stelle Fachberater/in A 10 in der Wohngeld-Beratung, da bereits mehrfache Überlastungsanzeigen im Wohngeldbereich vorliegen (lfd. 3310)

   5.9. 1,0 Stelle stellv. Sachgebietsleitung A12 (lfd. 3315), da die Leitungsspanne im Wohngeldbereich viel zu hoch liegt, mehrfach vorlieg. Überlastungsanzeigen!

   5.10. 0,5 Stelle Sachbearbeitung für den Datenschutz (lfd. 3320)

   5.11. 1,0 Stelle Sachgebietsleitung A 12 für Soziale Leistungen in Pflegeheimen (lfd. 3325), da die Leitungsspanne viel zu hoch ist, Überlastungsanzeigen vorliegend.

5.12. 1,5 Stellen Sozialarbeiter/in S 12 für die dauerhafte Fortführung des äußerst erfolgreichen Projekts „Präventive Wohnraumsicherung für Familien“ nach Auslaufen der Förderung durch die Vector-Stiftung Ende 2019; (lfd. 3340; GRDrs 254/2019 und 558/2019)

5.13. 1,0 Stelle Sozialarbeiter/in S12 (lfd. 3345) für die Fachstelle Wohnungssicherung für aufsuchende Hilfen, weil sich gezeigt hat, dass die Personalkosten über vermiedene Sachkosten gedeckt werden können!

Begründung:

Zu 1.1:

Bürgerservice Leben im Alter, erhebliche Arbeitsvermehrung in den Stadtteilbüros. Im OE-Prozess wurde die Arbeitsvermehrung deutlich aufgezeigt, woraus sich insgesamt 7,6 Stellen als Bedarf ergeben haben. Die 2 Stellen, die lt. Verwaltungsvorschlag darüber hinaus in Abzug gebracht werden, ignorieren eine Gemeinderatsabstimmung, wonach eine Stelle als Kompensation für die geschaffenen 3 Teamleitungsstellen und für die Fortführung des Ehrenamts (1 Stelle) beschlossen wurde (GRDrs 180/19). Somit ist es unlauter, wenn die Verwaltung zwei erforderliche Stellen mit der Arbeitsvermehrung verrechnen möchte.

Zu 1.2:

Es werden nicht mehr nur Stellen für eine reine Vermittlung und Verwaltung von Unterkünften von Alleinstehenden benötigt, sondern Fallmanagerstellen in EG 10, die qualifiziert Familien mit Kindern aus den Sozialhotels wieder herausbringen müssen, eine Einstufung in EG 9a wäre daher zu gering und Fallmanagement beinhaltet ein größeres Aufgabenspektrum und damit auch mehr Personal, somit sind insgesamt 2,82 Stellen in EG 10 erforderlich.

Zu 1.3:

Es werden insgesamt 6,3 Stellen benötigt! Im Geschäftsbericht ist seit Jahren die Fallzahlensteigerung nachzulesen, durch die Notariatsreform steigern sich die Fälle weiter. Grundrechtsrelevante Entscheidungen der Betreuungsbehörde können nicht mit verkürzten Sozialberichten abgearbeitet werden. Alle Stuttgarter*innen haben einen Anspruch auf sensible Prüfung bei der Beschneidung ihrer Grundrechte und insbesondere bei freiheitsentziehenden Maßnahmen. Diese Tätigkeiten sind nicht delegierbar.

Zu 1.4:

Die Schaffung der 0,25-Stelle ist dringend notwendig, die Tätigkeit war bisher nicht mit Personalressourcen hinterlegt, fällt aber an. Eine Sachbearbeiter-Stelle für diesen Aufgabenbereich war (aufgrund des Stellenbemessungsverfahrens) blockiert, was nun im Zuge der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes bereinigt werden muss.

Zu 1.5 und 1.6:

Die Sozialplanung für Flüchtlinge wie auch die dafür erforderlichen Verwaltungs- und Abrechnungsarbeiten enden nicht mit dem Rückzug des Landes aus der Finanzierung, weswegen weiterhin Personal dafür benötigt wird.

Zu 1.7:

Nur mit der Ausweitung der präventiven Fallarbeit können Menschen mit Räumungsklage erreicht werden, die das System der Wohnungssicherung bisher nicht genutzt haben. Es ist kostet sehr viel mehr Aufwand, Menschen aus Unterkünften der Wohnungsnotfallhilfe heraus in Wohnungen zu vermitteln.

Zu 1.10:

Gerade im Sozialamt ist die Einhaltung des Datenschutzes zwingend, doch es wurde bislang kein Personal dafür explizit vorgesehen. Datenschutz ist on-top von Mitarbeiter*innen nicht mehr weiter zu bewältigen.

Zu 1.12:

Die Wohnungsnotfälle, die bislang - über eine Finanzierung durch die Vector-Stiftung - nachgehende Hilfen bei Mietschulden u.a. erhielten, entwickelten sich fast alle positiv, weswegen das Konzept unbedingt beibehalten werden sollte.

Zu 1.13:

Mit zusätzlichen Personalressourcen können Bürger*innen vor Wohnungsverlust geschützt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Welthaus barrierefrei machen

Wir beantragen:

1. Im Haushalt wird ein einmaliger Investitionszuschuss für den Welthaus Stuttgart e.V. in Höhe von 20.000 € für Anschaffung und Installation eines Treppenliftes eingestellt, um den Aufgang zum Globalen Klassenzimmer ohne Eingriff in die denkmalgeschützte Fassade barrierefrei zu gestalten.

Begründung:

Das „Globale Klassenzimmer“ im Welthaus als außerschulischer Lernort für Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit hat sich in den 5 Jahren seiner Existenz zu einem außerordentlichen Erfolgsmodell entwickelt. Mit über 160 Bildungsveranstaltungen im Jahr ist es an allen Schultagen ausgelastet und wird sogar über in die Region Stuttgart hinaus nachgefragt. Immer häufiger melden auch Inklusionsklassen Bedarf an.

Leider muss das Welthaus ausgerechnet diese Schulklassen abweisen, da das Globale Klassenzimmer nicht barrierefrei erreichbar ist. Als städtisch geförderte Einrichtung kann das Welthaus damit bedauerlicherweise dem „Leitbild der Landeshauptstadt Stuttgart zur Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention“ nicht entsprechen.

Nach diesem Leitbild setzt sich der Gemeinderat seit 2015 dafür ein, „dass Vorgänge, Strukturen, Angebote, Dienste und Einrichtungen derart gestaltet sind, dass sie für alle Menschen - also auch besonders für Menschen mit Behinderung - zugänglich sind.“

Mit relativ geringem einmaligem finanziellem Aufwand ist es in diesem Fall möglich, das „Leitbild der Landeshauptstadt Stuttgart zur Umsetzung der Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention“ in konkrete Handlungsschritte umzusetzen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Schwerbehindertenquote in der Berufsausbildung einführen**

Wir beantragen:

1. Die Stadt führt freiwillig eine 5-Prozent-Ausbildungs-Quote für schwerbehinderte/gleichgestellte Menschen ein. Die hierfür ggf. notwendigen Mittel und zusätzlichen Stellenanteile sind darzustellen.

Begründung: Der Zugang zu Ausbildung und Arbeit für Menschen mit einer Schwerbehinderung ist weiterhin erheblich erschwert. Private und öffentlich-rechtliche Arbeitgeber, die über mindestens 20 Arbeitsplätze verfügen, haben auf wenigstens 5 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen (§ 154 Absatz 1 SGB IX). Diese Pflicht gilt jedoch nicht für die Ausbildung innerhalb der Stadtverwaltung und ihrer Eigenbetriebe. Wir wollen mit der Ausbildungsquote bei der Stadt und ihren Eigenbetrieben eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt errichten.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Budget für Fokus-Aktionsplan Inklusion**

Wir beantragen:

1. Dem Beirat für Menschen für Behinderungen wird ein jährliches Budget i.H.v. 200.000 Euro bereitgestellt, um unterjährig Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung des Fokus-Aktionsplans Inklusion beauftragen zu können.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Demenzfreundliches „Bad Cannstatt“

Wir beantragen:

1. Die Schaffung einer Fachkraftstelle für die Sozialraumorientierung - „Demenzfreundliches Bad Cannstatt“ im DHH 2020/2021 ff. (GRDrs 434/2019)

   (Kosten 2020: 25.000 € / 2021: 26.000 € / ff.)

Begründung:

In Stuttgart leben in etwa 10.500 demenzkranke Menschen. Um der Personengruppe der Demenzkranken ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, ist es wichtig, ihnen in ihrem Stadtteil die Teilnahme an Hilfsangeboten zu ermöglichen. Das Netzwerk „Demenzfreundliches Bad Cannstatt“ ist ein seit über 4 Jahren existierender Zusammenschluss verschiedener Träger von sozialen Einrichtungen in Bad Cannstatt. Ziel des Netzwerks ist, Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen im Alltag zu unterstützen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Fortführung des Präventionsprojekts zu sexualisierter Gewalt „Antihelden“

Wir beantragen:

1. Die Implementierung und Fortführung des Präventionsprojekts zu sexualisierter Gewalt „Antihelden“ im DHH 2020/2021 ff. (GRDs 570/2019)

   (Kosten 2020: 100.000 € / 2021: 100.000 € / ff.)

Begründung:

In Stuttgart sind ca. 450 und in der Region ca. 700 männliche Sexarbeitende regelmäßig tätig. Über diese Personengruppe ist bisher wenig bekannt. Bisher gibt es kein ausreichendes Regelangebot für jungen*sensible Präventionsarbeit zu sexualisierter Gewalt und sexueller Bildung. Mit dem Projekt Antihelden* wurde diese Lücke geschlossen. Die bisherige externe Förderung läuft aus. Die Stadt Stuttgart sollte den Wegfall dieser Mittel kompensieren und diese wichtige Präventionsarbeit weiter führen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Quartiersmonitoring zur sozialen Stadtentwicklung

Wir beantragen:

1. Die in GRDrs 317/2019 dargestellten Maßnahmen zum Aufbau eines Systems zum Quartiersmonitoring werden vollständig im Haushalt und Stellenplan eingestellt. Dies entspricht jährlichen Sachkosten i.H.v. 12.000 Euro und einer unbefristeten 0,5 Stelle in EG13 ab dem Jahr 2020.

Begründung:

Für den sozialen Zusammenhalt in Quartieren ist eine ganzheitliche Stadtentwicklung unabdingbar. Leider wurde – trotz der Empfehlung des Deutschen Instituts für Urbanistik Difu und der Empfehlung der Sozialverwaltung bisher kein sozialer Stadtentwicklungsplan erstellt. Das Sozialmonitoring war eine Kompromisslösung aus den letzten Haushaltsberatungen und muss unbedingt fortgeführt werden.

Die Beobachtung der Lebenslagen in den Stadträumen ist wesentlich, um wirksame und zielgerichtete Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation der Wohnbevölkerung zu ergreifen und soziale Verdrängungseffekte festzustellen. Treten letztere auf, gilt es, stabilisierende Maßnahmen zum Erhalt der Sozialstruktur zu ergreifen. Das von einer ämterübergreifenden Arbeitsgruppe ausgearbeitete Konzept für ein Quartiersmonitoring ist ein unabdingbares Instrument. Es integriert auch den von uns vorgebrachten Vorschlag, eine soziale Umweltkartierung zu entwickeln, die Sozialdaten und Umweltbelastungsfaktoren zusammenführt, um Gebiete mit hohem Handlungsdruck zu identifizieren. Denn arme Menschen sind deutlich überproportional von schlechten Lebensbedingungen betroffen, wie starkem Umgebungslärm, Luftschadstoffen, unzureichenden Grün- und Erholungsflächen im Wohnumfeld oder Hitzebelastung.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Fahrgutscheinwert für schwerstbehinderte Menschen für Taxifahrten und Mietwagen erhöhen

Wir beantragen:

1. Den Fahrgutscheinwert für schwerstbehinderte Menschen für Taxifahrten und Mietwagen auf 25,50 € pro Fahrt zu erhöhen und im DHH 2020/2021 ff. zu finanzieren. (GRDs 523/2019)

   (Kosten 2020: 100.000 € / 2021: 100.000 €)

Begründung:

Die Landeshauptstadt Stuttgart gewährt schwerstbehinderten Einwohner*innen Fahrgutscheine für Fahrten mit Taxen bzw. barrierefreien Spezialfahrzeugen jährlich 96 Fahrgutscheine pro Berechtigtem bzw. Berechtigter im Rahmen einer freiwilligen sozialen Leistung. Mit den Fahrgutscheinen soll die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und verbessert werden. Der bisherige Höchstwert für eine Taxifahrt war auf 12,78 € festgesetzt was sich in der Realität als zu gering erwiesen hat. Oftmals müssen für eine Taxifahrt zwei Gutscheine verwendet werden. Der Höchstsatz ist somit anzupassen auf 25,50 €.

Da mit der Erhöhung auf 25,50 € das zukünftige Nutzungsverhalten nicht vorhersehbar ist, soll im Budget-Ansatz des Sozialamts eine haushaltsmäßige Absicherung in Höhe von 100.000 Euro pro Jahr angesetzt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Verbesserung der Geburtshilfe in Stuttgart

Wir beantragen:

1. Die Schaffung einer Beratungsstelle zur Förderung einer externen Hebammenausbildung zur Verbesserung der Geburtshilfe in Stuttgart im DHH 2020/2021 ff. zu finanzieren. (GRDs 359/2019)

   (Kosten 2020: 50.000 € / 2021: 50.000 €)

Begründung:

In der klinischen Geburtshilfe ist eine alarmierende Situation eingetreten. Regional gibt es sehr viele Versorgungsengpässe in der Geburtshilfe. Das kommunale Netzwerk Frühe Hilfen hat für Stuttgart konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet zur Verbesserung der stationären und ambulanten Versorgungssituation sowie zum Aufbau einer Beratungsstelle mit zusätzlicher Koordinierungshilfe. Zusätzlich sollen die Arbeitsbedingungen verbessert und damit die Zahl aktiver Hebammen gesteigert werden. Für diese wichtige Aufgabe sind finanzielle Mittel notwendig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Waschen in Würde - Hygienebus für Obdachlose

Wir beantragen:

5. Die Ausstattung und Inbetriebnahme eines Buses mit Badezimmern (Toiletten, Waschbecken, Duschen) für eine niedrigschwellige Hygieneversorgung der Menschen, die auf der Straße leben. Für die Umsetzung wird eine Kooperation mit den sozialen Trägern- und Verbänden angestrebt.
6. Für den erforderlichen Ankauf eines entweder ausrangierten, oder sich im Betrieb befindlichen Linienbusses, dessen Umbau und anschließenden Betrieb sind im DHH 2020/21 insgesamt 360 000 Euro bereitzustellen.

Begründung:

Nach Schätzungen der „Liga der Wohlfahrtspflege Stuttgart“ vom Frühjahr 2019 gibt es in Stuttgart schätzungsweise zwischen 100 und 150 obdachlose Menschen. Darunter sind Menschen zu verstehen, die „auf der Straße“ leben. Obdachlose haben keine Duschen, aber sie haben – wie andere Menschen auch – ein Hygienebedürfnis. Dafür gibt es in Stuttgart bereits zentrale Anlaufstellen mit kostenlosen Waschmöglichkeiten und Kleiderstuben. Diese können mit dem „Badezimmer auf Rädern“ nun sinnvoll ergänzt werden. Der Hygienebus soll obdachlosen Menschen die eigene Körperreinigung erleichtern.

In San Francisco rollt seit mehreren Jahren ein Duschbus für Obdachlose durch die Stadt. In Hamburg startet voraussichtlich im Jahr 2020 ein vergleichbares Projekt, bei dem ein Hygienebus an drei Tagen die Woche für fünf Stunden stadtweit im Einsatz ist. Der Bus fährt dorthin, wo Duschen gebraucht werden und dessen Nutzung ist kostenlos. Mit einem Hygienebus kann die Stadt dabei helfen, obdachlosen Menschen ihre Würde und ihr Selbstwertgefühl zurückzugeben.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sicherung und Ausbau der Zentralen Schuldnerberatung

Wir beantragen:

1. **1,35 Fachkraftstellen** für den Ausbau der Präventionsarbeit
2. **0,5 Sekretariatsstelle**
3. **0,5 Leitungsstelle** zur Anpassung des Anteils für Leitungsaufgaben
4. **Begrenzung des Eigenanteils auf 10%** der Gesamtkosten

(s. GRDrs 362/2019; Kosten für das Jahr 2020 234.000 € und für 2021 239.000 €)

Begründung:

Zu 1 und 2)

Träger der Zentralen Schuldnerberatung ZSB sind der Caritasverband für Stuttgart e. V., Evangelische Gesellschaft Stuttgart e. V. und PräventSozial gGmbH.

Das **Präventionsprogramm** muss dringend ausgebaut werden, um die Verschuldung – insbesondere von jungen Menschen und Älteren beim Renteneintritt – zu verhindern.

Mit den bislang zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten von 0,15 Stellen und unter Einsatz von Spendenmitteln wurden in der Vergangenheit Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene durchgeführt. Für ältere Menschen, insbesondere beim Rentenantritt, hat die ZSB im Rahmen des Landeswettbewerbs „Ideenwettbewerb für Strategien gegen Armut“ die Konzeption „Schuldnerberatung für ältere Mitmenschen“ entwickelt. Auf dieser Grundlage möchte die ZSB künftig ein **spezialisiertes Präventionsangebot für ältere Menschen** bereitstellen, **eng vernetzt mit ambulanten Angebotenin der Altenhilfe, u. a. Begegnungsstätten für Ältere, Stadt-Senioren-Rat und Treffpunkt 50plus**, zusätzlich verbunden mit einer „Gehstruktur“. Um entsprechende bedarfsgerechte Präventionsangebote erbringen zu können, benötigt die ZSB neben den bereits vorhandenen 0,15 Stellen weitere **1,35 Fachkraft-Stellen sowie für Sekretariatsaufgaben eine weitere 0,5-Stelle**. Da in den Geschäftsräumen der ZSB, Wilhelmsplatz 11, 70182 Stuttgart, keine freien Raumkapazitäten mehr verfügbar sind, müssen zusätzliche Flächen angemietet werden. Zur Finanzierung dieses Vorhabens fallen Aufwendungen in Höhe von 128.515EUR an. Davon werden 18.515EUR aus Eigenmitteln und dem bereits vorhandenen Zuschuss finanziert.

Zu 3)

Im Hinblick auf die umfangreichen Leitungsaufgaben ist die bisherige Stellenkapazität mit einem Anteil von 0,3 Stellen (+ 0,2 Stellen Stellvertretung)unter Berücksichtigung der sehr hohen **Leitungsspanne von 1:37völlig unzureichend**. Um sicherzustellen, dass die ZSB auch in Zukunft die Qualität des Beratungsstandards gewährleisten kann, ist die Förderung von mehr Leitungskapazität dringend erforderlich.

Zu 4)

Mit Beschluss der GRDrs 515/2010 „Förderung der sozialen Schuldner-/Insolvenzberatung der Zentralen Schuldnerberatungsstelle Stuttgart (ZSB)“ wurde der von den Trägern zu tragende Eigenanteil auf mindestens 10% festgelegt. Wegen steigender Aufwendungen bei gleichzeitiger Begrenzung der städtischen Zuwendung auf eine Zuwendungspauschale haben die Träger der ZSB in den vergangenen Jahren zunehmend höhere Eigenmittelanteile zur Gesamtfinanzierung eingebracht.

Für das Jahr 2019 kalkuliert die ZSB mit Eigenmitteln in Höhe von 261.183EUR, was einen Anteil am Gesamtaufwand von 15,36% bedeutet. Um den Eigenanteil der ZSB auf 10 % begrenzen zu können, benötigt die Sozialverwaltung zusätzliche Fördermittel in Höhe von jährlich 91.000 EUR. Aus sozialplanerischer Sicht sind die von der ZSB beantragten Personal-und Sachkostenausweitungen nachvollziehbar und geeignet, Personen vor Ver- und Überschuldung nachhaltig zu schützen. Für die ZSB gibt es keine Refinanzierungsmöglichkeit des für die Schuldner kostenlosen Beratungsangebots. Daher sollte der Anteil der Eigenmittel der ZSB auf 10% des Gesamtaufwands begrenzt wird

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Maßnahmen zur Barrierefreiheit städtischer Einrichtungen und des ÖPNV

Wir beantragen:

1. Für die Nachrüstung von Hörschleifen in 8 Bürgerhäusern werden einmalig 120.000 Euro in den Haushalt eingestellt. (siehe GRDrs 469/2018)

2. Im Kursaal Bad Cannstatt werden die notwendigen Maßnahmen zur Anpassung auf Barrierefreiheit durchgeführt. Hierfür sind einmalig 39.000 Euro im Haushalt einzustellen.

3. Im Stadtmessungsamt wird der Haupteingang mit einer automatischen Türsteuerung nachgerüstet. Hierfür sind einmalig 10.000 Euro im Haushalt einzustellen.

4. Für die barrierefreie Anpassung der öffentlich zugänglichen Toiletten, der Sitzungssäle, und der Brandschutztüren im Rathaus werden einmalig 30.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

5. Für die barrierefreie Nachrüstung von weiteren zwei Haltestellen der Stadtbahn werden zusätzlich und einmalig 270.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Siehe GRDrs 469/2018.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Förderung von Release e.V. – Psychosoziale Betreuung von Substituierten und 25-Prozent-Stelle für die Verwaltung für „Release Direkt“ in der Kriegsbergstraße

Wir beantragen:

1. eine **Vollzeit-Fachkraftstelle** für den Verein Release e.V. für die psychosoziale Betreuung von Substituierten Heroinabhängigen,
2. **0,25 Verwaltungs-/Sekretariatsstelle** für „Release Direkt“ in der Kriegsbergstraße für Telefondienst, Pflege von Datenbanken und des Dokumentationssystems, Organisation des Einkaufs, Postdienst, Prüfung von Arbeitszeitnachweisen und Protokollführung bei Sitzungen. (Die bestehende 50%-Stelle reicht für den gestiegenen Verwaltungsaufwand nicht mehr aus.)

Begründung:

Die institutionell geförderten Angebote der Beratungsstelle Release Direkt an den zwei Standorten in der Senefelderstraße 51 und der Kriegsbergstraße 40 umfassen

- Beratung, Betreuung und Behandlung von Substituierten, inklusive Diamorphin-substituierte der Schwerpunktpraxis für Suchtmedizin, Dr. Zsolnai,
- die psychosoziale Beratung, Betreuung und Behandlung Substituierter in externen Stuttgarter Substitutionspraxen
- Gruppenangebote,
- Streetwork und
- tagesstrukturierende Angebote am Standort Kriegsbergstraße 40, Café SUB und STAR.

Die Beratungsstelle Release Direkt verfügt an beiden Standorten über 7,75 Fachkraftstellen und eine 0,5-Verwaltungskraftstelle, für die eine jährliche städtische Förderung gewährt wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten jährlich rund 600 Substituierte. Darin enthalten sind rund 120 Klient*innen in Diamorphinsubstitution. Darüber hinaus werden im Rahmen der durchgeführten Streetworkeinsätze jährlich über 900 Drogenkonsument*innen erreicht. Mit dem Bezug der Kriegsbergstraße 40 und dem Beginn der diamorphingestützten Substitutionsbehandlung am 01.06.2014 konnten unter den verbesserten räumlichen Bedingungen tagesstrukturierende Angebote entwickelt und umgesetzt werden.

Zentrales Angebot dabei ist das Café SUB. Das Café-Angebot wird ausschließlich von den Patient*innen der Schwerpunktpraxis für Suchtmedizin, Dr. Zsolnai, bzw. von den Klient*innen von Release Direkt genutzt. Das Café ist an Werktagen von 7:45 bis 13:00Uhr und von Montag bis Donnerstag von 16:45 bis18:00Uhr geöffnet. Die Besucherinnen und Besucher können sich dort aufhalten, frühstücken und mehrmals in der Woche an einem günstigen Mittagstisch teilnehmen. Darüber hinaus stehen ihnen Computerarbeitsplätze, Zeitungen und ein Außenbereich zur Verfügung. Täglich stehen Sozialarbeiter*innen zur Beratung bei kurzfristigen Hilfebedarfen, zur Krisenintervention, zur Aufsicht und zur Anleitung des Thekenpersonals bereit. Das Café-Angebot täglich von 60 bis 80 Klientinnen und Klienten wahrgenommen. **Der Betrieb des Cafés wurde von Beginn an mit bestehenden Fachkraftstellen ermöglicht. Mit dem kontinuierlichen Anstieg der Besucher*innen war es notwendig, Kapazitäten aus der Streetwork-Arbeit und der Einzelfallberatung in die Betreuung des Café-Betriebs umzuschichten.** Dies erfolgte in Absprache mit der Suchthilfeplanung. Damit mussten die bisher zwei Mal in der Woche stattfindenden Streetworkeinsätze und ein monatlicher Abendeinsatz auf durchschnittlich einen Einsatz in der Woche reduziert werden. **Mit der zusätzlich beantragten Fachkraftstelle soll die bestehende Unterbesetzung behoben, die reguläre Anzahl von wöchentlichen Streetwork-Einsätzen wieder ermöglicht sowie die Einzelfallberatung entlastet werden**. Darüber hinaus ist geplant, das Café SUB auch an den Wochenenden, während der Substitutionsvergabezeiten zu öffnen. Für die Abdeckung der Wochenenddienste sollen Ehrenamtliche bzw. Peers (Betroffene) gewonnen werden. Diese müssen geschult und eingearbeitet sowie laufend begleitet werden. Ziel ist es, den Substituierten auch an den Wochenenden während der eingeschränkten Öffnungszeiten einen Aufenthaltsort anbieten zu können.

Im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 wurde die kommunale Förderung einer 50 %-Stelle zur Einrichtung eines Sekretariats für die Beratungsstelle Release Direkt beschlossen. Die Verwaltungskraft übernimmt u. a. den Telefondienst, pflegt Datenbanken und das Dokumentationssystem, organisiert und wickelt den Einkauf ab, übernimmt den Postdienst, die Prüfung von Arbeitszeitnachweisen und hat die Protokollführung bei Sitzungen inne. Laut Release Stuttgart e. V. ist der **Verwaltungsaufwand weiter angestiegen**, **weshalb eine Erhöhung der Verwaltungskraftstelle um eine 0,25-Stelle notwendig ist**. Aus sozialplanerischer Sicht ist die kommunale Förderung einer zusätzlichen Fach-und Verwaltungskraft zur Verbesserung des tagesstrukturierenden Angebots Café SUB erforderlich. Für die beantragte 1,0 zusätzliche Fachkraftstelle (Café SUB) und eine 0,25-Stelle einer Verwaltungskraft errechnet sich, ausgehend von 2% TVöD-Erhöhung, für die künftige städtische Förderung ein Bedarf von 76.000 EUR im Jahr 2020 und 78.000 EUR für das Jahr 2021.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Vier Vollzeit-Stellen für den Ausbau der Gerontopsychiatrischen Dienste

Wir beantragen:

1. Vier Fachkraft-Vollzeitstellen für den weiteren Ausbau der Gerontopsychiatrischen Dienste, d.h. für 2020 eine Summe in Höhe von 270.000 Euro und für 2021 in Höhe von 275.000 Euro.

Begründung:

Die Herausforderungen der soziodemographischen Alterung nehmen beständig zu. Die Landeshauptstadt Stuttgart wird bis Ende des nächsten Jahrzehnts so viele Einwohner*innen haben wie noch nie. 2025 werden es voraussichtlich 650.000 Einwohner*innen sein. Ein besonders hoher Anstieg in der Bevölkerungsgruppe der 65-bis 79-jährigen (+ 13%) sowie bei den Hochaltrigen (80 Jahre und älter, + 37%) zeichnet sich ab. Im Zuge dieser Entwicklung wird nicht nur die Zahl älterer Patienten in den Krankenhäusern ansteigen, sondern parallel dazu auch die Prävalenz altersassoziierter Erkrankungen. Außerdem rücken die Belange älterer Menschen mit Migrationshintergrund stetig in den Fokus. (ausführlich in GRDrs 257/19)

Vor diesem Hintergrund beantragen die Träger der Gemeindepsychiatrischen Zentren der Landeshauptstadt Stuttgart(GPZ)den Ausbau der Gerontopsychiatrischen Dienste um insgesamt 4 Fachkraftstellen (pro GPZ 0,5 Fachkraftstellen). Sozialplanerisch wird die Bedarfseinschätzung der Aufstockung unterstützt und empfohlen. Die Ausweitung der Fachkraftstellen zielt darauf ab, gerontopsychiatrisch erkrankten Menschen und ihren Angehörigen in Stuttgart weiterhin das Angebot der GerBera in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen.

Die überwiegende Mehrzahl der Älteren wünscht, möglichst lange selbständig oder mit externer Unterstützung in der eigenen Wohnung zu leben. Angesichts des Mangels an Pflegeplätzen in der Stadt Stuttgart, wird die Unterstützung durch die gerontopsychiatrischen Dienste somit immer bedeutsamer. Gerontopsychiatrisch erkrankte Klientinnen und Klienten können dann **länger in der eigenen Häuslichkeit verbleiben** und somit wird ihre Lebenslage insgesamt verbessert.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Prävention im Bereich Essstörungen für ABAS e.V. (Anlauf- und Fachstelle bei Essstörungen, GesundheitsLaden e.V.) und 60%-Verwaltungskraft für GesundheitsLaden

Wir beantragen:

1. Eine zusätzliche 0,5-Fachkraftstelle für den Ausbau des Beratungsangebots im Rahmen der Stärkung des Präventionsangebots der Anlaufstelle bei Essstörungen (ABAS) des GesundheitsLadens e.V.. Das entspricht einem finanziellen Mittelbedarf für die beiden Haushaltsjahre 2020/21 in Höhe von 64.000 Euro (inkl. Sachkosten)
2. Förderung einer Verwaltungskraft (60%) für den GesundheitsLaden e.V. (TVöD EG 8).

Begründung:

Essstörungen gehören zu den häufigsten psychosomatischen Erkrankungen. Über alle Essstörungen hinweg sind Mädchen bzw. Frauen deutlich häufiger betroffen als Jungen bzw. Männer. Experten schätzen, dass – über die gesamte Lebensspanne betrachtet -10 bis 20 von 1.000 Frauen von Essstörungen betroffen sind (Lebenszeitprävalenz). Die Zahl der Betroffenen stieg bundesweit zwischen 2014 und 2018 um etwa 13 Prozent. Die Dunkelziffer dürfte aber noch um ein Vielfaches höher liegen. Prävention im Sinne einer frühzeitigen Beratung und Betreuung ist wesentlich für eine erfolgreiche Therapie und sollte deshalb zeitnah erfolgen. Die Anlaufstelle bei Essstörungen in Stuttgart ABAS, unter der Trägerschaft des GesundheitsLadens e.V. hat einen wichtigen Platz in der Stuttgarter Versorgungsstruktur eingenommen. ABAS bietet Menschen mit Essstörungen durch kompetente Beratung und multidisziplinäre Therapie Hilfe an. Durch großes Engagement ist es ABAS gelungen, das Thema Essstörungen in Stuttgart mehr in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken. (s. GRDrs 414/19)

Der Antrag auf städtische Förderung wird vom Sozialamt aus sozialplanerischer Sicht in der beantragten Höhe befürwortet. Der GesundheitsLaden e.V. ist für diese Aufgabe als Träger sehr gut geeignet:

- ABAS trägt dazu bei, einer weiteren Ausweitung essgestörten Verhaltens frühzeitig entgegen zu wirken.
- Eine notwendige Implementierung der Prävention von Essstörungen als Querschnittsthema in der LHS wird vorangetrieben.

- Strukturen und Zugangswege für Endadressatinnen und Endadressaten aller Altersstufen werden ausgebaut, die einen Zugang zum Thema und geeigneten Hilfen erleichtern.
- Das Thema Essstörungen wird nachhaltig in bestehende Strukturen und Netzwerke verankert.
- Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden nachhaltig für die komplexen Hintergründe und Erscheinungsformen von Essstörungen in allen Altersstufen sensibilisiert.

Die Ausweitung der Personalausstattung im Bereich Prävention wird aus sozialplanerischer Perspektive als bedarfsgerechtes und erforderliches Angebot im Rahmen der Arbeit von ABAS empfohlen.

Begründung zu 60%-Stelle für Verwaltungskraft des GesundheitsLadens

Der Gesundheitsladen e.V. ist ein Verein zur Gesundheitsförderung und seit 1990 in Stuttgart tätig. Die Aufgabe des GesundheitsLadens e.V. ist die Entwicklung, Planung und Durchführung jugendspezifischer sowie geschlechtsbezogener Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und sexuellen Bildung sowie die Information und Beratung zu Gesundheitsstörungen. Der Verein unterhält die Einrichtungen Mädchengesundheitsladen, Jungen im Blick (Förderung über das Jugendamt) und ABAS – Anlauf- und Fachstelle zum Thema Essstörungen (Förderung über das Sozialamt). Der GesundheitsLaden e.V. führt eine eigenständige Kinder- und Jugendarbeit gemäß des 8. Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) durch, erfüllt Aufgaben der außerschulischen Jugendbildung und erbringt Leistungen im Rahmen der Suchthilfe. Die drei Einrichtungen werden insgesamt mit 6,55 Fachkraftstellen durch die Stadt Stuttgart gefördert, (Mädchengesundheitsladen 3,15 Personalstellen, Jungen im Blick 2,15 Personalstellen, ABAS 1,25 Personalstellen). Mit den vielfältigen Angeboten hatte der Verein im vergangen Jahr 2018 insgesamt 8.562 Kontakte zu Mädchen* und Jungen* sowie Frauen* und Männern* und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung in Stuttgart.

Ein Verein dieser Größe hat eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben zu bewerkstelligen, wie z.B. Finanzverwaltung, Buchhaltung, Rechnungswesen und Kostenmanagement, Zahlungsverkehr, Bürotätigkeiten, Telefondienste, Öffentlichkeitsarbeit und IT–Verantwortung etc..

Für diese Aufgaben ist eine Verwaltungskraft (Master der Sozialwirtschaft) im Gesundheitsladen e.V. beschäftigt, die der Gesundheitsladen e.V. bislang komplett aus Eigenmitteln finanziert. Dies stellt für den Verein eine große finanzielle Belastung dar, da diese Mittel jedes Jahr neu erwirtschaftet werden müssen. Dies ist in vielerlei Hinsicht keine tragfähige und stabile Situation.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Ausbau der Versorgungsstruktur chronisch mehrfach beeinträchtigter Abhängigkeitskranker (CMBA) über das gesamte Stadtgebiet

Wir beantragen:

Die Stadt Stuttgart schließt räumliche Angebotslücken bei der Versorgung chronisch mehrfach beeinträchtigter Abhängigkeitskranker (CMBA) durch die Finanzierung von 233.000 Euro im Haushaltsjahr 2020 und 238.000 Euro im Jahr 2021 für

1. 3,5 zusätzliche Fachkraftstellen (1,0 Fachkraftstelle für die Suchtberatungsstelle des Caritasverbands für Stuttgart e.V., 2,5 Fachkraftstellen für die Suchtberatungsstelle Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.) sowie
2. Mietkosten für 52,5 m^2 zusätzlichen Raum für diese Arbeitsplätze.

Begründung:

Die Sozialverwaltung unterstützt die vorgeschlagene Weiterentwicklung der CMBA-Versorgungsstruktur. Träger der Suchthilfe, Wohnungsnotfallhilfe und Sozialpsychiatrie haben ein Konzept zur ambulanten Versorgung von chronisch mehrfach beeinträchtigten Abhängigkeitskranken (CMBA) in Stuttgart erarbeitet und setzen dies erfolgreich um.

Im Rahmen der Betreuung gelingt es, den Betroffenen nachhaltige und stabilisierende Hilfen zukommen zu lassen. Diese sind u. a. Beratung und Unterstützung in Bezug auf die Suchtproblematik selbst, die somatischen Folgeerkrankungen, Hilfen in der Bewältigung von finanziellen Problemen und in der Wiedererlangung einer stabilisierenden Tagesstruktur.

Die beteiligten Träger sind:

- Caritasverband für Stuttgart e. V.
- Klinikum Stuttgart
- Lagaya e. V.
- Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.

Gemäß dem besonderen Hilfebedarf der Zielgruppe wurden im ersten Schritt spezifische Versorgungsstrukturen aufgebaut, so dass es eine suchtspezifische und sozialpsychiatrische Versorgung für die von den Fachberatungsstellen der Wohnungsnotfallhilfe erreichten chronisch mehrfach beeinträchtigten Abhängigkeitskranken gibt.

Die ambulanten Versorgungsangebote für chronisch mehrfach beeinträchtigte Abhängigkeitskranke wurden stetig weiterentwickelt werden, nachdem die fortlaufend durchgeführte Dokumentation bzw. Evaluation gezeigt haben, dass die sehr schwer erreichbare Zielgruppe mit dem Angebot erreicht wird.

Es folgte durch Einbeziehung der beiden Fachberatungsstellen Zentrale Frauenberatung und Fachberatungsstelle für Straffällige mit den beiden Trägern Lagaya e. V. und Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V. die Ausweitung der Versorgung auf wohnungslose, mehrfach beeinträchtige und suchtabhängige Frauen und Straffällige.

Seit Mai 2018 werden **in zwei Regionen** durch den **Caritasverband** für Stuttgart e. V. (Stadtbezirke Mitte, Süd und Nord) und durch das **Klinikum** (Stadtbezirke Ost, Wangen, Hedelfingen, Unter-und Obertürkheim) mit sozialräumlichen und aufsuchenden Ansätzen für die oftmals schwer zugängliche Zielgruppe der chronisch mehrfach beeinträchtigen Abhängigkeitskranken notwendige Hilfen und Unterstützung angeboten.

Als dritter Schritt soll nun das Angebot in drei weiteren Regionen angeboten werden, um damit das gesamte Stadtgebiet zu erreichen. Daher werden für drei Regionen zusätzliche Fachkraftstellen für die aufsuchenden, sozialräumlichen Hilfen für CMBA wie auch die Beratung und Fallarbeit von CMBA in den regionalen Fachberatungsstellen der Wohnungsnotfallhilfen **benötigt:**

- **Für die Region II** mit den Stadtbezirken Nord, Bad Cannstatt, Münster und Mühlhausen wird ab dem Jahr 2020 zusätzlich **1,0 Fachkraftstelle für die Suchtberatungsstelle des Caritasverbands für Stuttgart e.V.** benötigt.
- **Für die Region III** mit den Stadtbezirken Weilimdorf, Feuerbach, Zuffenhausen und Stammheim benötigt die **Suchtberatungsstelle der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e. V. ab dem Jahr 2020 zusätzlich 1,5 Fachkraftstellen**.
- **Für die Region V** mit den Stadtbezirken Vaihingen, Degerloch, Möhringen, Birkach und Plieningen benötigt die **Suchtberatungsstelle der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. zusätzlich 1,0 Fachkraftstelle**.

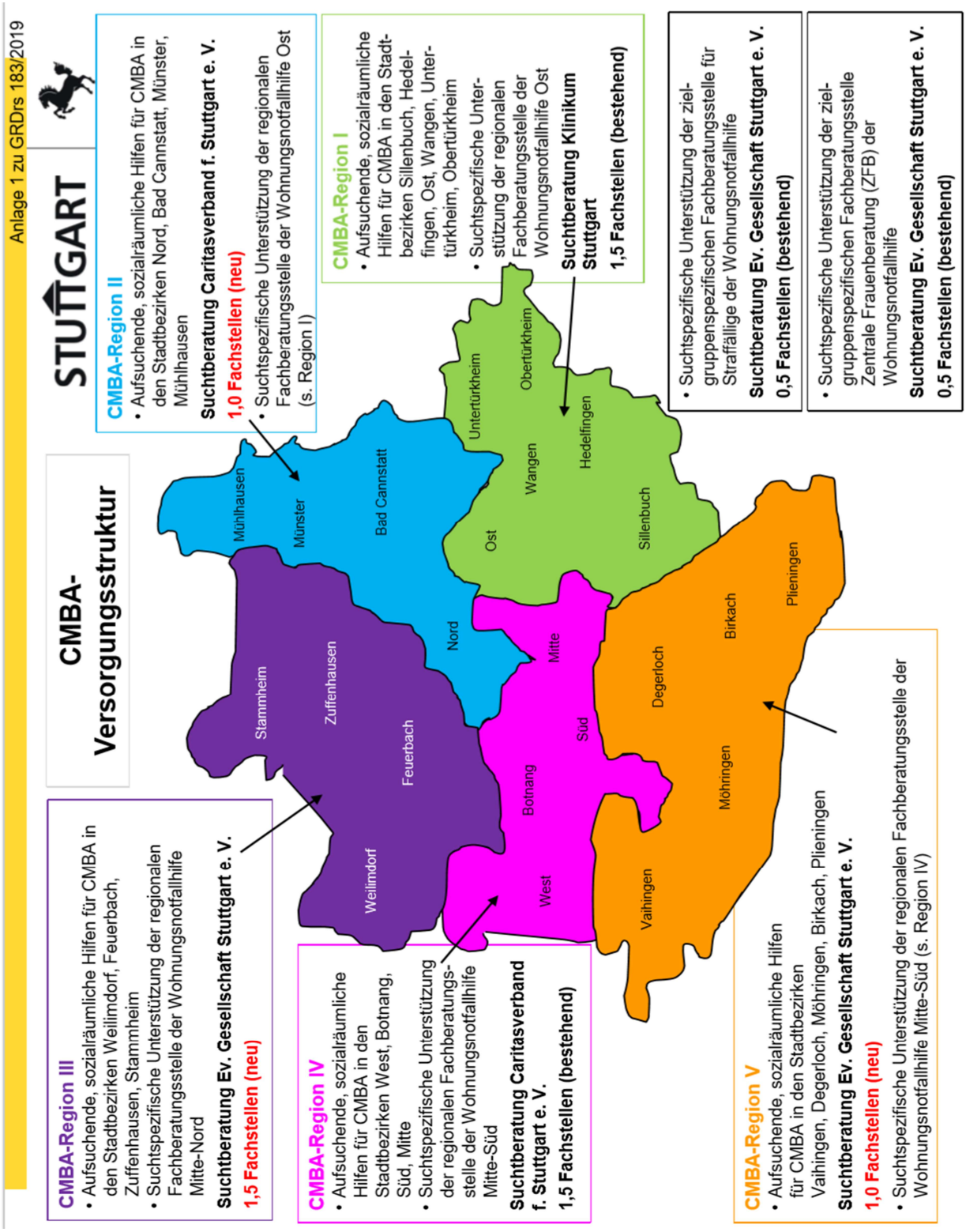
Für die **Region I** mit den Stadtbezirken Sillenbuch, Ober- und Untertürkheim, Hedelfingen und Wangen sowie Ost erfolgt die Versorgung mit den bestehenden 1,5 Fachkraftstellen der Suchtberatungsstelle des Klinikums Stuttgart.

Ebenso kann die **Region IV** mit den Stadtbezirken West, Botnang, Süd und Mitte, mit den bestehenden 1,5 Fachkraftstellen bei der Suchtberatungsstelle des Caritasverbands für Stuttgart e. V. versorgt werden.

Zur besseren Übersicht über die regionale Struktur des Vorhabens und zur Verortung des Stellenbedarfs ist diesem Antrag auf Seite 3 die Anlage 1 zur GRDrs 183/2019 beigefügt.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender


Anlage 1 zu GRDrs 183/2019
STUTTGART
CMBA-Versorgungsstruktur
CMBA-Region III
• Aufsuchende, sozialräumliche Hilfen für CMBA in den Stadtbezirken Weilimdorf, Feuerbach, Zuffenhausen, Stammheim
• Suchtspezifische Unterstützung der regionalen Fachberatungsstelle der Wohnungsnotfallhilfe Mitte-Nord
Suchtberatung Ev. Gesellschaft Stuttgart e. V.
1,5 Fachstellen (neu)
CMBA-Region II
• Aufsuchende, sozialräumliche Hilfen für CMBA in den Stadtbezirken Nord, Bad Cannstatt, Münster, Mühlhausen
Suchtberatung Caritasverband f. Stuttgart e. V.
1,0 Fachstellen (neu)
• Suchtspezifische Unterstützung der regionalen Fachberatungsstelle der Wohnungsnotfallhilfe Ost (s. Region I)
CMBA-Region I
• Aufsuchende, sozialräumliche Hilfen für CMBA in den Stadtbezirken Sillenbuch, Hedelfingen, Ost, Wangen, Untertürkheim, Obertürkheim
• Suchtspezifische Unterstützung der regionalen Fachberatungsstelle der Wohnungsnotfallhilfe Ost
Suchtberatung Klinikum Stuttgart
1,5 Fachstellen (bestehend)
• Suchtspezifische Unterstützung der zielgruppenspezifischen Fachberatungsstelle für Straffällige der Wohnungsnotfallhilfe
Suchtberatung Ev. Gesellschaft Stuttgart e. V.
0,5 Fachstellen (bestehend)
• Suchtspezifische Unterstützung der zielgruppenspezifischen Fachberatungsstelle Zentrale Frauenberatung (ZFB) der Wohnungsnotfallhilfe
Suchtberatung Ev. Gesellschaft Stuttgart e. V.
0,5 Fachstellen (bestehend)
CMBA-Region IV
• Aufsuchende, sozialräumliche Hilfen für CMBA in den Stadtbezirken West, Botnang, Süd, Mitte
• Suchtspezifische Unterstützung der regionalen Fachberatungsstelle der Wohnungsnotfallhilfe Mitte-Süd
Suchtberatung Caritasverband f. Stuttgart e. V.
1,5 Fachstellen (bestehend)
CMBA-Region V
• Aufsuchende, sozialräumliche Hilfen für CMBA in den Stadtbezirken Vaihingen, Degerloch, Möhringen, Birkach, Plieningen
Suchtberatung Ev. Gesellschaft Stuttgart e. V.
1,0 Fachstellen (neu)
• Suchtspezifische Unterstützung der regionalen Fachberatungsstelle der Wohnungsnotfallhilfe Mitte-Süd (s. Region IV)
Mühlhausen
Münster
Bad Cannstatt
Untertürkheim
Obertürkheim
Ost
Wangen
Hedelfingen
Sillenbuch
Nord
Stammheim
Zuffenhausen
Feuerbach
Weilimdorf
Mitte
Botnang
West
Süd
Degerloch
Birkach
Plieningen
Möhringen
Vaihingen

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Genesungsbegleiter*innen in Gemeindepsychiatrischen Zentren auf Minijob-Basis einstellen

Wir beantragen:

- Ein Budget für die Gemeindepsychiatrischen Zentren des Gemeindepsychiatrischen Verbunds (GPV) in Höhe von **43.000 EUR jährlich** für die Einstellung von Genesungsbegleiter*innen/-innen (z.B. Ex-In Absolventen)

Begründung:

Die Beteiligung von Psychiatrie-Erfahrenen an der Ausgestaltung der sozialpsychiatrischen Hilfen wird zunehmend ein wichtiger Bestandteil der Angebote der Gemeindepsychiatrischen Hilfen und auch der Gemeindepsychiatrischen Zentren(GPZ).
Partizipation von Betroffenen ist ein zunehmend wichtiges Thema. Genesungsbegleiter*innen können in klinischen und außerklinischen Bereichen der Psychiatrie die Qualität verbessern. Ihre Erfahrungen schaffen einen Zugang zu Menschen in ähnlichen Situationen, der von Fachkräften nicht immer hergestellt werden kann. Schon allein dadurch, dass die Genesungsbegleiter*innen in der Lage sind, als Berater*in, Begleiter*in oder Fürsprecher*in zu arbeiten, vermitteln sie Menschen in psychischen Krisen das Gefühl, dass „man es schaffen kann“.

Die Träger der 8 Gemeindepsychiatrischen Zentren Stuttgart (GPZ) beantragen vor diesem Hintergrund die Förderung von acht Stellen als Genesungsbegleiter*innen*innen auf Basis eines Minijobs (mtl. 450 EUR).

Sozialplanerisch wird der Einsatz von Genesungsbegleiter*innen in Sozialpsychiatrischen Diensten(SpDi), Tagesstätten und bei Beschäftigungsangeboten befürwortet. Als Wirkung dieser Maßnahme wird erwartet, dass ein besserer Zugang zu Klient*innen erfolgt, Klient*innen Mut schöpfen, sich zu engagieren und eine Kultur des Miteinanders in den Teams gestärkt wird. Dadurch ändert sich sowohl die Lebenslage der Genesungsbegleiter*innen wie auch der GPZ-Besucher*innen. Die Förderung dieses Angebots soll zunächst begrenzt auf 4 Jahre erfolgen. Über einen Zeitraum von 3 Jahren soll evaluiert werden, welche Auswirkungen die Beschäftigung von Genesungsbegleiter*innen auf die Klient*innen, das Team und die Genesungsbegleiter*innen selbst haben und welche Perspektiven sich daraus ergeben. Im 4. Jahr kann im Gemeinderat über die Ergebnisse der Evaluation beraten werden.

Das Jobcenter kann in Einzelfällen für die Beschäftigung von SGBII-Leistungsbezieher*innen Lohnkostenzuschüsse gewähren. Bei dem in Frage kommenden Personenkreis wird das nur in wenigen Ausnahmefällen möglich sein. Daher ist die städtische Mitfinanzierung i. H. von 450EUR/Monat pro Genesungsbegleiter*innen erforderlich. Sofern in Einzelfällen ein entsprechender Lohnkostenzuschuss erzielbar ist, entfällt gemäß dem Subsidiaritätsprinzip die o.g. städtische Förderung. Sollte das Jobcenter die Lohnkosten für diese Stellen nicht bezuschussen können, errechnet sich insgesamt ein jährlicher Mittelbedarf von 43.200EUR für 8 Minijob-Stellen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Förderung einer Kontaktstelle zur beruflichen Beratung und Erprobung für psychisch erkrankte Menschen im Rehabilitationszentrum Rudolf-Sophien-Stift (RRSS)

Wir beantragen:

1. Die Förderung einer **100 %-Fachkraftstelle (Eingruppierung S 8b)** und **Stellenanteile im Umfang von jeweils 10 % für Leitungs- sowie für Verwaltungsaufgaben beim Rehabilitationszentrum Rudolf-Sophien-Stift (RRSS)**, um eine Kontaktstelle zur beruflichen Beratung und Erprobung für psychisch erkrankte Menschen zu schaffen (Finanzbedarf im Haushaltsjahr 2020: 65.000 EUR und für 2021: 66.000 EUR; s.a. GRDrs 273/2019)

Begründung:

Die Kontaktstelle soll psychisch Kranken Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung gewähren, um die unfreiwillige berufliche Exklusion durch Beratung und Unterstützung – ohne Druck oder gar Sanktionierungsmaßnahmen – mittel- und langfristig zu beenden.

Das bereits hoch differenzierte System von Arbeitsangeboten für psychisch erkrankte Menschen in der Landeshauptstadt Stuttgart hat zum Ziel, den völligen Verlust der Arbeitsfähigkeiten zu verhindern, vorhandene Ressourcen zu stützen und nach Möglichkeit auszubauen. Es ist allerdings häufig sehr schwierig für Betroffene die für sie passende Institution und Maßnahme zu finden.

Die Abklärung der Leistungsfähigkeit mit Blick auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ist bei psychisch kranken Menschen oftmals langwierig und schwierig, zumal krankheitsbedingt große Schwankungen auftreten können. Gesplittete Zuständigkeiten, unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen zu Maßnahmen der Rehabilitation, Qualifizierung und Beschäftigung im Zweiten und Dritten Sozialgesetzbuch (SGB II und III) sowie Anforderungen unterschiedlicher Kostenträger machen die Lage oftmals unübersichtlich.

Es soll daher mit der Kontaktstelle eine niederschwellige Clearing- und Beratungsstelle geschaffen werden, die offen für alle Stuttgarter Einwohnerinnen und Einwohner mit psychischer Erkrankung ist.

Die Klientinnen und Klienten werden zunächst neutral bezüglich ihrer beruflichen Wünsche und Ziele beraten. Anschließend erfolgt – in Abhängigkeit von den individuellen psychischen und

physischen Voraussetzungen - eine Erprobung ihrer Fähigkeiten in Betrieben auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder in geschützten Arbeitsmöglichkeiten. Die Dauer kann zwischen 3 und 6 Monaten betragen. Die Beratung, die Phase der Erprobung und die anschließende Weitervermittlung in weitere Angebote wird von einer Fachkraft übernommen.

Die Betroffenen entwickeln durch das berufliche Weiterkommen Stabilität und werden in ihrer Eigenständigkeit gestärkt. Hierdurch verbessert sich die Lebenssituation der Betroffenen nachhaltig.

Die **Förderung der Kontaktstelle**, die weiterführende berufliche Trainings- und Arbeitsangebote vermittelt, wird in Hinblick auf soziale und berufliche Teilhabe **sozialplanerisch befürwortet**.

Das **Jobcenter bestätigt den Bedarf** für ein niedrigschwelliges Angebot für Leistungsberechtigte mit psychischen Belastungen und **befürwortet die Einrichtung der angestrebten Kontaktstelle**. Der Beratungsauftrag des Jobcenters schließt auch die psychisch kranken Arbeitsuchenden mit ein. Allerdings ist der Zugang zum Jobcenter durch Vorgaben des Bundes stark formalisiert und stellt regelmäßig eine Überforderung für den beschriebenen Personenkreis dar. Das Jobcenter geht davon aus, dass die Kontaktstelle einen Beitrag zur Vermittlung in weitergehende Angebote leisten wird.

Eine institutionelle Förderung der Kontaktstelle durch das Jobcenter ist gesetzlich ausgeschlossen. Eine Einzelförderung oder eine Zuweisung von psychisch kranken Leistungsberechtigten in eine Vergabe-Maßnahme ist theoretisch möglich, doch durch die aus hoher Formalisierung bedingte Überforderung wird der entsprechende Zugang für sie nicht zu organisieren sein.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Zuschusserhöhung für StadtSeniorenRat Stuttgart e. V.

Wir beantragen:

1. 0,5 Stelle für eine Verwaltungsfachkraftstelle zum weiteren Ausbau der Interessensvertretung im gesamtem Stadtgebiet (GRDrs 368/2019)
   Für die städtische Förderung der beantragten Stelle wären Mittel in Höhe von 33.000 EUR im Jahr 2020 und 34.000 EUR ab 2021 (inkl. 2 % TVöD-Erhöhung) erforderlich.

Begründung:

Die Landeshauptstadt Stuttgart fördert den StadtSeniorenRat Stuttgart e. V. seit dessen Gründung im Jahr 1992. Dem „Seniorenrat der Landeshauptstadt Stuttgart“ wurde mit der städtischen Förderung auch die Anerkennung des Vereins als Interessenvertretung der älteren Generation zuerkannt. Zuletzt wurde über die Arbeit des StadtSeniorenRats Stuttgart e. V. mit GRDrs 1089/2019 „StadtSeniorenRat Stuttgart e. V. und Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege, Bericht 2018“ informiert. Aufgrund der zusätzlich bereitgestellten Mittel in den Doppelhaushalten 2016/2017 (+ 22.000 EUR für die Arbeit in den Stadtbezirken) und 2018/2019 (+ 28.000 EUR für 0,5 Stellen Verwaltungskraft) konnte der StadtSeniorenRat Stuttgart e. V. seine Aktivitäten ausweiten. Er hat seit dem 01.04.2018 eine Verwaltungskraft für die Geschäftsstelle im Umfang von 0,5 Stellen beschäftigt.

Es hat sich gezeigt, dass für die Verwaltung der Geschäftsstelle des StadtSeniorenRats Stuttgart e. V. und die Steuerung der Arbeit der Delegierten in den Stadtbezirken die 0,5 Stelle in der Verwaltung nicht ausreicht.

Die Sozialverwaltung kann den Bedarf für eine 100 %-Verwaltungsfachkraft für die Geschäftsstelle des StadtSeniorenRats Stuttgart e. V. nachvollziehen. Die Stellenerhöhung erscheint erforderlich und geeignet, um die Aktivitäten der Delegierten in den einzelnen Stadtbezirken auskömmlich und stringent zu steuern und damit dazu beizutragen, dass die Anliegen älterer Menschen in allen Stadtbezirken möglichst weiterverfolgt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Vollzeitstelle zur Prüfung und Gestaltung von Software auf Barrierearmut

Wir beantragen:

1. Eine Vollzeit-Stelle in EG 8 bei Amt 10 (10-4), Stellenplannr. 940

Begründung:

Neue Herausforderungen in der Personalgewinnung und -erhaltung (s.a. GRDrs 187/2019) benötigen eine Vielzahl an Aktivitäten. Sowohl das Behindertengleichstellungsgesetz wie auch die Personalnot der Stadt Stuttgart erfordern, dass Barrieren zur Einstellung von Menschen mit Handicap reduziert werden. Das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz stellt zudem fest: „Eine Vielzahl der Programme und viele öffentliche Angebote können von Menschen mit Einschränkungen nur unzureichend genutzt werden.“ Auch die Landeshauptstadt Stuttgart ist als Herausgeberin von medialen Angeboten und als Arbeitgeberin gefordert, barrierearme bzw. barrierefreie Online-Zugänge anzubieten. Es muss sowohl barrierefreie Software für Behinderte am Arbeitsplatz entwickelt und eingesetzt werden, wie auch Webangebote und Apps für externe Nutzer*innen angeboten werden.

Die Stadt hat einen sehr qualifizierten Mitarbeiter, der als erster blinder Auszubildender seine Ausbildung bei der Stadt absolviert und abgeschlossen hat. Er hat bereits hervorragende Arbeit bei der Prüfung von Software auf Barrierearmut geleistet und formulierte konkrete Anforderungen für die Gestaltung von barrierefreier Software. Es gibt bisher keine explizite Funktion bzw. kein standardisiertes Testverfahren, die die Prüfung von Software auf Barrierearmut vornimmt bzw. entsprechende Anforderungen für die Gestaltung einer barrierefreien Software formuliert. Dies sollte, auch im Hinblick auf die zunehmende Digitalisierung, bei der zentralen IT im Haupt- und Personalamt schnellstmöglich eingerichtet werden. Von dort würde dann auch eine Beratung der anderen IT-beschaffenden Stellen bei der Landeshauptstadt erfolgen.

Die Bedarfe werden auch in der derzeit von SI-BB vorbereiteten Vorlage „Inklusionspaket 2.0“ aufgegriffen. Leider wurde aus beiden Vorlagen eine Stelle dafür im Entwurfsstadium gestrichen.

Diese Stelle soll dem ersten blinden Auszubildender der Stadt übertragen werden. Er ist sowohl auf Grund seines Wissens und seiner Erfahrung wie auch seiner Behinderung dafür prädestiniert.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Mietkosten für die Beratungsstelle Stuttgart der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V. übernehmen

Wir beantragen:

1. Die Wiederaufnahme der Förderung der Beratungsstelle Stuttgart der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg durch die Stadt Stuttgart in jährlicher Höhe von 40.000 EUR für die Mietkosten.

Begründung:

Die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e.V. ist mit ihrer Beratungsstelle in der Paulinenstraße 47 ein wichtiger Anlaufpunkt für ratsuchende Verbraucher*innen in Stuttgart. Sie betreibt Verbraucheraufklärung mit einem breiten Informations-, Bildungs- und Beratungsangebot inzwischen weit über Konsumprodukte hinausgehend, da auch spezialisiertes Wissen zu Gesetzgebung und Rechtsprechung zum Verbraucherschutz abgefragt wird. So bietet die Beratungsstelle Stuttgart auch Fach- und Rechtsberatung zu den Themen Mietrechtliche Erstberatung in Kooperation mit dem Mieterverein an, ebenso zum Thema Altersvorsorge, Banken, Kredite, Bauen, Energie und Energieeinsparberatung u.v.a.m. Die Beratungsangebote ergänzen und verknüpfen viele der sozialen Beratungsangebote, z.B. der Schuldnerberatung und des Sozialamts.

Die Beratungsstelle wurde für viele Jahre bis 2012 von der Stadt Stuttgart gefördert. Kommunen sind ein wichtiger Bestandteil der Finanzierung der Verbraucherzentrale neben der Förderung durch das Land. Mit der derzeitigen finanziellen Ausstattung ist das Beratungsangebot in der Paulinenstraße nur noch bis Ende 2019 aufrechtzuerhalten. Daher drohen Personalabbau und Reduzierung der Beratungs- und Öffnungszeiten.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Sport
Wer die Bäderstadt Stuttgart will und muss den Bäderentwicklungsplan in großen Schritten schaffen!
Bäderbetriebe – Instandhaltungsbudget den Erfordernissen anpassen
Lehrschwimmbecken für Weilimdorf
Erhöhung des Zuschusses an Stuttgarter Sportvereine für Kinder und Jugendliche („Kindergeld“)
Fördermittel für die Neckarwelle
Personalkostenzuschuss für die Beratung der Sportvereine beim Sportkreis Stuttgart
Stelle für die digitale Beratung von Sportvereinen
Erweiterung um weitere Sportarten im Programm „Talentförderung“
Erhöhung des Zuschusses für Übungsleiter des Stuttgarter Sportkreis
Planungsmittel für eine dritte Eishalle auf der Waldau (Degerloch)
Vereinen Sporthallennutzung in Ferienzeiten ermöglichen
Bäderbetriebe: zeitgemäße Bäder erfordern eine zeitgemäße Personalausstattung
Wer die Bäderstadt Stuttgart will und muss den Bäderentwicklungsplan in großen Schritten schaffen!
Summe: 13 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Wer die Bäderstadt Stuttgart will und muss den Bäderentwicklungsplan in großen Schritten schaffen!

Wir beantragen:

1. Mineralbad Cannstatt:
   Für Modernisierung der technischen Anlage und attraktivere Gestaltung der Sauna-Anlage

   2,6 Mio € im DHH (Priorität 2a der Bäderbetriebe)
2. Mineralbad Cannstatt:
   Für die Sanierung des Bewegungsbeckens, der Umkleidebereiche, sanitärer Einrichtungen, erneuerte Lüftungsanlagen, modernisierte Außenanlagen

   4,9 Mio € im DHH (Priorität 2b der Bäderbetriebe)
3. Stadtbad Heslach:
   Für die Erneuerung von Elektrolyse, Sanierung Beckenumgangsflächen und Ertüchtigung des Korrosionsschutz der Bogenbinder

   3,1 Mio.€ im DHH (Priorität 3 der Bäderbetriebe)
4. Inselbad Untertürkheim:
   Erneuerung komplette Gastronomiegebäude mit Technik und Gastro-Ausstattung

   2,2Mio. € im DHH (Priorität 4a Bäderbetriebe)
5. Inselbad Untertürkheim:
   Sanierung Gebäude mit Eingangsbereich und Zutrittssystem (Drehkreuze, Online-Tickets)

   70 000€ im DHH (Priorität 4b Bäderbetriebe)
6. Inselbad Untertürkheim: Sanierung des Sprungbeckens sowie des 50-Meter-Sportbeckens (zusätzliche Nutzung durch Traglufthalle außerhalb der Freibadsaison)

   730 000 € im DHH
7. Höhenfreibad Killesberg:
   Erneuerung des Eingangsbereichs und Zutrittssystems (barrierefrei und familienfreundlich, Drehkreuze, Online-Tickets)

   380 000€ im DHH (Priorität 5a Bäderbetriebe)

8. Höhenfreibad Killesberg:
   Neuer Sanitärbereich für Eltern-Kind-Bereich beim Nichtschwimmerbecken

   380 000€ im DHH (Priorität 5b Bäderbetriebe)
9. Höhenfreibad Killesberg: Kücheneinrichtung für Gastronomie

   120 000€ im DHH (Priorität 5c Bäderbetriebe)
10. Mineralbad Leuze: Planungsmittel für die komplette Sanierung/Erneuerung aller Bereiche

    2 Mio.€ im DHH (Priorität 6 Bäderbetriebe)

Begründung:

Um Erhalt und Steigerung der Attraktivität der Bäder in Stuttgart zu verwirklichen, sind mit dem Bäderentwicklungsplan die notwendigen Maßnahmen definiert und vom Gemeinderat beschlossen worden.

Die Bedeutung der Bäder für die Stuttgarter zeigt sich immer wieder durch engagierte Intervention der Bürgerschaft, zuletzt im Frühjahr 2019 um die Frage von Schließzeiten für die Öffentlichkeit.

Die im Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters enthaltenen Maßnahmen schieben dringende Investitionen auf die lange Bank und werden der Bedeutung der Bäder für Stuttgart nicht gerecht.

Die von den Bäderbetrieben angemeldeten Bedarfe bilden die notwendigen Schritte zur Instandhaltung und Attraktivierung der Bäder ab und stellen zwingende Verbesserungen auch für die Beschäftigten sicher.

Die Maßnahmen und ihre in der roten Liste vorgenommene Priorisierung durch die Bäderbetriebe sind abgestimmt mit den Kapazitäten der beteiligten Ämter. Die o.g. Maßnahmen sind deshalb in den DHH 2020/2021 aufzunehmen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Bäderbetriebe – Instandhaltungsbudget den Erfordernissen anpassen

Wir beantragen:

1. Das Instandhaltungsbudget der Bäderbetriebe wird dauerhaft erhöht um 1 Mio.€ p.a, d.h. 2 Mio. € im DHH

Begründung:

Das Instandhaltungsbudget wurde während der letzten zehn Jahre nicht erhöht. Preissteigerungen im Baugewerbe und im Bereich technischer Wartung wurden ebenso wenig berücksichtigt wie laufend gestiegene gesetzliche Vorgaben wie z.B. durch Brandschutz.

Erforderliche Sanierungen z.B. im Leo-Vetter-Bad und im Freibad Rosental konnten deshalb nicht realisiert werden und mussten verschoben werden.

Großstädte mit Bäderangeboten wie Frankfurt/Main tragen diesen Entwicklungen mit einem Instandhaltungsbudget in Höhe von rund 4 Mio. Euro Rechnung. Das Instandhaltungsbudget der Bäder in der Bäderstadt Stuttgart muss entsprechend erhöht werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Lehrschwimmbecken für Weilimdorf

Wir beantragen:

1. Die Standortsuche, Planung und den Bau eines Lehrschwimmbeckens in Weilimdorf.
2. Die zukünftige Nutzung des Lehrschwimmbeckens soll außerhalb der Schulzeiten, also nach 18 Uhr und an Wochenenden der Öffentlichkeit und Vereinen zugänglich gemacht werden.

Begründung:

Eine Studie hat belegt, dass es an Wasserflächen für Schulen und Vereine in Weilimdorf mangelt. Ebenso wünschen sich viele Weilimdorfer schon seit Jahren ein Schwimmbad für den Stadtbezirk. Der Bezirksbeirat Weilimdorf hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, dass Weilimdorf ein Schwimmbad, zumindest ein Lehrschwimmbecken erhält.

Schwimmunterricht ist verpflichtend im Lehrplan, daher hat die Kommune die Aufgabe, Wasserflächen dafür vorzuhalten. Der Bau eines Bades in Weilimdorf hätte auch entlastende Wirkung für das Hallenbad in Feuerbach. Dort drängt sich aktuell der Schwimmunterricht von 21 Schulen, einschließlich der Weilimdorfer Grundschulen.

Laut der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) DLRG ist die Zahl der ertrunkenen Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren im Jahr 2018 in Deutschland besonders stark gestiegen, um 38 Prozent. Unter den 71 Todesopfern dieser Altersgruppe waren 26 Kinder im Vor- und Grundschulalter. Die DLRG sieht die Schließung von Schwimmbädern als großes Problem, weil Gelegenheiten zum Schwimmen lernen verloren gehen. Ferner fehlen Schwimmlehrer*innen, der Schwimmunterricht ist aufgrund langer Anfahrts- oder Fußwege zum Schwimmbad zu kurz und es gibt zu wenig Wasserflächen für Vereine und Schulen.

Angesichts der Tatsache, dass immer weniger Kinder schwimmen können und die Zahl ertrunkener Kinder in den letzten Jahren gestiegen ist, ist es an der Zeit, dass der Gemeinderat für dieses Projekt in Weilimdorf die erforderlichen Mittel im Doppelhaushalt 2020/21 einplant.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Erhöhung des Zuschusses an Stuttgarter Sportvereine für Kinder und Jugendliche („Kindergeld“)

Wir beantragen:

1. Die Erhöhung des „Kindergeldes“ von 17,67 Euro auf 22,00 Euro pro Kind. Damit entsteht ein Mehrbedarf von 250.000 Euro pro Jahr.

Begründung:

Die Stadt Stuttgart gewährt gemäß den Sportförderrichtlinien 17,67 Euro pro Mitglied bis 18 Jahre. Der Zuschuss wurde nach der Haushaltskonsolidierung um sieben Prozent gekürzt. Da dies die einzige nicht zweckgebundene Förderung ist, stellt sie für die Sportvereine eine ziemlich wichtige Finanzierungsquelle sowie die Förderung der Kinder dar.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Fördermittel für die Neckarwelle

Wir beantragen:

23. Die Voruntersuchung für ein Frühwarnsystem am Neckar durch die Universität Stuttgart für 20.000 Euro
24. Wasserrechtliches Prüfverfahren für eine temporäre Surfwelle außerhalb des Neckars Citywave

Begründung:

Beim Bürgerhaushalt 2019 der Stadt Stuttgart hat die Neckarwelle mit deutlichem Abstand den ersten Platz erreicht. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie stellte sich dann heraus, dass die Konzentration mit Fäkalbakterien im Neckar zu hoch ist, um einen Surfbetrieb genehmigen zu können – so jedenfalls die Version der Ämter. Warum Kanuten und Ruderer allerdings auf dem Neckar fahren dürfen, bleibt rätselhaft. Deren Sportler*innen kommen ebenfalls in Kontakt mit dem Neckarwasser – jedenfalls ist dieser vergleichbar wahrscheinlich wie bei Surfern. Oberstes Ziel muss es sein, die Wasserqualität des Neckars nachhaltig zu verbessern (Antrag Nr. 127/2019, auf die Antwort warten wir seit Ende März 2019).

Ein Frühwarnsystem für extreme Verschmutzungen des Neckarwassers kann helfen, auf mögliche Gesundheitsgefahren zu verweisen – damit könnten die Chancen für die Realisierung der Neckarwelle in ihrer ursprünglich geplanten Form verbessert werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Personalkostenzuschuss für die Beratung der Sportvereine beim Sportkreis Stuttgart

Wir beantragen:

1. Die Verlängerung des Personalkostenzuschusses für den Sportkreis Stuttgart um weitere drei Jahre.
2. Die Erhöhung des Personalkostenzuschusses von 25.000 Euro auf 27.000 Euro.

Begründung:

Der Beratungsaufwand von Seiten der Vereine steigt weiter, der Personalkostenzuschuss muss deshalb um weitere fünf Jahre verlängert werden, damit die Stelle (Teilzeit 50 Prozent) weiter besetzt bleiben kann. Aufgrund steigender Personalkosten (tarifliche Erhöhungen) sollte der Betrag um 2.000 Euro jährlich auf 27.000 Euro erhöht werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stelle für die digitale Beratung von Sportvereinen

Wir beantragen:

1. Für die Stuttgarter Sportvereine soll eine 50 Prozent Stelle für die Beratung im digitalen Bereich geschaffen werden. Der Finanzbedarf beträgt hierfür ca. 27.000 Euro pro Jahr.

Begründung:

Die Vertreter*innen Stuttgarter Sportvereine agieren in weiten Teilen analog. Aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und dem auch dadurch geänderten Verhalten der Bevölkerung besteht an dieser Stelle Handlungsbedarf, um nicht abgehängt zu werden. Dafür soll eine Teilzeitstelle mit 50 Prozent beim Sportkreis geschaffen werden, die die Vereine an dieser Stelle berät.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Erweiterung um weitere Sportarten im Programm „Talentförderung“**

Wir beantragen:

1. Die Talentförderung des Sportkreis Stuttgart soll um weitere Sportarten ergänzt werden. Ein Budget von 20 000 Euro für zwei weitere Sportarten soll eingestellt werden

Begründung:

Die Stadt Stuttgart stellt jährlich 80.000 Euro für das Programm zur Verfügung. Es ist zu prüfen, ob nun nach vielen Jahren weitere Sportarten in das Förderprogramm aufgenommen werden müssen. Sollte dies der Fall sein, ist das jährliche Budget zu erhöhen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Erhöhung des Zuschusses für Übungsleiter des Stuttgarter Sportkreis

Wir beantragen:

1. Die Erhöhung des Zuschusses für Übungsleiter des Stuttgarter Sportkreis von 1,80 Euro bzw. 2.25 Euro auf einheitlich 2,50 Euro pro Stunde. Damit entsteht ein jährlicher Mehrbedarf von 400.000 Euro.

Begründung:

Seit dem Jahr 2017 werden vom Württembergischen Landesportbund e. V. (WLSB) einheitlich 2,50 Euro pro Zeitstunde bezuschusst. Der Zuschuss wird bis zu 200 Stunden gewährt. Das entspricht einem Zuschuss in Höhe von bis zu 500 Euro.
Auch für die Wertschätzung der ehrenamtliche Mitarbeiter sollte die Stadt sich dem WLSB anpassen und ebenfalls einen Maximalbetrag 500,00 Euro bei einem Zuschuss von 2,50 Euro pro Stunde ermöglichen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Planungsmittel für eine dritte Eishalle auf der Waldau (Degerloch)

Wir beantragen:

1. Jährliche Planungsmittel von 396.000 Euro in den Haushaltsjahren 2020 und 2021 für eine dritte Eishalle der Eiswelt Stuttgart auf der Waldau im Sportgebiet von Degerloch, bis HOAI Leistungsphase 4

Begründung:

Das Vorhaben Eisporthalle lag im letzten Bürgerhaushalt auf Platz 3 (Vorschlag 50459). In der Tat ist, wie dort erklärt, der Bedarf für Eissport sowohl für die Öffentlichkeit als auch Vereine nicht einmal ansatzweise mehr zu decken, daher ist das Ziel einer dritten Eishalle unstrittig. Platz für eine solche ist gemäß Verwaltung neben den beiden Bestandseishallen vorhanden, jetzt muss eine konkrete Planung durchgeführt werden. Zur Erinnerung: das sind überhaupt die einzigen Eissporthallen in ganz Stuttgart. Weil die Nutzung für Eissport ohnehin nur im Winter erfolgt, sind auch die Energiekosten bzw. der Kühlungsaufwand usw. vertretbar und eine klimaneutrale Eishalle muss ein primäres Ziel der Planung sein (Konstruktion und Betrieb). Die veranschlagten Planungskosten wurden von der Roten Liste übernommen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Vereinen Sporthallennutzung in Ferienzeiten ermöglichen

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung stellt dar, welche Rahmenbedingungen zu schaffen sind, damit künftig in Schulferienzeiten den Vereinen eine Nutzung von Sporthallenflächen ermöglicht werden kann.
2. Die Verwaltung beziffert die ggf. notwendigen Sachkosten und Stellenanteile, damit ab 2020 ein Drittel der Hallenkapazität in Ferienzeiten den Sportvereinen zur Verfügung gestellt werden kann.

Begründung:

Sportvereine leisten einen wesentlichen Beitrag für das soziale Leben und die Gesunderhaltung der Menschen in Stuttgart. Jedoch stehen in Schulferienzeiten häufig keine Hallenflächen für den Vereinssport zur Verfügung. Die leerstehenden Sporthallen erfüllen in dieser Zeit keinen Zweck, was nur im Einzelfall begründbar ist, z.B. für notwendige Reparaturen. Wir wollen den Sportvereinen zumindest ein Basisprogramm an Hallenfläche in den Ferienzeiten ermöglichen. Welche Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden müssen, insb. hinsichtlich der Zahl an ggf. zusätzlichen Hausmeisterstellen und/oder Reinigungskräften soll die Sport-/Schulverwaltung darstellen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Bäderbetriebe: zeitgemäße Bäder erfordern eine zeitgemäße Personalausstattung

Wir beantragen:

1. Für die Personalausstattung im Personalservice-Bereich der Bäderbetriebe wird der für die Ämter erarbeitete Personalschlüssel angewandt
2. Unabhängig von Ziffer 1 werden für den Personalservice-Bereich der Bäderbetriebe als Sofortmaßnahme mindestens 1,5 zusätzliche Vollzeitstellen EG10 geschaffen

Begründung:

Bei den Bäderbetrieben fallen im zentralen Funktionsbereich Aufgabenumfänge in der Größenordnung der anderen Eigenbetriebe und Ämter an. Es fehlen aber dazu adäquate Organisationsstrukturen und eine angemessene personelle Ausstattung, Die bisherige Praxis, zentrale übergreifende Aufgaben mit Stellenanteilen der Abteilungsleitungen abzuarbeiten, hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Denn wegen der Fülle der Verwaltungsaufgaben mit engen Terminvorgaben können viele betriebliche Aufgaben nicht zeitnah abgearbeitet werden. Fachabteilungen und deren Leitungen müssen deshalb von nicht fachbezogenen Aufgaben zentraler Verwaltung entlastet werden, um sich ihren spezifischen Aufgaben vollumfänglich widmen zu können (z.B. Bäderentwicklungsplan, Kundenservice, Personalführung, Digitalisierung).

Besonders kontraproduktiv für eine effiziente Aufgabenerledigung stellt sich dies im Bereich Personalsachbearbeitung (Abt.3) dar. Von dessen bisher 1,5 Stellen müssen 0,5 Stellen durch die Abteilungsleitung abgedeckt werden.

Die Bäderbetriebe haben auf Grund des saisonalen Personalmehrbedarfs eine Fluktuationsquote von über 25%. Dies erfordert bei 380 Beschäftigten der BBS zwingend einen Personalschlüssel für den Personalbereich, der diesen besonderen Bedingungen Rechnung trägt, das bedeutet zusätzlich 1,5 Stellen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Wer die Bäderstadt Stuttgart will und muss den Bäderentwicklungsplan in großen Schritten schaffen!

Wir beantragen:

1. Mineralbad Cannstatt:
   Für Modernisierung der technischen Anlage und attraktivere Gestaltung der Sauna-Anlage

   2,6 Mio € im DHH (Priorität 2a der Bäderbetriebe)
2. Mineralbad Cannstatt:
   Für die Sanierung des Bewegungsbeckens, der Umkleidebereiche, sanitärer Einrichtungen, erneuerte Lüftungsanlagen, modernisierte Außenanlagen

   4,9 Mio € im DHH (Priorität 2b der Bäderbetriebe)
3. Stadtbad Heslach:
   Für die Erneuerung von Elektrolyse, Sanierung Beckenumgangsflächen und Ertüchtigung des Korrosionsschutz der Bogenbinder

   3,1 Mio.€ im DHH (Priorität 3 der Bäderbetriebe)
4. Inselbad Untertürkheim:
   Erneuerung komplette Gastronomiegebäude mit Technik und Gastro-Ausstattung

   2,2Mio. € im DHH (Priorität 4a Bäderbetriebe)
5. Inselbad Untertürkheim:
   Sanierung Gebäude mit Eingangsbereich und Zutrittssystem (Drehkreuze, Online-Tickets)

   70 000€ im DHH (Priorität 4b Bäderbetriebe)
6. Inselbad Untertürkheim: Sanierung des Sprungbeckens sowie des 50-Meter-Sportbeckens (zusätzliche Nutzung durch Traglufthalle außerhalb der Freibadsaison)

   730 000 € im DHH
7. Höhenfreibad Killesberg:
   Erneuerung des Eingangsbereichs und Zutrittssystems (barrierefrei und familienfreundlich, Drehkreuze, Online-Tickets)

   380 000€ im DHH (Priorität 5a Bäderbetriebe)

8. Höhenfreibad Killesberg:
   Neuer Sanitärbereich für Eltern-Kind-Bereich beim Nichtschwimmerbecken

   380 000€ im DHH (Priorität 5b Bäderbetriebe)
9. Höhenfreibad Killesberg: Kücheneinrichtung für Gastronomie

   120 000€ im DHH (Priorität 5c Bäderbetriebe)
10. Mineralbad Leuze: Planungsmittel für die komplette Sanierung/Erneuerung aller Bereiche

    2 Mio.€ im DHH (Priorität 6 Bäderbetriebe)

Begründung:

Um Erhalt und Steigerung der Attraktivität der Bäder in Stuttgart zu verwirklichen, sind mit dem Bäderentwicklungsplan die notwendigen Maßnahmen definiert und vom Gemeinderat beschlossen worden.

Die Bedeutung der Bäder für die Stuttgarter zeigt sich immer wieder durch engagierte Intervention der Bürgerschaft, zuletzt im Frühjahr 2019 um die Frage von Schließzeiten für die Öffentlichkeit.

Die im Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters enthaltenen Maßnahmen schieben dringende Investitionen auf die lange Bank und werden der Bedeutung der Bäder für Stuttgart nicht gerecht.

Die von den Bäderbetrieben angemeldeten Bedarfe bilden die notwendigen Schritte zur Instandhaltung und Attraktivierung der Bäder ab und stellen zwingende Verbesserungen auch für die Beschäftigten sicher.

Die Maßnahmen und ihre in der roten Liste vorgenommene Priorisierung durch die Bäderbetriebe sind abgestimmt mit den Kapazitäten der beteiligten Ämter. Die o.g. Maßnahmen sind deshalb in den DHH 2020/2021 aufzunehmen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Stadtentwicklung
Stadtentwicklungskonzept klimaneutrales Stuttgart
Lebenswerte Stadt für alle verlässlich finanzieren
Für jeden Stadtteil mindestens eine kostenlose öffentliche Toilette
Lindenschulviertel – Straße am Ölhafen zu Promenade umgestalten
Stadtteil- und Familienzentren ausbauen
Quartiersentwicklungsprojekte in der gesamten Stadt fördern
Stadtteil- und Familienzentrum in Feuerbach einrichten
Erweiterungsneubau Sternwarte Stuttgart
Beantragung Planungsmittel für Bürger- und Veranstaltungszentrum Sillenbuch mit Feuerwehr usw.
Sportvereinszentrum in Wangen für SportKultur Stuttgart
Direktbeauftragung Büro Gehl Architects mit Masterplan urbane Räume für Stuttgart
Umgestaltung der Stuttgarter Straße zur Fußgängerzone
Bad Cannstatt laufd nai – Mittel für Versenkpollersystem in der Altstadt
Schaffung von zwei Planerstellen für qualifiziertes Baurecht
Flächennutzungsplan im Sinne einer vorsorgenden Klimaleitplanung weiterentwickeln
Feldschutz im Sachgebiet Außenbereich
Wanderbaumallee weiter ermöglichen
Stadt der lebendigen Bachläufe
Summe: 18 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Stadtentwicklungskonzept klimaneutrales Stuttgart**

Wir beantragen:

1. ein Budget von 4 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2020/21 zur Durchführung eines integrativen Stadtentwicklungsprozesses mit der Prämisse Klimaneutralität**.** Das genaue Verfahren wird im Laufe des Jahres 2020 unter Einbeziehung des Beteiligungsbeirates, der Fraktionen und der Verwaltung festgelegt.

Begründung:

Das Ziel einer klimaneutralen Stadt lässt sich nur durch einen breit angelegten sozialökologischen Transformationsprozess, der alle Lebensbereiche vom Arbeiten über Freizeit, Ernährung bis hin zu Verkehr und Wohnen erfasst, erreichen. Dabei steht fest, dass diese sozialökologische Transformation einer Unterstützung durch Wissenschaft, Experten und einer aktiven Mitgestaltung der Einwohner*innen Stuttgarts bedarf. Stadtentwicklung ist eine Gemeinschaftsaufgabe, deswegen müssen Stuttgarter Einwohner*innen von Anfang an in die Diskussion um die Neuausrichtung der Stuttgarter Stadtentwicklung einbezogen sein – und zwar auch durch aktive, aufsuchende Beteiligungsformate. Diese Voraussetzungen gilt es bei der nötigen Fortschreibung des Stuttgarter Stadtentwicklungskonzeptes zu erfüllen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Lebenswerte Stadt für alle verlässlich finanzieren

Wir beantragen:

1. Ab dem Haushaltsjahr 2020ff wird pro Jahr ein Budget von 1,5 Mio. Euro zur Umsetzung des Zielbeschlusses „Eine lebenswerte Stadt für alle“ im Teilhaushalt des Tiefbauamts eingestellt.
2. Die Verwaltung stellt dar, welche Ressourcen nötig sind, um „deutlich vor 2030“ (Zitat OB Fritz Kuhn), den Zielbeschluss des Gemeinderats zur „Lebenswerten Stadt für alle“ vollständig umzusetzen.

Begründung:

Mit Abschluss der verkehrsplanerischen Grundlagenuntersuchung 2021 können konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Zielbeschlusses beauftragt werden. Vorab werden jedoch weitere vorgezogene Maßnahmen, auch Anlassbezogen, zu finanzieren sein. Hierzu zählt die Umgestaltung der Eberhardstraße zu einem autofreien Stadtraum, die Umgestaltung der Kronprinz-, Lange und Gymnasiumstraße, die Lautenschlagerstraße und andere Abschnitte des bestehenden Stadtstraßennetzes innerhalb des Cityrings.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Für jeden Stadtteil mindestens eine kostenlose öffentliche Toilette

Wir beantragen:

1. In jedem der 23 Stadtbezirke muss eine kostenlose, öffentlich zugängliche Toilette verfügbar sein, die rund um die Uhr geöffnet hat. Diese sollen barrierefrei sein und es soll geprüft werden ob Komposttoiletten mit Sägespänen eine ökologische Alternative sind.
2. Die notwendigen Personalstellen für Reinigungskräfte werden von der Verwaltung berechnet und in den Stellenplan eingestellt.
3. Unter der Paulinenbrücke wird eine zusätzliche öffentliche Toilette installiert, die von allen kostenfrei und ohne Einschränkung von Uhrzeiten genutzt werden kann. Die notwendigen Finanzmittel für Standortsuche und Umsetzung werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

In Stuttgart gibt es nach Angaben der Stadtverwaltung 71 öffentliche Toiletten. Davon sollen allein 26 neu ausgeschrieben werden laut städtischem Toilettenkonzept (GRDrs 527/2019). Dabei soll es sich um Automatikanlagen handeln, die von einer Firma geleast werden sollen und auf 15 Jahre befristet mit einem Wartungsvertrag ausgestattet werden.

Für die Nutzung der öffentlichen Toiletten werden zwischen 0,50 € und 0,70 € verlangt, die Nutzung von Pissoirs soll kostenfrei sein. Allein die Tatsache, dass für Männer das kleine Geschäft kostenlos sein soll und für Frauen nicht, ist im Sinne der Gleichberechtigung nicht zu rechtfertigen. Gerade die öffentliche Verwaltung soll für menschliche Grundbedürfnisse kein Geld verlangen.

Die Nutzung einer Toilette darf nicht vom Geldbeutel oder der Verfügbarkeit eines passenden Münzstückes abhängig sein. Auch Einschränkungen bei den Nutzungszeiten führen nur dazu, dass weiterhin „wild gepinkelt“ wird und dadurch Schäden an Gebäuden und Geruchsbelästigungen entstehen. Will die Stadtverwaltung die Problematik des „Wildpinkelns“ in den Griff bekommen, so muss sie die Zahl der kostenfreien öffentlichen Toiletten erhöhen. Ebenso sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass in jedem der 23 Stadtbezirke Stuttgarts mindestens eine öffentliche, kostenfreie Toilette verfügbar ist, die rund um die Uhr in Betrieb ist.

Die geplante Ausweitung des Konzepts „Nette Toilette“ kann lediglich als Ergänzung zu öffentlichen Toiletten gesehen werden. Einerseits sind die Nutzungszeiten abhängig von den

Geschäftszeiten der Betriebe, die sich an der „Netten Toilette“ beteiligen, andererseits ist die Barrierefreiheit in einigen Fällen nicht gewährleistet.

Ferner soll die Verwaltung ökologische und somit ressourcenschonende Toiletten installieren. So gilt es zu prüfen, ob Komposttoiletten mit Sägespänen geeignet sind, um im öffentlichen Raum aufgestellt zu werden.

Unter der Paulinenbrücke haben sich die Konflikte zwischen obdachlosen Menschen, Geschäftsleuten, Anwohner*innen und dem angrenzenden Gerber in den letzten Monaten massiv zugespitzt. Ein Streitpunkt ist, dass sich Anwohner*innen und Geschäftsleute darüber beklagen, dass in der Gegend sehr viel „wild gepinkelt“ würde. Eine Erklärung ist: es gibt schlicht keine kostenlose, öffentliche Toilette in der Gegend. Hier kann durch die Installation einer kostenlosen, öffentlichen Toilette Abhilfe geschaffen werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Lindenschulviertel – Straße am Ölhafen zu Promenade umgestalten**

Wir beantragen:

1. Zur Weiterentwicklung des Landschaftsparkprojekts Lindenschulviertel sind im Haushaltsjahr 2020 die notwendigen Mittel für den 2. Bauabschnitt einzustellen, um insbesondere den Umbau der Straße zum Ölhafen als Promenade/Radstraße auszubilden. Gleichzeitig ist zur Mitfinanzierung durch das regionale Landschaftsparkförderprogramm ein Antrag auf Kofinanzierung zu stellen. Die Verwaltung beziffert die hierfür notwendigen Eigenmittel und stellt diese in den Haushalt ein.

Begründung:

Die vom Planerbüro Ramboll Studio Dreiseitl vorgelegte Entwurfsplanung wird bisher nur im 1. Bauabschnitt finanziert. Dabei entwickelt der Entwurf seine Vorzüge erst durch die Umgestaltung der Straße zum Ölhafen zu einer Promenade, die gleichzeitig den Neckartalradweg als überörtliche Radwegeverbindung fassen kann. Mit der vollständigen Ausbildung des Landschaftsparkprojekts wird die Zugänglichkeit und Erlebbarkeit des Neckars gestärkt und gleichzeitig nachhaltiges Mobilitätsverhalten gefördert.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Stadtteil- und Familienzentren ausbauen**

Wir beantragen:

1. Die Verbesserung der Förderung, den Ausbau der Personalressourcen und Förderbausteine in den Stadtteil- und Familienzentren im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu sichern. (GRDs 379/2019)

   (Kosten 2020: 627.000 € / 2021: 601.000 € / ff.)

Begründung:

Die Stadtteil- und Familienzentren haben einen engen Quartiersbezug und sind für die Gemeinwesenarbeit sowie für die Bewohner*innen in einem Quartier in vielen Belangen eine wichtige Anlaufstelle. Die Stadtteilzentren müssen wieder ausgebaut und gefördert werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Quartiersentwicklungsprojekte in der gesamten Stadt fördern**

Wir beantragen:

1. Die Projekte zur Entwicklung von Quartieren im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDrs 437/2019)

   (Kosten 2020: 80.000 € / 2021: 80.000 € / ff.)

Begründung:

Mit Projekten zur Entwicklung von Quartieren können soziale Nahräume jeweils bedarfsgerecht gestaltet werden und es werden Kompetenzen der Einwohner*innen sowie lokaler Akteure vor Ort miteinander verbunden. Sie vernetzen die Akteure vor Ort, stärken lebendige Nachbarschaften und aktivieren die Ressourcen im Quartier. Einwohner*innen werden an den Prozessen beteiligt. Es gilt, die Quartiersentwicklungsprojekte weiterzuentwickeln und an neuen Standorten zu fördern.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stadtteil- und Familienzentrum in Feuerbach einrichten

Wir beantragen:

25. Für die Einrichtung eines Stadtteil- und Familienzentrums am Standort St. Pöltener Straße 29 in Feuerbach werden folgende Finanzmittel (nach GRDrs 379/2019) in den Haushalt eingestellt, die auch eine Vollzeitstelle für die Koordination beinhalten:

    Für das Jahr 2020: 156 000 Euro

    Für das Jahr 2021: 142 000 Euro

    Ab 2022 für die Mittelfristige Finanzplanung: 142 000 Euro

Begründung:

Feuerbach mit über 30.000 Einwohner*innen ist einer der wenigen Stadtbezirke ohne ein Stadtteil- und Familienzentrum. Seit dem Jahr 2018 werden städtische Räume im Burgenlandzentrum in der St. Pöltener Straße 29 als Willkommensraum genutzt (vgl. GRDrs 177/2019, Zwischenbericht Willkommensräume). Der Standort mit den unterschiedlichen im Areal ansässigen Einrichtungen bietet sehr gute Voraussetzungen für ein generationenübergreifendes Stadtteil- und Familienzentrum.

Für das Zentrum werden Mittel für eine 100%-Stelle für die Koordination und weitere Förderbausteine benötigt. Die Trägerschaft wird durch ein Auswahlverfahren vergeben. Das Vorhaben ist aus Sicht des Jugendamtes sinnvoll und bedarfsgerecht. Es sollte aus Sicht des Jugendamtes durch Aufnahme in die Förderung gesichert werden, um das freiwillige Engagement auf Dauer durch einen professionellen Betrieb zu unterstützen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Erweiterungsneubau Sternwarte Stuttgart**

Wir beantragen:

26. Der **Verein Schwäbische Sternwarte e.V.** erhält in den Jahren 2021 und 2022 (mittelfristige Finanzplanung) jeweils 700.000 Euro Zuschuss für die Errichtung eines Erweiterungsneubaus auf der Uhlandshöhe, insgesamt 1,4 Millionen Euro.

Begründung:

Der Verein erhält über den Kulturhaushalt seit vielen Jahren eine institutionelle Förderung der LHS. Nach der Brandstiftung im Sternwartenbestandsgebäude gelang es dem Verein dank guter Versicherung und viel Eigenarbeit, mit nur geringen Zuschüssen des Kulturamts einen verbesserten Zustand gegenüber der vorherigen Situation herzustellen, doch einige Defizite waren nicht behebbar.

Die Kuppel der Sternwarte auf der Uhlandshöhe prägt das Stadtbild Stuttgarts, so dass schon an ein früheres Neubauprojekt Auflagen gestellt wurden, um diesen Wiedererkennungswert zu erhalten.

Die (Volks-)Sternwarte Stuttgart gilt als die aktivste ihrer Art in Deutschland hinsichtlich der Anzahl und Häufigkeit öffentlicher Führungen.

Ziele des Vorhabens

1. Sternwarte barrierefrei ausbauen
2. Bauliche Infrastruktur verbessern
3. Technik auf den Stand des 21. Jahrhunderts bringen
4. Sternwarte für die Vereinsmitglieder attraktiver machen

Zeitschiene: Grundsteinlegung für die Erweiterung im Rahmen der Feierlichkeiten zum 100jährigen Jubiläum der Sternwarte 2022

Maßnahmen

1. Erneuerung und Erweiterung der astronomischen Ausstattung (optisches Teleskop mit großer Öffnung einschließlich Zubehör, Geräte für die Radioastronomie)
2. Ausbau der Infrastruktur (Erweiterungen für aktuelle Teleskoptechnik, sanitäre Einrichtungen, Veranstaltungsraum, Büro, Lager, Bibliothek, Werkstatt)

Gesamtvolumen: ca. 1,4 Mio. €

Eigenleistung der Sternwarte: ca. 100.000 € + ca. 3000 Arbeitsstunden

Zeitrahmen und Finanzierungsbedarf

2019/20 anfallende Planungsleistungen aus Mitteln der Sternwarte finanziert

2021 Förderbedarf 700.000 €

2022 Förderbedarf 700.000 €

Parallel finden Gespräche mit weiteren potenziellen Geldgebern (Unternehmen, Stiftungen etc.) statt.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Beantragung Planungsmittel für Bürger- und Veranstaltungszentrum Sillenbuch mit Feuerwehr usw.

Wir beantragen:

1. Die Einstellung von Planungsmitteln gemäß der Roten Liste der Verwaltung (Seite 17 Priorität 6) für dieses Vorhaben in Höhe von 400.000 EUR in 2020 sowie von 1.000.000 EUR in 2021, d.h. in Summe 1,4 Millionen Euro.

Begründung:

Seit langem gibt es Überlegungen und mehr oder weniger konkrete Planungen (vgl. Anfrage-Antrag 17/2019) für ein solches Multifunktionsgebäude, für das prinzipiell auch der Platz am Standort Kirchheimer Str. vorhanden ist, selbst unter Berücksichtigung des seit 2008 gestiegenen Platzbedarfs der freiwilligen Feuerwehr Sillenbuch. Dieser Neubau würde viele Mängel im Stadtbezirk bzw. Stadtteil Sillenbuch beheben und kann daher als dringlich eingestuft werden. Dieses Vorhaben belegte im aktuellen Bürgerhaushalt immerhin Platz 21 (Vorschlag 52610).

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sportvereinszentrum in Wangen für SportKultur Stuttgart

Wir beantragen:

1. (zusätzliche) Planungsmittel in Höhe von 100.000 EUR für die Jahre 2020 und 2021, also in Summe 200.000 EUR für ein neues Sportvereinszentrum in der Kesselstr. 30 für SportKultur Stuttgart

Begründung:

V.a. in Wangen besteht eine starke Unterversorgung mit Turn- und Sporthallen für den Vereinssport. Dieses Vorhaben auf der Roten Liste wurde auch im aktuellen Bürgerhaushalt immerhin auf Platz 25 (Vorschlag 51198) abgestimmt und würde dort sehr helfen, nicht nur in Wangen, sondern auch für den Nachbarbezirk Hedelfingen, dessen Turnhalle auch nicht mehr zeitgemäß ist.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Direktbeauftragung Büro Gehl Architects mit Masterplan urbane Räume für Stuttgart

Wir beantragen:

1. Die im Doppelhaushalt 2018/2019 für die Vision Stuttgart 2030 eingestellten, und zwischenzeitlich frei gewordenen Mittel i.H.v. 750.000 Euro werden im Haushaltsplan 2020/2021 für eine Direktbeauftragung des Büros Gehl Architects gewidmet.

Begründung:

Gehl Architects berät weltweit Städte hinsichtlich Transformationsprozesse zu mehr Lebensqualität und der Stärkung ihrer Identität. Darunter auch viele Großstädte in Deutschland, wie Berlin, Hamburg, Mannheim und Köln. Ziel ist die Qualität der Stadträume zu erhöhen, eine neue Mobilitätskultur zu etablieren, nachhaltige Lebensweise zu stärken, kurzum: Städte nach menschlichem Maß zu gestalten. Stuttgart ist eine Autostadt, die nach den Kriegszerstörungen des zweiten Weltkriegs mittels einer autogerechten Stadtentwicklung in Asphalt gegossen wurde. Ausdruck hierfür sind die „Stadtautobahnen“ und die für Großstädte außergewöhnlich intensive Kfz-Nutzung.

Ausgehend von der Notwendigkeit, die Mobilitätskultur umweltschonend, klimaneutral und menschenfreundlich zu machen, ist das Büro Gehl ein geeigneter Partner für Stuttgart. Der Masterplan soll künftig Ausgangspunkt für formelle und informelle Planungen in Teilräumen der Stadt sein und insbesondere die Identitäten der Stadtbezirke und –Teile stärken. Wir betrachten den Masterplan als wesentlichen Baustein für die Fortentwicklung des Stadtentwicklungskonzepts.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Umgestaltung der Stuttgarter Straße zur Fußgängerzone

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung richtet 2021 einen städtebaulichen Realisierungswettbewerb zur Schaffung einer Fußgängerzone in der Stuttgarter Straße in Feuerbach aus. Die hierfür notwendigen Kosten werden beziffert und in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Der Ortskern Feuerbach leidet seit langem unter Trading-Down-Prozessen. Spielhallen, Billigläden und Leerstände, schadhafte Bausubstanz, sowie gestalterische Defizite schwächen den Versorgungsbereich. Insbesondere in der 950 Meter langen Stuttgarter Straße sorgt der Autoverkehr für eine nicht zumutbare Lärm- und Abgasbelastung, und mindert so die Aufenthaltsqualität in diesem wichtigen Geschäftsbereich.

Der Bezirksbeirat dringt bereits seit langem auf eine nachhaltige Aufwertung. Die Empfehlungen des Büros Dr. Acocella in der Studie „Stadtteilzentren konkret“ stellen jedoch keine dauerhafte Lösung zur Revitalisierung dar. Nur durch die Ausweisung einer flächigen Fußgängerzone kann im Herzen Feuerbachs ein menschenfreundlicher Stadtraum entstehen. Dieses Ziel, die Schaffung von Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen, hat der Gemeinderat im Übrigen in der Fortschreibung des Aktionsplans nachhaltig mobil in Stuttgart explizit als Ziel beschlossen.

Auf der gewonnenen Verkehrsfläche können attraktivierende Elemente eingebettet werden, wie zum Beispiel Stadtbäume, Fläche für die Außenbewirtschaftung, Kinderspiel- und Verweilorte für Jung und Alt. Nur durch eine Fußgängerzone würde der Feuerbacher Ortskern nachhaltig aufgewertet werden. Die Umgestaltung des Grazer Platzes zu einer Mischverkehrsfläche reicht dazu bei weitem nicht aus.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Bad Cannstatt laufd nai – Mittel für Versenkpollersystem in der Altstadt**

Wir beantragen:

1. Der auf Basis der GRDrs 117/2019 gefasste Zielbeschluss für ein Versenkpollersystem in der Altstadt Bad Cannstatt wird mit den notwendigen Mitteln zur baulichen Umsetzung nach Abschluss des Planungswettbewerbs zur Marktstraße im Haushaltsjahr 2022 (Mittelfristige Finanzplanung) unterlegt. Die Verwaltung beziffert die hierfür voraussichtlich notwendigen Kosten und stellt diese in den Haushalt ein.

Begründung:

Da eine schnelle Umsetzung im direkten Anschluss an den Doppelhaushalt 2020/2021 möglich ist sollen die Mittel zur baulichen Umsetzung der Maßnahme bereits in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt werden, um eine zügige Realisierung sicherzustellen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Schaffung von zwei Planerstellen für qualifiziertes Baurecht

Wir beantragen:

1. Für die aktive und strategische Überplanung alter Baustaffeln der Ortsbausatzung bzw. von Gebieten mit Baurecht aus dem 19. Jahrhundert, sowie der gezielten Umsetzung einer intelligenten Innenverdichtungsstrategie werden im Amt für Stadtplanung und Wohnen ab 2020 dauerhaft 2,0 Planstellen Stadtplaner*in geschaffen.

Begründung:

In vielen Quartieren Stuttgarts gilt noch immer Baurecht aus dem 19. Jahrhundert. Die bis zur Einführung des Bundesbaugesetzes 1960 erstellten Pläne wurden mit § 173 BBauG (1960) großenteils in neues Recht "übergeleitet". Vielfach wird so in nicht qualifizierten Bebauungsplänen oder auf Basis von §34 BauGB neuer Gebäudebestand errichtet, und es besteht erhebliche Rechtsunsicherheit für alle Beteiligten. Es ist offensichtlich, dass ein Planungsbedarf nach § 1 Abs. 3 BauGB besteht und die Maßgaben des § 1 Abs. 5 BauGB zu erfüllen sind: „*Die Bauleitpläne sollen eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln. Hierzu soll die städtebauliche Entwicklung vorrangig durch Maßnahmen der Innenentwicklung erfolgen.*“

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Flächennutzungsplan im Sinne einer vorsorgenden Klimaleitplanung weiterentwickeln

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fortschreibung des Flächennutzungsplans der Stadt im Sinne einer vorsorgenden Klimaleitplanung am Beispiel der Stadt Esslingen vorzubereiten. Sie stellt dar, in welchem Zeithorizont diese Fortschreibung erfolgen kann und welche Ressourcen für die strategische Fortschreibung in der mittelfristigen Finanzplanung benötigt werden.

Begründung:

Die Widerstandsfähigkeit der Städte gegenüber der Klimakrise hängt wesentlich davon ab, ob die bebaute und unbebaute Umwelt strategisch im Sinne einer Klimaanpassungsstrategie weiterentwickelt wird. Die Abwehr von Gefahren durch naturbedingte (Überflutungen, Hitze) oder technische Ursachen (z.B. Störfallbetriebe) ist ein wichtiges Prinzip der Raumordnung und der Stadtentwicklung. Für Ballungsräume mit einer hohen Bevölkerungsdichte, einer hohen Konzentration von Produktionsanlagen und technischer Infrastruktur und dem daraus resultierenden Schadenspotenzial gilt dies ganz besonders. Stuttgart steht aufgrund seiner Topografie, des Reliefs der bebauten Stadt, der starken Überformung des Neckars und vieler Bachläufe im Stadtgebiet, sowie des hohen Grads an Oberflächenversiegelung vor besonders großen Herausforderungen.

Die Stadt Esslingen hat im Zuge des Verbundprojekts "Klimaanpassung Region Stuttgart" (KARS) zur stärkeren Verankerung von Klimaanpassungsstrategien auf Ebene der Stadtplanung ein Klima-Layer im Flächennutzungsplan verankert. Darin ergänzen „Thematischen Strategiekarten“ als informelle Instrumente der Stadtentwicklungs-planung den Flächennutzungsplan. Gleichzeitig wird strategisch Risikovorsorge betrieben. So werden klimaaktive Ausgleichsräume definiert, klimawirksame Sanierungsräume bestimmt und prioritäre Klimaanpassungsziele formuliert.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Feldschutz im Sachgebiet Außenbereich**

Wir beantragen:

1. Im Stellenplan wird ab 2020 eine dauerhafte 1,0 Stelle im Sachgebiet Außenbereich des Baurechtsamts geschaffen, um gegen illegale Bauten vorzugehen.

Begründung: Illegale Bauten, Versiegelungen und Geländeveränderungen im Außenbereich sind bedauerlicherweise ein erhebliches, und teilweise ungeahndetes Problem. Während die Naturschutzbehörde in der Lage ist, Missstände anzugehen, ist dies beim Baumrechtsamt leider nicht der Fall. Dort anhängige Fälle landen auf einem Aktenstapel und können mangels Personal nicht bearbeitet werden. Eine wirksame Beseitigung der Missstände ist unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich. Dies betrifft insbesondere ungenehmigte Bauten, Mauern, Einfriedungen und Geländemodellierungen, die schutzwürdige Güter und die Erholungsfunktionen erheblich beeinträchtigen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
DieFrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Wanderbaumallee weiter ermöglichen**

Wir beantragen:

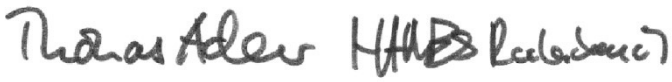
1. Für die Umsetzung einer Wanderbaumallee in den Monaten von Mai bis September werden pro Jahr 15 000 Euro für Material, Erstellung und Folgekosten wie etwa Versicherungen für insgesamt 16 Module bereitgestellt. Begünstigter soll das Projekt Wanderbaumallee sein, welches bei der Bürgerinitiative Casa Schützenplatz angesiedelt ist.
2. Für die genehmigungsrechtliche Umsetzung von Projekten zur Urbanisierung des öffentlichen Raums werden zwei unbefristete Vollzeitstellen (A11) im Team Straßenrecht des Amts für öffentliche Ordnung eingerichtet.

Begründung:

"Wanderbäume" und andere Pflanzen verschönern nicht nur das Straßenbild, sie tragen zur Verbesserung des Stadtklimas und der Luftqualität bei, spenden Schatten und schaffen grüne Oasen für alle. Das Projekt Wanderbaumallee hat mehrere mobile Module mit Bäumen mittlerer Größe (ca. 2 Meter hoch) gefertigt, die auf öffentlichen Parkflächen abgestellt wurden und dort die Aufenthaltsqualität erheblich gesteigert haben. Der temporäre Ansatz gibt die Möglichkeit, mit verschiedenen Begrünungsoptionen zu experimentieren und auf Bedarfe unkompliziert und schnell reagieren zu können. In der Kombination mit Sitzgelegenheiten kommt die Aufwertung des öffentlichen Raumes voll zum Ausdruck, wird erlebbar und es entstehen Treffpunkte für Nachbarschaften und Interessierte. Auch der Fußverkehr wird gefördert, da u. a. Ältere, Schwangere und Mütter mit Kindern eine Pause einlegen können.

Nach dem Münchner Vorbild ist in Stuttgart die Wanderbaumallee samt Sitzgelegenheiten von Mai bis September 2019 an sechs Standorten (S-West, S-Mitte, S-Ost) präsent gewesen und hat die Straßenzüge aufgewertet. Die Diskussion über die Verteilung und Nutzung des öffentlichen

Stadtraumes wurde mit dem Projekt Wanderbaumallee angestoßen und das Bedürfnis nach einer zukunftsfähigen Stadt unterstrichen. Nach der erfolgreichen Pilotphase soll das Projekt in den kommenden Jahren verstetigt werden und einen wichtigen Beitrag zur Transformation des öffentlichen Raums hin zu einer lebenswerten Stadt leisten.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Stadt der lebendigen Bachläufe

Wir beantragen:

1. Die Verwaltung erarbeitet auf Basis des Diskussionsstands der zuständigen Arbeitsgruppe beim Amt für Umweltschutz in 2020 einen Masterplan zur schrittweisen Wiederherstellung eines naturnahen Zustands von Bachläufen und Oberflächengewässern im Stadtgebiet Stuttgart und legt diesen dem Gemeinderat zur Beratung vor. Dabei ist das Ziel eines multifunktionalen Charakters der Uferrandbereiche zu verfolgen, um nicht nur Hochwasserschutz und die Funktion des Naturschutzes zu verfolgen, sondern gleichzeitig gezielt Aufenthalts- und Erholungsräume zu schaffen. Die hierfür notwendigen Kosten und Stellenanteile werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt bzw. Stellenplan eingestellt.
2. Die Verwaltung legt zudem dar, welche Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung für Kompensationsmaßnahmen zur Verfügung stehen und in die Wiederherstellung naturnaher Bachläufe investiert werden könnten. Auch die notwendigen Mittel für den ggf. erforderlichen Grunderwerb sind darzustellen, um im Rahmen des Doppelhaushalts einen weiteren Bachabschnitt zur Renaturierung in die Umsetzung zu bringen.

Begründung:

Die Bachrenaturierung ist ein entscheidender Baustein der kommunalen Klimaanpassungsstrategie. Durch Bachsohlen mit natürlichem Bachbett und durch eine mäandrierende Führung mit begrünten Uferböschungen werden die einengenden Kunstbauten ersetzt. So kann das Gewässer größere Regenwassermengen ableiten und so Starkregenereignisse besser bewältigen. Die 150 km Gewässer zweiter Ordnung auf dem Stuttgarter Stadtgebiet sollten schrittweise in einen naturnahen Zustand versetzt werden, indem Bachverbauten mit Betonrinnen und Uferbefestigungen sowie die durch Flurbereinigungsverfahren umgesetzten Bachverläufe mit geradliniger Linienführung beseitigt werden. Auch verdolte Bachläufe im Untergrund (22 km im Stadtgebiet) bieten das Potential, als urbaner Baustein und attraktivierendes Element an die Oberfläche gehoben zu werden.

Mit der Berichterstattung GRDrs 1281/2017 zum Antrag „Stadt an Bach und Fluss“ aus 2017 führte die Verwaltung aus: „*Entsprechend den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie und den Bewirtschaftungsgrundsätzen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Wassergesetzes Baden-Württemberg ist der gute chemische und ökologische Zustand zu erhalten oder sind Maßnahmen*

zu ergreifen, die geeignet sind, einen guten chemischen und ökologischen Zustand herbei zu führen. Dazu gehört auch die Offenlegung und Renaturierung bislang verdolter und verbauter Bachabschnitte. In den bebauten Ortslagen weisen die Stuttgarter Gewässer nahezu durchgängig noch strukturelle Defizite auf. Insbesondere in thermisch belasteten Siedlungslagen führen offene, naturnah gestaltete Gewässer zu deutlichen Verbesserungen der klimatischen und ökologischen Situation und erhöhen die Lebensqualität der Anwohner.“

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Transparenz & Beteiligung
Videoaufzeichnung von normalen Gemeinderatssitzungen und der Sitzungen beschließender Ausschüsse
Alle TOP-Vorschläge des Bürgerhaushalts im Doppelhaushalt beraten
Bezirksbudgets für den Bürgerhaushalt nach dem Vorbild der Bezirksbeirats-Bezirksbudgets
Pilotprojekt Demokratie Labor Stuttgart fördern
Strukturen für bürgerschaftlichen Engagement weiterentwickeln
Einführung eines städtischen Transparenzportals und einer Transparenzsatzung
Einführung des auf Landesebene üblichen Gebührendeckels für Informationsfreiheitsanfragen
Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts
Sitzungsprotokolle umfassend veröffentlichen
Beteiligungsverfahren nach dem Beteiligungsleitfaden verbindlich machen
Summe: 10 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Videoaufzeichnung von normalen Gemeinderatssitzungen und der Sitzungen beschließender Ausschüsse

Wir beantragen:

27. Die Aufzeichnung aller öffentlichen Gemeinderatssitzungen und die Veröffentlichung derselben nach 24 Stunden Einspruchsfrist zwecks Herausnahme der aufgenommenen Stadträt*innen auf Antrag.
28. Die Aufzeichnung aller öffentlichen Sitzungen aller beschließenden Ausschüsse ebenfalls mit Veröffentlichung derselben nach 24 Stunden Einspruchsfrist unter Unkenntlichmachung/Herausnahme des Publikums und der Mitarbeiter*innen, sowie auf Antrag der betroffenen Stadträt*innen.
29. Zwecks Barrierefreiheit wird beides mit Untertiteln unterlegt.

Begründung:

Es ist heute allgemein erstrebenswert und teilweise auch Praxis, in größeren Städten Aufzeichnungen der Sitzungen öffentlich vorzuhalten, nicht nur im früher genannten Beispiel Konstanz. Dies trägt dem für die Demokratie wichtigen Transparenzprinzip Rechnung.

Generell streben wir im Gegensatz zum Vorschlag der Verwaltung mit der Konzentration auf wenige Schwerpunktsitzungen mit durchaus begrüßenswerten Liveübertragungen mit Gebärdendolmetscher kostengünstige Übertragungen aller (anderen) Sitzungen an.

Bei Gemeinderatssitzungen genügt es, die Bürgermeisterbank und das Rednerpult und in der Übersicht die Bänke der Stadträte von hinten aufzunehmen, der Ton reicht dank Lautsprecheranlage ohnehin aus – auf solchen Aufnahmen werden die Stadträt*innen kaum erkennbar sein, wenn sie nicht ans Rednerpult treten.

Bei Ausschusssitzungen können das Publikum, Mitarbeiter*innen der Stadt oder andere Referent*innen nachträglich in der Aufzeichnung z.B. elektronisch (Kopf) unkenntlich gemacht und auch die Stimmen verändert werden, um einer Identifizierung vorzubeugen, die Namensnennung lässt sich ohnehin bei Bedarf aus der Aufzeichnung entfernen.

Im Sinne allgemeiner Barrierefreiheit ermöglicht dieses System auch stark mobilitätseingeschränkten Personen sowie denen, die es zeitlich nicht zu den Sitzungen schaffen

können, diese zumindest im Nachhinein ohne Vorauswahl durch die Presse zu verfolgen und nicht erst auf Sitzungsprotokolle zu warten.

Wir hoffen auf eine realistische Kosteneinschätzung der Verwaltung für dieses System und wären auch bereit, erst einmal mit einem Ausschuss, z.B. dem monatlich tagenden Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) zu beginnen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Alle TOP-Vorschläge des Bürgerhaushalts im Doppelhaushalt beraten

Wir beantragen:

1. Während der Haushaltsberatungen wird sichergestellt, dass alle für den Gemeinderat abstimmbaren und nicht schon von der Verwaltung berücksichtigten Vorschläge aus den TOP-130 des Bürgerhaushalts 2019 in Anlage 2 der Drucksache 591/2019 abgestimmt werden; natürlich ist es zweckmäßig, wenn die dabei (sehr) ähnlichen Vorschläge zusammen beraten werden.

Begründung:

Dieses Verfahren ist in den meisten Städten mit Bürgerhaushalt üblich und laut der Stadtkämmerei, über die die Verwaltung Stellungnahmen zu all diesen Vorschlägen abgegeben hat, durchaus sinnvoll. So kann der Gemeinderat den teilnehmenden Stuttgarter Einwohnerinnen zeigen, dass er ihre Vorschläge ernst nimmt und weitere Impulse für eine gute und steigende Bürgerbeteiligung in Zukunft setzt.

Wir machen uns damit nicht jeden einzelnen Vorschlag zu eigen. Wir stimmen über jeden einzelnen Bürgerantrag bzw. eine eng thematisch zusammenpassende Gruppe (z.B. 365 Euro-Ticket oder generelle Tariffragen) gemäß unseren politischen Zielen sowie auf Basis sachlicher Erwägungen ab.

Natürlich bleibt die bisherige Zusammenfassung von Anträgen aus Verwaltung und Gemeinderat mit solchen aus dem Bürgerhaushalt davon unberührt, um eine Mehrfachberatung zu vermeiden – wie bisher genügt dann ein Verweis auf den entsprechenden Antrag im Bürgerhaushalt. Da viele Vorschläge zusammengefasst werden können, ist der zusätzliche Beratungsaufwand überschaubar, verschafft aber den Einwohnern mehr Klarheit, weil dann nicht nur eine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt – ist der Punkt aus dem Bürgerhaushalt damit bereits erledigt, braucht es natürlich ebenfalls nicht mehr beraten zu werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Strukturen für bürgerschaftlichen Engagement weiterentwickeln

Wir beantragen:

1. Die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im DHH 2020/2021 zu finanzieren. (GRDrs 769/2019)

   a.) Schaffung einer zentralen Anlaufstelle (CityLab Stuttgart) für die Förderung des Bürgerengagements

   b.) Stärkung der dezentralen Orte des Engagements mit der Schaffung von weiteren Stellenanteilen

   c.) Schaffung einer virtuellen Engagement-Plattform

   (Kosten 2020: 100.000 € / 2021: 80.000 €)

Begründung:

Staat und Stadtgesellschaft sind auf das bürgerschaftliche Engagement aller Einwohner*innen dringender denn je angewiesen. Das zeigt sich an den veränderten Familienstrukturen, bei Armut, Fragen der Generationengerechtigkeit oder der Migration. Die Demokratie lebt vom freiwilligen Engagement vieler.

Im Rahmen einer neuen Zielausrichtung und Zusammenarbeit der verschiedenen Träger des Bürgerengagements ergeben sich zukünftige Aufgaben. Beispielsweise hat sich gezeigt, dass für einen niederschwelligen Zugang eine zentrale Anlaufstelle notwendig ist und eine Online-Plattform realisiert werden sollte.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Bezirksbudgets für den Bürgerhaushalt nach dem Vorbild der Bezirksbeirats-Bezirksbudgets

Wir beantragen:

1. Pro Jahr wird nach demselben Schlüssel so viel Geld für den Bürgerhaushalt pro Bezirk zur Verfügung gestellt, wie für den Bezirksbeirat, und ohne Abstriche angesammelt, d.h. für jedes Folgejahr die Reste übertragen
2. Aus der für einen ausgewerteten Bürgerhaushalt verfügbaren Summe werden dann so viele Topprojekte des Bezirks realisiert, wie es das die aktuelle Summe hergibt, beginnend mit dem höchstbewerteten Projekt (sofern es nicht das Gesamtbudget überschreitet), und danach die folgenden, bis keine Projekte mehr übrig sind oder das vorhandene Bürgerhaushaltsbezirksbudget überschritten würde
3. Wenn möglich und noch sinnvoll, werden Projekte des vorigen Bürgerhaushalts übertragen auf den nächsten Bürgerhaushalt bzw. eingestellt, sobald der Bezirk dafür genügend Geld angesammelt hat

Begründung:

Die Bezirksbeiräte werden von den Parteien bzw. Wählerlisten entsendet und nicht gewählt. Dasselbe Recht über Geldausgaben im Bezirk zu entscheiden, steht daher auch den Einwohnern des Bezirks zu. Daher sollten sie ebenfalls im Rahmen des Bezirkshaushalts eine ähnliche Verteilungsmöglichkeit erhalten. Weil sie nur alle zwei Jahre im Paket abstimmen können, ist die Übertragbarkeit notwendig, damit sie nicht über Gebühr in ihrer Auswahl von Projekten eingeschränkt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Pilotprojekt Demokratie Labor Stuttgart fördern**

Wir beantragen:

1. Zur Umsetzung des Projekts Demokratie Labor Stuttgart werden im DHH 2020/2021 je 120.000 € eingestellt.

   (Kosten 2020: 120.000 Mio. € / 2021: 120.000 €)

2. Das Pilotprojekt wird nach Beendigung evaluiert und erfolgreiche Elemente werden anschließend weiter umgesetzt.

Begründung:

Das auf zwei Jahre angelegte Projekt hat das Ziel, junge Menschen und Kommunalpolitik zusammenbringen und Begeisterung für politisches Engagement zu entfachen.

In Stuttgart soll ein Netzwerk für politische Arbeit mit Jugendlichen und jungen Menschen aufgebaut werden, um gemeinsam Konzepte und Formate zu erarbeiten, um junge Menschen zu befähigen, sich politisch zu engagieren. Diese Arbeit wird in Online- und Offline-Werkzeuge einfließen, die Stuttgart dabei unterstützen, Demokratie auf kommunaler Ebene nachhaltig zu stärken.

Um das Projekt *Demokratie Labor Stuttgart* professionell durchzuführen, werden sowohl Personal- als auch Sachkosten bereitgestellt. Stuttgart nimmt damit eine bundesweite Vorreiterrolle in politischer Bildungsarbeit ein.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Einführung eines städtischen Transparenzportals und einer Transparenzsatzung**

Wir beantragen:

1. Eine Grundsatzentscheidung für eine Transparenzsatzung und ein Transparenzportal nach Hamburger Vorbild.
2. Nach Entscheidung für Punkt 1 legt die Verwaltung für die 2./3. Lesung die entstehenden einmaligen und regelmäßigen Bedarfe an finanziellen Mitteln und Personal dar.
3. Generell sind bei Auskünften im Rahmen des gesetzlichen Schutzes von Betriebsgeheimnissen, Urheberrechten usw. nur minimale Schwärzungen zugunsten dieser vorzunehmen, um das Auskunftsrecht der Antragsteller*innen nicht mehr als rechtlich unbedingt nötig einzuschränken.

Begründung:

Das Transparenzgesetz samt Transparenzportal (transparenz.hamburg.de) kehren den Informationsfluss zugunsten der Interessierten um, indem pauschal Zahlen und Dokumente zum Abruf bereitgestellt werden – was auch die Zahl von gesonderten Informationsanfragen mit dazugehörigen Gebühren verringert. Natürlich sind in einer Satzung nur städtische Informationen regel- und bereitstellbar, im Gegensatz zu Hamburg, was auch Bundesland ist. Aus solchen Daten vermögen Startups - wie in Berlin schon geschehen - oft erstaunliche neue Angebote wie z.B. Apps zu entwickeln.

Natürlich muss zuvor ausgearbeitet werden, welche Daten und Dokumente wie z.B. Gutachten im Auftrag der Stadt für die Veröffentlichung in welcher Form (gekürzt/geschwärzt?) in Frage kommen und erst dann kann eine brauchbare Kostenabschätzung vorgenommen werden.

Da wir ohne Gesetzgebungskompetenz die gesetzlichen Vorgaben von Bund und des Landes BW nicht ändern können, bleibt nur die Minimierung von Abstrichen bei Auskünften, denn eine Abwägung mit Betroffeneninteressen ist uns hier laut Recht nicht möglich. Das sehr schlechte Landesinformationsfreiheitsgesetz Baden-Württemberg schränkt uns (was auch vom Landesbeauftragten für Informationsfreiheit kritisiert wird) hier unnötig ein, indem es einige Stellen von Informationsfreiheit strikt ausnimmt und einige Einschränkungen wie Betriebsgeheimnisse und Urheberrechte verabsolutiert. Die Gebührenfrage ist hier auch noch zu klären, dafür gibt es einen gesonderten Antrag, die Gebühren sollten jedoch bei kommunalen

Anfragen entweder erlassen oder auf einen niedrigen Maximalbetrag wie 50 Euro festgesetzt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Einführung des auf Landesebene üblichen Gebührendeckels für Informationsfreiheitsanfragen

Wir beantragen:

1. Eine Deckelung der Kosten für Anfragen nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz Baden-Württemberg an die Stadt auf maximal 500 Euro.

Begründung:

Eine solche Deckelung besteht sowohl im Bundesinformationsfreiheitsgesetz wie auch im Umweltinformationsgesetz des Landes Baden-Württemberg und soll verhindern, dass es zu allzu abschreckenden Gebührenerhebungen kommt. Die ersten 37 Anfragen an die LHS lagen zwar alle darunter, aber das ist nicht von vorneherein klar und unterstreicht andererseits, dass hier nicht allzu viele Kosten an der Stadt hängenbleiben werden.

Mittlerweile hat das Land Baden-Württemberg für seine auskunftspflichtigen Stellen nach seinem allgemeinen Informationsfreiheitsgesetz ebenfalls diesen 500-Euro-Gebührendeckel eingeführt, wie er auch sonst (s.o.) schon üblich war. Der Gesetzgeber hat aber keine Änderungen vorgenommen, was die Kommunen betrifft, so dass Auswüchse - wie in Stuttgart schon geschehen - mit Kostenvoranschlägen von über 8.000 Euro zuverlässig Antragsteller*innen von der Aufrechterhaltung ihrer Anfragen abhalten, was natürlich dem Geist solcher Regelungen diametral entgegenläuft.

Da solche Fälle aber bislang sehr selten sind, sind auch die mit der Gebührendeckelung verbundenen Gebühreneinbußen sehr gering und eine Flut von Anfragen ist keinesfalls zu erwarten, denn bei Gebühren von bis zu 500 Euro wird niemand aus Spaß und Tollerei unnötige Informationsanfragen stellen bzw. aufrechterhalten – das ist dafür immer noch viel zu kostspielig.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Haushaltsmittel für die Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts

Wir beantragen:

30. 100 000 Euro im Doppelhaushalt für die verbesserte Durchführung des Bürgerhaushalts 2021

Begründung:

Mit dem Schreiben vom 2.6.2017 an Verwaltung und Gemeinderat schlug der Arbeitskreis Bürgerhaushalt verschiedene, teilweise auch finanziell relevante Verbesserungen vor. Mit diesem Budget sollen v.a. folgende Vorschläge abgedeckt werden:

1. Fachforen für die genauere Diskussion der besten (die ersten 5 oder 10 nach Stimmen) stadtweiten Vorschläge im Bürgerhaushalt.
2. aufsuchende Motivationsinstrumenteentwicklung und praktische Beteiligung, um die Kluft zwischen Stadtteilen und Quartieren in der Beteiligung zu verringern, insbesondere die weniger stark sich beteiligenden Teile der Bevölkerung verstärkt einzubeziehen.
3. ein Fachtag zur Diskussion solcher und ähnlicher Verbesserungen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Sitzungsprotokolle umfassend veröffentlichen

Wir beantragen:

1. Nach einer Grundsatzentscheidung über die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle so, wie es der Datenschutz und der Schutz von Geschäftsgeheimnissen und Urheberrechten zulässt, werden sämtliche Sitzungsprotokolle nicht nur des Gemeinderats, sondern auch aller seiner Ausschüsse sowie der Bezirks- und Jugendbeiräte verfügbar gemacht
2. Nach LIFrG BW bezieht sich dies auch auf die nichtöffentlichen Teile der Sitzungen (soweit es sich nicht um reine Personalien handelt), die nur minimal aus den unter 1. Erwähnten Gründen geschwärzt werden dürfen
3. Alle diese Protokolle sollen auch im Internet auf stuttgart.de (neue Website nach Relaunch) verfügbar gemacht werden
4. Der zusätzliche Sach- und Personalaufwand wird dafür von der Verwaltung beziffert

Begründung:

Mit der Einführung des für die Bürger leider sehr schlechten (im Vergleich zu anderen Bundesländern) Landesinformationsfreiheitsgesetzes Baden-Württemberg (LIFrG BW) kehrte erstmals wesentlich mehr nicht durch Betroffenheit bedingte Transparenz in die Verwaltung von Land, Kreisen und Kommunen ein. Nach einer Veranstaltung bei T.I., bei der sich der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit eindeutig dazu äußerte, dass auch Protokolle nichtöffentlicher Sitzungen im Nachhinein grundsätzlich öffentlich verfügbar zu machen sind, erscheint es nötig, hier am bisherigen Verfahren nachzubessern und alles zu tun, dass alle Teile der Sitzungen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar werden, soweit keine gesetzlich vorrangig zu schützenden Informationen (s.o.) betroffen sind.

Ein Antrag von uns zum Thema Protokolle von nichtöffentlichen Sitzungen wurde bisher von der Verwaltung noch nicht beantwortet (Antrag 155/2019 von unserer Vorgängerfraktion SÖS-LINKE-PluS).

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Beteiligungsverfahren nach dem Beteiligungsleitfaden verbindlich machen

Wir beantragen:

1. Beteiligungsverfahren, die erfolgreich durch Unterschriftensammlung von den Einwohnern beantragt wurden, bedürfen zur Durchführung keiner Zustimmung des Gemeinderats mehr.
2. Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens sind für Verwaltung und Gemeinderat bindend.
3. Die Verwaltung beziffert den ungefähren zusätzlichen Mittel- und Personalbedarf dafür.

Begründung:

Wenn Einwohner*innen einen Beteiligungsantrag auf Basis einer Mindestanzahl von Unterschriften eingereicht haben, kann dieser Antrag dennoch vom Gemeinderat abgelehnt werden. Diese Regelung ist für die Einwohner*innen nicht nur befremdend, sondern es trägt zu Politikverdruss bei und ist kontraproduktiv für nachfolgende Beteiligungsverfahren, da der Eindruck des „man kann ja doch nichts ändern“ bestätigt wird. Bürgerbeteiligung soll aber gestärkt werden.

Zudem sollen Ergebnisse von Beteiligungsverfahren nicht auf eine Ideensammlung im Sinne von „nice to have“ reduziert werden, sondern es soll praktisch umgesetzt werden, was das Verfahren ergeben hat (solange es nicht gerade gegen Gesetze verstößt). Es ist Zeit, hier einen Schritt weiter zu gehen, als in der ersten Version des Bürgerbeteiligungsleitfadens und den Einwohnern hier mehr Rechte einzuräumen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Vielfalt & Geflüchtete
Büro für Antidiskriminierungsarbeit stärken
Keine Gebührenerhöhung für selbstzahlende Geflüchtete in Unterkünften des Sozialamts
Institutionelle Förderung für Projekt 100% MENSCH
Ausbildungscampus der Partnerschaft für Integration fortführen
Förderung des Feministischen Gesundheitszentrums Stuttgart e.V. ffgz
Beratungsstelle FrauenFanal – Mehrbedarf decken und Beratungsangebote garantieren
Vielfalt braucht Öffentlichkeit und Sichtbarkeit – CSD Kulturprogramm fördern
Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung nach sexualisierter Gewalterfahrung
Interkulturelle Brückenbauer*innen evaluieren und fortführen
Stadtteil- und Quartierstreff MOSAIK fördern
Koloniale Geschichte der Stadt Stuttgart aufarbeiten
Partnerschaft für Demokratie stärken - Bildungsprojekte gegen Rassismus fördern
Aufsuchende Befragung älterer Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finanzieren
Kinderbetreuung bei Deutschkursen im Rahmen der Landesförderung VwV Deutsch ausbauen
Städtischen Dolmetscherdienst neu aufstellen und fördern
Treffpunkt, Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien fördern
MediA Gesundheitliche Versorgung von Menschen in Wohnungsnot verbessern MedMobil-Angebote, um Kapazitäten für Frauen und Menschen mit Psychischen Problemen erweitern
Koordinations- und Gesamtleitungsstelle für das Themenfeld „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt (LSBTTIQ)“ für unsere Stadt schaffen
Pakt für Integration fortsetzen
Aktivierende und therapiebegleitende Maßnahmen zur Integration traumatisierter Flüchtlinge und deren Kinder
Ein Regenbogenhaus für Stuttgart – Planungsstelle zur Erstellung einer Vorstudie
Geflüchteten vor Ort helfen - Stuttgarter Hilfsorganisation STELP e.V. fördern
Aufstockung der Beratungsstellen für lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen
Weiterführung des Projekts Regenbogen.Bildung
Beratungsangebote für transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen in Stuttgart aufbauen
MedMobil – Finanzierung und Erweiterung um MediA, Baustein 1: Allgemeinmedizin
Wege aus der Armutsprostitution – Weiterführung des Projekts Bella+ von Lagaya e.V. und Caritasverband Stuttgart e.V.
Beratung für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution mit Fluchthintergrund – Kooperationsprojekt von FIZ und AGDW unterstützen
Weiterentwicklung und Erweiterung von STOP: Intervention, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit unter dem Dach der Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt
Summe: 29 Anträge

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Büro für Antidiskriminierungsarbeit stärken**

Wir beantragen:

1. Das Büro für Antidiskriminierungsarbeit wird von einer aktuell 50% Stelle auf eine 100% Stelle erweitert im DHH 2020/2021 ff. aufgestockt.

   (Kosten 2020: 35.000 Mio. € / 2021: 35.000 € / ff.)

Begründung:

Die gesellschaftliche Stimmung verroht immer mehr - auch in Stuttgart - und es ist unsere Aufgabe als Stadt die präventive Arbeit des Büros für Antidiskriminierung finanziell zu stärken**.**

Das Büro für Antidiskriminierungsarbeit ist beim Stadtjugendring Stuttgart e.V. angesiedelt und bietet eine professionelle Einzelberatung für Menschen mit Diskriminierungserfahrungen gemäß des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und darüber hinaus. Zudem umfasst das Angebot Weiterbildungen, Öffentlichkeitsarbeit und die Vernetzung mit relevanten Akteur*innen.

Die Wahrnehmung des Büros als kompetente Ansprechpartnerin zeigt sich in den zahlreichen Anfragen nach Statements, Fortbildung und Beratung von Presse, Kooperationspartner*innen, neuen Institutionen und Ratsuchenden. Eine kritische Analyse der Aufgaben und Maßnahmen zeigt die Lücken auf, die bisher noch nicht vollumfänglich geschlossen werden konnten.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Keine Gebührenerhöhung für selbstzahlende Geflüchtete in Unterkünften des Sozialamts

Wir beantragen:

31. Die Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Unterkünften des Sozialamts für Flüchtlinge (GRDrs 781/2019) wird unter Punkt 2 wie folgt geändert:

    "Die Gebührenhöhe für Selbstzahler wird (bei 4,5 qm Wohnfläche und Schlaffläche) auf 160,00 EUR bzw. (bei 7 qm Wohnfläche und Schlaffläche) auf 250,00 EUR pro Platz festgesetzt." Die Mehrkosten werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt eingestellt.

32. Die Änderungssatzung zur Satzung über die Benutzung von Unterkünften des Sozialamts für Flüchtlinge (GRDrs 781/2019) wird unter Punkt 3 wie folgt geändert:

    "Die Gebührenhöhe für Auszubildende wird (bei 4,5 qm Wohnfläche und Schlaffläche) auf 160,00 EUR bzw. (bei 7 qm Wohnfläche und Schlaffläche) auf 250,00 EUR pro Platz festgesetzt." Die Mehrkosten werden von der Verwaltung beziffert und in den Haushalt eingestellt

Begründung:

Die Diskussion über die Satzung zur Benutzung von Unterkünften des Sozialamts beschäftigt den Gemeinderat, das Sozialamt, Geflüchtete, AK Asyl und Flüchtlingsfreundeskreise seit bald zwei Jahren. Mit der ursprünglichen Erhöhung der Gebühren ist eine große Unsicherheit bei Geflüchteten entstanden. Geflüchtete, die einer Arbeit nachgehen und somit nicht mehr auf die finanzielle Unterstützung vom Jobcenter angewiesen sind, hätten aufgrund der hohen Gebühren in den Unterkünften wieder Bittsteller beim Jobcenter werden müssen. So wurde in einem Kompromiss der Mehrheit der Gemeinderatsfraktionen eine soziale Komponente beschlossen mit einer Kostendeckelung bei Selbstzahlern (bei 4,5 qm/193 EUR und bei 7 qm/250 EUR) und eine Befristung dieser sozialen Komponente auf 18 Monate.

Schon bei der letzten Änderung haben wir darauf hingewiesen, dass die Befristung auf 18 Monate nicht haltbar sein wird, da der Stuttgarter Wohnungsmarkt so sehr angespannt ist, dass Geflüchtete, ob in Arbeit oder nicht, nur sehr begrenzt eine bezahlbare Wohnung finden können. Wir begrüßen somit diese erneute Änderung der Satzung über die Benutzung von Unterkünften des Sozialamts für Flüchtlinge, da die Befristung wegfällt. Zusätzlich erhalten Auszubildende

Rechtssicherheit. Unverständlich ist uns, warum nun der Kompromiss bezüglich der Höhe der Unterkunftskosten aufgelöst wird. Genauso wenig wie der Wohnungsmarkt sich in den letzten beiden Jahren entspannt hat, hat sich an der prekären finanziellen Situation von Geflüchteten etwas geändert. Selbst wenn ein Geflüchteter Selbstzahler ist, sind 250 Euro für 7 qm immer noch eine erhebliche Summe. Bei einer Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern ergeben sich monatliche Kosten von 700 EUR für 29 qm Wohnraum. Das sind umgerechnet immerhin 25 EUR pro Quadratmeter. Wir erachten diese Gebührenhöhe für Selbstzahler als sehr hoch, aber in Anbetracht des ursprünglich getroffenen Kompromisses für (er-)tragbar. Dieser Kompromiss sollte nicht aufgelöst werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Übersicht der 206 HH-Anträge von

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Institutionelle Förderung für Projekt 100% MENSCH**

Wir beantragen:

1. Die Finanzierung von 1,5 Stellen und institutionelle Förderung des Projekts 100% MENSCH gemeinnützige UG (gUG) im DHH 2020/2021

   (Kosten 75.000 € p. a. aufgeteilt in 45.000 € Kulturamt und 30.000 € OB-ICG).

Begründung:

Das Projekt 100% MENSCH gemeinnützige UG arbeitet seit 2014 für die vollständige rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen/ romantischen Orientierung und ihrem Geschlecht. Empowerment, Stärkung von Diversity-Strategien, Aufklärung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Sichtbarkeit, niederschwellige Ansprache durch Kunst und Musik sowie Barrierefreiheit stehen dabei im Mittelpunkt der Arbeit.

Das Projekt 100% MENSCH besteht derzeit aus einer hauptamtlichen Geschäftsführung und einer Bürokraft in Teilzeit (50 %). Ein Team von ca. 20 ehrenamtlich Mitarbeitenden unterstützt diese Arbeit maßgeblich.

Die große Diversity-Kunstausstellung WE ARE PART OF CULTURE (WAPOC) von 100% Mensch verbindet interdisziplinär geschickt Kunst, Geschichte, Gesellschaftspolitik und Aufklärung. Die Ausstellung trägt maßgeblich zur Sichtbarmachung und Identitätsbildung von LSBTTIQ bei und wurde Bundesauswahl des renommierten StartSocial Wettbewerbs unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel gewählt.

Nach 22 Ausstellungen und über 60 Veranstaltungen wurde eine überaus erfolgreiche Tour durch die größten deutschen Bahnhöfe Mitte 2019 beendet. Damit endete auch die Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ sowie durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Durch das Auslaufen der Bundesfördermittel im Sommer 2019 ist die Zukunft der Ausstellung und der zivilgesellschaftlichen Fort- und Weiterbildungsarbeit von 100% Mensch in akuter Gefahr. Die Erfahrung der letzten zwei Jahre hat gezeigt, dass für die zeitaufwendige Betreuung und Erweiterung der Ausstellung, der Begleitveranstaltungen (Talkrunden) sowie Vortrags- und Informationsveranstaltungen zwei 75 % Stellen notwendig sind.

Beim Thema LSBTTIQ handelt es sich um ein klassisches Querschnittsthema, welches sich nicht eindeutig einem Ressort zuweisen lässt. Daher beantragen wir eine gemeinsame Förderung durch das Kulturamt (Kunstausstellung WE ARE PART OF CULTURE, 60% der Projektmittel) sowie die OB-ICG (Querschnittsthema LSBTTIQ, Diskursveranstaltungen, Publikationen, Aufklärungs- und Sichtbarkeitsveranstaltungen, 40% der Projektmittel).

Antrag Kulturamt / 45.000 € p. a.

1. Durchführung der LSBTTIQ-Kunstausstellung **WE ARE PART OF CULTURE** in unterschiedlichsten öffentlichen Räumen in Stuttgart (Bezirksrathäuser, Volkshochschulen, Einkaufzentren etc.).
2. Durchführung der Ausstellung WE ARE PART OF CULTURE in den Stuttgarter Partnerstädten wie St. Helens, Cardiff, Straßburg, Lodz, Brünn und Samara.
3. Ausstellung in St. Louis/USA (60 Jahre Städtepartnerschaft) im Jahr 2020.
4. Stetige Erweiterung der Ausstellung um weitere Persönlichkeiten und Kunstwerke. Dabei Fokussierung auf intersektionale Gruppen (z.B. Black and People of Colour (BPoC)) sowie schwer erreichbare Communities (z.B. türkischer, arabischer, russischer Kulturraum).
5. Fokussierung auf Stuttgarter Künstler*innen bei der Erstellung neuer Portraits.

Antrag OB-ICG / 30.000 € p. a.

6. Etablierung einer niederschwelligen und interdisziplinären Talkrundenreihe (**100% MENSCH Talk**) in Stuttgart zu Vielfalt und Gesellschaft (z.B. LSBTTIQ-Feindlichkeit, Rassismus, (Queer-)Feminismus, Sexismus, Antisemitismus, Demokratieentwicklung etc.). Die Info Talkrunden wenden sich ausdrücklich an die gesamte Stadtgesellschaft – Ziel ist die Vermittlung von Basiswissen und somit eine Ergänzung zum wissenschaftlichen Diskurs.
7. Ausbau der Informations- und Aufklärungspublikationen zu sexueller/romantischer Orientierung und Geschlecht sowie die Entwicklung weiterer Aktionen und Publikationen zum Querschnittsthema LSBTTIQ.
8. Durchführung von Veranstaltungen zum Transgender Day of Visibiliy und Transgender Day of Remembrance. Organisation des Trans* Pride Days Stuttgart. Alle drei Veranstaltungen dienen der Sichtbarmachung und dem Empowerment (Selbstermächtigung) von transsexuellen/transgender/inter/nicht-binären Personen sowie der Aufklärung und Information der Stadtgesellschaft.

Die niederschwelligen Kampagnen zur Vermittlung von Wissen und Informationen an die Gesellschaft sind inhaltlich, finanziell und zeitlich sehr aufwendig. Sie erfordern Kontinuität und ein gesichertes Arbeitsumfeld. Die Ausstellung WE ARE PART OF CULTURE, der 100% MENSCH Talk und die Durchführung der Aufklärungs- und Empowerment-Kampagnen und -veranstaltungen und die damit verbundenen notwendigen Personalkosten sind mit den bestehenden Mitteln nicht leistbar.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Ausbildungscampus der Partnerschaft für Integration fortführen

Wir beantragen:

1. Die Fortführung des Ausbildungscampus der Partnerschaft für Demokratie im DHH 2020/2021 ff. zu finanzieren. (GRDrs 669/2019)

   (Kosten 2020: 119.000 € / 2021: 123.000 € / ff.)

Begründung:

Das Projekt Ausbildungscampus hat die Aufgabe übernommen, geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit einer schwierigen Schul- und Ausbildungsbiografie den Zugang zur Erwerbstätigkeit mit einer weitergehenden und spezifischen Unterstützung zu ermöglichen. Die finanzielle Absicherung des Ausbildungscampus ist nicht nur sinnvoll, sondern auch dringend erforderlich.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Förderung des Feministischen Gesundheitszentrums Stuttgart e.V. ffgz

Wir beantragen:

Die Stadt unterstützt das Feministische Frauengesundheitszentrum Stuttgart e.V. ffgz Stuttgart wie folgt:

1. Es wird ein **jährlicher Betriebskostenzuschuss** in Höhe von jährlich **10.668 Euro** gewährt; dieser setzt sich zusammen aus den monatlichen Kosten für die Finanzierung von Räumlichkeiten (750€), Mitgliedschaften bei Dachverbänden (39€x) und für Büromaterial (100€)
2. Es werden jährliche Kosten in Höhe von **42 987 Euro** für eine **Vollzeit-Koordinationsstelle** zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Beratungsangebots übernommen, wobei es sich um eine Stelle mit Master-Abschluss in Gesundheitsmanagement, Kulturmanagement, Soziale Arbeit oder vergleichbare Qualifikation (TvöD E12) handelt.
3. Das ffgz erhält **Honorarmittel für externe ganzheitliche Beratungen** in den Räumen des ffgz in Höhe von **12 960 Euro jährlich**; dieser Betrag fußt auf die Durchführung von Beratungen, die einmal wöchentlich über drei Stunden stattfinden mit einem Stundensatz von 90€/Stunde.

Begründung:

Das Feministische Frauengesundheitszentrum Stuttgart e.V. ffgz hat das Ziel, präventive Selbsthilfe auf Augenhöhe für selbstbestimmte Frauen zu leisten. Frauen sollen sich als wissende und handelnde Subjekte mit ihrem Körper auseinandersetzen und über Therapie- und Präventionsmöglichkeiten selbstbestimmt entscheiden. Damit wären sie weniger stark abhängig von einem zunehmend ökonomisierten und damit wirtschaftlichen Zwängen unterlegenen Gesundheitswesen. Frauen tauschen sich untereinander aus, holen sich ganzheitliche Beratung mit einem feministischen Blick in Gesundheitsfragen, in Fragen hormoneller Umstellungen/Wechseljahre, der Monatshygiene, Zyklusstörungen und vieles andere mehr ein. Mittels der Hilfe vielfältiger Ehrenamtlicher aus den unterschiedlichsten Bereichen – Sozialarbeiter*innen, Heilpraktiker*innen, Künstler*innen, Techniker*innen,

Wissenschaftler*innen etc. – können sich Frauen Wissen über ihren Körper aneignen und lernen über ihren Körper und Lebenswandel selbstbestimmt zu entscheiden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion
Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Beratungsstelle FrauenFanal – Mehrbedarf decken und Beratungsangebote garantieren**

Wir beantragen:

1. 0,25 Stellenanteil für eine Fachkraft für die Beratungsstelle FrauenFanal im Rahmen des DHH 2020/2021 zusätzlich

Begründung:

Die städtische Beratungsstelle FrauenFanal bietet Hilfe und wichtige Unterstützung für Frauen an, die körperliche und/oder seelische Gewalt in Beziehungen erlebt haben, die sich in einer konfliktreichen Trennungs- oder Scheidungssituation befinden, von Stalking betroffen sind, über Aufenthalt im Frauenhaus nachdenken oder nach einem Frauenhausaufenthalt weitere Unterstützung benötigen.

Um einen Ausgleich für das gestiegene Beratungsaufkommen der städtischen Beratungsstelle FrauenFanal (FF) 2014 - 2016 analog zu BIF zu erhalten, das bereits mit GRDrs 540/2017 "Beratung und Information für Frauen (BIF) von Frauen helfen Frauen e.V. – städtische Förderung ab dem Jahr 2018" dargestellt wurde, ist die Schaffung von 0,25 Stellenanteilen notwendig.

Auch die Zahlen der letzten beiden Jahre, 2017-2018, bestätigen die Tendenz steigender Beratungszahlen und wachsender Zeitintensität je Fall. Die Erhöhung ist notwendig, um insbesondere geflüchtete Frauen und Frauen mit Behinderung, die zunehmend Hilfe suchen, weiterhin individuell angemessen Beratungen bieten zu können.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Vielfalt braucht Öffentlichkeit und Sichtbarkeit – CSD Kulturprogramm fördern

Wir beantragen:
den IG CSD Stuttgart e.V. als gemeinnützigen Trägerverein des Christopher Street Days im DHH 2020/2021 und ff mit Projektmitteln in Höhe von 30.000 € p.a. finanziell zu fördern (GRDrs 453/2019)
(Kosten 2020: 30.000€ / 2021: 30.000€)

Begründung:
Die Förderung der ehrenamtlichen Arbeit des gemeinnützigen Trägervereins des Christopher Street Day (CSD)-Kulturfestivals soll dabei unterstützen, faire Gagen und Aufwandsentschädigungen bei den kulturellen Programmen des CSD Stuttgart zu gewährleisten (Kulturförderung). Zudem sollen die Mittel helfen, eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit rund um das Kulturfestival und die vorhandene Vielfalt in der Stadt, aber vor allem darüber hinaus zu betreiben (Tourismusförderung).
Die Landeshauptstadt Stuttgart präsentiert jedes Jahr im Juli ihre Weltoffenheit und Vielfalt. Im Rahmen des jährlichen Christopher Street Day (CSD) in Stuttgart werden die LSBTTIQ-Lebensrealitäten sichtbar und erlebbar. Organisiert von der Interessengemeinschaft (IG) CSD Stuttgart e.V. lockt das 14-tägige Kulturfestival weit über 200.000 Menschen in die Landeshauptstadt. Demonstration, Straßenfest, Eröffnungsgala, Empfänge, Kulturtage und viele weitere Aktivitäten leisten einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit von Vielfalt und zur interkulturellen Öffnung der Stadtgesellschaft. Das Festival trägt dabei zu einem positiven Image der Stadt Stuttgart als weltoffen und vielfältig bei, ebenso wie der kulturelle Facettenreichtum der Landeshauptstadt hervorgehoben wird.
Ein Großteil der finanziellen Gesamtmittel in Höhe von 300.000 € pro Jahr, welche für die kontinuierliche, gesellschaftspolitische Arbeit des Trägervereins und die Durchführung des Festivals nötig sind, erwirtschaftet der CSD Stuttgart selbst – beispielsweise über Mitgliedsbeiträge, Spenden- und Sponsorengeldern, Gastronomieerlöse oder Ticketverkäufe. Damit wird, neben den festivalbezogenen Aufwendungen und den Mitteln für die Erledigung der satzungsgemäßen Vereinszwecke, unter anderem in der Bürogemeinschaft des Weissenburg e.V. in der Lazarettstraße 6 eine CSD-Geschäftsstelle als zentraler Anlaufpunkt betrieben. Wachsende Besuchenden- und Teilnehmendenzahlen ebenso wie die steigenden Anforderungen seitens der Verwaltung und der Behörden, beispielweise in Sachen Nachhaltigkeit oder Veranstaltungssicherheit, bringen die überwiegend ehrenamtlichen Strukturen des CSD-Vereins an ihre Grenzen. Auch die mit der Stadtverwaltung (Abteilung OB-ICG) gemeinsam begleiteten Projekte, wie die Mitwirkung am Arbeitskreis LSBTTIQ, an Runden Tischen oder die Etablierung

des Karl-Heinrich-Ulrichs-Platzes inklusive Patenschaft, fordern die Ressourcen der IG CSD in wachsendem Maße.
Deshalb sind die Möglichkeiten, angemessene Gagen für anspruchsvolle Bühnenprogramme zu gewährleisten, äußerst begrenzt. Diese machen gerade einmal sechs Prozent des jährlichen Gesamtetats aus. Dies hat zur Folge, dass Künstler*innen, gerade aus dem LSBTTIQ-Spektrum, nur mit prekären Aufwandsentschädigungen statt mit angemessenen Gagen für ihre kulturellen Leistungen vergütet werden können. Ein qualitativ gutes, ausgewogenes Programm ist jedoch eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der verschiedenen Veranstaltungen, der Erreichung der gemeinnützigen Ziele sowie die professionelle und nachhaltige Weiterentwicklung des Festivals. Die Events r-präsentieren dabei in überwiegendem Maße die Vielfalt der LSBTTIQ-Gemeinschaft mit ihren besonderen Kulturbeiträgen und speziellen Ausdrucksformen, in welchen die Lebensrealitäten von Menschen der Regenbogen-Community auf eine niederschwellige Art einem breiten Publikum nähergebracht werden.
Zudem fehlen dem CSD Stuttgart ausreichende finanzielle Mittel, um der touristischen Bedeutung des Kulturfestivals angemessen Rechnung tragen zu können. Dies ist wichtig, um die öffentlichkeitswirksame Darstellung von gelebter Vielfalt im Sinne einer weltoffenen und attraktiven Landeshauptstadt Stuttgart zu forcieren. Dazu gehört beispielsweise die Bekanntmachung des Festivals auf regionaler, aber auch überregionaler Ebene in Form von auffälliger Kampagnenarbeit. Auch die Beteiligung an einer Touristikmesse wie der Stuttgarter CMT (seit drei Jahren) trägt zu einer selbstverständlichen Integration der Regenbogen-Community bei. Gleichzeitig wird das positive Bild von Stuttgart als Stadt der Vielfalt auch für auswärtige Besuchende oder Neubürger*innen greifbar. Mit dem CSD-Festival im Sommer und weiteren Aktionen im Jahresverlauf werden so hervorragende Impulse geschaffen, um die Landeshauptstadt zu besuchen. Orientierung vor Ort bietet dazu eine vom CSD-Verein selbst entwickelte, kostenlose Applikation für das Smartphone, inklusive einem eigenen City-Guide rund um Anlaufpunkte in der Community sowie in der Stadt selbst.
Die bisherige städtische Förderung erstreckt sich momentan auf jeweils einen verrechneten Zuschuss in Höhe von 1.500 € für die Beflaggungskosten der Märkte Stuttgart sowie jeweils 1.500 € für die Reinigungskosten der AWS Stuttgart anlässlich der CSD-Polit-Parade und der CSD-Hocketse. Zudem stellt die Landeshauptstadt die Räumlichkeiten für den jährlichen Empfang im Stuttgarter Rathaus zur Verfügung und berücksichtig die CSD-Plakate im städtischen Kontingent der City-Light-Poster-Flächen im Juli.
Mit einer zusätzlichen und fortlaufenden Bezuschussung des Vereins mit 30.000 € pro Jahr würde sichergestellt werden, dass bestehende Aktivitäten auch weiterhin in bisherigem Umfang und der nötigen Qualität durchgeführt werden können. Die Projektmittel würden es erlauben, die ehrenamtliche Arbeit weiter strukturell zu professionalisieren, wichtige Öffentlichkeitsarbeit für die Sichtbarkeit von Vielfalt zu betreiben, faire Gagen und Vergütungen für Künstler*innen zu gewährleisten und begonnene Maßnahmen der Tourismus-förderung für die Landeshauptstadt Stuttgart fortzusetzen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung nach sexualisierter Gewalterfahrung**

Wir beantragen:

1. 0,75 Stelle für eine zusätzliche Fachkraft (Sozialpädagog*in) zur Weiterführung der Hilfen und Unterstützung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung nach sexualisierter Gewalterfahrung im DHH 2020/2021

Begründung:

Den engagierten Einsatz von KOBRA e.V. für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, insbesondere nach sexualisierter Gewalterfahrung, der 2014 vom Jugendamt bewilligt wurde, gilt es zu erhalten.

In der Landeshauptstadt, wie auch in der Region Stuttgart, gibt es kein spezialisiertes Beratungs- und Therapieangebot für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, die sexualisierte Gewalt erfahren haben und deren Familien. Ganz zu schweigen von Ansätzen oder Angeboten zur Prävention oder der Beratung von Fachkräften. Zwar gibt es in vielen Einrichtungen der Behindertenhilfe interne Beratungsmöglichkeiten, allerdings fehlt es dort häufig an Fachwissen bezogen auf spezifische Traumatisierung, konkreten Erfahrungen im Umgang mit Kindern und Jugendlichen, die sexualisierte Gewalt erfahren haben sowie den entsprechenden Ressourcen, den Betroffenen ein regelmäßiges Angebot zu machen. Diese Lücke würde KOBRA e.V. mit einem dauerhaft finanzierten Stellenanteil für diese Zielgruppe schließen.

Neben den therapeutischen Hilfen für Kinder und Jugendliche mit verschiedenen Formen von Behinderung, der Beratung für Eltern, Präventionsveranstaltungen und Schulungen sind auch Fortbildungsangebote für Fachkräfte und der Ausbau eines trägerübergreifenden Netzwerks Ziele des Vereins.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Interkulturelle Brückenbauer*innen evaluieren und fortführen

Wir beantragen:

1. Das Pilotprojekt **Interkulturelle Brückenbauer*innen** wird evaluiert und im DHH 2020/2021 ff. finanziell weiter gefördert. (GRDs 575/2019)

   (Kosten 2020: 24.000 € / 2021: 24.000 / ff.)

Begründung:

Das Projekt Interkulturelle Brückenbauer*innen ist ein niederschwelliges Unterstützungssystem, das Barrieren abbaut, die Zusammenarbeit von Fach-/Lehrkräften und Eltern stärkt und den Eltern Orientierung im deutschen Bildungssystem sowie in den sozialen Diensten in den Stadtbezirken Untertürkheim, Wangen und Obertürkheim bietet. Das Projekt muss weitergeführt werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff
Stadtteil- und Quartierstreff MOSAIK fördern

Wir beantragen:

1. Die finanzielle Förderung vom Stadtteil- und Quartierstreff MOSAIK des Trägers „Verein für Internationale Jugendarbeit e.V.“ im DHH 2020/2021 ff. (GRDrs 435/2019)

   (Kosten 2020: 11.877 € / 2021: 34.953 €)

Begründung:

Das Stadtteil- und Quartierstreff MOSAIK in Stuttgarter-Mitte bietet selbstorganisierte, stadtteilbezogene und niederschwellige Angebote mit verschiedenen Themenschwerpunkten (Theatergruppe, Mittagstisch für Migrant*innen, Sprachcafé, etc.) für unterschiedliche Alters- und Zielgruppen. Der Verein für Internationale Jugendarbeit Landesverein Württemberg e.V. (vij) als Träger bietet ein breites Angebotsspektrum zur sozialen, beruflichen und soziokulturellen Integration von Migranten, geflüchteten Menschen als auch für Au-pairs und internationale Studierende.

Mit dem Stadtteil- und Quartierstreff „MOSAIK“ ist dem Verein 2017 die Etablierung eines Begegnungs- und Beteiligungsortes in Stuttgart-Mitte (Moserstr. 10) gelungen, dessen Angebote es zu sichern und zu erweitern gilt. Der Antrag des Trägers auf Förderung wird sozialplanerisch unterstützt mit Blick auf das Ziel, dass der vij seine Räume in der Moserstr. 10 in Stuttgart-Mitte zu einem generationen- und zielgruppenübergreifendem Stadtteil- und Quartierstreff ausbauen möchte.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Koloniale Geschichte der Stadt Stuttgart aufarbeiten

Wir beantragen:

1. In Kooperation mit dem Stadtarchiv Stuttgart soll die koloniale Geschichte der Stadt Stuttgart, sowohl Stuttgarter Orte als auch Verstrickungen von Stuttgarter*innen, aufgearbeitet werden. Hierfür wird im DHH 2020/2021 eine Machbarkeitsuntersuchung/Gutachten für eine mögliche vertiefte Forschung in Auftrag gegeben.

   (Kosten 2020: 100.000 €)

Begründung:

Die deutsche Kolonialgeschichte wurde bisher wenig erforscht und beachtet. Nicht erst seit den Diskussionen um Restitutionen von Ausstellungsstücken in historischen Museen, Streit um Straßennamen in Berlin und anderen Städten oder der stark kritisierten Ausstellung des neuen Humboldt-Forums in Berlin begleitet uns die Geschichte des Kolonialismus.

In der Landeshauptstadt Stuttgart ist die Deutsche Kolonialgeschichte vordergründig am Lindenmuseum zu studieren, aber auch Institutionen wie das Institut für Auslandsbeziehungen (IfA) sind damit verbunden. Hinzu kommen Persönlichkeiten und Orte in der Stadt Stuttgart, die bisher kaum oder gar nicht bekannt und betrachtet werden. Beispielsweise verweist kein Hinweis am Stuttgarter Stadtpark auf die dort durchgeführte, menschenverachtende „Kolonial-Ausstellung“ im Jahr 1928 hin.

Das Stuttgarter Symposium 2019 mit dem Thema „Die vergessene Ausbeutung - Kolonialismus und der Südwesten“ sind ein geeigneter Ausgangspunkt für eine solche vertiefende Forschung.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Partnerschaft für Demokratie stärken - Bildungsprojekte gegen Rassismus fördern

Wir beantragen:

1. Die Förderung von Bildungsprojekten gegen Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit über die Stuttgarter „Partnerschaft für Demokratie“ im DHH 2020/2021 mit 80.000 € zu finanzieren.

   (Kosten 2020: 40.000 € / 2021: 40.000 €)

2. Die Stuttgarter „Partnerschaft für Demokratie“ wird mit einer zusätzliche 0,5 Fach- und Koordinierungsstelle aufgestockt.

   (Kosten 2020: 30.000 € / 2021: 30.000 €)

Begründung:

Die Partnerschaft für Demokratie Stuttgart wurde 2017 durch die Landeshauptstadt Stuttgart und den Stadtjugendring Stuttgart e.V. initiiert. Sie ist damit eine von über 200 Partnerschaften, die sich im Sinne des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gebildet haben. Die Partnerschaft für Demokratie Stuttgart ist ein langfristig angelegtes Kooperations- und Unterstützungsnetzwerk, das von der aktiven Beteiligung ihrer Partner*innen lebt und offen ist für alle hauptamtlichen und ehrenamtlichen Organisationen und Akteur*innen, die sich in Stuttgart im Sinne des Bundesprogramms engagieren.

Das Kernelement einer Partnerschaft für Demokratie ist die Förderung und Stärkung einer lebendigen, vielfältigen und offenen Demokratie durch aktive Kooperationen von Politik, Verwaltung, Organisationen, Institutionen und Zivilgesellschaft. Durch die Auseinandersetzung mit Werten und Haltungen wird ein demokratisches Gemeinwesen erlebbar, das aktiv in der Stadtgesellschaft wirkt und diese mitgestaltet. Ziel ist es, zwischen den Partnerinnen und Partnern eine langfristige, lokale Partnerschaft zu knüpfen, die als solidarische Gemeinschaft ein sichtbares Zeichen gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für eine starke Demokratie setzt.

Die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland verroht immer mehr. Das Terrornetzwerk NSU ist jahrelang mordend durchs Land gezogen. Flüchtlingsunterkünfte werden angegriffen und rassistische Beleidigungen und Bedrohungen sind auch in Stuttgart an der Tagesordnung. Der antisemitische und rassistische Terroranschlag von Halle im Oktober 2019 hat uns deutlich

gemacht, dass wir als demokratische Gesellschaft alles dransetzen müssen, um gerade Kinder, Jugendliche und junge Menschen präventiv vor den Gefahren jeglicher gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu schützen. Wir haben bisher zu wenig getan, das müssen wir jetzt dringend nachholen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Aufsuchende Befragung älterer Menschen mit und ohne Migrationshintergrund finanzieren

Wir beantragen:

1. Die Finanzierung einer aufsuchenden Befragung von älteren Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im DHH 2020/2021. (GRDrs 165/2019)

   (Kosten 2021: 40.000 €)

Begründung:

Gerade Ältere Migrant*innen leben oftmals alleine und zurückgezogen mit wenig Kontakt zu ihrer Nachbarschaft und Umgebung. In Stuttgart hat heute schon rund ein Viertel der über 65 Jährigen einen Migrationshintergrund. Hilfsangebote werden kaum in Anspruch genommen. Eine aufsuchende Befragung ist dringend geboten, um auch an diese schwer zu erreichende Personengruppe heran zu kommen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Kinderbetreuung bei Deutschkursen im Rahmen der Landesförderung VwV Deutsch ausbauen

Wir beantragen:

1. Den Ausbau der Kinderbetreuung bei Deutschkursen im Rahmen der Landesförderung VwV Deutsch im DHH 2020/2021 ff. zusätzlich zu finanzieren. (GRDrs 725/2019)

   (Kosten 2020: 15.000 € / 2021: 15.000 €)

Begründung:

Die Weiterführung der Deutschkurse für erwachsene Geflüchtete erfolgt im Rahmen des Landesprogramms VwV Deutsch. Zielgruppe sind Asylsuchende, die noch keinen Zugang zu den Integrationskursen haben. Zu den bereits eingestellten Mitteln für die Kinderbetreuung sind weitere Mittel notwendig, damit Mütter mit Kleinkindern die städtischen Kurse besuchen können.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Städtischen Dolmetscherdienst neu aufstellen und fördern

Wir beantragen:

1. Die notwendigen Mittel für eine Neukonzeption und Umsetzung des städtischen Dolmetscherdienstes für eine 0,5 Fachstelle im DHH 2020/2021 ff. bereitzustellen. (GRDrs 326/2019)
   (Kosten 2020: 30.000 € / 2021: 30.000 € / ff.)

2. Die notwendigen Mittel für eine Nachqualifizierung der Dolmetscher*innen im DHH 2020/2021 ff. bereitzustellen. (GRDrs 326/2019)
   (Kosten 2020: 10.000 € / 2021: 10.000 € / ff.)

Begründung:

Der städtische Dolmetscherdienst geht auf einen Gemeinderatsbeschluss im Jahr 1978 zurück. Seither sind etwa 200 Personen mit über 50 Sprachen als Dolmetscher*innen gelistet. Die zuständige Koordination war bis 2018 beim Fremdsprachendienst angesiedelt. Seit 2019 ist der städtische Dolmetscherdienst richtigerweise bei der Abteilung Integration angesiedelt worden. Hieraus ergibt sich ein zusätzlicher Personalbedarf bezüglich eine dringend nötigen Neukonzeption und Mehraufwand zudem müssen die Dolmetscher*innen fortgebildet werden.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutz
Betreff **Treffpunkt, Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien fördern**

Wir beantragen:

1. Die Schaffung eines Treffpunktes mit Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien in Stuttgart wird im DHH 2020/2021 finanziell unterstützt:
   a) Eine Fachkraftstelle (Sozialpädagog*in) (EG 10) (geteilt auf 2 x 0,5 Stellen),
   b) Eine 20%-Verwaltungsstelle (EG 6) und
   c) mit einer Sachkostenpauschale und Mietkosten in Höhe von 40.000 €.

Begründung:

Die Zahl der Regenbogenfamilien nimmt – auch in Stuttgart – kontinuierlich zu. Gesamtgesellschaftlich und auf rechtlicher Ebene gab es in den vergangenen Jahren eine Vielzahl an Entwicklungen und Verbesserungen für Regenbogenfamilien. Dennoch sind Regenbogenfamilien nach wie vor bereits in der Familiengründung als auch im Familienalltag mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, seien es gesellschaftliche Ressentiments oder sonstige Diskriminierungen.

Der LSVD Baden-Württemberg e.V. hat das Thema Regenbogenfamilien seit Jahren als Themenschwerpunkt. Seit rund 20 Jahren ist er Ansprechpartner für Regenbogenfamilien. Der LSVD organisiert seit vielen Jahren ILSE-Gruppen (Initiative lesbischer und schwuler Eltern). In Stuttgart gibt es aktuell zwei ILSE-Gruppen. In Kooperation mit der Stadt Stuttgart, Stabsstelle für individuelle Chancengleichheit von Frauen und Männern wurde im September 2018 der dritte Regenbogenfamilientag veranstaltet. Darüber hinaus wurden vom LSVD bereits mehrere Seminare für Regenbogenfamilien sowie im Rahmen des Landesprogramms STÄRKE eine Freizeit für Regenbogenfamilien organisiert und durchgeführt. All diese Angebote werden stark nachgefragt und rein ehrenamtlich organisiert.

Der hohe Bedarf an spezifischen Beratungs- und Vernetzungsangeboten für Regenbogenfamilien, Fachberatung für Fachkräfte sowie eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und Gremienarbeit erfordert eine Professionalisierung dieser Arbeit. Der LSVD möchte diesen vielfältigen Bedarf aufgreifen und ein entsprechendes Angebot für Regenbogenfamilien aufbauen. Hierbei kann er auf eine breite Expertise zurückgreifen.

Nach wie vor ist unsere Gesellschaft heteronormativ geprägt. Dies weist auf die besonderen Bedarfe sowohl zielgruppenspezifischer Beratungsangebote für Regenbogenfamilien als auch an Fachberatung für Fachkräfte hin.

Bedarfe und Zielsetzung

Über die typischen familienbezogenen Herausforderungen als Eltern sind lesbische Mütter, schwule Väter und Trans*-Eltern und solche die es werden wollen, zusätzliche Themen wie z. B. die Frage und die Schwierigkeiten bei der Verwirklichung ihres Kinderwunsches, die Stiefkind-adoption bei leiblichen Kindern, bis hin zum alltäglichen Coming-out für Eltern und Kinder.

Ein Treffpunkt, Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien möchte dazu beitragen, dass in der Stadt Stuttgart durch unterschiedliche Angebote Regenbogenfamilien sichtbarer werden. Regenbogenfamilien bewegen sich in der Regel in den gleichen Kontexten, wie andere Familien auch (zum Beispiel Kita, Schule, Kinderfeste). Der zweite Elternteil wird immer wieder als Onkel, Tante oder Schwester umgedeutet und somit ausgeblendet. Für alle Familienmitglieder ist es daher notwendig, sich unter Umständen tagtäglich aufs Neue zu outen – oder eben nicht. Dies kostet viel Kraft. Werden Räume ausschließlich für Regenbogenfamilien zur Verfügung gestellt, werden diese gerne genutzt. Eltern unterstützen sich bei aktuellen Fragestellungen und Themen, Kinder finden Gleichgesinnte und ähnliche Familienkonstellationen. Dies ist unabdingbar für eine positive Identität als Regenbogenfamilie, wenn die eigene Familienform im Alltag kaum sichtbar ist. Empowerment von Regenbogenfamilien ist daher ebenfalls von zentraler Bedeutung.

Durch Schulungsangebote für Fachkräfte und Multiplikator*innen werden vielfältigere Familienkonstellationen in den Mittelpunkt gestellt und Wissen über die besonderen Bedarfe von Regenbogenfamilien vermittelt. Dies stärkt letztendlich die Diversität und das Verständnis von Inklusion im Sinne von Vielfalt innerhalb der Stadt Stuttgart und damit ein Zeichen für Akzeptanz und gegenseitigen Respekt setzen.

Inhalte / Angebote:

- Treffpunktmöglichkeiten/ Vernetzungsangebote
- Gruppenangebote
- Freizeiten
- Beratungsangebote
- Fortbildungsangebote
- Gremienarbeit und Vernetzung

Die bereits bestehende gute Vernetzung in der Stadt und innerhalb der Community soll weiter ausgebaut und vielfältige Synergieeffekte genutzt werden. Angedacht sind hier z. B. gemeinsame Räume in einem bestehenden Familienzentrum oder längerfristig in einem Regenbogenhaus.

Ein zielgruppenspezifisches Angebot für Regenbogenfamilien würde eine gute Ergänzung zu bestehenden Beratungs- und Bildungsangeboten für Familien in der Landeshauptstadt Stuttgart darstellen. Die Stadt kann auf diese Weise ihre inklusive Familienpolitik weiterentwickeln.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

MediA Gesundheitliche Versorgung von Menschen in Wohnungsnot verbessern MedMobil-Angebote, um Kapazitäten für Frauen und Menschen mit Psychischen Problemen erweitern

Wir beantragen:

Das Projekt „MediA – Medizinische Assistenz: Gesundheitliche Versorgung für Menschen in Wohnungsnot“, Baustein 2 Gesundheitliche Versorgung von Frauen in Wohnungsnot und Baustein 3: Psychische Gesundheit im DHH 2020/2021 ff. finanziell zu fördern. (GRDrs 332/2019)

1. Zuschuss zur Förderung für 0,6 Stellen für die gesundheitliche Versorgung von Frauen in Wohnungsnot
   (Kosten 2020: 51.000 € / 2021: 52.000 €)
2. Zuschuss zur Förderung für 1,0 Stellen für die Beratung und Begleitung im Themenfeld psychische Gesundheit von Menschen in Wohnungsnot (Kosten 2020: 86.000 € / 2021: 87.000 €)
   (Kosten 2020: 137.000 € / 2021: 139.000 € / ff.)

Begründung:

Mit GRDrs 103/2019 „MediA – Medizinische Assistenz: Gesundheitliche Versorgung für Menschen in Wohnungsnot“ wurde über die Umsetzung des Kooperationsprojekts zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von wohnungslosen Menschen in der Landeshauptstadt Stuttgart berichtet und die Weiterführung aller drei Bausteine empfohlen. Das bis Ende des Jahres 2019 von der Vector Stiftung getragene Projekt gliedert sich in drei inhaltlich unterschiedliche Bausteine, die jeweils von verschiedenen Trägern der Wohnungsnotfallhilfe umgesetzt werden (Baustein 1: Allgemeinmedizin; Baustein 2: Gesundheitliche Versorgung von Frauen in Wohnungsnot; Baustein 3: Psychische Gesundheit).

Das Projekt hat das Ziel, Menschen in Wohnungsnot, die bisher keine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen oder lediglich eine Notfallversorgung nutzen, dauerhaft an die reguläre Gesundheitsversorgung durch niedergelassene Medizinerinnen und Mediziner anzubinden. Der Zugang der Betroffenen zum medizinischen Regelsystem wird dabei durch verschiedene Faktoren behindert. Diese sind zum einen in den persönlichen Lebensumständen der Betroffenen (z. B. Angst, Scham oder schwerwiegende soziale Probleme, die drängender erscheinen als gesundheitliche Beschwerden) und zum anderen in einer gewissen Hochschwelligkeit des

Regelsystems der Gesundheitsversorgung (z. B. lange Wartezeiten vor allem bei Fachärzten oder teilweise auch diskriminierende Haltungen gegenüber Wohnungslosen, von denen Betroffene aus einzelnen Arztpraxen berichten) begründet.

Die Angebote von MediA Baustein 2 richten sich speziell an Frauen in Wohnungsnot. Die Bedarfe liegen hier u.a. in der gynäkologischen Versorgung, Zahngesundheit und psychischer Gesundheit. Diese sind neuralgische Themen für traumatisierte Klientinnen in der Wohnungsnotfallhilfe. Die Frauen sind daher häufig in einer schlechten gesundheitlichen Verfassung oder sogar chronisch erkrankt. Sie benötigen spezifische Beratung, Motivation und ggf. Begleitung, um ihre gesundheitliche Versorgung sicher zu stellen oder zu verbessern. Teilweise bevorzugen betroffene Frauen Notversorgung, obwohl eine Krankenversicherung besteht und sie dem Grunde nach Anspruch auf Regelversorgung haben. Nur über Beziehungs- und Vertrauensaufbau in der Notversorgung gelingt es betroffene Frauen nicht-stigmatisierend über diesen Weg ins reguläre Hilfesystem zu überführen.

Viele Menschen, die wohnungslos oder von Wohnungslosigkeit bedroht sind, leiden unter teils enormen psychischen Belastungen (Baustein 3). Nicht selten entwickeln sich daraus Erkrankungen, die bei Nichtbehandlung auch chronisch verlaufen können (Angststörungen, Schlafstörung, Suchterkrankungen, Zwangsstörungen etc.). MediA kooperiert daher eng mit den verschiedenen Trägern und Anlaufstellen innerhalb des Hilfesystems. Zum einen soll das Projekt für die Mitarbeitenden bekannt sein und Ihnen eine Möglichkeit bieten ihre Klientinnen und Klienten niederschwellig vermitteln zu können. Zum anderen unterstützt das MediA-Projekt auch das Fachpersonal im Sinne von Fallbesprechungen und Inhouse-Seminaren zu verschiedenen Themen im Bereich der seelischen Gesundheit. Diesen Bedarf gilt es auch weiterhin zu decken.

Ziel der MediA Bausteine 2 und 3 ist eine nachhaltig gesicherte Verbesserung der gesundheitlichen Situation wohnungsloser oder von Wohnungsnot betroffener Menschen, die für eine reiche Stadt wie Stuttgart selbstverständlich sein sollte.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Koordinations- und Gesamtleitungsstelle für das Themenfeld „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt (LSBTTIQ)“ für unsere Stadt schaffen

Wir beantragen:

1. eine 0,5-Stelle für die Leitung und Federführung des Themenfelds „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt“ sichern sowie die Geschäftsführung des AK LSBTTIQ im DHH 2020/2021 zu verankern.

Begründung:

OB-ICG koordiniert federführend seit 2014 den Bereich „Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt“ als Querschnittsaufgabe und Teil der städtischen Chancengleichheits- und Diversitypolitik. Ziel ist es, das Thema in allen verantwortlichen Fachbereichen und in der Stadtgesellschaft sichtbar zu machen und für die Vielfalt an Lebensentwürfen der LSBTTIQ Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen zu sensibilisieren. Entscheidungen sollen nicht nur für die Menschen, sondern mit den Menschen getroffen werden. Dazu bedarf es der Vernetzung zwischen Verwaltung, Politik und Community als einem wesentlichen Erfolgsfaktor, der sichergestellt und weiterentwickelt werden muss. OB-ICG gründete und leitet das dafür notwendige zentrale Vernetzungs- und Arbeitsgremium „Arbeitskreis (AK) LSBTTIQ“.

In diesem Gremium werden die jeweiligen Handlungsbedarfe und Weiterentwicklungsoptionen für die verschiedenen Fachbereiche der Stadtverwaltung, z. B. Jugend & Bildung, Familie, Kultur, Gesundheit und Integration benannt, aufgegriffen und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Zielsetzung ist die kontinuierliche Kommunikation und Kooperation zwischen Stadtverwaltung (Haupt- und Personalamt, Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt und Eigenbetrieb leben & wohnen Stuttgart) und Institutionen der Community zu ermöglichen.

Anfang 2019 konnte der AK LSBTTIQ noch einmal erweitert werden. Um mit diesem Gremium professionell arbeiten zu können, bedarf es einer dauerhaften Geschäftsführung, die bei der OB-ICG angesiedelt werden soll.

Die Leitung, Federführung und Weiterentwicklung des Themenfeldes „Sexuelle Orientierung und geschlechtliche Vielfalt“ und die Geschäftsführung des AK LSBTTIQ wäre eine sinnvolle Bündelung von Kompetenzen und die dauerhafte Etablierung einer echten Schnittstelle zwischen der Community und dem OB-ICG. Nach Mannheimer Vorbild sollte dies als eigene Stelle umgesetzt werden.

Die Kommunikation kann so wesentlich erleichtert, die Sichtbarkeit durch eine stetige und gute Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung erhöht und nicht zuletzt die Kooperation mit externen Fachstellen (z. B. AG Gender, AG Mädchen*politik) verbessert werden. Insgesamt sehen wir in dieser Stärkung und Bündelung von Kompetenzen eine Bereicherung für unsere vielfältige Stadt.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Pakt für Integration fortsetzen**

Wir beantragen:

1. Die Maßnahmen aus dem Pakt für Integration des Landes Baden-Württemberg und die ergänzenden Maßnahmen der Landeshauptstadt Stuttgart fortzuführen und im DHH 2020/2021 ff. zu finanzieren. (GRDrs 341/2019)

   a.) Kinder- und Jugendsozialarbeit in Flüchtlingsunterkünften

   (Kosten 2020: 180.000 € / 2021: 182.000 € / ff.)

   b.) Dolmetschereinsätze im Integrationsmanagement

   (Kosten 2020: 80.000 € / 2021: 80.000 € / ff.)

   c.) EDV- Verfahren „Jobkraftwerk“

   (Kosten 2020: 50.000 € / 2021: 50.000 € / ff.)

   d.) Elternsein in Deutschland

   (Kosten 2020: 15.000 € / 2021: 15.000 € / ff.)

   e.) Empowerment von Geflüchteten

   (Kosten 2020: 100.000 € / 2021: 100.000 € / ff.)

   f.) Fahrkosten für Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen

   (Kosten 2020: 20.000 €)

   g.) Schulung von Integrationsmanager*innen

   (Kosten 2020: 20.000 € / 2021: 20.000 €)

   h.) Verwaltungskostenpauschale Integrationsmanagement

   (Kosten 2020: 327.000 € / 2021: 327.000 €)

Begründung:

Um die Kommunen mit Blick auf die Flüchtlingszugänge finanziell bei ihrer Integrationsarbeit zu unterstützen, wurde der Pakt für Integration mit den Kommunen (PIK) geschlossen. Mit dem Pakt für Integration tragen Land und Kommunen zudem Umstand Rechnung, dass viele der nach Baden-Württemberg geflüchteten Menschen, die aufgrund ihrer Bleibeperspektive in die Anschlussunterbringung kommen, auf lange Sicht bleiben werden. Module des Paktes für Integration sind: Integrationsmanagement, Übergang Schule-Beruf, Deutsch für Flüchtlinge, Bürgerschaftlichen Strukturen und Ehrenamt.

Die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist weiterhin hoch und die weltpolitische Lage verschärft sich auch immer weiter. Wir werden noch für viele Jahre die Verantwortung dafür tragen, dass Geflüchtete in Deutschland unterstützt und gefördert werden. Eine Finanzierung aller Module des Paktes für Integration muss für die nächsten Jahre weiter gesichert werden unabhängig davon, ob das Land sich an der Finanzierung beteiligt.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Aktivierende und therapiebegleitende Maßnahmen zur Integration traumatisierter Flüchtlinge und deren Kinder

Wir beantragen:

1. eine 70%-Fachkraft-Stelle zuzüglich der Sachkosten und Raumkosten für therapiebegleitende Gruppenangebote für Geflüchtete bei der Psychologischen Beratungsstelle für politisch Verfolgte und Vertriebene (PBV Stuttgart)

   (Kosten jährlich 56.000 EUR)

Begründung:

Das Zentrum zur Beratung, Begutachtung & Psychotherapie für Überlebende traumatischer Gewalt bietet Geflüchteten Hilfe und Unterstützung im Sinne einer ersten Anlaufstelle, da ohne Bleiberecht keine Psychotherapie erfolgen kann. Traumatisierungen von Geflüchteten können in der Regel erst Jahre nach ihrer Ankunft behandelt werden, denn zunächst stehen Fragen zum Bleiberecht im Vordergrund. Trauma-Therapie ohne gesicherten Aufenthalt ist nicht zielführend und wird daher aus fachlicher Perspektive von vielen Therapeuten abgelehnt. Auch treten Traumata erst mit der Sicherung eines Aufenthaltstitels wieder in den Vordergrund und können dann mit psychotherapeutischer Hilfe behutsam angegangen werden. Davor können – wenn überhaupt - nur im Einzelfall Akutsprechstunden wahrgenommen werden. Aufgrund begrenzter Kapazitäten von Psychotherapieplätzen entstehen zudem häufig sehr langer Wartezeiten, um einen Therapieplatz zu erhalten.

Um frühzeitig Stabilisierung und Hilfestellung zu leisten, werden therapiebegleitende Gruppenangebote mit Kunst, Kunsthandwerk, Sport angeboten. Diese Maßnahmen tragen zur Aktivierung von persönlichen Ressourcen der Geflüchteten bei, sie erfahren Selbstwirksamkeit durch Malen, Spiel und Freude und können das zerstörte Selbstvertrauen steigern. Ihre Integration sowie die ihrer Kinder in die „Neue Heimat“ wird dadurch erleichtert.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Ein Regenbogenhaus für Stuttgart – Planungsstelle zur Erstellung einer Vorstudie**

Wir beantragen:

1. Eine Planungsstelle zur Durchführung einer Machbarkeitsstudie für ein Gemeinschafts- und Synergieprojekt „Regenbogenhaus“ in Stuttgart mit 85.000 € im DHH 2020/2021 zu finanzieren.

Begründung:

In den letzten Jahren entwickelten führende Organisationen der LSBTTIQ Community die Vision eines „Regenbogenhauses für Stuttgart“. Es gibt bereits bundes- und europaweit ähnliche Einrichtungen, wie z. B. in Hamburg, Brüssel, Barcelona.

Ein Regenbogenhaus im Zentrum der LHS Stuttgart als Ort der Begegnung, des Austauschs, der Kultur, aber auch der Beratung und des Schutzes für LSBTTIQ Menschen würde ein wichtiges Bindeglied und eine sichtbare Bereicherung des kulturellen und sozialen Lebens der LHS darstellen. Gleichzeitig wäre das Regenbogenhaus auch Arbeitsstätte für haupt- und ehrenamtlich Engagierte. Die einzelnen Aktivitäten in der Stadt, die bestehenden Kooperationen und Ressourcen könnten so noch besser gebündelt, Synergien genutzt und Angebote bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. An der Konzepterstellung sind möglichst viele Vereine und Organisationen der Community zu beteiligen. Zugleich sollten in einem Partizipationsprozess viele Menschen in Stuttgart eingebunden werden. Dies sollte durch die Bildung eines Beirats Regenbogenhaus, unter Einbeziehung aller relevanten Akteur*innen, z. B. Community, Stadtverwaltung, Stadtpolitik, gewährleistet werden mit dem Ziel, gemeinsam ein sichtbares Zeichen für Akzeptanz und Vielfalt in Stuttgart zu setzen.

Die im Rahmen dieses Antrags einzurichtende Planungsstelle „Regenbogenhaus für Stuttgart“ würde in Abstimmung mit der Geschäftsführung des AK LSBTTIQ (OB-ICG) arbeiten und ihren Sitz idealerweise im Zentrum LSBTTIQ Weissenburg e.V. haben.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Geflüchteten vor Ort helfen - Stuttgarter Hilfsorganisation STELP e.V. fördern

Wir beantragen:

Die finanzielle Förderung der Stuttgarter Hilfsorganisation STELP e. V. Stuttgart Helps im DHH 2020/2021 mit 100.000 €.

(Kosten 2020: 50.000 € / 2021: 50.000 €)

Begründung:

Im Jahr 2015 haben drei junge Stuttgarter zunächst mit einer Hilfsfahrt auf der sogenannten „Balkan Route“ viele Geflüchtete mit Kleidung und Essen versorgt. Aus dieser einmaligen Aktion ist in einem kurzen Zeitraum eine auf drei Kontinenten agierende Hilfsorganisation mit einem breiten Netzwerk an Unterstützer*innen entstanden. So konnte STELP bereits über 200 Volontär*innen (insbesondere aus Stuttgart) ausbilden, die im Namen von STELP größtes Leid lindern. Bis heute tragen sie beispielsweise ihre persönlichen Kosten für Hilfseinsätze selbst. So kommen nahezu 100% der gesammelten Spenden direkt bei den notleidenden Menschen an.

Bei einer Vielzahl an Projekten ist besonders die konstante Soforthilfe am Mittelmeer an der türkischen Westküste hervorzuheben. Hier ist STELP bereits seit dem Frühjahr 2015 tätig. Der Seeweg von der Hafenstadt Cesme bis zur Europäischen Union beträgt lediglich sieben bis acht Kilometer. Für unzählige Menschen wurde Cesme aus diesem Grund zur letzten Station vor der Überfahrt nach Europa. Das größtes Ziel von STELP ist es, den Geflüchteten in der Türkei eine so große Perspektive zu bieten, dass sie von der gefährlichen Überfahrt absehen. Während der Stuttgarter Verein in den Kalenderjahren 2015 und 2016 in erster Linie Menschen an der Küste mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln und Kleidung versorgt hat, konzentriert er sich nun ebenso auf Schulbildung, Workshops und moralischen Beistand der notleidenden Menschen.

Nicht selten sind es Menschen, die ohne Strom und fließendes Wasser in selbst gebauten Hütten leben. Der Einmarsch der türkischen Truppen in Syrien lässt vermuten, dass sich die Situation vor Ort nicht verbessern wird.

Als Landeshauptstadt Stuttgart investieren wir sehr viele Mittel und Kapazitäten in die Integration von Geflüchteten, die in Deutschland leben. Die Stuttgarter Hilfsorganisation STELP hilft mit ihrer Arbeit vor Ort dabei, dass Geflüchtete nahe der Grenzregionen ihrer Herkunftsorte leben und überleben können - bisher fast komplett ehrenamtlich und auf Spendenbasis. Diese fundamental wichtige Arbeit bedarf in den nächsten Jahren der finanziellen Förderung durch die Landeshauptstadt Stuttgart.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Aufstockung der Beratungsstellen für lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen

Wir beantragen:

1. die Aufstockung um zwei 0,5 Stellen in der Beratungsstelle für lesbische, schwule, bisexuelle und queere Menschen im Rahmen des Kooperationsprojekts Weissenburg e.V./Fetz Frauenberatungs- und Therapiezentrum Stuttgart e.V. im DHH 2020/2021

Begründung:

Seit Bestehen der Lesben- und Schwulenberatung in Stuttgart sind die Anfragen an Beratung und Fachberatung sowie an Fortbildung und Vernetzung stetig gestiegen. Die Beratungsstellen können ihren komplexen Arbeitsaufgaben mit dem bisherigen Stellenumfang nicht ausreichend nachkommen. Eine Erhöhung der Stellenanteile für die Lesben- und Schwulenberatung um insgesamt eine Stelle ist notwendig, soll die Versorgung langfristig gesichert werden.

Die Beratungsstelle erhält in hohem Ausmaß Fortbildungsanfragen von Fachkräften aus der offenen Jugendarbeit und der Schule, wie beispielsweise von Lehrer*innen und Schulsozialarbeiter*innen. Die Beratungsstellen werden zudem von Ausbildungsstätten kontaktiert oder für Workshops in Verbände, lokale Fachzirkel und städtische Betriebe eingeladen. Auch sind die Beratungsstellen seit 2018 vermehrt als Workshopleitung für Fachtagungen und Fachberatung für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege angefragt worden.

Durch die große Nachfrage waren die Beratungsstellen in der Vergangenheit schnell überlastet. Gerade bei „schwierigen, eher unbequemen“ Themen braucht es jedoch die Sicherheit für Betriebe und Organisationen, dass Fortbildungen auch wirklich abgefragt werden können, wenn sie benötigt werden.

Vor-Ort-Angebote für Jugendlichen sind nötig, um das Beratungsangebot niedrigschwellig zu gestalten

Bevölkerungsgruppen mit besonderem Bedarf können bis dato kaum erreicht werden, bisherige Beratungsanfragen können nicht zeitnah beantwortet werden (bis zu vier Monaten Wartezeit für Erwachsene)

Bisher vernachlässigte Zielgruppen

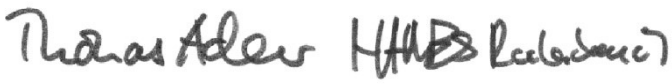
- Senior*innen,
- Menschen in prekärer finanzieller Lage mit mehrfachen sozialen Problemen
- lesbische, schwule, bisexuelle und queere Einwohner*innen mit Migrationshintergrund
- Jugendliche aus traditionell-religiösem Umfeld
- Betroffene von psychischen Erkrankungen
- Menschen mit Handicaps geistiger und körperlicher Art
- rassistisch diskriminierte Gruppen
- traumatisierte Lesben und Schwule mit massiven Gewalterfahrungen
- geflüchtete schwule, lesbische und queere Personen mit und ohne Aufenthaltsstatus

Deutlich wird zudem:

Antidiskriminierungsarbeit – zugehende Beratung und Mediation für Angehörige / Familien und das schulische Umfeld sind bisher nicht möglich. Infoveranstaltungen zu schwierigen Themen im Bereich Gesundheitsverhalten und Gewalt sind bisher nicht umzusetzen.

Vernetzungsarbeit ist bei Querschnittsaufgaben unerlässlich, die kontinuierliche Teilnahme ist nicht gewährleiste.

Eine Aufstockung der Beratungsstellen von zwei 0,5 auf je 1,0 Stellen für die Beratung von lesbischen, schwulen, bisexuellen und queeren Menschen ist unerlässlich, um die oben genannten Tätigkeitsbereiche und passende, tragfähige und kontinuierliche Hilfen für Angehörige, Fachleute und Beratungsklient*innen garantieren zu können.



Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte – Fraktion
Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Weiterführung des Projekts Regenbogen.Bildung**

Wir beantragen:

1. das Projekt Regenbogen.Bildung im DH 2020/2021 mit Projektmitteln weiter zu fördern mit:
   - 1.1 0,5 Stellen für fachliche Begleitung der Bildungsarbeit mit LSBTTIQ-Jugendlichen
   - 1.2 zusätzlichen Sachkosten/Projektmittel (Kosten: 2750 € p.a.)

Begründung:

Das seit 2018 bestehende Kooperationsprojekt Regenbogen.Bildung wird von der Beratungsstelle Fetz e.V. sowie der Beratungsstelle Weissenburg e.V. begleitet. LSBTTIQ Jugendliche (Peers) führen Workshops an Schulen und in Jugendgruppen durch, um für ihre Lebenswelt und Lebenssituation zu sensibilisieren. Die starke und wachsende Nachfrage von Schulen und Jugendgruppen sowie die positive Resonanz von Lehrerinnen und Lehrern spricht für die dauerhafte Etablierung des Projekts.

Die pädagogische Fachkraft koordiniert dabei die Bildungsarbeit. Sie ist für die fachliche Begleitung des Projekts verantwortlich, entwickelt die Workshopmodule weiter, bietet Schulungen an und unterstützt die Teamer*innen in der Vor- und Nachbereitung. Darüber hinaus liegt die Netzwerks- und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Kooperation mit Schulen und Einrichtungen der Jugendhilfe in der Hand der pädagogischen Fachkraft.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen und der guten Resonanz zum angewandten Peer-to-Peer Ansatz ist das Projekt Regenbogen.Bildung von zentraler Bedeutung. Die geleistete Aufklärungsarbeit ist ein wichtiger Baustein, um an Schulen und in Jugendgruppen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu arbeiten und gegen die Isolation von jungen LSBTTIQ Menschen zu wirken.

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:

Datum: Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
Betreff **Beratungsangebote für transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen in Stuttgart aufbauen**

Wir beantragen:

1. 1,0 Fachkraftstelle Sozialpädagogik (w/m/d), plus Sachkostenpauschale und Mietkostenanteil für Beratung und Begleitung von transsexuellen, transidenten und intersexuellen Menschen im DHH 2020/2021

Begründung:

Transsexuelle, transidente und intersexuelle Menschen haben mit mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz und Diskriminierung zu kämpfen. Sie finden in Stuttgart bisher kein angemessenes professionelles Unterstützungsangebot. Ein Großteil der Diskriminierung und der Schwierigkeiten resultieren aus Unwissenheit der Betroffenen wie ihrer Umwelt und daraus resultierender Unsicherheit auf beiden Seiten.

Die Einrichtung einer Beratungsstelle soll diese Lücke schließen und eine adäquate Informations- und Beratungsstruktur schaffen, um Informationen zu vermitteln und passende Hilfen zu bieten. So sollen psychosoziale Krisen der Betroffenen und Angehörigen vermieden werden. Auch Fachleute, die mit dem Thema in ihrer alltäglichen Praxis befasst sind, sollen mit Expertise unterstützt werden können.

Mit der Stelle kann das Beratungsangebot für transsexuellen, transidenten, nicht-binären und intersexuellen Menschen und deren Angehörigen verbreitert werden:

- Einzelberatung von Jugendlichen, Heranwachsenden, Erwachsenen und Angehörigen, die sich mit Fragen der sexuellen Identität und Orientierung auseinandersetzen
- Psychologische Beratung / Paarberatung für Menschen mit Transsexualität, Transidentität und anderen geschlechtlichen Thematiken bei alltäglichen Schwierigkeiten und in Krisen

(im Folgenden TTI)

- Beratung zu medizinischer Versorgung im Bereich TTI, Aufklärung über die Situation mit Wartezeiten für Therapieplätze, sowie über die Situation bezüglich der Behandlung in der Endokrinologie, Chirurgie, den Kontakt mit Krankenkassen und bezüglich weiterer Angeboten im Bereich geschlechtsangleichender Maßnahmen
- Beratung zu rechtlichen Themen im Bereich TTI, insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Rechtslage, u.a. durch Einführung eines weiteren Personenstands
- Verweisen auf Gruppenangebote, Selbsthilfe, Freizeit und Peer-Beratung im Bereich TTI in Stuttgart und Vernetzen der dort Agierenden untereinander
- Infoveranstaltungen, Supervision und Fortbildung für Fachkräfte aus der Jugendhilfe, dem Sozial- und Gesundheitswesen
- Mitarbeit in bestehenden Fachgremien z.B. Arbeitskreis der Stadt zu LSBTTIQ, Landesnetzwerk Baden-Württemberg, Unterarbeitsgruppen zu Alter / Jugend etc.

Auch die Selbsthilfegruppen in Stuttgart wünschen sich eine kompetente Ansprechstelle. Es gibt bereits eine große Nachfrage nach telefonischer oder persönlich stattfindender Peerberatung. Mit der Unterstützung von Menschen, die komplizierte soziale Problemlagen haben und vielfältige Hilfen benötigen, sind Ehrenamtliche jedoch häufig überfordert. Auch wurde der Wunsch geäußert, dass die Gruppen bei Konflikten unterstützt werden können und sich mit Vernetzungs- und Informationsanfragen an eine hauptamtliche Struktur wenden können.

Die ehrenamtlich Aktiven der Selbsthilfegruppen in Stuttgart haben sich deshalb zusammengeschlossen und unterstützen die Einrichtung einer Beratungsstelle für den TTI Bereich, damit sie an eine nicht-stigmatisierende, kompetente Einrichtung weiterverweisen können.

Die Selbsthilfegruppen in Stuttgart (Gendernauts, Queerdenker, Selbsthilfegruppen der KiSS Stuttgart sowie Intra, Beerberatung von 100% Mensch) fordern schon seit längerer Zeit die Einrichtung einer Beratungsstelle zum Thema TTI. Namentlich sind dies:

Auch die Organisationen und Gruppen

- GesundheitsLaden e.V.
- StuBi (für bisexuelle Frauen)
- VLSP* (Verband für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intersexuelle und queere Menschen in der Psychologie e.V.)
- tgbw (Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.)
- Dritte Option Stuttgart (ehrenamtliche politische Vertretung, keine Beratung)
- Fachkreis Trans Stuttgart (Austausch unter Fachpersonen)

befürworten die Einrichtung einer Beratungsstelle, da sie die langen Wartezeiten für begleitende Psychotherapie für Menschen mit TTI überbrücken und eine verlässliche Unterstützung des Ehrenamts bieten würde.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

MedMobil – Finanzierung und Erweiterung um MediA, Baustein 1: Allgemeinmedizin

Wir beantragen:

1. die Förderung zusätzlicher Fachkraftstellen (plus 0,1 Stellen) und zusätzliche Finanzierung der Betriebskosten im DHH 2020/2021 (Kosten: 2020: 38.000 € / 2021: 37.000€)
2. Zuschuss zur Erweiterung um MediA Baustein 1: Allgemeinmedizin mit 0,5 Stellen (Kosten: 2020: 43.000 € / 2021: 44.000€)

   (GRDs 328/2019)

   (Kosten für Punkt 1 und 2 gesamt: 2020: 81.000 € / Kosten 2021: 81.000 €)

Begründung:

Seit dem Beginn des Projekts 2009 weist das MedMobil steigende Zulaufzahlen auf (siehe GRDrs 706/2018 „MedMobil – Sachstandsbericht“). Die medizinische Versorgung und medizinische Weiterverweisung, wie auch Beratung und Unterstützung für von Wohnungslosigkeit bedrohte oder betroffene Menschen bleibt notwendig und die Anzahl Bedürftiger nimmt zu.

In den Jahren 2018 und 2019 sind die anfallenden Aufwendungen erneut höher als der städtische Zuschuss. Insbesondere den weiterhin gestiegenen Fallzahlen und anfallende Dolmetscherdienstleistungen muss daher Rechnung getragen werden.

Mit einer Steigerung des Stellenumfangs um 0,1 Stellenanteile, von 2,0 auf 2,1 Stellen, können die gestiegenen Fallzahlen abgedeckt werden. Zusätzlich zu den Personal- und Sachkosten entstehen laut Finanzierungsplan der Ambulanten Hilfe Stuttgart e. V. im Jahr 2020 für das MedMobil weitere Aufwendungen für das Fahrzeug und dessen Einrichtung, für Honorarkräfte und Ehrenamtliche, für Medikamente und Verbrauchsmaterial sowie für Overheadkosten.

Die städtische Finanzierung der 2,1 Personalstellen durch die Personalkostenpauschale für Fachkräfte in der Wohnungsnotfallhilfe ergibt einen Zuschussbetrag in Höhe von 180.159 EUR. Für die restlichen Aufwendungen schlägt die Sozialverwaltung eine Pauschale in Höhe von 40.000 EUR/Jahr vor. Damit kann das Angebot auskömmlich finanziert werden.

Als Anlaufstelle für Wohnungslose mit gesundheitlichen Problemen kooperiert das MedMobil eng mit dem Projekt MediA, einem bis Ende dieses Jahres von der Vector-Stiftung gefördertem Kooperationsprojekt des Sozialamtes mit dem Caritasverband für Stuttgart e. V., dem Sozialdienst katholischer Frauen e. V. und der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e. V.

Das mit Ende dieses Jahres auslaufende Projekt ermöglichte Menschen in Wohnungsnot durch Begleitung und Vermittlung einen verbesserten Zugang in die - ihnen eigentlich zustehende - Regelversorgung des Gesundheitssystems (vgl. GRDrs 103/2019 „MediA – Medizinische Assistenz: Gesundheitliche Versorgung für Menschen in Wohnungsnot“).

Um auch ab dem Jahr 2020 das Projekt MediA mit seiner intensiven Einzelfallarbeit und Begleitung der Nutzer*innen in das Regelsystem zu ermöglichen, ist die dauerhafte Integration des Bausteins 1, Allgemeinmedizin, des Projekts MediA und damit die Schaffung zusätzlicher Personalressourcen beim MedMobil nötig.

Sowohl die Aufstockung für den Betrieb des MedMobil als auch die Angliederung des MediA Bausteins Allgemeinmedizin werden von Seiten des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration sozialplanerisch befürwortet und unterstützt. Damit würden eine weitere Verbesserung des Angebots und eine Weiterverweisung an das medizinische Regelsystem erreicht.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Wege aus der Armutsprostitution – Weiterführung des Projekts Bella+ von Lagaya e.V. und Caritasverband Stuttgart e.V.

Wir beantragen:

Für die Weiterführung des Projekts Bella+ zur Beratung und Unterstützung von Frauen in der Armutsprostitution übernimmt die Stadt Stuttgart ab dem 1. Januar 2021 die Finanzierung der folgenden Stellenanteile:

1. **Lagaya e.V.**
   a. erhält eine Stelle für eine Psychologin mit 25 % Stellenanteil einer Vollzeitkraft VZK (mit Muttersprache russisch/bulgarisch) und
   b. eine Stelle für eine Sozialpädagogin mit 25 % Stellenanteil einer VZK für aufsuchende Arbeit.
2. **der Caritasverband für Stuttgart e.V.**
   a. eine Stelle für eine Sozialpädagogin mit 60 % Stellenanteil einer VZK für aufsuchende Arbeit mit der Betreuung einer Ausstiegswohnung.

Begründung:

Das Projekt Bella+ ist für Frauen in Armutsprostitution zu einer wichtigen Anlaufstelle geworden. Sie erhalten hier Hilfe und Beratung für unterschiedlichsten Problemlagen. Die Betroffenen konnten über Beratung und Hilfe mit diesem Projekt psychische Stabilisierung und Empowerment erfahren, sie erhielten konkrete Hilfestellung bei akuten Problemen, gesundheitliche, soziale und rechtliche Beratung. Sie wurden von hier gezielt an geeignete Anlaufstellen im Hilfesystem weitervermittelt und erhielten gegebenenfalls auch Unterstützung bei der Rückkehr ins Heimatland. Damit sollen ihnen Perspektiven und Möglichkeiten zum Ausstieg aus der Prostitution aufgezeigt werden.

Seit 2016 und noch bis Ende des Jahres 2020 wurde Bella bzw. Bella+ von Lagaya e.V. in Kooperation mit dem Gesundheitsamt und dem Sozialamt der Stadt Stuttgart sowie dem Caritasverband für Stuttgart e.V. und der Werkstatt Parität das Projekt Bella (ab 2019 mit Namen Bella+) erfolgreich durchgeführt. Sowohl das Sozialamt der Stadt Stuttgart wie auch das Gesundheitsamt befürworten eine Förderung dieses wichtigen Projekts.

Nachdem das Projekt von 2019 bis einschl. 2020 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und EHAP, dem „Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen“ gefördert wurde, endet die EHAP-Förderung zum Ende des Jahres 2020 definitiv. Daher wird erst ab der zweiten Hälfte des Doppelhaushalts 2020/21, also ab dem 1.1.2021 Unterstützung erforderlich.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Beratung für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution mit Fluchthintergrund – Kooperationsprojekt von FIZ und AGDW unterstützen

Wir beantragen:

1. Die Finanzierung von Personalressourcen für ein Kooperationsprojekt von den beiden Trägern Fraueninformationszentrum FIZ und der Arbeitsgemeinschaft eine Welt für die Beratung von Opfern des Menschenhandels und Zwangsprostitution mit Fluchthintergrund wie folgt

   a. Die Schaffung einer 60-Prozent-Stelle zuzüglich der dafür benötigten Sachmittel, Dolmetscherkosten und Raumkostenanteile **beim Fraueninformationszentrum FIZ /vij e.V. für zwei Jahre** in Höhe von insgesamt **95 760 Euro**.

Haushaltsjahre	**2020/21**
60% Personalstelle	72.000 €
Verwaltungskosten 8%	5.760 €
Gebäudeunterhaltung (Arbeitsplatz, Beratungsraum)	4.000 €
Arbeitsplatzbezogene Sachkosten	2.000 €
Dolmetsch-Kosten	4.000 €
Beratungsbedarf, Betreuung Klientinnen, Fahrtkosten	2.000 €
Kosten für medizinische / psychologische Gutachten	6.000 €
Summe:	**95.760 €**

   b. Die Schaffung einer 60-Prozent-Stelle zuzüglich der dafür benötigten Sachmittel, Dolmetscherkosten und Raumkostenanteile bei der **Arbeitsgemeinschaft für die eine Welt (AGDW) e.V**. **für zwei Jahre** in Höhe von insgesamt **114 720 Euro.**

Haushaltsjahre	2020/2021
60% Personalstelle	84.000 €
Verwaltungskosten	6.720 €
Miete inkl. Beratungsraum	12.000 €
Arbeitsplatzbezogene Sachkosten	1.000 €
Dolmetsch-Kosten	6.000 €
Beratungsbedarf, Betreuung Klientinnen, Fahrtkosten zur Begleitung zu Anhörungen, Botschaften u.a.	5.000 €
Summe:	**114.720 €**

Begründung:

Frauen mit Fluchthintergrund und extremen Gewalterfahrungen erhalten in dem Kooperationsprojekt vom Fraueninformationszentrum beim vij e.V. und der AGDW e.V. psychosoziale Beratung und Krisenintervention. Mittels professionellem Casemanagements werden sie kompetent beraten und unterstützt, um ihre relevanten, frauenspezifischen Fluchtgründe darzustellen und stabilisiert zu werden. Daneben werden sie in Fragen der Strafverfolgung des Menschenhandels, bei Anzeigen sowie Gerichtsverfahren begleitet und sie erhalten Unterstützung und Schutz bei Bedrohung durch Menschenhandel.

Bei beiden Einrichtungen ist die Zahl von Mädchen und Frauen deutlich gestiegen, welche aus frauenspezifischen Gründen wie drohender Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung geflüchtet sind, Vergewaltigung oder sonstige Gewalt erfahren haben, von Menschenhandel betroffen waren und Opfer der Zwangsprostitution wurden. Eine steigende Zahl kann nicht mehr beraten und begleitet werden, da die Kapazitäten ausgeschöpft und die Projektmittel ausgelaufen sind. Dies betrifft insbesondere afrikanische Frauen, die vor Genitalverstümmelung oder Zwangsheirat nach Europa geflüchtet sind und deren Asylverfahren häufig erst fünf bis sechs Jahre nach ihrem Asylantrag aufgerufen werden.

Zugleich steigt die Zahl der Beratungen, weil immer mehr Träger und auch städtische Einrichtungen Klientinnen an die beiden Träger verweisen.

Die beiden Träger (FIZ und AGDW) haben langjährige Erfahrung und Expertise im Bereich der Beratung von Migrant_innen bei Asylverfahren, Menschenhandel und Zwangsprostitution. Sie beraten diese Frauen, um Ihnen trotz traumatisierender Erlebnisse eine Zukunftsperspektive und Integration zu ermöglichen.

Die Beratung erfolgt in Deutsch, Englisch oder mittels Sprachmittlerinnen.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender

Die FrAKTION
› LINKE › SÖS › PIRATEN › TIERSCHUTZ

Haushaltsantrag vom 18.10.2019	Nr.

Eingang bei L/OB:
Datum: Uhrzeit:
Eingang bei: 10-2.1
Datum: Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen/ Stadträte - Fraktion

Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei

Betreff

Weiterentwicklung und Erweiterung von STOP: Intervention, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit unter dem Dach der Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt

Wir beantragen:

1. **Für OB-ICG**
   0,5 Stelle (EG 13) für die strategische Gesamtleitung, Gesamtkoordination und Steuerung von STOP (Intervention, Prävention und Öffentlichkeitsarbeit) sowie
   0,5 Stelle (EG 12) für Koordination und Planung Häusliche Gewalt und Geflüchtete, mit der Leitung von MiMis (Migrant*innen für Migrant*innen)
2. **für Frauen helfen Frauen e.V.** 0,6 Stellen, d.h. 59.000 EUR (2020), 60.000 EUR (2021)ff.
3. für **Sozialberatung Stuttgart e.V.** 0,6 Stellen, d.h. 51.000 EUR (2020), 52.000 EUR (2021)ff.
4. für **MiMi** (Migrant*innen für Migrant*innen) ein jährliches Budget von 20.000 EUR: für Honorarkräfte und Veranstaltungen.

Begründung:

Häusliche Gewalt findet als Gewalt in der Ehe, in Partnerschaften und/oder gegen Kinder und Jugendliche statt. Jede vierte Frau in Deutschland hat schon einmal körperliche Gewalt bzw. Übergriffe durch ihren (Ex-)Partner erlebt. Seit dem Jahr 2001 gibt es die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt (STOP), die seither kontinuierlich von OB-ICG um notwendige Innovationen weiterentwickelt wurde. Häuslicher Gewalt als Beziehungsgewalt konnte so immer effizienter und umfassender begegnet werden. Aufzuführen sind zusätzliche Schwerpunkte wie Kinderschutz, Migrationshintergrund bei Tätern und Opfern, Täterinnenarbeit, männliche Opfer bei häuslicher Gewalt, Fair-Streit-Training, Paarberatung u.a.. Für die zukünftig notwendige umfangreiche Präventionsarbeit konnte im Rahmen eines von der Robert Bosch Stiftung geförderten Präventionsprojektes bei häuslicher Gewalt von 2013 bis 2018 eine umfassende Konzeption und Maßnahmenplanung erarbeitet werden (GRDrs 963/2018 „Prävention für Kinder und Jugendliche bei häuslicher Gewalt ‚Hinschauen-Erkennen-Handeln' im Rahmen von STOP").

Das Interventionsverfahrens „Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt (STOP)“ soll **um die Handlungsfelder „Prävention“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ erweitert** und **dauerhaft implementiert werden und unter eine neue Gesamtkoordination gestellt werden**. Es zielt zudem auf eine zielgruppenspezifische Anpassung u.a. im Bereich Geflüchtete (MiMi).

Für die nachhaltige Fortführung der o. g. Formate und weitere Bearbeitung des Themengebiets Häusliche Gewalt und Geflüchtete/Migration sowie die Übernahme der Koordination der MiMis (Migrant*innen für Migrant*innen) in den Regelbetrieb – welche bisher über Drittmittel finanziert waren - sind zusätzliche Personalressourcen bei OB-ICG und ein jährliches Budget für die als Honorarkräfte beschäftigten MiMis notwendig.

Insgesamt sind für das Haushaltsjahr 2020 130.000 EUR und für 2021 Mittel in Höhe von 132.000 EUR erforderlich.

Thomas Adler
Fraktionsvorsitzender

Hannes Rockenbauch
Fraktionsvorsitzender